EUROPA-ARCHIV

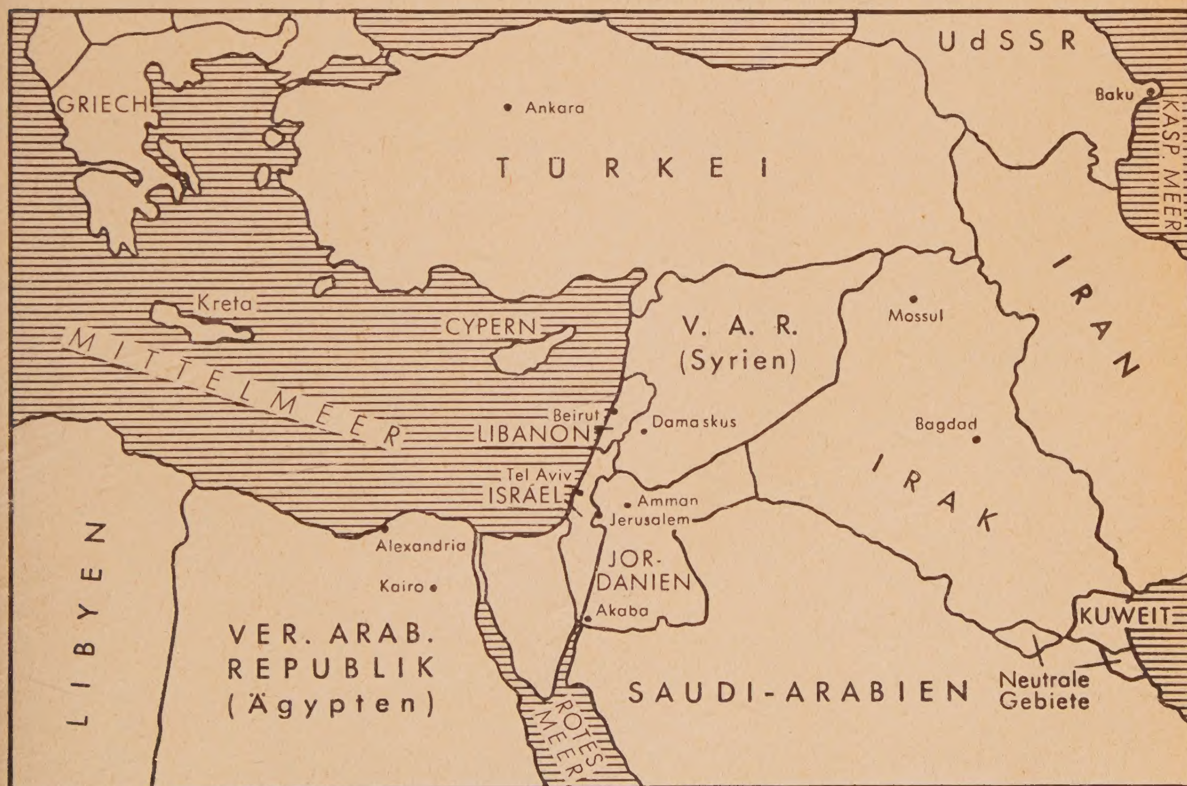
13. JAHR 20. NOV./5. DEZ. 1958 22./23. FOLGE

Status quo und Revolution im Mittleren Osten

Übersicht über die Beiträge in dieser Folge

> Whereas we think of the status quo as the situation as it exists at the moment, he (Chruschtschow) thinks of it as the process of revolutionary change which is in progress. He wants us to recognize the revolution not only as it is, but as it is going to be.
>
> *Walter Lippmann*

Die Aufsätze über die Mittelost-Krise vom Sommer 1958, die wir in dieser Folge veröffentlichen, schließen an die Beiträge zur Suez-Krise an, die wir vor zwei Jahren brachten (vgl. Europa-Archiv 24/1956, S. 9417—9432). Wir haben das gleiche Verfahren gewählt wie damals und wieder verschiedene Experten gebeten, die gleichen Ereignisse und Zusammenhänge aus der Sicht ihres Landes darzustellen. Erst aus dem Verständnis der treibenden Kräfte des arabischen Nationalismus, der beharrlichen Selbstbehauptung Israels, der ideologischen und wirtschaftlichen Offensive der Sowjetunion in den Entwicklungsgebieten Asiens und der widerstreitenden Interessen der amerikanischen, britischen und französischen Mittelostpolitik entsteht der Einblick in die tieferen Ursachen der akuten Krisen.



Unsere Leser, die sich über die Stadien der Entwicklung seit der Suez-Krise im einzelnen informieren wollen, seien auf die folgenden bereits erschienenen Beiträge, Berichte und Dokumente verwiesen: „Die Mittelost-Krise in arabischer, israelischer, britischer und französischer Sicht“ (Beiträge von E. *Atiyah*, A. *Parshan*, D. C. *Watt*, Jacques *Vernant* in: EA 24/1956, S. 9417—9432; Dokumente zur Eisenhower-Doktrin in: EA 3/1957, S. 9599—9604, und 8/1957, S. 9785 f. (endgültiger Wortlaut); Dokumente zur Beilegung der Suez-Krise in: EA 14/1957, S. 10 019 bis 10 028 (mit redaktioneller Uebersicht); Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten über den Mittleren Osten in: EA 7/1957, S. 9751—9754, und 22/1957, S. 10 316—10 321 (mit redaktioneller Uebersicht, insbesondere auch zur Syrien-Krise); Berichte über die Tagungen der Bagdad-Mächte in: EA 17—18/1957, S. 10 173 f., und 5—6/1958, S. 10 605.

Die neuerliche Zuspitzung der Krise im Sommer 1958 hatte als unmittelbaren Anlaß die Revolution im Irak, die am 14. Juli 1958 ausbrach. Jedoch bestand schon seit Anfang Mai 1958 eine Bürgerkriegssituation im Libanon. Die dortigen Verhältnisse werden in dem Beitrag von J. *Vernant* mit der besonderen Kenntnis eines französischen Beobachters der Levante geschildert (S. 11 210), während E. *Atiyah* die Ereignisse im Irak, in Libanon und in Jordanien aus der arabischen Sicht darstellt (S. 11 189) und N. *Uriely* die Haltung Israels analysiert (S. 11 196). Es ist jedoch erforderlich, auch den weltpolitischen Aspekt der Krise in Betracht zu ziehen, der insbesondere in den Verhandlungen der Vereinten Nationen deutlich wird.

Am 22. Mai übermittelte die libanesische Regierung dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und dem Rat der Arabischen Liga Klagen gegen die Vereinigte Arabische Republik wegen Einmischung in innere Angelegenheiten des Libanon. Nachdem der Versuch einer Vermittlung im Rat der Arabischen Liga fehlgeschlagen war, befaßte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Anfang Juni mit der Libanon-Krise und faßte am 11. Juni einstimmig, bei Stimmenthaltung der Sowjetunion, den Beschluß, eine Gruppe von UN-Beobachtern in den Libanon zu entsenden, „um sicherzustellen, daß keine illegale Infiltration von Personen und keine illegalen Lieferungen von Waffen und Material über die Grenzen des Libanon stattfinden“. (Wortlaut: *United Nations Review*, Juli 1958, S. 60.)

Die UN-Beobachtergruppe übermittelte dem Sicherheitsrat am 3. Juli ihren ersten Bericht, in dem sie mitteilte, daß ihr nur ein geringfügiger Abschnitt der Grenze, der von der Regierung kontrolliert werde, voll zugänglich sei; zu allen anderen Bereichen der 324 km langen Grenze sei ihr der Zutritt erschwert. Sie habe bei den Oppositionsgruppen eine große Zahl von Waffen verschiedener Herkunft festgestellt, jedoch keinen Beweis dafür gefunden, daß diese Waffen aus Syrien eingeschmuggelt wären. Auch die Infiltration von Personen habe nicht nachgewiesen werden können; die Mehrzahl der Aufständischen seien offensichtlich Libanesen.

Die libanesische Regierung unterbreitete dem Sicherheitsrat am 8. Juli eine Stellungnahme zu diesem Bericht, in der sie darauf hinwies, daß die Beobachtergruppe nach ihren eigenen Worten nur Zugang zu einem geringfügigen Teil des von den Aufständischen gehaltenen Gebiets habe und daß daher aus der Tatsache, daß sie keine Infiltration habe feststellen können, nicht geschlossen werden dürfe, daß eine solche nicht existiere. Sie hielt ihre Anschuldigungen gegen die Vereinigte Arabische Republik in vollem Umfange aufrecht.

Die Libanon-Frage blieb auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates, bis dieser am 15. Juli auf Ersuchen der Vereinigten Staaten wieder einberufen wurde. Die weiteren Ereignisse werden in der Zeittafel auf S. 11 224—11 233 und in dem Bericht über die dritte Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf S. 11 234 dargestellt. Wir hoffen, daß die Form der Zeittafel unseren Lesern die ständige Wechselwirkung von örtlichem, regionalem und weltpolitischem Geschehen vor Augen führen kann. Die großen weltpolitischen Zusammenhänge werden vielleicht am deutlichsten in dem Beitrag von D. C. *Watt* über die britische Mittelost-Politik (S. 11 201) sichtbar, in dem sich die Erfahrungen einer imperialen Vergangenheit mit der nüchternen Analyse der Gegenwart und einem vorsichtigen Abwägen der Interessen Großbritanniens verbinden. Das Dilemma der amerikanischen Mittelost-Politik kommt in den Ausführungen von Richard *Nolte* (S. 11 215) stark zur Geltung. Ein Beitrag über die sowjetische Politik in den Entwicklungsländern wird in einer der nächsten Folgen erscheinen.

Co.

Die Mittelost-Krise im Sommer 1958

Der arabische Nationalismus als Beweggrund für die Ereignisse im Irak, im Libanon und in Jordanien

Von Edward Atiyah, Twickenham*

Die Revolution im Irak, der Aufstand im Libanon und der drohende Sturz des Regimes König *Husseins* von Jordanien, all dies sind Geschehnisse, die als Ausdruck des arabischen Nationalismus in unmittelbarem Zusammenhang miteinander stehen, ausgelöst zum Teil durch die letzten Ereignisse in der arabischen Welt, zum Teil durch Ereignisse, die sich schon vor vielen Jahren zutrugen, und schließlich durch den allgemeinen Zwiespalt zwischen dem arabischen Nationalismus und dem Westen, der sich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg auftat und noch immer nicht völlig überwunden ist. Um die arabische Einstellung zu diesen Problemen zu verstehen, muß man sich zunächst die Eigenarten des arabischen Nationalismus und den Verlauf des Konfliktes mit dem Westen in großen Linien vor Augen führen und dann die Geschichte eines jeden dieser drei Länder für sich untersuchen, insbesondere soweit es sich um die letzten fünf Jahre handelt.

Ebenso wie der Nationalismus in Europa und in der ganzen übrigen Welt hat der arabische Nationalismus von Anbeginn an zwei grundlegende Ziele gehabt: die Befreiung von der Fremdherrschaft und den Zusammenschluß verwandter Volksgruppen. Dies waren zweifellos auch die Ziele der arabischen Nationalisten, zu denen — wenn es auch heute wie eine Ironie klingt — der Urgroßvater des jetzigen Königs von Jordanien und des ehemaligen Königs *Faisal* von Irak sowie der ehemalige Ministerpräsident des Irak, Nuri *es-Said*, gehörten, als sie im Ersten Weltkrieg die Alliierten gegen die Türkei unterstützten, die seit dem 16. Jahrhundert die Hoheitsrechte über diese Länder ausgeübt hatte. Der Konflikt zwischen dem arabischen Nationalismus und dem Westen begann dann auch unmittelbar nach Beendigung des Krieges, als sich herausstellte, daß man den Arabern keineswegs die völlige Unabhängigkeit gegeben hatte, sondern daß sie nunmehr in der einen oder anderen Form der westlichen (britischen oder französischen) Herrschaft unterworfen und in mehrere Einzelstaaten aufgeteilt waren: Irak, Syrien, Libanon, Palästina, Transjordanien; Staaten, deren größtenteils künstliche Grenzen von Großbritannien und Frankreich in deren eigenem Interesse und im Interesse der Zionistenbewegung festgelegt worden waren mit der Absicht, die Zersplitterung und Schwächung der arabischen Völker zu einem Dauerzustand zu machen.

Irak

Nehmen wir als erstes den Fall Irak. Hier machte die britische Mandatsverwaltung sich in den Jahren 1918 bis 1920 durch ihr selbstherrliches Gebaren so unbeliebt, daß es 1920 zu einem ungestümen Aufstand kam. Nach diesem Aufstand schlug die britische Politik zwar einen liberaleren Kurs ein, indem sie dem irakischen Volke in zunehmendem Maße Freiheiten zugestand und schließlich im Jahre 1930 offiziell die Unabhängigkeit gewährte; aber es hatte sich inzwischen der Kern einer erbitterten nationalistischen Opposition gebildet, der nicht nur die direkte britische Herrschaft, sondern auch die indirekte Einflußnahme Großbritanniens, die dieser folgte, ein Aergernis war. Einen unerschütterlichen Anhänger und Verbündeten fand die britische Einflußnahme in der Person Nuri *es-Saids*, der über dreißig Jahre hinweg, gleichgültig ob er ein Amt innehatte oder nicht, die politischen Geschicke des Irak lenkte und dem irakischen Volk weitgehend seinen Willen aufnötigte. Der britische Schriftsteller Desmond *Stewart* macht in seinem kürzlich veröffentlichten Buch** die tiefsinnige Bemerkung, Nuri *es-Said* habe sein Leben als arabischer Nationalist im Aufstand gegen die Türkei begonnen und sei zum Schluß selbst als ottomanischer Türke geendet, das heißt als ein harter und zynischer Herrscher, ohne Sympathie für die Grundsätze der Demokratie und voller Verachtung für die öffentliche Meinung, die sich in Opposition zu ihm stellte. Inzwischen wuchs diese öffentliche Meinung auf dem Boden des Nationalismus ständig zu größerer Bedeutung heran, während ihre Haltung gegenüber dem Regime Nuri *es-Saids* und der Haschemiten-Dynastie immer feindseliger wurde. Die

*) Edward *Atiyah* ist im Libanon geboren. Er organisierte 1945 das „Arab Office“ in London als Informationsbüro, das der britischen Oeffentlichkeit den arabischen Standpunkt insbesondere in der Palästinafrage darlegen sollte. Seit 1949 versucht er als selbständiger Publizist, das Verständnis für die Probleme der arabischen Welt in den westlichen Ländern zu vertiefen.

**) Desmond *Stewart*, „Young Egypt“, London 1958.

Haschemiten-Dynastie hatte dadurch, daß sie in der Person König *Faisals I.* durch die Engländer auf den Thron gebracht worden war, von Anfang an im Irak in einem schiefen Licht gestanden. König Faisal selbst war zwar ein geachteter Führer der arabischen Bewegung, der sich mit beträchtlichem Erfolg für die Sache des arabischen Nationalismus innerhalb und außerhalb des Irak einsetzte. Nach ihm jedoch wurde die Dynastie immer unbeliebter beim Volk, besonders in der Person *Abdul-Illahs,* der während der Minderjährigkeit *Faisals II.* zunächst Regent und später Kronprinz war. Diese Unbeliebtheit der Dynastie hatte verschiedene Ursachen. Erstens erschien sie in den Augen der Nationalisten als Geschöpf und Werkzeug der britischen Politik; wurde doch der König als Kind in Großbritannien erzogen, und als er sich im vergangenen Jahr mit einer halb ägyptischen, halb türkischen Prinzessin verlobte, wurde auch für diese sofort eine Reise nach Großbritannien veranlaßt, wo ihrer Erziehung in einem Pensionat der letzte Schliff gegeben werden sollte. Selbst die Uniformen und Federbüsche des Königs und des Kronprinzen waren nach dem Beispiel der von der britischen Königsfamilie getragenen entworfen. Zweitens sah man in der Dynastie ein Symbol der Reaktion, den Kernpunkt der Macht, auf der Nuri *es-Said* sein Regime errichtete. Drittens verbanden sich mit dem Namen des Kronprinzen politische Begriffe, die im ausgesprochenen Gegensatz zu dem Vormarsch des Nationalismus in Aegypten und Syrien standen.

Was das Regime Nuri *es-Said* betrifft, so war seine Unbeliebtheit ebenso wie die der königlichen Familie in erster Linie auf die übertriebene Unterwürfigkeit gegenüber Großbritannien zurückzuführen. Jedesmal, wenn im Irak oder in den angrenzenden arabischen Ländern eine politische Krise ausbrach, flog Nuri Pascha nach London, angeblich zum Zwecke „ärztlicher Behandlung", aber nach Ansicht aller irakischen Nationalisten mit der Absicht, Beratungen mit der britischen Regierung zu führen und Vereinbarungen für das gemeinsame Vorgehen zu treffen. In Bagdad selbst konnte man den Wagen des britischen Botschafters mit dem Union-Jack-Wimpel fast täglich in der Nähe des Außenministeriums in einer Straße stehen sehen, wo das Parken verboten war. Zweitens war bei Nuri es-Said auf Grund seiner Machtstellung zweifellos eine Korruption des Denkens eingetreten. Dreißig Jahre lang hatte er die politischen Geschicke des Irak bestimmt und gelenkt: mehrere Staatsstreiche einschließlich der Rebellion von Raschid Ali *el Gailani* hatte er überlebt; und so hatte sich bei ihm die Vorstellung festgesetzt, er brauche auf die Volksstimmung keine Rücksicht zu nehmen und könne tun und lassen, was ihm beliebte. So regierte er mit immer härterer Hand, und die Unterdrückung wurde mehr und mehr zum wichtigsten Instrument seiner Herrschaft. Parteien, die sich in Opposition zu ihm stellten, wurden aufgelöst, Zeitungen mußten zeitweilig ihr Erscheinen einstellen, Nationalistenführer wurden auf ungenaue Anschuldigungen hin wegen aufrührerischer Absichten ohne Verhör in Haft gesetzt. Fast jeder, der Nuri, seine Methoden oder seine Politik angriff, wurde als Kommunist gebrandmarkt. Als Rechtfertigung für seine harte Unterdrückungspolitik stellte Nuri die Behauptung auf, sie sei notwendig, um das Land und den Mittleren Osten überhaupt vor einem kommunistischen Umsturz zu bewahren. Diese Behauptung entsprach nicht den Tatsachen; sie warf den arabischen Nationalismus und den Kommunismus in einen Topf, obwohl es sich um zwei deutlich unterscheidbare und grundsätzlich verschiedene Ideologien handelt, auch wenn sie gelegentlich gegen einen gemeinsamen Gegner gemeinsame Sache gemacht haben. Aber Nuri Pascha handelte nach dem französischen Sprichwort „Qui veut noyer son chien l'accuse de la rage". (Wer seinen Hund ertränken will, behauptet, er habe die Tollwut.) Drittens hatten die irakischen Nationalisten das Gefühl, daß durch Nuris Einverständnis mit den Briten und durch seinen Widerstand gegen die nationalistische Strömung, die in Aegypten, Syrien und Jordanien, und unterirdisch auch im Irak, so stark angeschwollen war, ihr Land der arabischen Bewegung ferngehalten und sogar gegen sie eingesetzt werden sollte.

Während der letzten Jahre verschlechterte sich die Lage zusehends. Der Grund für diese Verschlechterung war der Aufstieg von Gamal Abdel *Nasser* zur Macht in Aegypten und zur Stellung eines universalen Führers des arabischen Nationalismus im gesamten Mittleren Osten. Vielleicht wäre der Konflikt zwischen dem arabischen Nationalismus unter *Nasser* und dem Irak Nuri *es-Saids* in jedem Fall unvermeidlich gewesen. Aber es steht fest, daß Nuri *es-Said* mit dem Abschluß des Bagdadpaktes den ersten entschiedenen Schritt in diesem Zwist tat. Der Abschluß des Paktes Anfang 1955 folgte sehr rasch auf die Beilegung des britisch-ägyptischen Streits um den Suezkanal-Stützpunkt und auf die Unterzeichnung des Abkommens vom 27. Juli 1954, auf Grund dessen Großbritannien alle seine Truppen von ägyptischem Boden abzog. Die revolutionären Führer Aegyptens mit Präsident *Nasser* an der Spitze hatten mit diesem Abkommen einen beachtlichen Sieg für die Sache des positiven Neutralismus errungen, der zum Glaubensbekenntnis der arabischen Nationalisten im Kalten Krieg zwischen den Westmächten und dem Sowjetblock geworden war. Man muß sich dabei klarmachen, daß der positive Neutralismus der arabischen Nationalisten ein genauso ernst gemeinter Begriff ist wie der des indischen Premierministers Jawaharlal *Nehru.* Er ist keineswegs etwa als verdächtige Tarnung für kommunistenfreundliche Politik anzusehen, sondern verkörpert den ehrlichen Wunsch der arabischen Völker, sich aus dem Kalten Krieg herauszuhalten und jede Einbeziehung in irgend-

welche Militärbündnisse mit der einen oder anderen Seite abzulehnen. Dieser Wunsch wurzelt in der echten Ueberzeugung, daß es im wahren Interesse der arabischen Länder und des Weltfriedens liegt, daß sie sich keinem der beiden Lager anschließen. Auch liegt diesem Wunsch auf der Gefühlsebene die Erinnerung an die Zeiten der Unterwerfung unter die Herrschaft der westlichen Kolonialmächte, Großbritannien und Frankreich, zugrunde. Unter dem Einfluß dieser Erinnerungen fürchten die arabischen Nationalisten, daß ein Militärabkommen mit den Westmächten nicht nur eine Einbeziehung in deren Reihen bedeuten, sondern ihnen in der einen oder anderen Form wieder den Kolonialstatus auferlegen würde, den sie eben erst abgeschüttelt haben und in den sie auf gar keinen Fall jemals wieder zurückgeworfen werden wollen. Der Abschluß des Bagdadpaktes, durch den Nuri *es-Said* den Irak in das Lager der Westmächte zog, stellte in den Augen der arabischen Nationalisten eine schwere Verletzung der Politik des positiven Neutralismus und damit einen Schlag gegen einen der grundlegenden Glaubenssätze des arabischen Nationalismus in der Nachkriegswelt dar. Dieser Schritt erregte den heftigsten Zorn Präsident *Nassers*, a) weil er ihn als einen Versuch Nuri es-Saids sah, sich der Politik des positiven Neutralismus zu widersetzen und den Irak als Nachfolger Aegyptens zur Hochburg der westlichen Militärgewalt und Einflußnahme in der arabischen Welt zu machen; b) weil ihm der Bagdadpakt, soweit es sich um Großbritanniens Rolle darin handelte, wie ein Dolchstoß aus dem Hinterhalt erschien oder vielmehr wie ein Versuch, durch die Hintertür des Irak wieder in die arabische Welt einzudringen, nachdem man sich gerade erst bereit erklärt hatte, sich durch den Haupteingang, Aegypten, daraus zurückzuziehen.

Aus diesen Gründen traten die Beziehungen zwischen dem Irak und Aegypten und ganz allgemein zwischen dem Regime Nuri *es-Said* und der arabischen nationalistischen Bewegung in eine neue, von äußerster Erbitterung gekennzeichnete Phase ein. Radio Kairo und die ägyptische Presse eröffneten einen anhaltenden Feldzug heftigster Angriffe auf Nuri es-Said und sein Regime. Nuri wurde als Verräter an der arabischen Sache gebrandmarkt und das irakische Volk aufgerufen, sich gegen seine Tyrannenherrschaft zu erheben und ihn zu stürzen. Der Erfolg dieses Propagandafeldzuges bestand weniger darin, daß etwa eine starke Opposition gegen Nuri es-Said im Irak geschaffen worden wäre, als vielmehr darin, daß bisher unausgesprochene Gefühle hier einen spürbaren Widerhall fanden. Nuri war von den Nationalisten im Irak und in den anderen arabischen Ländern schon immer als eine Art Verräter und bezahlte Kreatur der Briten angesehen worden. Es ist sogar nicht einmal sicher, ob der ägyptische Propagandafeldzug diese schwelende Glut der Gefühle überhaupt zu einer stärkeren Flamme angefacht hat. Tatsächlich wurde oft beobachtet, daß das Gegenteil der Fall war. Zu Beginn dieses Propagandafeldzuges, als Kairos Angriffe auf Nuris Irak am heftigsten waren, wurde bei vielen neutralen oder früher kritischen Irakern ein gewisser Lokalpatriotismus erweckt, der sie nun veranlaßte, sich hinter Nuri zu stellen, während Nuris Unbeliebtheit bei seinem eigenen Volk wieder anwuchs, als die Kanonade von Radio Kairo nachließ.

Die Suezkrise vor zwei Jahren vergrößerte noch die Kluft zwischen Nuris Irak und dem arabischen Nationalismus. In seinen offiziellen Aeußerungen stellte Nuri *es-Said* sich hinter Aegypten, als es von Großbritannien, Frankreich und Israel angegriffen wurde. Als arabischer Staatsmann konnte er gar nicht anders handeln. Aber er unterbrach nicht den Oelstrom, der vom Irak aus gen Westen floß (die Leitungen wurden von den Syrern gesprengt), und ebensowenig brach er die diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien ab, sondern lediglich, um die Gefühle der Oeffentlichkeit wenigstens teilweise zu beschwichtigen, die mit Frankreich. Was die Sache für Nuri noch schlimmer machte, war, daß man sich heimlich zu erzählen begann, er hätte Sir Anthony *Eden* sogar dazu angespornt, *Nasser* anläßlich der Suezkanalkrise anzugreifen und zu stürzen. Bis zu dem Zeitpunkt, da Großbritannien und Frankreich die Dummheit begingen, Israel in diese Unternehmung auf ihrer Seite mit hineinzuziehen, war es allen arabischen Nationalisten völlig klar, daß *Nuri* und seine Kollegen es gern gesehen hätten, wenn die Westmächte Nasser eine Schlappe beigebracht oder ihn womöglich gestürzt hätten. In Bagdad gab es, als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, stürmische Demonstrationen und Zusammenstöße zwischen der Menge und der Polizei. In London wurde die irakische Botschaft einen Nachmittag lang praktisch besetzt gehalten von einer Gruppe irakischer und anderer arabischer Studenten, die ein Protesttelegramm an den Minister diktierten, mit dem sie energischere Maßnahmen zur Unterstützung Aegyptens forderten; und sie bestanden darauf, daß das Telegramm an Nuri abgesandt würde.

Als *Nasser* nach seinem diplomatischen Sieg über Großbritannien, Frankreich und Israel als der fast allgemein anerkannte Führer des arabischen Nationalismus aus der Krise hervorging, weil er den zwei großen westlichen ehemaligen Kolonialmächten mit Erfolg die Stirn geboten hatte, trat im Irak eine wesentlich ernstere und gespanntere Lage ein. Die meisten irakischen Nationalisten betrachteten jetzt Nasser als ihren Führer und sympathisierten mit ihm gegen ihre eigene Regierung.

Im Herbst 1957, während der türkisch-syrischen Krise, wie man sie damals nannte, erreichten die Spannungen einen neuen Höhepunkt, als Syrien und die Sowjetunion sich darüber beklagten, daß

die Türkei in der Nähe der syrischen Grenze Truppen zusammenzöge, und von einem bevorstehenden Angriff der Türkei auf Syrien sprachen. Obgleich die Krise schließlich im Sande verlief (wie man annimmt, in erster Linie dank des im Sinne der Mäßigung wirkenden Einflusses des amerikanischen Außenministeriums), kamen nun häßliche Gerüchte in Umlauf, wonach auch der Irak in das angebliche Komplott verwickelt sei, das wegen der immer ausgesprocheneren Ausrichtung Syriens nach der Sowjetunion und wegen seiner großen Waffeneinkäufe bei dieser eine Invasion des Landes und den Sturz der syrischen Regierung bezwecken sollte. Es wurde damals von recht gut unterrichteten Leuten in Bagdad behauptet, Kronprinz *Abdul-Illah* sei mit Nachdruck für die geplante Aktion eingetreten. Diese Anschuldigungen werden jetzt im Zuge der Mitte August in Bagdad begonnenen Hochverratsprozesse öffentlich geprüft. Wie weit sie zutreffend sind, ist hier belanglos. Von Belang ist nur die Tatsache, daß sie sowohl im Irak als auch in Syrien für wahr gehalten wurden. Daß kurz darauf von den syrischen Führern die Initiative für eine Union mit Aegypten ausging, ist in hohem Maße auf die Furcht und das Gefühl der Isolierung zurückzuführen, das sie während der Herbstkrise empfunden hatten, als sie glaubten, die Mächte des Bagdadpaktes einschließlich des Irak planten einen Anschlag gegen ihr Land. Als die Union zwischen Aegypten und Syrien — die Präsident Nassers Ansehen unter den arabischen Nationalisten noch weiter wachsen ließ — proklamiert wurde, gingen in Bagdad etwa sechstausend Iraker zum Telegrafenbüro, um ihm Glückwunschtelegramme zu senden, und als die irakische Post die Absendung ablehnte, begaben sie sich zur ägyptischen Botschaft und übergaben ihre Glückwunschadressen dem ägyptischen Botschafter.

Bevor wir uns damit befassen, wie sich der Gegenzug zur Schaffung der Vereinigten Arabischen Republik, nämlich die Bildung der Arabischen Föderation, zwischen dem Irak und Jordanien auswirkte, sollte vielleicht noch ein anderer Vorfall erwähnt werden, der zwar keineswegs die Tragweite der oben beschriebenen Ereignisse hat, aber doch die wachsende Kluft zwischen dem Irak unter Nuri es-Said und den übrigen arabischen Staaten kennzeichnet. Als die irakische Delegation im vergangenen Herbst zur Vollversammlung der Vereinten Nationen entsandt wurde, hatte sie Anweisung, sich bei der Abstimmung zur Cypernfrage auf die Seite der Türkei und Großbritanniens zu stellen. Zufällig ergab es sich jedoch, daß die Algerienfrage wenige Tage vor der Cypernfrage zur Abstimmung kam, und bezüglich Algerien stimmten alle arabischen Staaten für den Grundsatz der Selbstbestimmung. Als nun die Cypernfrage an der Reihe war, fand der Führer der irakischen Delegation, *Haschim Jawad* (jetziger Delegierter des neuen Irak im Sicherheitsrat), daß es für seine Delegation, wollte sie nicht alle Gesetze folgerichtiger Handlungsweise und internationaler Moral zynisch mißachten, unmöglich sei, gegen das Selbstbestimmungsrecht für die cypriotische Bevölkerung zu stimmen. Er handelte also entgegen seinen Instruktionen und unterstützte gemeinsam mit den übrigen arabischen Delegierten die nationalistischen Forderungen der griechischen Cyprioten. Er wurde nach Bagdad zurückberufen und dort bei seinem Eintreffen als Held des Volkes gefeiert. Nuri *es-Saids* kurz darauf abgegebene Erklärung, daß der Irak in der Cypernfrage bedingungslos hinter der Türkei stehe, fand eine sehr schlechte Aufnahme, da damit offenbar die Loyalität gegenüber dem Bagdadpakt und — im Gegensatz zur Haltung der arabischen Völker im allgemeinen und zur internationalen politischen Moral überhaupt — eine Unterordnung unter die britische Politik gemeint war.

Die schon erwähnte Bildung der Arabischen Föderation zwischen dem Irak und Jordanien war der letzte große politische Akt Nuri *es-Saids* und der Haschemiten-Dynastie, mit dem sie sich *Nassers* Aufstieg zum unbestrittenen Führer aller arabischen Länder entgegenstellten. Bei den arabischen Nationalisten im Irak und in Jordanien war diese Föderation äußerst unpopulär. Sie erblickten in ihr einen reaktionären Bund, der sich gegen die in ihren Augen fortschrittlichen Kräfte richtete; und überdies hatten sie den Verdacht, daß diese Föderation durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten angeregt und gefördert worden war, um *Nassers* Triumph in Syrien etwas gegenüberstellen zu können.

In Jordanien, wo, wie später noch geschildert wird, die Stellung des Königs und das ganze Regime schon seit geraumer Zeit Zielscheibe wiederholter Angriffe seitens der Nationalisten gewesen waren, hätte die Gründung der Föderation fast einen weiteren Militärputsch gegen den Thron ausgelöst. Der libanesische Aufstand war schon mehrere Monate im Gange, und Großbritannien und die Vereinigten Staaten in ihrem Bestreben, die bestehenden prowestlichen Regime zu schützen, waren dabei, starke See- und Luftstreitkräfte im östlichen Mittelmeer zu massieren. In dieser gespannten Situation machte Nuri *es-Said* etwa Mitte Juni, also wenige Wochen vor der Revolution im Irak, eine Reise nach London, wo er anläßlich einer Pressekonferenz dringend ein anglo-amerikanisches Eingreifen forderte, um ein Abbröckeln des Libanon und Jordaniens zu verhindern; und er fügte hinzu, der Irak wäre bereit, mit den Westmächten in einem solchen Unternehmen gemeinsam zu handeln. Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß diese Pressekonferenz sowie die Maßnahmen, die Nuri Pascha nach seinen Beratungen mit der britischen Regierung bei seiner Rückkehr im Irak einführte,

wie der Funke im Pulverfaß der drohenden irakischen Revolution wirkten. Beobachter sind fast allgemein der Ansicht, daß die Revolution auf jeden Fall ausgebrochen wäre, aber durch diese letzten Handlungen Nuri es-Saids wurde sie wahrscheinlich noch früher ausgelöst. Denn erstens waren die nationalistisch gesonnenen Kreise im Irak ebenso wie in anderen arabischen Ländern zutiefst empört über das öffentliche Eintreten des irakischen Ministerpräsidenten für eine militärische Intervention der Westmächte zugunsten zweier bei ihren Völkern unbeliebter arabischer Regime. Zweitens hatte der Führer der irakischen Revolution und gegenwärtige Ministerpräsident, Brigadegeneral Abdul Karim *al Kassem*, anscheinend gerade den Oberbefehl über eine irakische Brigade, die, kurz nachdem Nuri seine Erklärung über seine politische Zielsetzung abgegeben hatte, nach Jordanien beordert wurde, vermutlich um dort gemeinsam mit den anglo-amerikanischen Streitkräften zu operieren. Brigadegeneral Kassem befolgte den Befehl nicht, sondern war anscheinend zu dem Beschluß gekommen, daß nunmehr der Augenblick da sei, um seinen schon seit längerer Zeit ausgearbeiteten Plan zum Sturz des Regimes im Irak zu verwirklichen. So kam es zum Ausbruch der Revolution im Irak am 14. Juli 1958.

Die Revolution kam für die Westmächte völlig überraschend. Sie hatten sich über Jordanien und den Libanon Sorge gemacht, aber für den Augenblick nicht über den Irak. Auf längere Sicht hatten sie sogar bezüglich des Irak einen gewissen Optimismus gehegt, der auf der Tatsache beruhte, daß ein hoher Prozentsatz der Einnahmen aus der Oelgewinnung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der sozialen Verhältnisse des Landes verwendet wurde. Man hatte im britischen Außenministerium geglaubt, wenn diese Politik lange genug wirksam sein könnte, würde sie den irakischen Volksmassen so viel Gutes bringen, daß der gefühlsbedingte, gegen Nuri und die Haschemiten-Dynastie gerichtete Nationalismus besänftigt und mit dem wirtschaftlichen Wohlstand auch die politische Stabilität eintreten würde. Die Experten des britischen Außenministeriums hatten geglaubt, daß dem alten Regime noch eine ausreichende Frist gewährt werden würde, um diese Hoffnungen zur Reife zu bringen. Darin hatten sie sich, wie die Ereignisse gezeigt haben, bitter getäuscht. Einmal dauerte es viel länger, ehe die Politik der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie von Nuri es-Said eingeleitet wurde, Ergebnisse zeitigte, außerdem aber wucherte neben den Schauprojekten der neuen wirtschaftlichen Entwicklung noch allerlei Korruption weiter, und die Gelder, die angeblich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes verwendet wurden, gingen keineswegs alle diesen Weg. Dazu kam noch, daß Nuri zwar Staudämme und Bewässerungsprojekte plante, aber in Hinsicht auf eine Bodenreform nichts unternahm. Der größte Teil des kultivierbaren Bodens im Irak blieb weiterhin in den Händen der feudalen Stammesherrscher, und Nuri konnte für die Masse der Kleinbauern wenig tun, weil er die politische Unterstützung der großen Stammesherrscher brauchte.

Aber während die Westmächte unangenehm überrascht und geradezu entsetzt waren, fand die Revolution im Irak selbst und auch bei den Nationalisten in den übrigen arabischen Ländern ein sehr gutes Echo, und große Begeisterung wurde überall zum Ausdruck gebracht. Man erblickte in dieser Revolution einen neuen Triumph des arabischen Volkswillens über die Kräfte der Reaktion und des Kolonialismus. Man begrüßte diese Entwicklung, weil sie dem erbitterten Konflikt zwischen dem Irak und Aegypten ein Ende machte, der die arabische Welt so lange in zwei Lager gespalten hatte. Natürlich wurde sie auch in der Vereinigten Arabischen Republik und von den Nasserfreundlichen Elementen im Libanon, in Jordanien und anderen arabischen Ländern als ein großer Sieg für *Nasser* und die arabische nationalistische Bewegung, deren Führer er jetzt war, gefeiert.

Es muß betont werden, daß hinter der irakischen Revolution keine kommunistischen Einflüsse stehen und daß es nicht ihr Ziel ist, den Irak dem Sowjetblock anzugliedern. Das Ziel der Revolution ist lediglich, eine Politik des positiven Neutralismus zwischen der Sowjetunion und dem Westen zu verfolgen und mit beiden gute Beziehungen zu unterhalten. Die neuen Führer des Irak haben wiederholt betont, daß sie Freundschaft mit dem Westen wünschen, und es besteht keinerlei Grund, die Aufrichtigkeit dieser Beteuerungen anzuzweifeln. Zwar nehmen die meisten Beobachter und Kenner der Verhältnisse an, daß die heutigen Führer den Irak aus dem Bagdad-Pakt herauslösen werden (bisher haben sie sich in dieser Beziehung noch nicht festgelegt), aber sie werden durchaus wünschen, die wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen ihres Landes mit dem Westen, soweit sie seinem Neutralismus keinen Abbruch tun, weiter zu erhalten und zu pflegen. Sicherlich werden sie auch eine Annäherung an Aegypten und die Vereinigte Arabische Republik anstreben und vielleicht sogar mit der letzteren eine Art Bündnis eingehen, aber das heißt nicht etwa, daß sie Marionetten Präsident Nassers wären. Vielmehr ist es so, daß ihre Ideen und Begriffe vom arabischen Nationalismus und von der arabischen Einigung mit denen Nassers übereinstimmen und daß sie den Wunsch haben werden, eng mit ihm an der Verwirklichung aller Bestrebungen der arabischen Bewegung zusammenzuwirken. Ihre Revolution haben sie unabhängig von Nasser durchgeführt, allerdings nach seinem Vorbild handelnd. Auf keinen Fall haben sie als Nassers Werkzeuge

gehandelt, und alles scheint daraufhin zu deuten, daß der Ausbruch der Revolution im Irak für Nasser selbst während seines Staatsbesuches in Jugoslawien überraschend kam.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben dies anscheinend nicht erkannt. Im Gegenteil, als die Nachrichten aus Bagdad eintrafen, redeten sie sich in ihrer Aufregung ein, daß *Nasser* und die hinter ihm stehenden Kräfte in den übrigen arabischen Ländern eine umfassende Unternehmung gegen den Westen geplant hätten und daß die Revolution im Irak nur der erste Schritt dazu sei. Sie unternahmen daher sofort Truppenlandungen im Libanon und in Jordanien, und die Stärke der von den Vereinigten Staaten im Libanon gelandeten Truppen gab in den ersten Tagen nach der Revolution in Bagdad Anlaß zu der Befürchtung, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Verein mit König *Hussein* versuchen könnten, im Irak gegen die Revolution zu intervenieren.

Libanon

Die Landungen im Libanon insbesondere waren ungerechtfertigt und standen in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die sie nach den eigenen Aussagen der Amerikaner abwehren sollten. Die Krise im Libanon war in erster Linie eine interne Angelegenheit und war darauf zurückzuführen, daß die Regierung mit Camille *Chamoun* als Präsident und Dr. Charles *Malik* als Außenminister sich nicht an Buchstaben und Geist der Kompromißvereinbarungen zwischen der christlichen und der muselmanischen Bevölkerung gehalten hatten, die die unentbehrliche Basis für die Erhaltung des Libanon als unversehrtes Staatswesen darstellen. Als einziges unter den arabischen Ländern ist der Libanon kein vorwiegend muselmanisches Land. Seit der Errichtung des libanesischen Staates im Jahre 1919 hat die Bevölkerung fast zu gleichen Teilen aus Christen und Muselmanen bestanden. Bei der letzten Volkszählung (vor etwa 25 Jahren) hatten die Christen eine Mehrheit von 1,5 vH. Es ist jedoch fast sicher, daß sich dieses Verhältnis inzwischen umgekehrt hat, und aus diesem Grunde haben die Christen in den letzten Jahren jeden Versuch, eine neue Volkszählung abzuhalten, hintertrieben.

Nach dem Ersten Weltkrieg mißtrauten die Christen dem arabischen Nationalismus und suchten den Schutz einer christlichen Macht des Westens. Daher stimmten sie für Frankreich als Mandatsmacht und begrüßten die französische Verwaltung in ihrem Lande. Die Franzosen, die den christlichen Libanon gegenüber Syrien und dem arabischen Nationalismus stärken wollten, erweiterten das Gebiet noch durch die Angliederung vorwiegend muselmanischer Gebiete wie Tripoli und Sidon.

Die Haltung der libanesischen Christen selbst gegenüber der französischen Herrschaft wurde aber immer ablehnender, und sie erkannten immer deutlicher die Notwendigkeit, die Sache ihres Landes mit der des arabischen Nationalismus zu identifizieren, so daß sie schließlich im Jahre 1943 gemeinsam mit den Muselmanen die vollständige Unabhängigkeit für den Libanon forderten. Damit machten sie der muselmanischen Gruppe eine beträchtliche Konzession, die von dieser auch als eine solche anerkannt wurde. Als Gegenleistung erklärte sie sich bereit, die besondere Lage des Libanon anzuerkennen und nicht auf einen Zusammenschluß mit Syrien oder irgendeiner anderen größeren arabischen Einheit zu drängen, wo die Muselmanen eine überwältigende Mehrheit darstellen würden. Dies war der Kompromiß, der 1945, als das Land unabhängig wurde, zur Grundlage des libanesischen Staatswesens gemacht wurde. Aber seit der Suezkrise von 1956 hatten die arabischen Nationalisten (zu denen fast alle Muselmanen des Libanon und einige Christen gehörten) den Eindruck, daß die libanesische Regierung diesen Kompromiß verletzte; sie bezeigte dem arabischen Nationalismus immer weniger Sympathie, identifizierte sich vielmehr mit dem westlichen Lager, besonders mit den Vereinigten Staaten, und ging darin schließlich so weit, sich erneut unter den Schutz der Westmächte zu stellen. Präsident *Chamoun* verweigerte anläßlich der Suezkrise den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich als Protest gegen ihren Angriff auf Aegypten. Als später die Eisenhower-Doktrin verkündet wurde, war der Libanon das einzige arabische Land, das sie offiziell akzeptierte und somit ein Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten einzugehen schien. Dazu kam, daß Präsident Chamoun sich anscheinend sehr gern zur Wiederwahl (nach Ablauf seiner jetzigen Amtsperiode im September) aufstellen lassen wollte, was verfassungswidrig gewesen wäre. So schlossen seine Widersacher, daß er es auf eine Verfassungsänderung abgesehen habe. Es wurden Wahlen abgehalten — wie die Opposition behauptete, mit dem Ziel, dem Präsidenten die notwendige Mehrheit für die Einführung einer Verfassungsänderung zu geben. Außerdem beschuldigte die Opposition (die jetzt auch den Maronitenpatriarch, Monsignore Paul *Meouschi*, zu ihren offenen Anhängern zählte, die einflußreichste christliche Persönlichkeit im Libanon) die Regierung der „massiven Einmischung“ in den Ablauf der Wahlen und bezeichnete die Wahlergebnisse daher als gefälscht. Anscheinend waren diese Beschuldigungen gerechtfertigt, denn wie sich herausstellte, waren mehrere leitende Persönlichkeiten der Opposition nicht wiedergewählt worden, die in früheren Wahlen mit großer Mehrheit durchgekommen waren.

Das war für die Opposition der endgültige Anstoß zum Handeln. Sie rief einen Generalstreik aus, der sich zu einem Aufstand entwickelte. Der Oberkommandierende der libanesischen Armee, General Fuad *Schehab* (ein Christ, der inzwischen als Nachfolger Chamouns zum Präsidenten gewählt wurde), weigerte sich klugerweise, die Armee bei der Unterdrückung der Rebellion einzusetzen. Sein Hauptgrund für diese Weigerung war, daß er einen blutigen Bürgerkrieg zwischen Christen und Muselmanen abwenden wollte. Die libanesische Truppe setzt sich nämlich ebenso wie die gesamte Bevölkerung des Landes aus Elementen beider Gruppen zusammen, und hätte man sie zur Unterwerfung der Rebellion eingesetzt, so wäre das Ergebnis eine Auflösung der Armee selbst gewesen. Der General sowohl wie der Patriarch wollten eine Aufspaltung des Libanon in zwei den Konfessionen entsprechende Lager verhüten. Beide hatten erkannt, daß der Frieden nur wiederhergestellt werden konnte, wenn man den alten Kompromiß zwischen Christen und Muselmanen, zwischen libanesischen Autonomisten und arabischen Nationalisten, wiederaufleben ließ, und daß jeder Versuch, den Aufstand niederzuwerfen, zur Vernichtung des Libanon als eines selbständigen Staatswesens führen könnte, da sich in einem solchen Fall die muselmanischen Gebiete möglicherweise entscheiden würden, von dem übrigen Lande abzufallen und sich der Vereinigten Arabischen Republik anzuschließen.

Gewiß waren es Gefühle eines nationalistischen Arabertums und der Sympathie für Präsident *Nasser* als Gegenspieler der Kombination *Chamoun* — *Malik* — *Eisenhower* — *Dulles*, die die Opposition bewegten; und zweifellos empfing sie Anregung und auch Geld- und Waffenhilfe aus Syrien. Aber die Behauptung der Regierung, daß eine „massive Einmischung" von Syrern stattfinde, ließ sich nicht aufrechterhalten, wie auch die Beobachtergruppe der Vereinten Nationen feststellen konnte. Es bestanden keinerlei Anzeichen dafür, daß die libanesische Opposition sich der Vereinigten Arabischen Republik anschließen wollte oder daß Präsident *Nasser* und die Syrer dies herbeizuführen wünschten. Darum konnten die amerikanischen Landungen in Beirut offenbar nur den Sinn haben, Präsident *Chamouns* wankende Regierung zu stützen und vor ihren Gegnern im Lande zu retten; oder aber sie waren das Vorspiel zu Unternehmungen außerhalb des Libanon gegen die neuesten Manifestationen des arabischen Nationalismus, wie zum Beispiel die Revolution im Irak. Da die Amerikaner jedoch im Libanon blieben und da mit der Wahl General *Schehabs* zum Präsidenten (mit Unterstützung der Opposition) eine Kompromißlösung für die libanesische Krise eingeleitet wurde, die auch den bevorstehenden Abzug der amerikanischen Truppen vorsieht, kann man wohl hoffen, daß der Libanon zu seiner früheren Neutralitätspolitik (wozu zum Beispiel die Ablehnung der Eisenhower-Doktrin gehören würde) und zu einer allgemein wohlwollenden Haltung gegenüber dem arabischen Nationalismus zurückkehren wird, ohne sich an dessen wachsender politischer Struktur direkt zu beteiligen. Der Maronitenpatriarch selbst erklärte, daß es in Zukunft keinen Platz für die christliche Gemeinde des Libanon im Mittleren Osten geben werde, wenn der Libanon sich gegen den Strom des arabischen Nationalismus stemmen wollte.

Jordanien

Jordanien, eine Schöpfung der Briten, die nach dem ersten Weltkrieg ins Leben gerufen wurde, ist ein völlig künstliches Gebilde und als unabhängiger Staat eigentlich nicht lebensfähig. Ebenso wie im Irak wurde die Herrschaft in Jordanien einem Zweig der Haschemiten-Dynastie anvertraut, als deren erster Vertreter der ehemalige König *Abdullah* auftrat. Dieser machte sich bei den arabischen Nationalisten innerhalb und außerhalb Jordaniens höchst unbeliebt, einmal wegen seiner autokratischen und reaktionären Regierungsmethoden, und zum anderen, weil man ihn für eine Marionette der Briten hielt und fand, daß er es im Kriege gegen den Zionismus an Eifer fehlen ließ. Seine Stellung wurde noch schwieriger, als die Teile Palästinas, die nach dem arabisch-israelischen Kriege im Jahre 1948 den Arabern verblieben, zu Jordanien kamen und damit eine selbständig denkende, politisch geweckte und stark verbitterte Bevölkerungsgruppe ins Land kam. König *Abdullah* mußte schließlich für die Stellung, die er bekleidet hatte, und für die Politik, die er verfolgt hatte, mit dem Leben bezahlen. Der jetzige König *Hussein* begann schon vor zwei oder drei Jahren den Druck des arabischen Nationalismus gegen seine Stellung zu spüren. Er versuchte, die Nationalisten zu beschwichtigen und sich populär zu machen, indem er *Glubb Pascha* entließ, der bis dahin der Oberkommandierende der Arabischen Legion (der jordanischen Armee) gewesen war, und indem er trotz britischen Drucks den Beitritt zum Bagdadpakt verweigerte. Aber auch durch diese beiden Maßnahmen konnte er sich nicht die Sicherheit verschaffen, die er sich erhofft hatte; besonders nicht, als sich herausstellte, daß die britische Vormundschaft über Jordanien nicht durch völlige Unabhängigkeit abgelöst wurde, sondern durch zunehmende Abhängigkeit von der Finanz- und Militärhilfe der Vereinigten Staaten. Sowohl bei der ehemals palästinensischen Bevölkerung auf dem Westufer des Jordan als auch in der Armee bestand eine starke Neigung unter den nationalistisch Gesonnenen, sich Präsident *Nasser* als dem Führer des panarabischen Nationalismus zuzuwenden. Der König und

sein Regime verloren immer mehr an Popularität. Offizierscliquen, die mit den ägyptischen und syrischen Nationalisten sympathisierten, hatten verschiedentlich einen Umsturz geplant. Mehrere dieser Umsturzversuche wurden vom König entdeckt und im Keime erstickt, als letzter noch ein Coup, der nach der Bildung der irakisch-jordanischen Föderation (einem bei den jordanischen Nationalisten ebenso unbeliebten Gebilde wie bei den irakischen) geplant und unmittelbar vor dem Ausbruch der irakischen Revolution entdeckt wurde. Ebenso wie im Falle des Libanon, war die Krise in Jordanien in erster Linie eine interne Angelegenheit, die zwar von Kairo und Damaskus gewisse Impulse empfing, aber doch vor allem von der Unzufriedenheit der Bevölkerung ausging und ihren Wunsch nach einem Wechsel des Regimes und einer Annäherung Jordaniens an die arabische Nationalistenbewegung in Aegypten und Syrien widerspiegelte. Die Landung britischer Truppen in Jordanien hatte also vor allen Dingen den Zweck, den König und sein Regime zu halten. Möglicherweise war sie auch ganz im Anfang als ein erster Schritt in einer Unternehmung gegen die irakische Revolution gedacht. Aber falls eine solche Absicht bestanden hatte, wurde sie bald aufgegeben. Großbritannien behauptet, es sei eine seiner Absichten gewesen, im Falle einer Auflösung des jordanischen Staates einen Vormarsch Israels zum Westufer des Jordan zu verhindern. In Wirklichkeit liegen die Dinge nun so, daß alles Gerede über die Bewahrung der Unabhängigkeit Jordaniens und über die Erhaltung seines gegenwärtigen Staatsgebietes sinnlos ist, weil eben das Land nicht lebensfähig ist und, wie schon die britische Zeitung *Manchester Guardian* zugab, eines Tages verschwinden muß. Es handelt sich also jetzt darum, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit dieses Verschwinden auf verfassungsmäßigem Wege geschehen kann, das heißt, daß der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden muß, zwischen einem Anschluß an den Irak oder an die Vereinigte Arabische Republik zu wählen, und daß ferner — ob die Entscheidung nun so oder so ausfällt — in jedem Fall verhindert wird, daß Israel sich die Lage zunutze macht, um jordanisches Gebiet zu annektieren. Dies wäre eine Aufgabe für die Vereinten Nationen.

Israel in der Mittelost-Krise

Von N. Uriely, Jerusalem

Das Bild, das Israel seit der letzten großen Mittelost-Krise bietet, steht im auffallenden Gegensatz zu dem seiner unmittelbaren und entfernteren arabischen Nachbarstaaten. Israel feierte in diesem Jahre das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens in einer ruhigen und beschaulichen Atmosphäre, als ob nicht jenseits seiner Grenzen das Gespenst der Revolution und Unruhe und die Gefahr des Ausbruches eines gefährlichen politischen Brandes unübersehbar ihren Einzug gehalten hätten. Ausländische Touristen — ihre Zahl hatte sich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt — sahen mit nicht geringem Erstaunen das Bild eines durchaus friedlichen und friedliebenden Landes, das alle seine Energien auf den Aufbau seiner Wirtschaft konzentriert, während Presse und Rundfunk in aller Welt ihnen vor Antritt ihrer Reise den Eindruck vermittelt hatten, daß sie sich in ein Gebiet begeben, das von Unruhen und Wirren erzittert.

Noch ein knappes Jahr zuvor spürte man in Israel überall deutlich die Nachwirkungen der Sinai-Kampagne[1], waren die Staatsmänner des jungen jüdischen Staates vollauf mit der Abwehr der Israel auf der weltpolitischen Arena drohenden Gefahren beschäftigt. Heute ist nahezu das gesamte öffentliche Interesse auf große Entwicklungsprojekte konzentriert, auf die Konsolidierung und Weiterführung des Aufbauwerkes, das die Grundlage der Existenz des Staates bildet. Die Mitglieder des Kabinetts findet man mehr bei Einweihungen von Wüstenstraßen im Süden, bei den Schlußzeremonien der großen Entsumpfungsarbeiten im Norden und von großzügigen Aufforstungen in den Bergen, bei der Eröffnung neuer Stadtteile, Wohnbausiedlungen, Universitätsinstituten, Krankenhäusern, Schulen, Bewässerungsanlagen als auf internationalen politischen Tagungen und Konferenzen.

Diese Ruhe und friedliche Regsamkeit setzte insbesondere die journalistischen Schlachtenbummler der großen politischen Weltkrisen, die in den vergangenen Monaten nach einer nahezu zweijährigen Pause nach der Sinai-Krise wiederum in Israel auftauchten, in helles Erstaunen. Auch die zahlreichen amerikanischen und britischen Staatsbürger, die fluchtartig die Nachbarländer verlassen hatten und bei ihrem Eintritt in israelisches Gebiet am Mandelbaum-Tor in Jerusalem in eine völlig andersgeartete Atmo-

[1]) Vgl. hierzu den Beitrag von A. *Parshan* „Das israelisch-arabische Problem" in Europa-Archiv 24/1956, S. 9414—9416.

sphäre gerieten, zeigten sich auf das höchste erstaunt, so plötzlich sich in einem Lande zu befinden, in dem es keine Polizeistunden gibt, in dem Konzerte und Theatervorführungen wie gewohnt abgehalten werden und in dessen Alltagsleben man nicht das geringste von der großen Spannung und Erschütterung spürt, die jenseits der Grenzen das Leben Tag und Nacht beherrschen.

Innere Ruhe

Diese innere Ruhe der Israeli vom einfachen Mann auf der Straße bis zu ihrem energiegeladenen dreiundsiebzigjährigen Ministerpräsidenten, *Ben Gurion*, der zur Zeit außerdem noch die Aemter eines Sicherheits-, Post- und Sozialfürsorgeministers verwaltet und während der Abwesenheit von Frau Golda *Meir* bei ihren zahlreichen Auslandsreisen auch noch das Auswärtige Amt leitet, hat zwei Gründe. Zunächst ist gerade in diesem Jahr der Welt klar geworden, was die israelischen Staatsmänner durch Jahre hindurch vielfach vergeblich klarzumachen versuchten: daß die Krise im Mittleren Osten nicht einzig und allein durch die Existenz des Staates Israel ausgelöst wird und, wie es die terribles simplificateurs so gerne darzulegen versuchten, mit der Preisgabe dieses jungen Staates von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden würde. In einer Reihe wesentlicher Spannungen und Konflikte im Mittleren Osten — Aegypten—Jordanien, Aegypten—Sudan, Syrien—Libanon, Aden, Jemen, Irak — war Israel in keiner Weise beteiligt. Die Staatsmänner und Diplomaten Israels waren diesmal von der Aufgabe befreit, die in den Jahren zuvor einen großen Teil ihrer Tätigkeit in Anspruch genommen hatte, nämlich darzulegen, daß man bei der Lösung der Konflikte in dieser Weltgegend um keinen Schritt weiterkommen würde, wenn man versuchen sollte, sie auf Kosten Israels herbeizuführen. Israel gilt selbst bei jenen Kreisen in London und Washington nicht mehr als der unbequeme „troublemaker", der ihre Konzepte von der Herstellung eines ungetrübten Friedens und der Aufrechterhaltung einer Art status quo im Mittleren Osten stört. Es wird mehr als je zuvor als ernsthafter Faktor anerkannt, mit dessen Existenz nicht nur gerechnet werden muß, sondern dessen Hilfe und Kooperation unerläßlich für eine dauernde Befriedung des Gebietes erscheinen.

Die ruhige Atmosphäre des Landes reicht jedoch noch weiter, bis zur Sinai-Kampagne im Spätherbst 1956, zurück, die eine deutliche Zäsur in der inneren Entwicklung des Landes bildet. Israel zeigt heute ein gänzlich anderes Bild als in den Jahren vor der Sinai-Kampagne. Die dauernde Gefährdung großer Landstriche durch organisierte Bandeneinfälle aus dem Gaza- und Sinaigebiet hat gänzlich aufgehört. Ueber dem Grenzgebiet liegt zwar noch immer eine besondere Atmosphäre der Spannung, einer erträglichen Spannung jedoch, die kein wesentliches Hindernis mehr für die Durchführung der Arbeit auf den Feldern, die Entwicklung des Siedlungsnetzes, den Ausbau des immer tiefer in die Wüste vordringenden Bewässerungswerkes bildet. Die nervöse Spannung der Zeit vor Sinai, in der nahezu kein Tag verging, an dem nicht Ueberfälle auf Siedlungen bis tief im Landesinnern und auf den Verkehr im Grenzgebiet gemeldet wurden, die viele Hunderte Opfer aus den Reihen der Zivilbevölkerung erforderten, ist verschwunden. Durch den Ausgang der Sinai-Kampagne ist jedoch nicht nur die akute Bedrohung der Grenzgebiete verschwunden, sondern auch die Gefahr neuer kriegerischer Bedrohungen von außen wesentlich verringert worden. Die Niederlage der mit den modernsten sowjetischen Waffen ausgestatteten ägyptischen Truppen hat in den arabischen Staaten zu einer nüchterneren Abschätzung der Chancen einer militärischen Intervention gegen Israel beigetragen. Nach den Erfahrungen erscheint das Risiko dafür zu groß, als daß es in absehbarer Zeit in den aktuellen Plänen der dortigen Staatslenker und Armeekommandanten eine entscheidende Rolle spielen könnte.

Daß Israel von der Unruhewelle im Mittleren Osten bisher unberührt blieb, ist ein Glücksfall, der vor allem die Konsolidierung der Siedlungsgebiete und den Ausbau wesentlicher Sektoren der Wirtschaft ermöglicht. Aber es wäre eine Illusion, darauf bauen zu wollen, daß das Land auf unbegrenzte Zeit diesen Zustand einer Insel der Glückseligkeit in dem brausenden und tobenden Meer des Mittleren Ostens aufrechterhalten kann.

Die Luftbrücke nach Jordanien

Die enge geographische Verbindung mit den Unruhegebieten, die zuweilen zwangsweise eine Stellungnahme und ein wenn auch indirektes Eingreifen erfordert, zeigte sich Ende Juli während der jordanischen Krise, die im Gefolge des Umsturzes im Irak eine neue gefährliche Verschärfung erfahren hatte. Die Israel-Regierung stand vor einer heiklen und schwierigen Entscheidung, als London um die Erlaubnis ansuchte, daß britische Flugzeuge mit Truppen auf dem Wege von Cypern nach Jordanien israelisches Gebiet überfliegen dürften. Israel gab nach anfänglichem Zögern, das vor allem durch Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition herbeigeführt wurde, seine Zustimmung,

verweigerte jedoch die Verlängerung dieser Erlaubnis, als das Gros der britischen Truppen bereits in Jordanien Stellung bezogen hatte.

Der Bewilligungsbeschluß war in der Regierung nicht ohne weiteres zustande gekommen. König *Hussein* hatte noch tags zuvor eine seiner üblichen Brandreden gegen Israel gehalten, und die gerade in Bagdad gestürzten und ermordeten irakischen Staatsmänner hatten bis an ihr bitteres Ende an der Taktik festgehalten, durch eine zügellose Anti-Israel-Hetze ihrem Widersacher in Kairo ein wenig Wind aus den Segeln zu nehmen. Gegen diese Taktik hatten ihre britischen Ratgeber und Verbündeten niemals etwas Ernsthaftes eingewendet.

Auch die Rückkehr britischer Truppen nach Jordanien rief in Israel unangenehme Erinnerungen hervor. Die jordanische „Arabische Legion" hatte sich unter dem Kommando britischer Offiziere an der allarabischen Invasion gegen Israel im Jahre 1948 beteiligt. Knapp vor der Sinai-Kampagne im Jahre 1956 hatte London *Ben Gurion* eindringlich gewarnt, daß es im Falle ernsthafter militärischer Vergeltungsaktionen Israels gegen Jordanien diesem gemäß dem zwischen den beiden Staaten bestehenden Beistandspakt mit Truppen zu Hilfe kommen würde.

Aber die israelischen Staatsmänner konnten natürlich nicht ihre Augen vor der Tatsache verschließen, daß ein ungestüm fortschreitender *Nasser* über kurz oder lang — bei dem Tempo der Verwirklichung seiner Expansionspläne wahrscheinlich über kurz — Jordanien verschlucken und seine in zahllosen Reden, Zeitungsartikeln und Rundfunksendungen angekündigten Revancheabsichten gegen Israel in irgendeiner Form zu verwirklichen versuchen könnte. So gab die Regierung in Jerusalem, wenn auch ohne jegliche Begeisterung und nicht allzu leichten Herzens, die zeitweilige Zustimmung für die britische Luftbrücke über israelisches Territorium.

Von politischen Beobachtern wird in diesem Zusammenhang immer wieder die Frage aufgeworfen, warum der westlich des Jordans gelegene Teil Jordaniens, dessen pro-nasseristische Gesinnung evident ist, nicht die Gelegenheit des Putsches im Irak und der dadurch erfolgten Erschütterung der Position *Husseins* wahrnahm, um gegen diesen aufzubegehren. Alle Nachrichten, die aus den größeren Orten dieses Gebietes nach Jerusalem dringen, stimmen darin überein, daß nur die Furcht vor einem Eingreifen Israels, das die arabische Bevölkerung Westjordaniens für unumgänglich hält, wenn es zu einer gewaltsamen Aenderung des status quo kommen sollte, eine politische Explosion hier verhinderte.

Sowjetischer Protest gegen die Bewilligung zur Überfliegung israelischen Gebietes

Die Sowjetunion protestierte in Jerusalem gegen die Bewilligung der Ueberfliegung israelischen Gebietes durch die britische Luftflotte. Der sowjetische Protest war in weitaus ruhigeren Tönen gehalten als die Noten, die Marschall *Bulganin* während und nach der Sinai-Kampagne an den israelischen Ministerpräsidenten, *Ben Gurion*, gerichtet hatte. Diesmal begnügte sich die Sowjetunion mit einem ziemlich formell und konventionell klingenden Protest. Die israelische Regierung lehnte ihn in höflicher Form entschieden ab und verwies insbesondere darauf, daß die britischen Truppen auf Wunsch der legalen jordanischen Regierung nach Amman gebracht wurden. *Ben Gurion* benutzte jedoch die Gelegenheit der Antwortnote, um Moskau auf die eigentlichen Hintergründe der Spannung im Mittleren Osten zu verweisen: auf die subversiven Akte, die seitens Aegypten-Syriens in den schwächeren Staaten des Mittelostraumes systematisch durchgeführt werden. Er unterstrich die Notwendigkeit, daß die Sowjetunion und die übrigen Großmächte allen ihren Einfluß geltend machen müßten, um dieser Aggression ein Ende zu bereiten, die feindselige Haltung der arabischen Staaten gegenüber Israel zu einem Stillstand zu bringen und sich für direkte Verhandlungen zwischen den Arabern und Israel zwecks Herbeiführung eines wirklichen Friedenszustandes einzusetzen.

Der sowjetisch-israelische Notenwechsel im November 1956[2] war in einer wesentlich schärferen, auf sowjetischer Seite direkt drohenden Tonart geführt worden. So hatte *Bulganin* am 5. November geschrieben:

„Die Regierung Israels spielt in krimineller und unverantwortlicher Weise mit dem Schicksal der Welt und mit dem Schicksal ihres eigenen Volkes. Sie sät unter den Völkern des Ostens einen Haß gegen den Staat Israel, der sich in der Zukunft auswirken muß und die Existenz Israels als Staat in Frage stellt."

Ben Gurion hatte in seiner Antwort am 8. November diese sowjetische Drohung scharf zurückgewiesen:

„Ich sehe mich gezwungen, mein Erstaunen und Bedauern über die in Ihrer Note enthaltene Drohung gegen die Existenz und Wohlfahrt Israels zum Ausdruck zu bringen. Unsere Außenpolitik wird von unseren lebenswichtigen Bedürfnissen und unseren Bemühungen um den Frieden diktiert. Sie wird durch keinerlei fremde Faktoren bestimmt, weder heute noch in Zukunft. Als ein souveräner Staat entscheiden wir unseren eigenen Weg allein, und wir sind eins mit den friedensliebenden Völkern der Welt in unseren Bemühungen um Frieden und Gerechtigkeit in unserem Gebiete und in der ganzen Welt."

Der Notenwechsel wurde von Marschall *Bulganin* fortgesetzt, aber *Ben Gurion* blieb auch in seiner zweiten Antwort fest. Seit damals ist eine gewisse Milderung in den Beziehungen zwischen Moskau und Jerusalem eingetreten, und der sowjetische Botschafter, der zur Zeit der Sinai-Kampagne abberufen wor-

[2]) Vgl. hierzu die Dokumentation zur Suez-Krise in Europa-Archiv 24/1956, insbesondere S. 9446—9447.

den war, kehrte im April 1957 wieder nach Israel zurück.

Die Beziehungen der Sowjetunion zu Israel weisen dieselbe Zickzackbewegung auf wie andere Sektoren der sowjetischen Außenpolitik. Die Sowjetunion war — nach den Vereinigten Staaten — der zweite Staat, der vier Tage nach der Staatsgründung im Mai 1948 Israel voll anerkannte. Der heutige Außenminister, *Gromyko*, verdammte damals als sowjetischer Hauptdelegierter in den Vereinten Nationen mehrere Male in scharfen Worten die arabische Invasion und die Bedrohung des jungen Staates Israel durch seine arabischen Nachbarn.

Die Kenner der Sowjetunion in Israel gaben sich allerdings auch damals keinen Illusionen über das wahre Ausmaß dieser freundschaftlichen Gefühle Moskaus hin. Die Errichtung des Staates Israel bildete in den Augen der sowjetischen Außenpolitik-Strategen in erster Linie eine Schwächung der Position Großbritanniens im Mittleren Osten und wurde als solche begrüßt. In der grundsätzlichen Gegnerschaft der Kommunisten zu den zionistischen Bestrebungen, für das jüdische Volk ein nationales Zentrum in Palästina zu errichten, trat auch damals keine Aenderung ein.

Der aggressive Kurs *Stalins* spiegelte sich, insbesondere nach dem Prozeß gegen die jüdischen Aerzte in Moskau, auch in den Beziehungen zu Israel wider. Moskau nahm einen nebensächlichen Sabotageakt im Gebäude seiner Botschaft in Tel Aviv — der niemals aufgeklärt wurde — im Jahre 1952 zum Vorwand, um die diplomatischen Beziehungen zu Israel schroff abzubrechen. Aber bereits im kommenden Jahre wurden diese Beziehungen wieder aufgenommen, und der neue sowjetische Botschafter unternahm zahlreiche Versuche, als Freund Israels zu erscheinen. Dieses Freundschaftsintermezzo dauerte zwei Jahre. Im Sommer 1955 begannen die großen sowjetischen Waffenlieferungen an Aegypten und später an Syrien, die wiederum zu einer merklichen Abkühlung der Beziehungen führten. In Jerusalem wird die Zickzacklinie Moskaus, die alle Nachteile einer unbeständigen und unberechenbaren Außenpolitik aufweist, mit Ernst, aber ohne jede Hysterie verfolgt. Birgt sie doch auch die Chancen einer Wendung zum Besseren in sich. Israel wird alles tun, um diese Chance, wenn sie eines Tages auftauchen sollte, nicht unausgenützt zu lassen. Aber es wird bis dahin — und auch dann — seinen Weg illusionslos, wie bisher, weitergehen müssen.

Israel stimmt für die arabische Resolution

Als eine Sensation der ansonsten an dramatischen Wendungen armen außerordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen, die im Spätsommer dieses Jahres abgehalten wurde, um einer gefährlichen Ausweitung der Mittelost-Krise Einhalt zu gebieten, wurde vielfach der Umstand betrachtet, daß Israel für die von den zehn arabischen Staaten eingebrachte Resolution[3] stimmte, die schließlich von der Vollversammlung einstimmig akzeptiert wurde und eine Pause ermöglichte, in der von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, wiederum der Versuch unternommen wird, ein weiteres Abklingen der Krise anzubahnen.

Israel wollte nicht aus bloßen Prestigegründen diese Einmütigkeit stören, hatte jedoch auch seine guten Gründe, für die Resolution zu stimmen. Die außerordentliche Vollversammlung war einberufen worden, um die beiden Großmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, aus einer Verlegenheit zu befreien. Beide Staaten hatten Wochen hindurch Verhandlungen über die Abhaltung einer sogenannten Gipfelkonferenz geführt, auf der vor allem die Frage des Mittleren Ostens auf höchster Ebene behandelt werden sollte. Diese Konferenz fand nicht statt, da die Vereinigten Staaten von Anbeginn keine sonderliche Lust für sie zeigten, während die Sowjetunion, die sie ursprünglich mit aller Verve initiiert hatte, nach der Rückkehr *Chruschtschows* aus Peking ebenfalls plötzlich die Lust an ihr verloren hatte. Für beide Staaten bildete die außerordentliche Vollversammlung der Vereinten Nationen einen günstigen Ausweg aus dieser Situation. Wenn diese Tagung nicht ergebnislos auseinandergehen sollte, so mußte sie sich auf eine Formel einen, die für beide Lager akzeptabel, d. h. so unverbindlich wie möglich war. Diesem Verlangen trug der arabische Resolutionsantrag in idealer Weise Rechnung: er verlangte nichts Konkretes, nahm gegen keine Seite Stellung und stellte den gesamten Konflikt als eine innerarabische Angelegenheit dar. Es war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den die divergierenden Ansichten der verschiedenen Mächtegruppen über diesen Konflikt gebracht werden konnten.

Die Resolution erwähnt in keiner Weise den arabisch-israelischen Konflikt, aber sie betont ein allgemeines Prinzip, für das Israel stets eingetreten ist und dessen Anerkennung und Anwendung die wesentlichste Voraussetzung auch für eine Liquidierung des arabisch-israelischen Konflikts bildet: die Aufforderung an alle Länder, ohne Ausnahme, die Souveränität und territoriale Unversehrbarkeit aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wie auch aller übrigen Staaten anzuerkennen. Hier bot sich die so seltene Gelegenheit, auch die arabischen Staaten auf dem höchsten internationalen Forum auf dieses Prinzip festzulegen; und Israel stimmte aus diesem Grunde für die von der ihm sonst feindlich gesinnten Staatengruppe eingebrachte Resolution.

[3]) Vgl. den Wortlaut auf S. 11 260 dieser Folge.

Israel und der Kalte Krieg

Die Ruhe, mit der die israelische Staatsführung und Bevölkerung in den vergangenen Monaten die stürmische Entwicklung in ihrer unmittelbaren Nähe verfolgten, soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Feindschaft der arabischen Staaten zu Israel trotz aller innerarabischen Gegensätze und Konflikte weiterbesteht und auch für die absehbare Zukunft die Hauptsorge der israelischen Außenpolitik bilden wird. Allerdings hat die letzte Entwicklungsphase im Mittleren Osten eine realistische Rangordnung der tatsächlichen Probleme auch jenen zum Bewußtsein gebracht, die sich auf diesem Gebiete bisher in einem Illusionsnetz verfangen hatten.

Der arabisch-israelische Konflikt ist nur eine Nebenerscheinung eines viel größeren und umfassenderen Konfliktes. Das Ringen der beiden großen Weltblöcke, das seit über einem Jahrzehnt seine Ausdrucksform in dem „Kalten Krieg" gefunden hat, ist der eigentliche Nährboden, auf dem auch dieser, gemessen an Weltmaßstäben, kleinere Konflikt gedeiht und immer wieder Möglichkeiten des Ausharrens findet. Wir wissen aus den Erfahrungen dieses Jahrzehntes, daß die „kleinen" Konflikte, die Abfallprodukte des Kalten Krieges, unter Umständen beendet werden können, auch wenn sie zu bestimmten Zeiten noch so aussichtslos erschienen. So wurde eine Lösung für das Triest-Problem und die Oesterreich-Frage gefunden, als die beiden Großmächte den Kalten Krieg in Europa zu einem Stillstand brachten. Auch in Korea und Indonesien wurde unter der gleichen Voraussetzung eine gefährliche und durch Jahre hindurch aussichtslos erscheinende Situation in einen erträglichen Zustand umgewandelt, der der Welt keine Kopfschmerzen mehr bereitet. Die israelischen Staatsmänner sind der Ansicht, daß auch das so schwierig erscheinende Problem des arabisch-israelischen Konfliktes einer Lösung zugeführt werden kann, wenn das Gespenst des Kalten Krieges eines Tages verschwinden oder zumindest diese Region wieder verlassen sollte.

Die auf der außerordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen angebahnte Beruhigungsaktion wird nur dann sinnvoll sein, wenn sie die drei folgenden Objekte als unmittelbares Ziel anstrebt:

1. die territoriale Unversehrbarkeit der Mitteloststaaten zu sichern und die Anwendung jeder Gewalt oder Gewaltandrohung zwischen den Staaten zu unterbinden.
2. alle Haßpropaganda und wirtschaftliche Boykottierung auszuschalten und
3. großzügige wirtschaftliche Hilfe den Staaten dieses Gebietes zu beschaffen und große Entwicklungsarbeiten in die Wege zu leiten.

Theoretisch besteht kein Grund, warum nicht die Großmächte beider Weltblöcke, wenn es ihnen wirklich ernsthaft um den Frieden geht, sich auf ein solches Programm einigen könnten. Es besteht kein Zweifel, daß sie die Macht haben, es auch zur Durchführung zu bringen; und es besteht noch viel weniger Zweifel, daß in diesem Falle der Mittlere Osten über Nacht sich aus einem gefährlichen politischen Wetterwinkel in ein friedfertiges Gebiet verwandeln könnte, das der Welt in den kommenden Jahrzehnten wenig Anlaß zu Sorgen geben würde.

Großbritannien und die Mittelost-Krise

Von D. C. Watt

Lecturer, London School of Economics and Political Science

Die Lehren aus der Suezkrise

Um die britische Politik während der jüngsten Krise im Mittleren Osten zu verstehen, muß man sich über die Entwicklung der britischen Haltung seit Suez klar werden. In jeder Demokratie ist die Außenpolitik ein Kompromiß zwischen dem, was die internationale Situation nach Ansicht der Verantwortlichen erfordert, und dem, was die innenpolitische Situation ihnen erlaubt. Die Ereignisse des November 1956 zeigten wieder in aller Deutlichkeit, welches Gewicht diesem zweiten Punkt im Falle Großbritanniens zukommt. Die verantwortlichen Politiker Großbritanniens hatten manche wichtigen Lehren aus der Suezkrise gezogen, die nicht ohne Einfluß auf die britische Politik der letzten Monate blieben. Vor allem aber hatten sie erkannt, wie wichtig es ist, daß im eigenen Lande die Einigkeit einigermaßen gewahrt bleibt. Eine Politik, die vom Volk oder vom Parlament nicht zumindest hingenommen wurde, durfte nicht wieder vorgebracht oder gar eingeschlagen werden. Solche Spaltungen, wie sie zur Zeit der Suezkrise entstanden waren, konnte man sich nicht noch einmal leisten.

Im wesentlichen bezog sich diese Erkenntnis nicht auf politische Grundsätze, sondern auf außenpolitische Methoden. Dies war selbstverständlich nicht die einzige Lehre, die man aus den Erfahrungen der Suezkrise gezogen hatte. Drei weitere sind von ebenso großer Bedeutung. Erstens hatte sich die Theorie jener militärischen Kreise voll bestätigt, die eindringlich gemahnt hatten, Großbritannien sei weder physisch noch moralisch stark genug für ein selbständiges Vorgehen im Mittleren Osten. Vermutlich war dies sogar schon vor der Suezkrise die bei der aktiven Truppe weitaus vorherrschende Ansicht gewesen; es hatte aber auch eine kleine Minderheit gegeben, die um so hartnäckiger den Standpunkt vertrat, daß Großbritanniens Stärke, gemessen an den Maßstäben des Mittleren Ostens, immer noch ausreichend wäre. Es war eine Zeit, in der unter dem Eindruck beharrlicher Hilfeverweigerung seitens der Vereinigten Staaten chauvinistische Gefühle in Großbritannien mitzusprechen begannen, und so scheint es, daß der damalige Premierminister, Sir Anthony *Eden*, sich von der Stimme dieser Minderheit überzeugen ließ. Vom rein militärischen Standpunkt aus gesehen, war das Scheitern des Suez-Unternehmens keine zwingende Widerlegung der von diesen Kreisen vertretenen Ansicht. Aber in den Augen der Oeffentlichkeit hatten sie derart an Ansehen verloren, daß ihre Gegner nunmehr die Oberhand gewannen. Man war sich darüber einig, daß jedes gewaltsame Vorgehen unmöglich wäre, wenn man nicht zumindest die Unterstützung der Vereinigten Staaten, besser noch auch diejenige anderer Nationen, hätte. Zweitens hatte man, ebenfalls auf der rein militärischen Ebene, hinzugelernt, daß kleinere und beweglichere Kampfeinheiten gebraucht wurden. Reformen und Umstellungen wurden in die Wege geleitet, um den schwerfälligen Apparat umzugestalten, der sich im Sommer 1956 nicht nur als militärisch unzureichend, sondern auch als politisch gefährlich erwiesen hatte.

Drittens schloß man aus den Ereignissen der Suezkrise und ihren Nachwirkungen, daß es manchmal besser sein kann, nicht sofort einzugreifen. Der große Fehler der britischen Politik, so argumentierte man, sei der, daß sie von der irrigen Annahme ausgehe, der Mittlere Osten sei eine Art britischer Amtsbezirk. Die Weltöffentlichkeit habe diese Haltung teils mit stillschweigender Billigung hingenommen, da sie dadurch in die Lage versetzt wurde, die sehr realen Probleme dieses Gebietes ignorieren zu können, teils aber mit schärfster Ablehnung als einen Anspruch, der zu bekämpfen sei. In jedem Fall sei Großbritannien der Leidtragende gewesen. Es wurde betont, daß die sehr großen und unbestreitbaren eigenen Interessen Großbritanniens in diesem Gebiet sich nur ihrer Größenordnung, nicht aber ihrer Art nach von denen der anderen europäischen Staaten oder der übrigen Mitglieder des Commonwealth unterschieden. Die freie Durchfahrt durch den Suezkanal und die ungehinderte, von politischen Erwägungen unabhängige Passage für Oelerzeugnisse seien keineswegs rein britische Belange, wie durch das britische Vorgehen und die britische Propaganda unterstellt worden wäre. Mit dieser Unterstellung, so hieß es, habe Großbritannien die Verteidigung der Interessen vieler Nationen übernommen, sie jedoch auf Grund seiner eigenen Schwäche nur gefährdet. Ueberdies würde Großbritanniens aktives Auftreten ihm in den Augen der Araber empfindlich schaden. Man solle nun einmal andere Großbritanniens Rolle übernehmen lassen, sie könnten sich auch einmal den Gefahren aussetzen und die Schädigung ihres Ansehens auf sich nehmen, wie es Großbritannien bisher getan habe.

Es war nicht das erste Mal in der britischen Mittelost-Politik, daß sich eine plötzliche Anwandlung von Zurückhaltung bemerkbar machte. Eine ähnliche Erscheinung war während der letzten Tage des Palästina-Mandats zu verzeichnen gewesen. Der wesentliche Unterschied zu 1947 lag jedoch darin, daß die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen in den Jahren 1956 und 1957 in einem Maße bereit waren, die Dinge in die Hand zu nehmen, wie sie es zehn Jahre früher nicht gewesen waren. Auch waren es im Jahre 1957 andere Beweggründe, die zu diesem Akt der Resignation führten. Das zwingendste Argument ergab sich aus der absoluten Unmöglichkeit, Großbritanniens wichtigste Wirtschaftsinteressen im Mittleren Osten militärisch zu schützen, nachdem es sich einmal erwiesen hatte, daß Großbritannien nicht stark genug war, sich gegen die öffentliche Meinung der Welt durchzusetzen. Auf diesen Punkt wurden die verantwortlichen britischen Politiker von einer Gruppe der britischen Oeffentlichkeit mit größtem Nachdruck nicht nur für die Methode zur Erreichung kurzfristiger britischer Ziele hingewiesen, sondern auch für den auf lange Sicht zu verfolgenden politischen Kurs.

Eigenarten der britischen öffentlichen Meinung

Eine Betrachtung der unabhängigen britischen öffentlichen Meinung zu einer Frage der allgemeinen Politik muß immer von zwei Gesichtswinkeln ausgehen, nämlich dem der politischen Loyalität und dem des persönlichen Interesses. Der eine Aspekt sind das Parlament, die politischen Parteien und ihre Propagandaapparate sowie die verfassungsmäßigen Mittel, durch die die Oeffentlichkeit ihre Meinung zum Ausdruck bringt: Briefe an Unterhausmitglieder, Delegationen, öffentliche Versammlungen und dergleichen. Hier wird politische Meinung in breiter Oeffentlichkeit dargelegt; Gegenstand der Erörterungen sind notwendigerweise die breiten Themen der politischen Gestaltung und Methode; inhaltlich liegen ihnen einfache ethische Begriffe zugrunde, mit denen sie die Wertbegriffe der Massen bestimmen. Der andere Aspekt ist weniger einheitlich. Hier gibt es die unabhängigen Experten für bestimmte politische Probleme, einerseits in der Presse, in den Universitäten und in den Forschungsinstituten, andererseits in der Wirtschaft, im öffentlichen Dienst, im Auswärtigen Dienst und bei den Streitkräften. Während im Fall der ersten Gruppe die zustimmende oder ablehnende Haltung zu einem bestimmten politischen Kurs durch die bei ihr geltenden ethischen Wertbegriffe bestimmt wird, urteilt die zweite Gruppe naturgemäß nach dem Maßstab der Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit. Die Labour Party und der linke Flügel der Konservativen verurteilten die britische Politik zur Zeit der Suezkrise, weil sie nicht den Verhaltensmaßregeln für den internationalen Verkehr entsprach, zu denen sich Großbritannien selbst bekannt hatte. Die ehemaligen Diplomaten, die Journalisten der einflußreichen Wochenzeitschriften „Economist" und „Spectator" und eine sehr große Gruppe von Angehörigen des Auswärtigen Dienstes (dies ist ein offenes Geheimnis) lehnten diese Politik ab, weil sie ihrer Ansicht nach falsch in der Konzeption und von vornherein zum Scheitern verurteilt war, wodurch Interessen gefährdet wurden, die weit über eine Sicherung der internationalen Kontrolle des Suezkanals hinausgingen, wie beispielsweise die britischen Kapitalinteressen in der Oelförderung, britische Auslandsmärkte, das Vertrauen der amerikanischen und europäischen Verbündeten und die Stabilität des Pfundes.

Die Diskussion über die britische Mittelost-Politik

Man muß sich diese Unterscheidung stets vor Augen halten, wenn man die weitere Entwicklung der britischen öffentlichen Meinung in den zwei Jahren zwischen der Suezkrise und der Revolution im Irak untersucht. Denn ohne diese Unterscheidung bleibt es unverständlich, warum die Entsendung britischer Truppen nach Jordanien, mit der man im Jahre 1958 dem Hilferuf König Husseins nachkam, von der britischen öffentlichen Meinung in einer Atmosphäre stillen Mißtrauens und Unbehagens hingenommen wurde, während man auf die Aktionen der Zeit von August bis Oktober 1956 mit erbitterten Auseinandersetzungen reagiert hatte. Die Debatte über die zukünftige britische Mittelostpolitik, die sich entspann, als der volle Umfang der Suezkatastrophe bekannt wurde, war unter beiden Aspekten geführt worden, und die Argumente der Experten waren von den Parteirednern in Schlagworte geprägt worden.

Die Diskussion auf der Ebene der breiten Oeffentlichkeit verlief alles in allem im Kielwasser der Experten. Sie bewegte sich zwischen den Extremen der nationalistischen „Suez-Gruppe" der Konservativen auf der einen Seite, die auf Grund des britischen Beschlusses vom Mai 1957, die Schiffahrt wieder durch den Suezkanal zu leiten, aus der Partei austraten und deren fähigster Kopf, Maude, sich sogar ganz aus Großbritannien zurückzog, und der Internationalisten auf der Linken andererseits, in deren Augen das Expeditionskorps der Vereinten Nationen und die Vermittlertätigkeit Hammarskjölds die ersten Schritte zu einer Weltregierung darstellten, die den Begriff des Nationalstaats vom Erdboden hinwegfegen würde. Die wichtigsten Wandlungen der öffentlichen Meinung vollzogen sich nicht auf dieser Ebene, sondern im Bereich der Experten.

Die Hauptpunkte, auf die sich die Diskussion konzentrierte, waren der Bagdad-Pakt und das Regime im Irak, die Fragen der sowjetischen Ziele und der sowjetischen Durchdringung des Mittleren Ostens und die sich daraus ergebende Beurteilung des Obersten *Nasser* und schließlich die Frage einer Zusammenarbeit mit dem arabischen Nationalismus. Alle diese Fragen waren Aspekte desselben Problemkreises.

Die offizielle Politik

Die folgende Entwicklung kann am besten in Form einer gedanklichen Rekonstruktion dargestellt werden, denn die Diskussion vollzog sich keineswegs in der Oeffentlichkeit. Das ist bei solchen Diskussionen in Großbritannien selten der Fall, wenn auch die Publizität in Form von Artikeln seriöser Publizisten dabei eine Rolle spielt. Man kann in diesen gedanklichen Rekonstruktionen die Ansichten der Regierung etwa folgendermaßen skizzieren: Die Gefahren, die die britischen Interessen im Mittleren Osten bedrohen, haben einen zweifachen Ursprung, einmal in den sozialen Umwälzungen, bei deren überstürztem Tempo ein Umschlagen zum fremdenfeindlichen Nationalismus nur zu sehr zu erwarten war, und zum anderen in der militärischen Ausnutzung dieser Situation und der Minderheitenprobleme durch die Sowjetunion. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, war es vor allem wichtig, die Staaten zu stärken, die die sogenannte nördliche Sperre (Northern Tier) bilden: die Türkei, den Irak und Iran, die bereits untereinander bemüht waren, sich gegenseitige Unterstützung für den Fall eines direkten sowjetischen Angriffs zu sichern. Gleichzeitig mußte eine neue Lösung für die Frage gefunden werden, wie man im Kriegsfall den Erfordernissen britischer Truppen bezüglich Operationsbasen, Nachschub usw. gerecht werden könne, ohne empfindliche nationale Gefühle zu verletzen, wie das bei dem 1949 von der irakischen Oeffentlichkeit abgelehnte Projekt eines britisch-irakischen Bündnisses der Fall war.

Diese beiden Ueberlegungen trafen sich im Bagdad-Pakt, mit dem Großbritannien sich endgültig zugunsten des arabischen Nationalismus dynastischer Prägung im Irak festlegte, anstatt auf den von den breiten Massen des Volkes getragenen, aus Syrien und Palästina stammenden Nationalismus zu setzen, den Präsident *Nasser* jetzt für Aegypten in Anspruch nimmt. Gleichzeitig wurde ebenfalls im Irak ein drittes Konzept verfolgt. Dieses ging von der Ueberlegung aus, daß die Kluft zwischen der Wirklichkeit und den ehrgeizigen Zielen des arabischen Nationalismus, die den Nährboden für die fremdenfeindlichen Elemente bot, nur durch beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung verkleinert werden kann. Mit britischer Hilfe und Beratung unternahm es der Iraq Development Board, die Einkünfte aus der Oelgewinnung in langfristigen Projekten der Wasserwirtschaft, des Wohnungsbaues, der Siedlung und der Modernisierung in der Landwirtschaft anzulegen.

So kam es, daß sich die offizielle Politik immer wieder dem Irak und den älteren irakischen Politikern, insbesondere, wenn auch keineswegs ausschließlich, Nuri *es-Said* zuwandte. Inoffiziell gab man zwar dessen Fehler zu, aber in der Oeffentlichkeit wurde, wenn nicht direkt, so doch immer andeutungsweise, auf die kluge politische Zurückhaltung des irakischen Regimes, seine Konzentration auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und, wie man hoffte, in Zukunft auch der sozialen Lage des Durchschnittsbürgers hingewiesen, die in so angenehmem Gegensatz zu dem von Oberst *Nasser* eingeschlagenen Kurs der Hetze und Unruhestiftung stehe.

Die offiziellen Kreise, die diese Ansicht vertraten, waren — das muß billigerweise erwähnt werden — von Oberst Nasser enttäuscht worden, nachdem die britische Regierung ihrer Ansicht nach bis 1955 keine Mühe gescheut und auf innenpolitischer Ebene scharfe Angriffe eingesteckt hatte, um zu einem modus vivendi mit ihm zu kommen. Nasser hatte, so fand man, durch die Annahme sowjetischer Waffen, durch den ständigen Propagandafeldzug des Kairoer Senders und durch seine Versuche, die sowjetische Hilfe so hoch wie möglich gegen den Westen auszuspielen, eine Mißachtung aller normalen Verhaltensmaßregeln im internationalen Verkehr an den Tag gelegt, wie man sie in Großbritannien aus der unmittelbaren Vergangenheit noch in allzu frischer Erinnerung hatte. Wenn man ihm nur den kleinen Finger reichte, so würde er die ganze Hand nehmen. Eine kleine, aber sehr einflußreiche Gruppe ging sogar noch um einiges weiter mit ihrer Ansicht, daß die Annahme sowjetischer Waffen und die Heranziehung sowjetischer Ratgeber, die Uebereinstimmung der Propaganda von Kairo und von Moskau, Nassers häufige Besprechungen mit dem sowjetischen Botschafter und das Emporkommen von Männern in seiner Umgebung, deren Ausrichtung nach der Linken bekannt ist, Beweise dafür seien, daß Nasser bewußt oder unbewußt ein Werkzeug der Sowjetunion geworden sei. Diese Ansichten scheinen sich in gewissen militärischen Kreisen fest eingewurzelt zu haben, und es ist durchaus möglich, daß die stärkere Einflußnahme militärischer Kreise auf die Gestaltung der britischen Außenpolitik eine weit größere Bedeutung hat, als man bisher annahm.

In bezug auf Jordanien war man in offiziellen Kreisen allgemein ganz froh, seiner Verpflichtungen ledig zu sein. Den Schwierigkeiten, die das Land durchmachte, sah man in einer Haltung zu, die man in anderen Ländern „Schadenfreude" nennen würde. Aber der junge König und sein Volk hatten sich nun einmal eindeutig für die Unabhängigkeit entschieden. Offensichtlich hatte das Regime die Mehrheit des Volkes nicht hinter sich. Ein romantischer Beduinenkult spielte im britischen Denken eine viel unbedeu-

tendere Rolle, als ausländische Kommentatoren, der zionistischen Auffassung folgend, annahmen. Im großen und ganzen war man erleichtert, als die Inanspruchnahme der beschränkten britischen Mittel in Form der Subvention von zehn Millionen Pfund aufhörte, und in gewisser Weise war die Gelegenheit nicht unerwünscht, hier einmal an einem Beispiel demonstrieren zu können, wie weit Großbritannien zu gehen bereit war, wenn man ihm klar machte, daß seine Hilfe unerwünscht war, und was von der Bereitschaft arabischer Staaten zu halten sei, ihren Bekenntnissen zu gegenseitiger Hilfe nachzukommen.

Die Gegenargumente der Kritiker

Der Angriff der unabhängigen „Außenseiter" gegen diese Anschauung richtete sich in der Hauptsache gegen die beiden erstgenannten Punkte. Vor allem wurde angeführt, daß eine Parteinahme in dem zwischen *Nasser* und Nuri *es-Said* entbrannten Kampf um die Führung in der arabischen Welt Großbritannien keinerlei Nutzen bringen und auf jeden Fall gar nicht zustehen würde. Es wurde überzeugend dargelegt, daß der Bagdad-Pakt die Gefahr einer sowjetischen Infiltration, der er entgegenwirken sollte, erst geschaffen habe. Durch die Gegenmaßnahmen gegen eine angebliche militärische Bedrohung, die vom geographischen Standpunkt aus so wenig einleuchtend erscheine, daß sie nur in den Köpfen von Strategen mit Landkarten kleinsten Maßstabs entstanden sein könne, habe man der sowjetischen Politik die beste Möglichkeit an die Hand gegeben, die arabische Xenophobie für ihre eigenen Zwecke auszunutzen, diese Fremdenfeindlichkeit, die bei den jungen und neuen, durch die Modernisierung der arabischen Gesellschaft entstehenden Klassen ein viel größeres Gewicht bekommen hat.

Zweitens wurde die Stärke und Krisenfestigkeit des Regimes Nuri *es-Said* im Irak immer wieder in Zweifel gezogen; zwar konnte man wirklich noch nichts von der bevorstehenden Revolution wissen, aber man war sich doch durchaus darüber im klaren, wie unbeliebt dieses Regime im Irak war. Man gab zu, daß die Projekte des Development Board der Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber Großbritannien und dem ancien régime wenigstens den Stachel der Armut nehmen könnten, aber dazu würde man viel Zeit brauchen.

In bezug auf Nasser war die Meinung der Expertenkreise ambivalent. Im allgemeinen beschränkten sie sich darauf, zu betonen, daß seine überwältigende Popularität in der arabischen Welt es unmöglich mache, ihn zu überwinden, und daß es daher notwendig sei, zu einem modus vivendi mit ihm zu kommen, selbst wenn dies Unpopularität im Inland und finanzielle Opfer mit sich bringen würde. Eine kleine, mit den Arabern sympathisierende Gruppe ging noch ein gutes Stück weiter. Diese Gruppe war sich wohl bewußt, daß sie mit ihren Ansichten der Mehrheit weit vorausgeeilt war. Aber dieses Bewußtsein wurde durch die Erkenntnis abgemildert, daß die Mehrheit ihr auf diesem Wege schon um ein beträchtliches Stück gefolgt war. Fast alle waren sich einig in der Ablehnung jener Auffassung, die in Nasser ein Werkzeug der Sowjetunion sah. Damit, so meinten sie, würde man die unhaltbare McCarthysche These von der „guilt by association" auf den Mittleren Osten übertragen.

Die Anpassung des offiziellen Kurses

Zu Beginn dieses Jahres war die Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der offiziellen Meinung und den „Außenseitern", die sich ihre Meinung als unabhängige Experten bildeten, an einem Punkt angelangt, an dem die Verteidiger des offiziellen Standpunktes ihren Kritikern sehr wahrscheinlich in den meisten, wenn nicht in allen von ihnen vorgebrachten Punkten recht gegeben hätten. Selbst in der öffentlichen Diskussion wurde nicht mehr so sehr die Klugheit der irakischen Regierung hervorgehoben als vielmehr die weiterhin fortbestehenden Verpflichtungen Großbritanniens dieser Regierung gegenüber, die man unmöglich aufgeben könne, nachdem man sie einmal übernommen habe. Bezüglich Nassers machte man noch immer Vorbehalte, allerdings kaum noch öffentlich. Die Gruppe, die seine Handlungsweise durch kommunistische Beeinflussung erklären wollte und die vom ägyptischen Expansionsdrang und vom kommunistischen Expansionsdrang als von ein und derselben Sache sprach, ließ sich zwar noch vernehmen, und ihr wurde auch von offizieller Seite noch Gehör geschenkt, aber die Stimmen ihrer Gegner wurden nun lauter. Die Debatte — wenn man sie so nennen will — drang selten in die Oeffentlichkeit. Aus Parlamentsdebatten konnte man wohl gelegentlich ein Echo dieser Diskussionen heraushören, doch die Auseinandersetzungen selbst wurden hier nicht ausgetragen. Regierungsmitglieder und Sprecher der Konservativen Partei verkündeten noch immer die amtliche Doktrin, wobei einige von ihnen tatsächlich immer noch die Tage von Suez vor Augen hatten, wo man geglaubt hatte, die durch das plötzliche Eingreifen am Suezkanal und durch die Rechtfertigung dieser Operation mit Argumenten, die auch den treuesten Regierungsanhänger nicht mehr überzeugen konnten, verlorengegangene Unterstützung der Oeffentlichkeit nur dadurch wieder aufholen zu können, daß man den Obersten *Nasser* als einen Kommunisten abstempelt.

Daß diese gedankliche Rekonstruktion des Meinungsstreites in den Kreisen, die beratend an der Gestaltung der britischen Politik teilnehmen, und im engeren Kreise der Regierung im wesentlichen korrekt ist, wurde durch den Kurs der britischen Mittelostpolitik in der ersten Hälfte des Jahres 1958 bewiesen. Die Gründung der Vereinigten Arabischen Republik verursachte keinen offenen Kurswechsel. Die Frage der Anerkennung entfiel, da nach der Suezkrise die diplomatischen Beziehungen zu den beiden sich zu-

sammenschließenden Ländern nicht wieder aufgenommen worden waren. Die Gründung der Vereinigten Arabischen Republik bestärkte diejenigen, die für den Versuch eines Ausgleichs mit Oberst *Nasser* eintraten. Dazu kam, daß Oberst Nasser begann, die prominentesten sowjetfreundlichen Syrer aus ihren Machtpositionen zu entfernen und damit weitgehend die Auffassung zu widerlegen, er sei nur ein Werkzeug der sowjetischen Politik. Womöglich wären der Gruppe, die diese Auffassung vertreten hatte, die Argumente ganz ausgegangen, wenn nicht zu Beginn der Grenzstreitigkeiten mit dem Jemen in der Zeit von März bis Mai eine Reihe von Meldungen über sowjetische Hilfeleistungen an den Jemen eingegangen wären, die sich auf den Bau eines Hafens bei Hodeida und die Aufstellung schwerer Geschütze an der Meerenge von Bab-el-Mandeb am Eingang zum Roten Meer erstreckten.

Wie weit sich die offizielle Meinung schon den Argumenten der „Außenseiter" angenähert hatte, zeigte sich deutlich in der britischen Reaktion auf die Gründung der Arabischen Föderation von Jordanien und Irak. In mancher Hinsicht wurde sie als Mittel zur Stärkung des schwachen Regimes in Jordanien begrüßt, da sie diesem eine gesündere finanzielle Grundlage gab, als es die ungewissen Subventionen von Saudi-Arabien waren. Aber die Vorteile, die diese Föderation bot, waren kaum überzeugend genug, um mit den Lockungen der Vereinigten Arabischen Republik konkurrieren zu können. Der Akt der Anerkennung durch Großbritannien und die sonstigen öffentlichen Gesten in diesem Zusammenhang waren unvermeidbar, aber sie unterstrichen nur noch die ausgesprochene Ungunst der Lage, in die sich Großbritannien durch seine Unterstützung des Regimes Nuri *es-Said* gebracht hatte.

Die Auswirkungen der Libanon-Krise

Zu Beginn der Krise im Libanon, als man erwarten mußte, von der Regierung des Präsidenten *Chamoun* um Unterstützung angegangen zu werden, wurde die oben skizzierte Verschiebung der Meinungen noch deutlicher. Großbritannien setzte sich unablässig für eine Isolierung des Libanon ein und war bemüht, allen möglichen Interventionsbegehren auszuweichen. Es versuchte, einen mäßigenden Einfluß auf die Vereinigten Staaten auszuüben, deren gefühlsmäßige Bindung an die maronitischen, in Amerika erzogenen Führer des einzigen Staates, der die antikommunistische Eisenhower-Doktrin angenommen hatte, noch stärker geworden war nach den schlechten Erfahrungen mit König *Saud*, der durch die Beschuldigungen, er habe Syriens Beitritt zur Vereinigten Arabischen Republik durch Bestechungen und Mord hintertreiben wollen, kompromittiert war. Am deutlichsten wurde der Umschwung der britischen Meinungen, als Nuri *es-Said* im Juni nach London kam und verzweifelt, aber vergeblich, an Großbritannien appellierte, eine offene Intervention im Libanon zu unternehmen und Kuweit durch politischen Druck zum Eintritt in die Arabische Föderation zu bewegen.

Der Verlauf der Krise im Libanon leitete jedoch eine neue Entwicklung ein, die nach der Revolution im Irak eine bedeutungsvolle Rolle spielen sollte. Es zeigte sich immer deutlicher, daß — ganz unabhängig von der positiven oder negativen Einstellung des Obersten *Nasser* zur Frage einer Entspannung im Mittleren Osten — innerhalb der Vereinigten Arabischen Republik Elemente am Werk waren, die vor nichts zurückscheuten, um die Spannungen zu erhalten. Gleich zu Beginn der Krise wurde ein belgischer Diplomat beim Waffenschmuggel aus Syrien ertappt, und in ihrem weiteren Verlauf zeigte sich, daß zu den sehr realen Schwierigkeiten, die der Beilegung des innenpolitischen Konflikts im Libanon im Wege standen, noch andere hinzukamen, die durch wohlüberlegte Einmischungen von außen in Gestalt von Waffenlieferungen und Geldmitteln und natürlich auch durch die ständigen Hetzparolen der Sender Damaskus und Kairo verursacht wurden. Einige dieser Störungsfaktoren, wie beispielsweise den Aufenthalt eines ehemaligen syrischen Generals bei Kemal *Dschumblat*, dem aufständischen Drusenführer, konnte man vielleicht als Ausdruck eines durch die künstliche Grenzziehung verschleierten lokalen Zusammengehörigkeitsgefühls abtun. Aber die Waffensendungen, die auf dem Seewege von Gaza kamen, und die Tatsache, daß man Guerillagruppen („Fedajin") abfing, die gleichen Ursprungs waren, standen schon auf einem anderen Blatt. Eine neue Welle der Feindseligkeit erhob sich gegen Oberst *Nasser*, dessen Kenntnis, Beeinflussung und Billigung dieser Vorgänge man wahrscheinlich überschätzte. Diese Feindseligkeit verschärfte sich noch, und gleichzeitig lebten die in den Monaten nach Suez eingeschlafenen Antipathien gegen das Verfahren in den Vereinten Nationen wieder auf, als die nach den Debatten in den Vereinten Nationen in den Libanon entsandte Beobachtergruppe nicht so vorging, wie man es von ihr erwartet hatte, und keinerlei unparteiisches Beweismaterial für eine syrische Intervention zutage förderte.

Die irakische Revolution und ihre Folgen

So standen die Dinge, als am 14. Juli die Nachricht von der Revolution im Irak hereinbrach, der innerhalb der folgenden drei Tage die Hilfeersuchen des Libanon an die Vereinigten Staaten und Jordaniens an Großbritannien folgen sollten. Zur selben Zeit erneuerte die Sowjetunion ihre Versuche, die Weltöffentlichkeit durch Kriegsdrohungen einerseits und durch Verurteilung der angeblichen westlichen Aggressionspolitik andererseits in Panik zu versetzen und in eine antiwestliche Richtung zu drängen.

Die Haltung gegenüber dem neuen Regime im Irak

Die erste Reaktion in Großbritannien war sprachloses Entsetzen. Britische Staatsmänner und Beamte, die immer noch in ihren eigenen Argumenten hinsichtlich der Unentbehrlichkeit Nuri *es-Saids* befangen waren, nahmen natürlich an, daß dies ein weiterer Akt syrischer Subversion war und daß damit die britische Position im Irak einschließlich aller Kapitalanlagen und sonstigen Werte verloren sei. Diese erste Deutung wurde sehr stark durch die Tatsache bestimmt, daß nur eine Woche zuvor von den jordanischen Behörden eine weitere Militärverschwörung mit Verbindungen nach Syrien aufgedeckt worden war. Dazu kam noch, daß der Oberst *Aref* — den man damals für einen der treuesten Gefolgsmänner des Generals Kassem, des Führers der Revolution, hielt — unmittelbar im Anschluß an die Revolution nach Damaskus entsandt wurde, um einen Verteidigungspakt mit der Vereinigten Arabischen Republik zu unterzeichnen. Aber als die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt wurde und die revolutionären Führer sich bemühten, die öffentliche Meinung des Westens zu beruhigen, wich der erste Eindruck sehr bald einer wesentlich günstigeren Beurteilung. Man entdeckte nunmehr, daß die neuen, aus der Armee stammenden Führer ehrenhafte, verläßliche Männer waren; besonders General *Kassems* nüchterne Strenge und Prinzipientreue erschienen als Eigenschaften, die ihn der britischen Auffassung vom Beamtenethos nahebrachten. Beunruhigend wirkte allerdings die Tatsache, daß Mohammed Mahdi *Kubbah* und Saddiq *Schanschil,* beide Gefolgsleute von Raschid Ali *el-Gailani* im pronazistischen Staatsstreich von 1941, der neuen Regierung angehörten. Doch glaubte man, daß sie sich, an die Macht gelangt, im Hinblick auf ihre viel älteren Verdienste um den arabischen Nationalismus nicht zu Oberst *Nassers* Handlangern machen lassen würden. Mohammed *Hadid,* der nationaldemokratische Finanzminister, war ein bekannter und geachteter Mann. Diese Entdeckungen machten es Großbritannien wesentlich leichter, aus der Not eine Tugend zu machen und das neue Regime anzuerkennen, da man doch nicht in der Lage war, seinen Sturz herbeizuführen. Die einzige Hemmung, die die britische Anerkennung des neuen Regimes noch ein wenig verzögerte, entstand aus einem natürlichen Gefühl der Beschämung, weil es scheinen mußte, als verschließe man einfach die Augen vor der grauenhaften Brutalität, mit der Nuri *es-Said,* der junge König *Faisal* und der Kronprinz *Abdul Illah* ermordet worden waren, und als sehe man über die Plünderung der britischen Botschaft hinweg.

Das Eingreifen in Jordanien

Dieser Umschwung in der Haltung Großbritanniens gegenüber dem neuen Regime im Irak befand sich noch in seinen Anfangsstadien, als die Hilferufe aus dem Libanon und aus Jordanien eintrafen. Was den Libanon betraf, so konnte die britische Regierung kaum umhin, den Entschluß der Vereinigten Staaten zur Intervention zu billigen. Aber mit dieser Billigung war es ihr selbst unmöglich gemacht, auf den unmittelbar folgenden Appell Jordaniens eine Ablehnung zu erteilen. Berichte aus verschiedenen Quellen über geplante Staatsstreiche in Jordanien und im Libanon, die gleichzeitig oder im Anschluß an den im Irak durchgeführt werden sollten, gaben greifbaren Anlaß zum Handeln, zumal das Entsetzen über die Gewalttaten des Mobs von Bagdad noch lebendig war. Die Berichte aus Jordanien waren besonders ausführlich. Es hieß, für den Staatsstreich seien drei Aktionen vorgesehen: eine Erhebung in dem westlich des Jordans gelegenen Landesteil, eine Erhebung in Amman selbst und eine Invasion von Syrien aus. Die britische Regierung sah sich der Möglichkeit eines Bürgerkrieges, zumindest in Jordanien, gegenüber. Und dahinter erhob sich die Gefahr, daß im Falle eines solchen Bürgerkrieges das israelische Kabinett nicht mehr in der Lage wäre, dem Drängen der öffentlichen Meinung nach der Beseitigung der in Richtung auf Jerusalem und Tel Aviv vorgeschobenen jordanischen Gebietszipfel, wenn nicht gar nach einer Besetzung des gesamten westlichen Jordanufers, standzuhalten, selbst wenn es den guten Willen dazu haben sollte.

Diese beiden sehr starken Argumente zugunsten eines Eingreifens wurden durch die bereits erwähnte zunehmende Feindseligkeit gegenüber *Nasser* noch verstärkt. Die Begleitumstände, die zu den libanesischen und jordanischen Hilfebegehren führten, die nachweisbare syrische Aktivität, die Hetze der Sender Kairo und Damaskus — all dies, so glaubte man, sollte vielleicht als Grundlage für eine Debatte in den Vereinten Nationen genommen werden, durch die dem Obersten Nasser das Handwerk des Unruhestiftens etwas erschwert werden könnte. Diese drei Gedankengänge fanden zu verschiedenen Zeiten ihren Niederschlag im Vorgehen der britischen Regierung. Britische Fallschirmtruppen wurden sofort nach Amman entsandt, wo sie am Morgen des 17. Juli landeten. Gleichzeitig wurde dem Sicherheitsrat ein Vorschlag unterbreitet, der den Abzug der britischen Truppen vorsah, sobald Vorkehrungen zum Schutz der legalen Regierung Jordaniens gegen Bedrohung von außen und zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit im Mittleren Osten getroffen werden könnten. Dieser Vorschlag stützte sich auf eine neue Auslegung des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen, derzufolge die in diesem Artikel legitimierte Anwendung von Gewalt zur Selbstverteidigung auch in einem Falle erlaubt wäre, in dem kein bewaffneter Angriff, sondern die Anstiftung von inneren Unruhen in einem Mitgliedstaat der Vereinten Nationen vorliegt. Auf diese ungewöhnliche Weise wurde der Begriff der „indirekten Aggression“ wieder in die internationale Diskussion

eingeführt, ein Begriff, der zuletzt in den Vorschlägen der Sowjetunion anläßlich der Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion über einen Pakt gegen Hitler im Frühjahr und Sommer 1939 eine Rolle gespielt hatte. Außerdem wurde betont, daß die britischen Truppen nicht etwa nach Jordanien entsandt würden, um die Führung in einem Angriff auf das neue Regime in Irak zu übernehmen oder jordanische Truppen ihrer innenpolitischen Ordnungsaufgaben zu entheben und für einen solchen Angriff freizumachen. Bei den politischen Diskussionen über dieses Problem in Großbritannien wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß dies, wie Premierminister *Macmillan* es ausdrückte, „die schwierigste Entscheidung war, die er jemals zu fällen oder mitzubestimmen hatte".

Trotz der oberflächlichen Aehnlichkeit zwischen diesen Ereignissen und der britischen Aktion in der Suezkrise zeigte der Unterschied zwischen dem Vorgehen vom November 1956 und dem vom Juli 1958, wie sehr die britische Regierung die Lehre der früheren Krisen beherzigt hatte. Im Jahre 1956 war die britische Aktion in offener Mißachtung der Vereinten Nationen, im Einvernehmen mit Frankreich und Israel und ohne vorherige Abstimmung mit den Vereinigten Staaten oder den Mitgliedern des Commonwealth unternommen worden. Sie war in einer Form durchgeführt worden, die zwangsläufig zu einer Ausbreitung des Konflikts führen mußte, da sie neue Elemente einführte. Sie erfolgte in Form einer bewaffneten Intervention auf dem Staatsgebiet eines Mitgliedstaates der Vereinten Nationen gegen den Willen von dessen Regierung. Außerdem wurde sie, einmal begonnen, lahm und unentschlossen durchgeführt. Im Gegensatz dazu war die Aktion des Jahres 1958 von einem Appell an die Vereinten Nationen begleitet. Sie war vorher mit den Vereinigten Staaten abgestimmt worden und nicht mit Frankreich und Israel. Sie hatte das klar erkennbare Ziel der Erhaltung von Ruhe und Ordnung. Sie erfolgte auf Ansuchen der Regierung eines Mitgliedstaates der Vereinten Nationen, wurde rasch und mit zweckmäßigen Mitteln durchgeführt und erreichte ihr Ziel. Und das Glück wollte es, daß sie nur eine Entfaltung der Machtmittel und nicht ihren Einsatz erforderte.

Die Bewertung der Mittelost-Krise in der britischen Öffentlichkeit

Erfolg der Regierung

Den innenpolitischen Erfolg dieser Aktion kann man ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie weit sie die von der Gruppe der Kommentatoren oder, wie sie oben genannt wurden, den „Außenseiter"-Experten aufgestellten Regeln für die britische Politik verletzte. Mit dieser Aktion war Großbritannien erneut in die Lage gebracht worden, einem Regime den Rücken zu steifen, dem der Rückhalt im eigenen Volke fehlte und das dadurch gezwungen war, die Demokratie praktisch aufzugeben, wenn es auch hin und wieder noch ihre äußeren Erscheinungsformen zur Schau stellte. Mit dieser Aktion setzte Großbritannien sich der Gefahr eines direkten Zusammenstoßes mit dem arabischen Nationalismus aus. Mit ihr gab es der Sowjetunion Gelegenheit, sich als Vorkämpfer des Arabertums aufzuspielen. Sie war ein typisches Beispiel für die Politik der Improvisation, die man seinerzeit sehr scharf verurteilt hatte. So wurde sie denn auch im Parlament von der Labour Party in diesem Sinne heftig angegriffen. Aber in der Debatte wurde auch deutlich, daß bei gewissen Kreisen der Opposition die starke Position der Regierung Eindruck gemacht hatte, und die Folge davon war, daß die Labour Party in eine seltsame Lage geriet, weil sie einmal versäumt hatte, das britische Einverständnis mit der Hilfsaktion der Vereinigten Staaten im Libanon zu rügen, am Tage darauf aber die britische Regierung rügte, weil sie dem Hilfebegehren König *Husseins* nachkam. Die kleine Zahl von Stimmenthaltungen der Labour-Fraktion in der Abstimmung über ihren eigenen Tadelsantrag (darunter aber immerhin ein Mitglied des „Schattenkabinetts") verbarg hinter der Fassade monolithischer Parteidisziplin ein viel größeres Ausmaß an Uneinigkeit.

Der außenpolitische Erfolg war nicht ganz so mühelos zu erreichen, obgleich die Sowjetunion den Bogen überspannte und so *Macmillan* direkt in die Hände spielte. Wenn schon der Begriff der „indirekten Aggression" einen seltsamen Klang in der internationalen Terminologie hatte, so erschien die sowjetische Behauptung, seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sei eine tatsächliche Aggression erfolgt, als eine noch ungewöhnlichere Auslegung eines in der internationalen Diskussion allgemein akzeptierten Begriffs. Die mit ostentativer Lautstärke angekündigten sowjetischen Manöver im Kaukasus und in Bulgarien alarmierten die Welt, und *Chruschtschows* Vorschlag zur sofortigen Einberufung einer „Gipfel"-Konferenz gab *Macmillan* die Gelegenheit, unter Beweis zu stellen, daß er nur zu gern bereit sei, alles zu tun, was zur Entspannung beitragen und der Sache des Friedens dienen könnte. So war Großbritannien die einzige Macht, die erhobenen Hauptes aus diesen verworrenen Verhandlungen über eine „Gipfel"-Konferenz zu den Fragen des Mittleren Ostens hervorging, nachdem *Chruschtschow* die gute Wirkung seiner anfänglichen Begeisterung völlig verdorben hatte durch die plötzliche Kehrtwendung, zu der er am 5. August unter dem Druck Pekings gezwungen war.

Das größte Hindernis, dem *Macmillan* sich gegenübersah, war der entsetzte Widerstand, den die Ver-

einigten Staaten allen Vorschlägen entgegensetzten, die das Erscheinen *Chruschtschows* in New York zur Folge haben würden. Für *Macmillan* hatte dieser Widerstand jedoch auch sein Gutes, denn so konnte er für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, unabhängig von den Vereinigten Staaten eine eigene Linie verfolgt zu haben, und der Sturm der Entrüstung, mit dem die britische Presse und die Weltpresse das umständliche und zeitraubende Hin und Her über Ort, Teilnehmerkreis und Veranstalter der geplanten Konferenz begleitete, konnte ihm nichts anhaben. Daß *Chruschtschow* Macmillans Forderung nach einer Sitzung des Sicherheitsrats schließlich beiseite schob und statt dessen eine Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen verlangte, nahm den Briten übrigens einen Stein von der Seele, denn sie hatten schon mit geheimem Schaudern dem öffentlichen Schimpfduell zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten entgegengesehen, auf das sich beide Teile offen und eingestandenermaßen bereits rüsteten.

Es bleibt noch zu vermerken, daß Macmillans Erfolg in hohem Maße darauf zurückzuführen war, daß er alles tat, um den Eindruck der Friedfertigkeit zu betonen, und daß er es sorgfältig vermied, mit konkreten Vorschlägen hervorzutreten. Tatsächlich nahm die britische Regierung wieder ihre seit Suez verfolgte Politik der abwartenden Zurückhaltung auf, sobald die akute Krise überwunden war, die zur Entsendung der Truppen nach Jordanien geführt hatte. Das einzig Neue daran war, daß man dabei gewisse Gesten machte, die der Weltöffentlichkeit Großbritanniens Bereitschaft zum Frieden und zur Rückkehr zum status quo vor Augen halten sollten.

Darum erhoben sich auch keine Einwendungen gegen Hammarskjölds „persönliche Diplomatie" oder gegen die Vermittlertätigkeit Norwegens, Japans und Italiens. Die umfassenden Universalmittel, die von Präsident *Eisenhower* in seiner Rede vor der Vollversammlung, von Ministerpräsident *Fanfani*, vom Senat der Vereinigten Staaten und von *Hammarskjöld* selbst vorgebracht worden waren, wurden in Großbritannien überhaupt kaum erörtert, und sei es nur aus dem Grunde, daß die Exponenten der verschiedenen Meinungsgruppen kaum etwas anderes als Skepsis bezüglich ihrer Anwendbarkeit auf die derzeitige Lage im Mittleren Osten hätten äußern können.

Versteifung gegenüber Nasser

Hinter den Kulissen jedoch läßt sich ein spürbarer Umschwung in der offiziellen Haltung zu der Frage einer Versöhnung mit Oberst *Nasser* feststellen. Die Frage, ob er ein Werkzeug der Sowjetunion sei oder nicht, scheint man den rechtsextremen Kreisen in der Konservativen Partei und in der Massenpresse überlassen zu haben. Man sagte sich, worauf es in Wirklichkeit ankomme, sei die Frage, ob er zu einer Kraft des Friedens im Mittleren Osten werden könne oder nicht, und diese Frage wurde negativ beantwortet. Anscheinend war die offizielle Meinung zu dem Schluß gekommen, Nassers persönliche Popularität in den Augen der Araber habe sich allmählich so fest mit der Idee des Widerstandes gegen den Westen verbunden, daß es undenkbar wäre, ihn zu einer Aufgabe dieser Haltung auf die Dauer zu bewegen. Zu dieser Meinungswandlung hatten drei Faktoren beigetragen: einmal die Haltung absoluter Unnachgiebigkeit, die Aegypten bei den anglo-ägyptischen Finanzverhandlungen über eine Regelung der durch die Suez-Aktion entstandenen Ansprüche an den Tag legte; zweitens die Lieferung von sechs in der Sowjetunion gebauten Unterseebooten an Aegypten und drittens der anhaltende Propagandafeldzug gegen König *Hussein*.

Dieser Wandel kam nach außen hin auf verschiedene Weise zum Ausdruck. Der kritische Leser britischer Wochenzeitschriften bemerkte das Wiederaufleben jenes leicht nörgelnden Tonfalls, dessen Auftauchen an dieser Stelle gewöhnlich bedeutet, daß in privater Diskussion vorgebrachte Argumente kein Gehör mehr finden. Gleichzeitig begannen der Regierung nahestehende Tageszeitungen, auf den Ton der Sender Kairo und Damaskus hinzuweisen, und gingen zeitweise sogar so weit, regelmäßig Zitate aus den heftigsten Hetzsendungen wiederzugeben. Das mögen natürlich Zufälligkeiten gewesen sein. Auffallend war aber die offene Wiederaufnahme des Kontaktes mit Israel, die ihren Ausdruck in zwei Besuchen fand: dem Besuch, den Frau *Meir* vor der Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen der britischen Regierung abstattete, und dem Besuch des Generaldirektors des israelischen Verteidigungsministeriums, *Peres*, im August, der zum Verkauf von zwei britischen Unterseebooten an Israel, der ersten Waffenlieferung Großbritanniens an Israel seit zwei Jahren, führte. Höchst erstaunlich waren unzweideutige Andeutungen, daß es im Falle eines Zusammenbruchs des jordanischen Regimes unmöglich sein dürfte, Israel von einer Annexion des gesamten westlichen Jordanufers zurückzuhalten, falls das seine Absicht sein sollte. Anscheinend war man in offiziellen Kreisen zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nicht schaden könnte, die arabischen Regierungen gemächlich an die Realitäten im Mittleren Osten zu erinnern. Das waren alles Beispiele einer Politik, die seinerzeit die unverhohlene Mißbilligung der „Außenseiter"-Experten geerntet hatte. In keiner Weise waren sie mit der Devise vereinbar, daß man zu einem modus vivendi mit dem arabischen Nationalismus kommen sollte.

Rückzug aus Jordanien

Die in den Vereinten Nationen am 21. August angenommene arabische Resolution wurde mit Verwunderung und Skepsis hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit aufgenommen. Trotzdem wurde sie öffentlich unterstützt, denn wenn sie Erfolg haben würde, so

wäre das im höchsten Maße willkommen, wenn nicht, so könnte die Schuld nur bei Oberst *Nasser* liegen. Nach dieser ersten Reaktion verbreitete sich ein vorsichtiger Optimismus, da die Resolution eine Chance zu bieten schien — die einzige Chance, die britischen Truppen aus Jordanien zurückzuziehen, wo sie durch die Aussicht auf einen Abzug der Amerikaner aus dem Libanon in die Gefahr der Isolierung gerieten. Die Entsendung *Hammarskjölds* nach Amman, Beirut und Kairo wurde selbst von den hartnäckigsten rechtsradikalen und UN-feindlichen britischen Zeitungen begrüßt, und soweit sich eine Neigung bemerkbar machte, seine ganze Mission als einen Fehlschlag abzuschreiben, weil es ihm nicht gelungen war, Aegyptens Zustimmung zur Einsetzung eines ständigen Vertreters der Vereinten Nationen in Kairo zu erhalten, wurde diese Ansicht doch nur mit Zurückhaltung geäußert. In offiziellen Kreisen wurde eine geradezu überwältigende Bereitschaft an den Tag gelegt, Hammarskjölds Vorschläge als hinreichende Garantie für Jordanien zu akzeptieren, bevor sie überhaupt richtig bekanntgegeben waren und die arabischen Reaktionen darauf geprüft werden konnten. Ihrer Bekanntgabe Ende September folgte sofort die Ankündigung eines Termins für den Abzug der britischen Truppen aus Jordanien.

Beurteilung der gegenwärtigen Lage

Eine zusammenfassende Darstellung der britischen Reaktionen auf die nach der irakischen Revolution entstandene neue Lage im Mittleren Osten würde also etwa folgendes Bild ergeben: Im allgemeinen bestand der Eindruck, daß die Politik der abwartenden Zurückhaltung sich gelohnt hatte. Die Rivalität zwischen Bagdad und Kairo würde, so glaubte man, mit der Revolution im Irak nicht aus der Welt geschafft sein, da ihre Wurzeln tiefer liegen als in der persönlichen Rivalität zwischen Oberst *Nasser* und Nuri *es-Said.* Allerdings würde Großbritannien es sich nicht leisten können, ein offenes Interesse an dieser Rivalität zu bekunden; damit würde es Oberst Nasser nur in die Hände spielen, da kaum ein anderer arabischer Führer in der Lage sein dürfte, mit ihm als Anstifter fremdenfeindlicher Volksstimmungen zu konkurrieren. Wenn er jedoch weiter vorankommen wollte, würde er sich mit anderen arabischen Führern verständigen müssen, die ihre eigenen Völker hinter sich haben, wenn er nicht gegen die Verhaltensmaßregeln verstoßen wollte, die sein eigener Außenminister mit aufgestellt hatte. Daß es Aegypten in den ersten Tagen der Vollversammlung nicht gelungen war, die Unterstützung des gesamten afro-asiatischen Blocks zu gewinnen, wurde ebenso wie die Proteste der Volksführer von Nigeria gegen die ägyptische Propagandatätigkeit mit einer gewissen stillen Befriedigung verzeichnet. Man betonte, daß Großbritannien nicht als Beschützer des allgemeinen Interesses im Mittleren Osten auftreten könne, ohne seine eigenen Belange zu gefährden und sich von allen Seiten als „Kolonialmacht" beschimpfen zu lassen. Bei diesem Stand der Dinge war es höchst willkommen, daß die Vereinten Nationen sich auf diesem Schauplatz in zunehmendem Maße engagierten, daß die Mitglieder des Bandung-Blocks der anmaßenden Haltung Präsident Nassers allmählich überdrüssig wurden und daß andere arabische Regierungen emporkamen, die vielleicht einmal eine Alternative für die Führerrolle in der arabischen Welt bieten würden.

Aber andererseits stand die endgültige Bewertung der einen großen Abweichung von der Politik der abwartenden Zurückhaltung, nämlich der Truppenentsendung nach Jordanien, noch aus. Im Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels scheint der Eindruck zu herrschen, daß Großbritannien bei der ganzen Angelegenheit viel besser davongekommen sei, als es eigentlich hätte erwarten können. Aber es ist möglich, daß dieser Fall einmal von denen zum Schulbeispiel erhoben wird, die für das Prinzip der Unnachgiebigkeit in internationalen Beziehungen eintreten. Es liegt auf der Hand, daß die Debatte über die britische Politik und Haltung zu den Problemen des Mittleren Ostens noch keineswegs abgeschlossen ist. Man kann damit rechnen, daß die „Außenseiter"-Experten ihre Angriffe wieder aufnehmen werden. Großbritanniens bedeutende wirtschaftliche Interessen im Mittleren Osten sprechen für eine Politik der Versöhnung, und die Exponenten dieser Interessen finden auch in offiziellen Kreisen Gehör. Da man in Großbritannien eine latente Sympathie für den Begriff des Nationalismus hat, dürften die Befürworter einer Versöhnungspolitik immer offene Ohren finden. Doch die Ereignisse des Sommers 1958 deuten allmählich darauf hin, daß die arabischen Nationalisten sich selbst immer wieder die Sympathien der britischen Oeffentlichkeit verscherzen und daß man sowohl in offiziellen Kreisen als auch in der breiten Oeffentlichkeit der wiederholten Krisen im Mittleren Osten überdrüssig wird. Auch eine Politik der Versöhnung muß nicht unbedingt eine Politik der Kapitulation sein.

Die Haltung Frankreichs in der Mittelost-Krise

Von Jacques Vernant

Generalsekretär des Centre d'Études de Politique Étrangère, Paris

Historischer Rückblick

Dem Mittleren Osten kommt im Rahmen der weltweiten Verantwortlichkeit der französischen Diplomatie eine besondere Rolle zu. Ehe der Versuch unternommen werden soll, die Politik darzulegen, die Frankreich in diesem Gebiet durchzusetzen bemüht ist, bedarf es einer kurzen Erwähnung der historischen und geographischen Gründe, die für diese Politik mitbestimmend waren. Der Mittelmeerraum war jahrhundertelang das eigentliche Feld der französischen Expansion; die östlichen Randländer des Mittelmeeres besaßen für Frankreich bereits eine außergewöhnliche Bedeutung, als die nordafrikanischen Küsten und das Schwarze Afrika sich noch außerhalb des Gesichtskreises befanden.

Einmal war es der geschichtliche Anspruch der „allerchristlichsten" Könige Frankreichs, der in den heiligen Stätten der Christenheit ansässigen christlichen Minderheit nach der Eroberung Palästinas durch die Araber einen besonderen Schutz zukommen zu lassen. Sodann war die französische Politik bestrebt, an dem in der Geschichte so bedeutsamen Knotenpunkt des Mittleren Ostens über gesicherte See- und Landverbindungen zu verfügen und hier auf sichere Verbündete zählen zu können, die im Kampf um die europäische Hegemonie gegen Großbritannien und die europäischen Landmächte eingesetzt werden konnten. Das christliche Frankreich der Kreuzzüge und das revolutionäre Frankreich Napoleon Bonapartes erwarben sich in der Levante Einfluß und Ansehen. Wenn der Mittlere Osten für die französische Diplomatie von außerordentlicher Bedeutung war, so kam der französischen Politik hier zugute, daß eben Frankreich in diesen Ländern von allen europäischen Staaten am meisten geschätzt wurde. Die Uebertragung des Mandats über Syrien und Libanon an Frankreich nach dem Zerfall des Ottomanischen Reiches trug den tatsächlich bestehenden politischen und geistigen Gegebenheiten Rechnung, wenn auch damals die arabische Unabhängigkeitsbewegung im Mittleren Osten bereits zu einem ersten Durchbruch kommen sollte. Die 25jährige französische Mandatsherrschaft hat in der Levante nicht nur unangenehme Gefühle und Ressentiments zurückgelassen. Als Syrien und der Libanon im Jahre 1946 die Unabhängigkeit erhielten, waren vielfache enge Bande geknüpft und dem politischen, geistigen und wirtschaftlichen Leben beider Länder der bleibende Stempel französischen Wesens und nach Frankreich hin orientierter Einrichtungen aufgedrückt worden. Um die französische Haltung in der letzten Mittelostkrise zu verstehen, muß man diese Tatsachen im Auge behalten.

Ausbruch der Krise im Libanon im April 1958

Die Mittelostkrise des letzten Sommers kam im Libanon zum Ausbruch und griff in einer zweiten Phase auf den Irak und auf Jordanien über. Wenn auch der offene Konflikt im Libanon erst am 12. April 1958, im Anschluß an die Ermordung eines Journalisten der Linksopposition, ausbrach, so schwelte die Krise doch bereits seit dem Januar 1957 ständig im Lande. Im Januar 1957 hatte Präsident *Eisenhower* die „Eisenhower-Doktrin" der militärischen und wirtschaftlichen Hilfeleistung der Vereinigten Staaten für die arabischen Länder vorgeschlagen. Die Regierung des Libanon nahm dazu positiv Stellung und begrüßte die Vorschläge Eisenhowers. Diese Haltung bedeutete eine Abkehr von der traditionellen libanesischen Politik der Neutralität und hatte zur Folge, daß das Land an die Seite der arabischen und nichtarabischen Länder Irak, Israel, Iran und Saudi-Arabien trat, die bereit waren, eine amerikanische Unterstützung gegen das Vordringen des sowjetischen Einflusses anzunehmen.

Zunächst schien die Schwenkung der libanesischen Politik keine weittragenden Folgen zu zeitigen, doch als am 2. Februar 1958 in Kairo die Vereinigte Arabische Republik *Nassers* proklamiert wurde und der nördliche Nachbar Syrien dem ägyptischen Einfluß anheimfiel, konnte dies nicht ohne Rückwirkungen auf den Libanon bleiben. Die Regierung des Landes stand vor äußerst schwerwiegenden Problemen. Die internationale Lage des Libanon wurde noch dadurch erschwert, daß die Gegenaktion des Iraks und Jordaniens nicht auf sich warten ließ. Am 14. Februar 1958 wurde von den beiden Königreichen eine „Föderation der arabischen Staaten" ins Leben gerufen. Die Vertiefung der Spaltung der arabischen Welt in zwei feindliche Blöcke traf den Libanon noch dazu in einem denkbar ungünstigen Augenblick größter innerer Spannungen.

Die Wahlen des Juni 1957 hatten den Regierungsparteien *Chamouns*, Sami *Solhs* und *Maliks* zwar eine Mehrheit von 42 von insgesamt 66 Sitzen erbracht, doch dieses Ergebnis war nur auf Kosten einer systematischen Unterdrückung der Opposition er-

reicht worden. Eine Anzahl einflußreiche Stammesführer, deren Rolle in der Innenpolitik stets beträchtlich war, sahen sich wider alles Erwarten durch den Wahlausgang zur Seite gedrängt. Die dadurch entstandene innenpolitische Lage barg gefährlichen Sprengstoff in sich und wurde von der französischen Diplomatie mit wachsender Besorgnis verfolgt. Die Spaltung der arabischen Länder des Mittleren Ostens in „Pro-Nasserianer" und „Anti-Nasserianer" und die Uebertragung der Gegensätze auf die innenpolitische Bühne des Libanon mußten nun unvermeidlich zur Explosion führen.

Die innenpolitische Situation des Libanon im Lichte der vielfältigen Gesellschaftsstruktur

Der libanesische Staat beruhte auf der Bewahrung eines stets prekären Gleichgewichtes gegensätzlicher Gruppen und Tendenzen, auf das hier kurz eingegangen werden muß.

Die 1,5 Millionen Einwohner zählende Bevölkerung des Landes ist zahlenmäßig nahezu gleich stark wie die des Staates Israel, doch ist der Libanon nur ungefähr halb so groß wie das benachbarte Israel. 700 000 Christen stehen 600 000 bis 700 000 Mohammedanern gegenüber. Die größte Gruppe der Christen bilden die Maroniten, die zusammen mit den mohammedanischen Drusen unter der ottomanischen Herrschaft das autonome Berg-Libanon-Gebiet bevölkerten, aus dem die spätere libanesische Republik im Jahre 1943 hervorging. Die Maronitengemeinschaft zählt 380 000 Mitglieder. Wenn auch die kirchliche Organisation mit dem Vatikan verbunden ist, so besitzt doch die maronitische Kirche eine gewisse innere Autonomie. Der Patriarch, das von den Bischöfen gewählte Oberhaupt, hat in der Vergangenheit eine bedeutende politische Rolle gespielt. Als Wortführer der Maroniten trat er gleichfalls oft als Vertreter der libanesischen Nation auf, ehe die Unabhängigkeit des Landes anerkannt worden war. In gewisser Weise ist die Rolle des Patriarchen der Stellung und dem Einfluß des Erzbischofs *Makarios* in Zypern vergleichbar; die geistliche und weltliche Doppelfunktion der Kirchenoberhäupter ist in den christlichen Gemeinden des Mittleren Ostens bis heute lebendig geblieben. So nimmt der Patriarch der Maroniten auch heute noch im politischen Leben des Libanon eine Schlüsselposition ein.

Mit den 75 000 römischen Katholiken zählt also das katholisch-christliche Element 450 000 Angehörige. Die 12 000 Protestanten stellen zwar eine zahlenmäßig nur kleine, doch einflußreiche Minderheit dar; sowohl die libanesischen Auswanderer in den Vereinigten Staaten wie die amerikanische Universität in Beirut geben ihnen ein nicht gering einzuschätzendes Gewicht. 125 000 griechisch-orthodoxe Christen haben ihr Oberhaupt im Patriarchen „von Antiochia und dem Ganzen Orient" in Damaskus, während die 80 000 Armenier in der Mehrzahl der geistigen Autorität des höchsten „Katholikos" der armenisch-gregorianischen Kirche in Echmiadzin im sowjetischen Armenien unterstehen.

Der großen Vielfalt und Zerrissenheit der christlichen Gemeinden entspricht eine gleich große Vielfalt auf seiten der Mohammedaner. Die 260 000 Sunniten vertreten die orthodoxe Richtung, der neun Zehntel aller Muselmanen auf der Welt angehören. Der Sekte der Schiiten, die sich im siebenten Jahrhundert von den Sunniten getrennt hat, folgen 230 000 Mohammedaner, während der innerhalb des Islams sehr unabhängigen drusischen Gemeinde ungefähr 100 000 Anhänger angehören.

Angesichts dieser vielfältigen und ungewöhnlichen Struktur der libanesischen Bevölkerung und Gesellschaft hatten sich bereits die französischen Mandatsbehörden bemüht, den verschiedenen Bevölkerungselementen einen ihrer Bedeutung angemessenen proportionalen Anteil am politischen und institutionellen Leben des Landes einzuräumen. Die libanesische Republik folgte der Mandatsmacht auf diesem Wege, und es war eine feststehende Regel des politischen Lebens, daß in jedem Wahlbezirk eine vorher festgelegte Anzahl von maronitischen, sunnitischen, schiitischen, drusischen und weiteren Abgeordneten gewählt wurde. Die einzige Kammer des Parlaments spiegelt so die Vielfalt der libanesischen Sozial- und Gesellschaftsstruktur wider, wenn auch jeder Abgeordnete nicht nur seine Religionsgemeinschaft vertritt, sondern die Gesamtheit der Bevölkerung. Der Anspruch der Abgeordneten auf ein über Partikularinteressen hinausgehendes parlamentarisches Mandat erhält dadurch ein besonderes Gewicht, daß die einzelnen Religionsgemeinschaften über das ganze Land verstreut leben und ein Kandidat einer Gruppe mindestens von einer anderen Gruppe unterstützt werden muß, um Aussichten auf eine Wahl zu haben.

Dieser Trennung der Bevölkerung nach Religionsgemeinschaften steht nun noch eine anders geschichtete Unterteilung nach Familienclans gegenüber. Seit einigen Jahren bildete sich eine dritte Trennungslinie nach politischen Parteien heraus. Wenn auch die politischen Grenzlinien sehr oft mit der Schichtung nach Familienclans zusammenfallen, so ist es dennoch offensichtlich, daß diese Vielfalt von Gemeinschaften, Clans, Parteien und Gruppen die Bewahrung des politischen Gleichgewichtes nur dann einigermaßen sicherstellen kann, wenn die verfassungsmäßigen Grundlagen und vor allem die gewohnheitsrechtlichen Regeln konsequent eingehalten werden. So hat sich aus der Gewohnheit, daß der Präsident der Republik aus der maronitischen Gemeinschaft, der Regierungschef aus der muselmanischen sunnitischen Gemeinschaft gewählt wird, ein rechtlich bindender Verfassungsgrundsatz entwickelt.

Diesem Prinzip entsprach die Zusammensetzung der Regierung, als die Krise im Lande offen ausbrach. Während der Präsident der Republik, Camille

Chamoun, christlicher Maronit war, gehörte der Ministerpräsident, Sami *Solh*, dem sunnitisch-mohammedanischen Glauben an, und der Außenminister, Charles *Malik*, war griechisch-orthodox.

Außenpolitische Aspekte der Libanon-Krise

Neben die innenpolitische Seite der Krise traten nun die außenpolitischen Gesichtspunkte. Was die äußeren Einflüsse angeht, so bemühte sich die Propaganda der Vereinigten Arabischen Republik, in aggressiver Form *Chamoun* und seine Regierung als Agenten des westlichen Imperialismus und Kolonialismus zu brandmarken, und es wurde behauptet, der Libanon werde in einen Brückenkopf gegen die arabischen Länder verwandelt. Daneben wurden Waffen und Agenten von Syrien aus über die lange und schwer zu kontrollierende Grenze eingeschmuggelt. Es mußte daher befürchtet werden, daß eine von außen unterstützte Aufstandsbewegung das Ziel verfolgen sollte, den Libanon in die ägyptisch-syrische Republik einzugliedern.

Gleichfalls war aber auch das innenpolitische Gleichgewicht, das die außenpolitische Neutralität zur wesentlichen Voraussetzung hatte, durch die entschieden prowestliche Haltung des Präsidenten *Chamoun* gefährdet. Als nun Chamoun deutlich seine Absicht erkennen ließ, entgegen allen verfassungsüblichen Gewohnheiten die Erneuerung seines Präsidentschaftsmandats über seine im September 1958 zu Ende gehende Amtszeit hinaus zu verlangen, sah die Opposition darin den Versuch, die libanesische Politik noch enger an den Westen zu binden und die Spaltung zur arabischen Welt zu vertiefen. Mindestens teilweise war es diese Befürchtung, die für die ablehnende Haltung zahlreicher Politiker und besonders von Vertretern einer gemäßigten Richtung, wie des maronitischen Patriarchen, ausschlaggebend war.

Befürwortung einer libanesischen Neutralitätspolitik

Die Haltung Frankreichs in der Libanon-Krise wurde sowohl von den traditionellen engen Bindungen mit dem Libanon als auch von der komplizierten und auf der Bewahrung des Gleichgewichts im Inneren beruhenden Gesellschaftsstruktur bestimmt. Die Stellungnahme der französischen Diplomatie ging davon aus, daß im Interesse einer friedlichen Entwicklung, im Interesse der libanesischen Bevölkerung und im besonderen Interesse der westlichen Länder die Unabhängigkeit des Libanon erhalten werden muß und die Neutralität des Landes dafür die Voraussetzung ist. Infolgedessen ist es verständlich, daß Frankreich die am 2. Februar 1958 erfolgte Eingliederung Syriens in die Vereinigte Arabische Republik nicht als eine Maßnahme betrachtet hat, die geeignet sein könnte, die politischen Verhältnisse im Mittleren Osten zu festigen. Ebensowenig hätte Frankreich aus denselben Motiven heraus eine eventuelle Eingliederung Syriens in den irakischen Staat begrüßt. Stellt sich auch — jedenfalls augenblicklich — die Frage der Unabhängigkeit Syriens nicht mehr, so betont doch die französische Diplomatie mit größtem Nachdruck, daß die Bewahrung der libanesischen Unabhängigkeit von allen beteiligten Ländern und Parteien im allgemeinen Interesse eine sehr geduldige und vorsichtige Politik verlangt. Hinsichtlich der innenpolitischen Entwicklung des Libanon ist es unbedingt erforderlich, daß die libanesischen Führer die Politik der strikten Neutralität zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften und Bevölkerungsgruppen im Sinne der französischen Mandatspolitik weiterführen. Es kann sich aber nicht nur darum handeln, die überparteiliche Politik im Innern — besonders zwischen Mohammedanern und Christen — weiterzuverfolgen. Die Forderung nach einer streng eingehaltenen Neutralitätspolitik muß sich darüber hinaus auf die Konflikte zwischen den beiden Gruppen der arabischen Länder und auf die ideologischen Ost-West-Machtgruppierungen in der Welt beziehen. Sowohl die Vereinigte Arabische Republik wie der Irak müssen einsehen, daß der Friede im Nahen Osten, und davon abhängig vielleicht der Weltfriede, nur dann gesichert ist, wenn die völlige Unabhängigkeit des Libanon erhalten bleibt und die Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes — sei es durch die Entsendung von Agenten oder durch provozierende Radiosendungen —, die zur Desintegration des libanesischen Staatswesens führen kann, ein Ende findet. Schließlich ist es notwendig, sowohl der Sowjetunion wie den westlichen Mächten klarzumachen, daß niemand ein Interesse daran haben kann, den Libanon in die Front des Kalten Krieges einzubeziehen. Der Versuch, die Blockpolitik auf den Libanon auszudehnen, ist nicht nur gefährlich; es würde auch keine Seite dabei gewinnen können. Wenn die Forderung nach einer Politik der Neutralität, verbunden mit gutnachbarlichen Beziehungen, für ein Land auf der Welt im besonderen Maße zutrifft, so ist dies der libanesische Staat.

Zurückhaltung gegenüber den Ereignissen im Irak und in Jordanien

Angesichts dieser Erwägungen verfolgte die französische Politik eine abwartende Haltung, als der irakische Staatsstreich am 14. Juli 1958 den offenen Ausbruch der Mittelostkrise einleitete. Eine direkte französische Intervention war sowohl im Irak wie in Jordanien von vornherein ausgeschlossen und auch von keiner Seite gefordert worden. Das amerikanische Eingreifen im Libanon erfolgte sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse in Bagdad; die französische Regierung wurde lediglich von den amerikanischen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt, ohne daß irgendein Beistand angefordert worden wäre. Die französische Regierung hielt es für notwendig, ihrer traditionellen Politik und den französischen Interessen in der Levante durch die Entsendung des Kreuzers „De Grasse" Nachdruck zu verleihen, wenn es sich

dabei natürlich auch keineswegs um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Libanon handeln konnte und das französische Kriegsschiff nur die Aufgabe haben sollte, notfalls den Schutz der französischen Staatsbürger im Libanon sicherzustellen. Eine Truppenlandung wurde nicht in Erwägung gezogen und wäre nur in einer äußersten Notlage erfolgt. Wenn auch Frankreich die Notwendigkeit eines schnellen anglo-amerikanischen Handelns zur Vermeidung eines brutalen Uebergreifens der irakischen Revolution auf andere Länder guthieß, so tat die französische Regierung alles in ihrer Macht Stehende, um die Aktionen der Amerikaner und Briten möglichst auf rein bewahrende und schützende Maßnahmen im Libanon und in Jordanien zu beschränken.

Der irakische Staatsstreich war für Frankreich nun keineswegs eine Ueberraschung. Es war wohl bekannt, daß die französische Diplomatie die westlichen Alliierten seit dem Jahre 1955 ständig davor gewarnt hatte, die Möglichkeiten und Vorteile des Bagdad-Paktes zu überschätzen. Von Paris aus gesehen, erschien der Bagdad-Pakt als gleichermaßen unwirksam und gefährlich. Unwirksam mußte er deswegen erscheinen, weil er dem sowjetischen Expansionsdrang nach Süden kein in sich geschlossenes und innerlich gefestigtes Gegengewicht gegenüberstellte. Die beunruhigende Seite des Bagdad-Paktes kam vor allem darin zum Ausdruck, daß dadurch die arabischen Länder in zwei feindliche Lager gedrängt wurden, die Spannungen zwischen Kairo und Bagdad verschärft, Syrien in die Arme Aegyptens und schließlich Syrien und Aegypten in die Arme der Sowjetunion getrieben wurden. Als auf Sand gebaut und als höchst explosiv mußte dieser Militärpakt zumindest hinsichtlich der Teilnahme des Irak deshalb erscheinen, weil nur eine kleine Gruppe von Politikern des Irak unter der Führung Nuri *es-Saids* in Verfolgung einer traditionellen englandfreundlichen Politik für den Bagdad-Pakt eintrat. In Paris machte man sich keine Illusionen darüber, daß man in Bagdad dieser Allianz entweder gleichgültig oder feindlich gegenüberstand und daß die große Mehrheit der Intellektuellen sehr entschieden gegen die Beteiligung des Irak eintrat. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß sich das monarchische, englandfreundliche Regime nur so lange halten konnte, wie die Armee der Regierung folgte. Die Ereignisse des 14. Juli sollten dies nur allzu deutlich beweisen.

Gegenüber dem neuen Regime nahm die französische Regierung eine abwartende und nuancierte Haltung ein. Nicht ohne Bedeutung ist es, daß zumindest ein Teil der Verantwortlichen des Staatsstreiches des 14. Juli unter dem Einfluß der französischen Erziehung und Bildung stand und einige unter ihnen an französischen Universitäten studiert haben. Sie gehören der liberalen Opposition an, die oft Vorbild und Beispiel in den französischen Ideen des 18. Jahrhunderts und in der jakobinischen Tradition findet.

Die Frage der Anerkennung des neuen irakischen Regimes durch Frankreich war freilich nicht einfach zu beantworten und stellte eine Reihe schwerwiegender Probleme. Die Regierung des Irak hatte die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich aus Protest gegen die Suez-Intervention abgebrochen, und die Wiederaufnahme der Beziehungen mußte in den Augen der neuen Machthaber in Bagdad von der Normalisierung der Beziehungen Frankreichs zu den arabischen Staaten, und hier vor allem zu Aegypten, abhängen, da ja der Bruch mit Frankreich im Zeichen der irakisch-ägyptischen Solidarität erfolgt war.

Infolgedessen hätte die einseitige Anerkennung des neuen Regimes durch Frankreich in Bagdad keine unmittelbaren Folgen gezeitigt, da ja die Verbesserung der Beziehungen die umfassendere Regelung der französisch-arabischen Probleme zur Voraussetzung hatte. Die französische Regierung hielt es daher für angebracht, eine abwartende Haltung einzunehmen und der Bereinigung des Verhältnisses mit Aegypten den Vorrang zu geben. Die Fortschritte der Verhandlungen zwischen Paris und Kairo waren sehr ermutigend, und als im August 1958 ein Vertrag über die Bereinigung der französisch-ägyptischen Streitfragen unterzeichnet wurde, war die Hoffnung erlaubt, daß die diplomatischen Beziehungen in Kürze wieder zwischen den beiden Ländern aufgenommen werden könnten.

Die mit der Unterstützung Kairos erfolgte Bildung einer „algerischen Exilregierung“ unter der Leitung von Ferhat *Abbas* stellt jedoch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen erneut in Frage, wenn auch die Existenz dieser Pseudoregierung praktisch keinen weitgehenden Einfluß auf die tatsächlichen Beziehungen Frankreichs zu den arabischen Staaten hat. Die sofortige Anerkennung der „algerischen Regierung“ durch Kairo und Bagdad ändert daran nichts, doch ist es erneut offensichtlich, daß das algerische Problem die Politik Frankreichs gegenüber den arabischen Staaten entscheidend kompliziert, so wie ja bereits die französische Intervention in Suez eine Reaktion auf die Einmischung Aegyptens in die innerfranzösischen Angelegenheiten in Algerien darstellte.

Die Auswirkung der Krise auf die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Frankreichs im Mittleren Osten

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich nun für Frankreich aus der Krise des Mittleren Ostens im Hinblick auf seine wirtschaftlichen und kulturellen Interessen?

Die wirtschaftliche Bedeutung des Irak ist für Frankreich bereits dadurch gekennzeichnet, daß auf Grund der Beteiligung an der Irakischen Petroleum-Gesellschaft (IPC) Frankreich einen Anspruch auf 23,75 vH der Förderung dieser internationalen Ge-

sellschaft hat. Dies bedeutet, daß Frankreich rund 12 Millionen Tonnen Rohöl jährlich gegen Bezahlung in Pfund Sterling einführen kann, und zwar zu einem Preise, der um 40 vH unter dem Weltmarktpreis für Rohöl liegt. Ein weiterer Vorteil dieser Regelung liegt nun für die französische Devisenbilanz darin, daß ein Teil dieses in französischen Raffinerien verarbeiteten Erdöls wieder in Dollar- oder Sterlingländer exportiert wird. Der Handelsaustausch Frankreichs mit den arabischen Ländern war traditionsgemäß sehr bedeutend. 1954 war Frankreich nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten der drittgrößte Lieferant des Mittleren Ostens. Wenn auch die Folgen der Suez-Krise hier einen Wandel herbeigeführt haben, so kann man doch hoffen, daß nach einer Bereinigung der dadurch entstandenen Situation Frankreich seinen alten Platz im Handelsaustausch mit den arabischen Ländern wiedergewinnen wird.

Auf weite Sicht vielleicht noch bedeutender als die wirtschaftlichen Bindungen sind aber die geistigen und kulturellen Bande, die zwischen den Ländern des Mittleren Ostens und Frankreich bestehen. In Syrien besuchten 1956 rund 8000 Schüler die französischen Gymnasien. Nachdem die französische Schule in Aleppo 1956 in Brand gesteckt worden war, ist nur noch die von den Marienbrüdern geleitete Schule in Damaskus geöffnet, doch trotz des Fehlens diplomatischer Beziehungen wächst die Zahl der Schüler ständig.

Im Libanon hat sich die Zahl der Schüler der französischen Schulen von 48 000 im Jahre 1952/53 auf 55 000 im Jahre 1958 erhöht; der Libanon ist das einzige Land des Mittleren Ostens, das trotz der Ereignisse der Suez-Krise die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich aufrechterhalten hat. Sehr bezeichnend ist, daß im Libanon alle anderen nichtstaatlichen Schulen zusammen nur ein Zehntel der Schülerzahl der französischen Schulen aufzuweisen haben.

Der Libanon nimmt im Rahmen des kulturellen französischen Auslandsprogrammes einen außerordentlich bedeutenden Platz ein. Mehr als ein Achtel der für den kulturellen Auslandsfonds zur Verfügung stehenden Gelder werden in diesem kleinen Lande verwendet, und man kann sich leicht eine Vorstellung von der außerordentlichen Intensität der kulturellen und erzieherischen Förderung durch Frankreich machen, wenn man bedenkt, daß die aufgewandten Summen größer sind als die für die kulturelle und erzieherische Leistung Frankreichs in irgendeinem anderen Lande, einschließlich der großen westlichen Länder.

Der französisch-ägyptische Vertrag vom August 1958 über die Bereinigung der Folgen der Suez-Krise sieht die Wiederzulassung der nichtkonfessionellen französischen kulturellen Einrichtungen vor (die konfessionellen Schulen durften auch nach den Ereignissen des Novembers 1956 weiterbestehen). Die damals geschlossenen beiden Oberschulen in Kairo und in Alexandria dürfen ebenfalls wieder öffnen. Insgesamt zählten die verschiedenen französischen Schulen im Jahre 1956 rund 62 000 eingeschriebene Schüler.

Im kulturellen Leben im Libanon, in Syrien und in Aegypten nimmt Frankreich also einen hervorragenden Platz ein. Wenn auch die christlichen und israelitischen Minderheiten in diesen drei Ländern den engen Kontakt mit Frankreich pflegen, so genügt dies dennoch nicht zur Erklärung des Einflusses der französischen Zivilisation. Die mohammedanischen Kreise zeigen sich den französischen kulturellen und geistigen Einflüssen aufgeschlossen, und die französische Sprache ist die Kultursprache der Levante.

Die politischen, wirtschaftlichen und vor allem geistigen Positionen des heutigen Frankreich in den Ländern des Mittleren Ostens stellen sowohl eine Chance wie eine Verpflichtung dar. Es ist die große Aufgabe der französischen Diplomatie im Mittleren Osten, den schwierigen, doch nicht unmöglichen Versuch zu machen, die Wahrung ihrer wesentlichen Interessen im nordafrikanischen Raum mit einer verständnisvollen und mäßigenden Politik gegenüber den mohammedanischen Ländern des Mittleren Ostens in Einklang zu bringen.

Die amerikanische Politik im Mittleren Osten

Von Richard Nolte, New York

Einführung

Bei nur oberflächlicher Betrachtung könnte man vielleicht den Eindruck gewinnen, daß an den in den letzten Jahren unternommenen Bemühungen der amerikanischen Außenpolitik im Mittleren Osten etwas vom Fluche des Königs Midas haftet: weit davon entfernt, die angestrebten Ziele zu erreichen, scheinen sie diese vielmehr verleugnet und verfälscht zu haben. In dem Zeitraum von 1952 bis 1954 betrachteten die Vereinigten Staaten das neue revolutionäre Regime in Aegypten mit Wohlwollen und unterstützten sogar Oberst *Nasser* bei seinem erfolgreichen Versuch, die britischen Streitkräfte auf dem Verhandlungswege aus der Suezkanalzone zu entfernen. Das sogenannte tschechische Waffengeschäft im Jahre 1955 und die Nationalisierung der Suezkanalgesellschaft im Jahre 1956 zeigten jedoch, daß sich *Nasser* von den Vereinigten Staaten und dem Westen abgewandt hatte. Die Ereignisse der Folgezeit haben diesen Eindruck nicht verändert. König *Saud ibn Abdul Aziz*, den Washington nach dem Suezkonflikt zu seinem bevorzugten Bundesgenossen in der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Arabern und dem Westen erwählt hatte, ist seit dem März 1951 nur noch dem Namen nach ein Herrscher, denn tatsächlich liegt die Politik Saudi-Arabiens seither in den Händen seines neutralistisch gesinnten Bruders, des Nasser freundlich gesinnten Kronprinzen *Faisal*. Das den Irak beherrschende prowestliche Triumvirat fand im Juli 1958 ein gewaltsames Ende, und die ihm folgende Regierung wandte sich wieder vom Westen ab. Was den Irak betrifft, so steht der von den Vereinigten Staaten begünstigte und von ihnen unterstützte Bagdad-Pakt, der in arabischen Augen viel dazu beitrug, die Beschuldigung des Verrats gegen Nuri *es-Said* und seine königlichen Kohorten zu rechtfertigen, heute nur noch auf dem Papier. Und im September mußte im Libanon die Regierung Camille *Chamoun*, die die Eisenhower-Doktrin angenommen und sie im vergangenen Sommer weitgehend zur Erlangung finanzieller und militärischer Unterstützung gegen die Opposition im eigenen Land benutzt hatte, einer neuen Regierung weichen. Diese brachte einen „neutralistischen“ Präsidenten, einen Nasser freundlich gesinnten Ministerpräsidenten, der in den Kämpfen einer der „Rebellen“-Führer war, und eine allgemeine Abkehr von der gegen Nasser gerichteten Politik ihrer Vorgänger.

Hussein, der „tapfere kleine König“ von Jordanien, ist im arabischen Mittleren Osten der einzige Herrscher von Bedeutung, der in aller Offenheit weiterhin freundschaftliche Beziehungen zum Westen unterhält. Aber die umfangreiche finanzielle und militärische Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien, von der er völlig abhängig ist, führte ebenfalls dazu, ihn in nicht wiedergutzumachender Art und Weise in den Augen der meisten seiner Untertanen als verräterische Marionette zu kompromittieren. In absehbarer Zeit dürften in Jordanien Umwälzungen anti-westlicher Natur zu erwarten sein; Husseins Zukunft ist nicht rosig.

Auf den ersten Blick scheinen die amerikanischen Bemühungen, „die Hand der Freundschaft auszustrecken“, gründlich mißlungen zu sein, so daß ein älterer, erfahrener Aegypter folgende höhnische Bemerkung machte: „Ihr Amerikaner! Ihr wollt Nasser loswerden? Seid doch freundlich zu ihm. Ladet ihn nach Washington ein!“

Der Stimmungsumschwung der Araber gegen die Vereinigten Staaten

Bewunderung und good will zu Ende des Zweiten Weltkriegs

Eine der Schwierigkeiten für die Vereinigten Staaten beruht auf dem Fehlen einer entsprechenden Tradition und Erfahrung im Verkehr mit dem Mittleren Osten. Bis vor kurzer Zeit haben die Vereinigten Staaten in bezug auf dieses Gebiet keine politischen Ziele gehabt oder brauchten keine zu haben. Bis zum Zweiten Weltkrieg ist die offizielle amerikanische Haltung eine freundschaftliche Nichteinmischung gewesen. Auf privater Ebene hat allerdings seit langem ein starkes amerikanisches Interesse am Mittleren Osten bestanden. Generationen hindurch haben zahlreiche amerikanische Einzelpersonen und Gruppen aus humanitären und religiösen Beweggründen geduldig Arbeit und finanzielle Mittel in erzieherischen und medizinischen Einrichtungen und Missionen investiert. Die amerikanische Universität in Beirut, die vor fast hundert Jahren errichtet wurde und heute eine hervorragende Bildungsstätte in diesem Gebiet darstellt, ist nur eines der augenfälligen Werke privater amerikanischer Initiative. Aber über diese sichtbaren Ergebnisse hinaus schufen die in vielen Jahren ohne einen Gedanken an politischen

oder wirtschaftlichen Vorteil geleisteten Dienste im Kampf gegen Armut, Unwissenheit und Krankheit im Mittleren Osten ein riesiges Reservoir der Bewunderung und des „good will" gegenüber den Vereinigten Staaten. Gesteigert wurden diese Gefühle durch die in schillernden Farben gehaltenen Berichte und die Dollarsendungen von Tausenden arabischen Auswanderern aus den Vereinigten Staaten, die für sie zum Land der erfüllten Verheißung geworden waren. Durch das siegreiche Ende des Zweiten Weltkrieges und das überwältigende Sichtbarwerden der amerikanischen Macht erreichte das amerikanische Prestige im Mittleren Osten den höchsten Stand, den es je hatte.

Später, ungefähr im Jahre 1950, als die Vereinigten Staaten langsam die Bedeutung des Mittleren Ostens im Kalten Krieg erkannten, hätte der arabische good will von ungeheuerem Wert sein können, um die amerikanische Politik zu unterstützen. Doch zu diesem Zeitpunkt waren in der arabischen öffentlichen Meinung an die Stelle der freundschaftlichen Achtung bereits Argwohn, Feindschaft und Bitterkeit ohne Grenzen getreten, so daß die Bemühungen der amerikanischen Politik seither mit einem schweren Handicap belastet sind.

Die Gründe für den Stimmungsumschwung

Zum Teil wurde dieser rasche Stimmungsumschwung dadurch hervorgerufen, daß die Vereinigten Staaten nach dem Krieg die verhaßte „imperialistische" Politik Großbritanniens und Frankreichs in Aegypten, Jordanien, im Irak, in Nordafrika und in anderen Ländern billigten. Teilweise lag der Grund dafür auch darin, daß sich die Vereinigten Staaten, als sie eine aktive politische Rolle in den arabischen Staaten zu spielen begannen, mit den korrupten und reaktionären, alle Reformen ablehnenden Oberschichten identifizierten und sie unterstützten. Der wichtigste Grund aber war natürlich der, daß die Vereinigten Staaten mit ganzem Herzen und offenen Händen die Errichtung des Staates Israel finanziell und diplomatisch unterstützten. Die Politik, die in ihrer Auswirkung die Zwangsevakuierung einer Million Araber zugunsten einer Million Juden und die Umwandlung eines arabischen Staates in einen jüdischen bedeutete, wurde und wird von den Arabern als eine himmelschreiende Ungerechtigkeit empfunden, und daß sie so begeistert von den anerkannten Verfechtern der „unabdingbaren Menschenrechte" vertreten werden konnte, ließ ein Gefühl der Bitterkeit wegen des verratenen Ideals entstehen. Seitdem wurde durch die ständige amerikanische Hilfe an Israel und andere unpopuläre Maßnahmen die Enttäuschung der Araber über die Vereinigten Staaten bestätigt und erhärtet.

Die Politik der Unterstützung Israels stellte den ersten größeren Exkurs der Vereinigten Staaten nach dem arabischen Mittleren Osten dar. Er wurde nicht unternommen, weil nationale Interessen dafür, sondern vielmehr, wie die Ereignisse gezeigt haben, obwohl sie dagegen sprachen. Zum Teil war diese Politik die Projektion der amerikanischen Innenpolitik, in der sich jede Partei durch eine prozionistische Stellungnahme und durch Versprechungen die Unterstützung der angeblichen „jüdischen Stimmen" zu sichern suchte. In erster Linie aber gründete sich die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Israel auf den humanitären good will des amerikanischen Volkes als Ganzes — das erst jetzt zu erkennen beginnt, daß die „Wiedergutmachung der von Europa begangenen Ungerechtigkeiten" und die „Verwandlung der Wüste in einen Garten" nicht in einem Vakuum erfolgte und daß bei diesem Prozeß andere Ungerechtigkeiten begangen wurden.

Die Bedeutung des Mittleren Ostens im Kalten Krieg

Als der Kampf um Palästina seinen Höhepunkt erreichte, hatte man in Washington die Bedeutung anderer Teile des Mittleren Ostens im Kalten Krieg bereits erkannt. Die Weigerung der Sowjets, nach dem Krieg ihre Truppen aus dem Iran zurückzuziehen, und die kurzlebige Marionettenregierung im persischen Aserbeidschan, der sowjetische Druck auf die Türkei, gewisse östliche Provinzen aufzugeben und den „Schwarzmeermächten" zu gestatten, an der Kontrolle über die türkischen Meerengen teilzuhaben, die Unterstützung der Kommunisten durch das Kominform im griechischen Bürgerkrieg — dies alles trug dazu bei, daß die Amerikaner ihre Lektion lernten. Im Jahre 1950 waren, beschleunigt durch den Korea-Krieg, die arabische Welt und ihr strategischer Kanal, ihre militärischen Stützpunkte, ihre sagenhaften Oelreserven, die jetzt mehr als 75 vH der gesamten Weltreserve ausmachen, und vor allem ihre 40 Millionen Menschen mit ihrer stärker hervortretenden Feindseligkeit gegenüber dem Westen zwangsläufig in die Sicherheitsplanungen der Vereinigten Staaten einbezogen. Das Bestreben der Vereinigten Staaten, den Mittleren Osten, einschließlich der arabischen Staaten, in das westliche Verteidigungssystem einzugliedern, wurde während der letzten zehn oder zwölf Jahre zum Hauptthema der Geschichte des Mittleren Ostens. Schritt für Schritt mit dieser Entwicklung erfolgte der Verfall der britischen und der französischen Herrschaft.

Die wachsende Verantwortung der Vereinigten Staaten

Die fortschreitende Liquidierung britischer und französischer Verpflichtungen und Machtpositionen im Mittleren Osten begann, kurz gesagt, in den Jahren 1945/46 mit Frankreichs Aufgabe seiner Mandate in Syrien und im Libanon. Im Jahre 1947 gab Großbritannien die Bürde Griechenland und Türkei auf.

1948 war Großbritannien nicht mehr willens, den Einsatz und das Opfer von finanziellen Mitteln und Menschenleben in Palästina fortzusetzen, und zog sich zurück. Im Jahre 1951 wurde die wichtigste Schlüsselstellung des britischen Einflusses im Iran, die Anglo-Iranische Oelgesellschaft, durch Verstaatlichung ausgeschaltet. Im Jahre 1953 erklärte sich Großbritannien, das von dem ägyptischen General *Naguib* gewissermaßen überspielt worden war, zum Rückzug aus dem Sudan bereit, so daß diese Nation freie Hand hatte, die Entscheidung über ihre Zukunft zu treffen. Im Jahre 1954 kam es zu dem Vertrag mit Präsident *Nasser* über die Evakuierung der britischen Streitkräfte aus der Suezkanalzone. Im Jahre 1956 wurde General *Glubb* aus der Arabischen Legion in Jordanien entlassen, und 1957 wurde die letzte vertragliche Bindung dieses Landes mit Großbritannien gelöst. Der nationalistische Staatsstreich des Generals *Kassem* im Sommer 1958 scheint dem britischen Einfluß im Irak ein Ende gesetzt zu haben. Der mißlungene Versuch Großbritanniens und Frankreichs im Jahre 1956, die Kanalzone zurückzugewinnen, und die kurze Wiederbesetzung des Flughafens von Amman in Jordanien im Jahre 1958 brachten nicht die Widerlegung, sondern die Bestätigung der Tatsache, daß die imperialistische Herrschaft zu Ende geht. Gegenwärtig hält Großbritannien seine Macht noch in einigen wenigen Randgebieten des Mittleren Ostens aufrecht; aber die Ereignisse auf Cypern, in Aden und auch in Kuweit, dessen Herrscher sich beeilte, mit Nasser Frieden zu schließen, und wo zwei Drittel aller Lehrer Aegypter sind, weisen darauf hin, daß der Rückzug weitergehen wird.

Die schrittweise Uebernahme von Verantwortung seitens der Vereinigten Staaten ist ein Gegenstück zu dem britischen und französischen Rückzug aus dem Mittleren Osten — was an manchen Stellen zu der Ansicht führte, daß die amerikanische Politik absichtlich diese Entwicklung angestrebt hat. Für das amerikanische Vorgehen bestimmend war jedoch nicht der Wunsch, im „Vakuum" des Mittleren Ostens an die Stelle der europäischen Verbündeten zu treten und sich in den Genuß der von ihnen genossenen Vorrechte zu bringen, sondern vielmehr der, zu verhindern, daß dies durch die Sowjetunion geschieht. Die amerikanischen Aktionen im Mittleren Osten erfolgten seit ihrem Beginn bis zum heutigen Tage vorwiegend aus Furcht vor der Sowjetunion oder zumindest aus Opposition gegen sie.

Die Truman-Doktrin

Die Entwicklung, in deren Verlauf sich die Vereinigten Staaten in zunehmendem Ausmaß ihrer Verantwortung im Mittleren Osten bewußt wurden und immer größere Verpflichtungen eingingen, läßt sich in aufeinanderfolgenden Phasen verfolgen. Die erste Phase brachte ein Eingehen und eine Erwiderung auf den durch die Sowjets und das System des Eisernen Vorhangs in den Jahren 1946 bis 1947 durch tatsächliche oder potentielle militärische Gewalt ausgeübten Druck auf den Iran, die Türkei und Griechenland.

Die weitgehende amerikanische Unterstützung dieser Nationen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen, einschließlich der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe im Sinne der Truman-Doktrin, war verhältnismäßig erfolgreich. Da diese Nationen von dem Problem Israel nicht berührt wurden und sich der sichtbaren kommunistischen Bedrohung gegenübersahen, begrüßten und unterstützten sie bisher die amerikanische Politik, und der Widerstand gegen den Sowjetblock war erfolgreich.

Das Punkt-Vier-Programm

Die zweite Phase, in der sich die Vereinigten Staaten den arabischen Staaten des Mittleren Ostens von sich aus und mehr oder weniger unabhängig von der peinlichen „imperialistischen" Führung Großbritanniens und Frankreichs zu nähern suchten, fiel mit der Entstehung der Punkt-Vier-Philosophie in Washington zusammen. Um zu verhindern, daß sich freie Völker dem Kommunismus anschließen und Satelliten der Sowjetunion würden, war es erforderlich, „ihnen zu helfen, damit sie sich selbst helfen können". Durch technische und wirtschaftliche Hilfe auf breiter Basis sollten die benachteiligten Völker der Entwicklungsländer der Welt in die Lage versetzt werden, ihren Lebensstandard zu erhöhen. Sie sollten Hoffnung schöpfen und sich hinter ihre bestehenden nichtkommunistischen Regierungen und Gesellschaftsformen stellen. Das Ergebnis würde Stabilität und Stärke sein. Außerdem würde die Dankbarkeit für die empfangenen Wohltaten zu einer freundschaftlichen Gesinnung gegenüber den Vereinigten Staaten führen. Das waren die Gedankengänge, die den Kongreß veranlaßten, das Punkt-Vier-Programm zu unterstützen und finanzielle Mittel für seine Durchführung zur Verfügung zu stellen. Es hat in Amerika seit jeher ein weit verbreitetes humanitäres Interesse gegeben, anderen, die man für weniger mit Glücksgütern gesegnet hält, zu helfen, doch dieses Gefühl wäre, wenn es nicht durch Ueberlegungen im Hinblick auf den Kalten Krieg verstärkt worden wäre, von den Gesetzgebern, die auch an die Steuern denken müssen, wohl kaum unterstützt worden.

Die Methode des Punkt-Vier-Programms, die zumindest den Vorteil der Neuheit hatte, wurde zum ersten Male in den Jahren 1951 bis 1952 im arabischen Mittleren Osten angewandt. Würde man sagen, sie sei „nicht durchweg erfolgreich" gewesen, so wäre dies viel zu milde ausgedrückt. Wegen der allgemeinen Feindseligkeit der arabischen öffentlichen Meinung, die außerdem noch durch die unermüdliche kommunistische Propaganda vergiftet wurde, neigten die Araber dazu, das Punkt-Vier-Programm als einen plumpen Versuch anzusehen, sich Freunde zu kaufen, oder, was noch schlimmer ist, als eine schänd-

liche und gefährliche neue Form des Imperialismus. Außer vielleicht einer gewissen Anfangszeit in Aegypten hatte das Punkt-Vier-Programm in der arabischen Welt keine Chance, für sich allein Erfolg zu haben. Möglicherweise werden sich mit der Zeit positivere Ergebnisse zeigen; aber gegenwärtig würde schon eine ganz oberflächliche Untersuchung zeigen, daß das Punkt-Vier-Programm von Syrien *ab initio* zurückgewiesen wurde, daß der Libanon das Programm für sich ausgebeutet hat, daß es in Saudi-Arabien versuchsweise angewandt, aber später aufgegeben wurde, daß es im Irak für unbedeutend gehalten, in Jordanien zwar angenommen, aber boykottiert und von der Oeffentlichkeit angegriffen wurde und daß es in Aegypten nach einem hoffnungsvollen Beginn festgefahren ist. Politisch gesehen, ist die Bilanz eines Aufwandes von vielen Millionen Dollar negativ.

Die Konzeption des „northern tier" und der Bagdad-Pakt

Durch den Korea-Krieg, das entschlossene Auftreten des Sowjetblockes und seinen Erfolg in anderen Ländern wirkte die Erkenntnis, daß der mittels des Punkt-Vier-Programms eingeschlagene Weg im Mittleren Osten nicht zum Ziele führe, noch beunruhigender. Dies hatte den Beginn einer dritten Phase in der amerikanischen Politik zur Folge, die den Stempel der neuen republikanischen Regierung trug und in der der militärische Aspekt eher noch stärker hervortrat. Diese Phase beinhaltete die Konzeption des „northern tier". Hier handelte es sich um das Bestreben, durch den Zusammenschluß der Türkei, des Irak, des Iran und Pakistans in einem militärischen Bündnis — eine Art östliche Fortsetzung der NATO — eine Pufferzone entlang der südlichen Flanke Rußlands zu errichten und dadurch die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses auf den Mittleren Osten zu verhindern. Aus dieser Konzeption ging der Bagdad-Pakt im Jahre 1955 hervor, der die vier oben genannten Mächte und Großbritannien zu einem defensiven Militärbündnis zusammenschloß. Die Vereinigten Staaten, die das Zustandekommen des Paktes förderten, haben ihn seither militärisch und finanziell unterstützt, an seinen Konferenzen teilgenommen (auf der Tagung in London am 28. und 29. Juli 1958 waren die Vereinigten Staaten durch Außenminister *Dulles* vertreten) und haben sich nach und nach an den einzelnen im Rahmen des Paktes geschaffenen Unterausschüssen beteiligt. Trotzdem sind sie dem Pakt selbst bisher nicht beigetreten. Dieses paradoxe Verhalten wurde verschiedentlich damit erklärt, daß man vermeiden möchte, Präsident *Nasser*, König *Saud* oder die Parteigänger Israels in den Vereinigten Staaten zu verärgern. Niemand hat sich aber hierdurch täuschen lassen, und die Vereinigten Staaten sind auf der ganzen Linie kritisiert worden, und zwar sowohl von den Gegnern des Paktes, weil sie ihn unterstützten, als auch von seinen Befürwortern, weil sie dies nicht mit vollem Einsatz und in aller Offenheit taten.

Besonders Präsident *Nasser* ließ sich nicht täuschen. Bis 1955 hatten die Vereinigten Staaten freundschaftliche Beziehungen zu dem neuen Regime in Aegypten unterhalten, für das die israelische Frage niemals solche Bedeutung erlangt hatte wie die britische Besetzung der Kanalzone. Die Vereinigten Staaten hatten die Rolle des „ehrlichen Maklers" gespielt, als sie die Briten dazu brachten, die Kanalzone im Jahre 1954 zu evakuieren. Nach dem ägyptisch-britischen Abkommen versprachen sie Präsident *Nasser* eine wirtschaftliche Unterstützung in Höhe von 40 Millionen Dollar, und die gleiche Summe wurde mit Zustimmung der Briten für Rüstungslieferungen in Aussicht gestellt. Für Nasser war diese militärische Hilfe nach den ersten militärischen Vergeltungsmaßnahmen Israels gegen ägyptische Truppen in Gaza im Februar 1955 entscheidend geworden. In dem darauffolgenden Grenzkrieg lernten die jungen Offiziere Nassers, auf die sich seine Herrschaft in Aegypten stützte, die tatsächliche Macht Israels kennen und verlangten nach Waffen.

Die Weigerung der Vereinigten Staaten, die versprochenen Waffen auf der Grundlage der Bedingungen Nassers („keine Pakte, keine Militärmissionen") zu liefern, und die gleichzeitig getroffene Vereinbarung, Nassers Erzfeind, Nuri *es-Said*, im Irak Waffen zukommen zu lassen und ihn zu unterstützen, führten unmittelbar zum tschechischen Waffengeschäft und zur Entfremdung jenes Mannes, der schon damals drohend als ein arabischer Bismarck erschien.

Der Bagdad-Pakt wurde von 1955 an zum Eckstein der amerikanischen Politik im Mittleren Osten, bis ihn der Aufstand im Irak im vergangenen Sommer in Frage stellte; aber schon bei seinem Abschluß schien ihm der Stempel der Unzulänglichkeit aufgeprägt zu sein. Bei Aegypten und Syrien führte der Pakt zu einer Reaktion, die beide Länder eine engere wirtschaftliche und militärische Beziehung zur Sowjetunion und zum Ostblock begrüßen ließ. Statt das gewünschte Ziel zu erreichen, schien der „northern tier"-Plan genau das Gegenteil zu begünstigen. Seit jener Zeit ist die Sowjetunion, im Verein mit Nasser, im Mittleren Osten von einer Position der Stärke zur anderen geschritten und übt jetzt entscheidende Macht aus.

Die Tatsache der sowjetischen Macht zeigte sich unmißverständlich während der Suezkrise von 1956. Die Sowjetunion ging aus der Londoner Konferenz, zu der sie durch den amerikanischen Außenminister eingeladen wurde, um über Nassers Nationalisierung der Suezkanalgesellschaft zu verhandeln, als der unerschütterliche Bundesgenosse Aegyptens hervor. Als Großbritannien und Frankreich im September ihre Kanallotsen in der Hoffnung zurückzogen, damit die Unfähigkeit der Aegypter zu beweisen, den Ka-

nal alleine in Betrieb zu halten, sprangen Lotsen aus dem Sowjetblock in die Bresche. Als die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich zu Beginn der Krise die Wirtschaftsblockade über Aegypten verhängten, waren es die Unterstützung und der Handel des Sowjetblockes, die zu Hilfe kamen. Als im November die Invasion Frankreichs, Großbritanniens und Israels stattfand, erwarb die sowjetische Drohung (die nach dem Bekanntwerden der amerikanischen Haltung ausgesprochen wurde), nukleare Raketen gegen London und Paris anzuwenden, der Sowjetunion neues Ansehen als dem hochherzigen Beschützer der ägyptischen Unabhängigkeit.

Die Eisenhower-Doktrin

Neue und wirksamere Maßnahmen schienen erforderlich, um der wachsenden russischen Drohung zu begegnen, und so gewann allmählich eine vierte Phase in der amerikanischen Politik im Mittleren Osten Gestalt. Ende 1956 wurde die Eisenhower-Doktrin verkündet und nach Debatten im Kongreß drei Monate später von diesem verabschiedet. Die Vereinigten Staaten versprachen die Leistung wirtschaftlicher und militärischer Hilfe — einschließlich, wenn nötig, der Entsendung von Streitkräften — an jede Nation des Mittleren Ostens, die Schutz gegen die Aggression eines kommunistisch beherrschten Staates verlangen würde. Es wurde ein Fonds von 200 Millionen Dollar geschaffen und im Frühjahr 1957 die Richards-Mission nach dem Mittleren Osten entsandt, um Anhänger für die Eisenhower-Doktrin zu gewinnen. Abgesehen von jenen Staaten, die sich schon an den Westen gebunden hatten und für die die Doktrin ein unnötiger, aber willkommener Glücksfall war, erwies sich die Richards-Mission als ein Fehlschlag. Mit der einzigen Ausnahme des Libanon wagte keine arabische Regierung, nicht einmal die westlich orientierte Regierung Nuri *es-Said* im Irak oder die absolut demokratische Regierung im Sudan, sich der Gefahr von Gewalthandlungen der Bevölkerung auszusetzen, mit denen zweifellos eine Befürwortung der Doktrin beantwortet worden wäre. Die öffentliche Kritik in den arabischen Staaten entzündete sich an der Tatsache, daß sich die Doktrin in bezug auf die einzige Form der Aggression, die wirklich gefürchtet wurde, nämlich die Aggression durch ein nichtkommunistisches Land, in Schweigen hüllte; und der erst kurz zuvor erfolgte Angriff Israels, Frankreichs und Großbritanniens auf Aegypten bestärkte die Araber in dieser Ansicht. Außerdem sagte die Doktrin nichts über innere Subversion und über das konzentrierte Potential für eine Subversion, das die Flüchtlinge aus Palästina darstellen, 900 000 verbitterte Nichtstuer, die von ihrer UN-Unterstützung leben. Was die Doktrin, wie sie durch die Richards-Mission dargelegt wurde, aber tatsächlich sagte, war folgendes: „Steht auf und laßt euch zählen. Wenn ihr für uns seid, wird es sich für euch lohnen. Wenn nicht, so wissen wir, wer unsere Feinde sind.“ Das wurde nicht nur als Beleidigung empfunden, es verletzte auch das neue, volkstümliche Ideal des „Neutralismus“ durch den Versuch, die Araber zum Frontmachen im Kalten Krieg zu gewinnen — und nach Ansicht von vielen auf der falschen Seite. Darüber hinaus ließ die Richards-Mission keinen Zweifel daran, daß ein wesentliches Ziel darin liege, Aegypten und Syrien zu isolieren. Das bedeutete in bezug auf die Araber das „Teile und Herrsche“ und eine Verneinung des immer angestrebten Zieles der arabischen Einheit.

Auch abgesehen von den Mängeln der Doktrin in ihrer Formulierung und Verkündung, waren alle Chancen gegen einen Erfolg. Während der drei Monate, in denen sich der Kongreß mit ihr befaßte, war die sowjetische Propaganda, verstärkt durch das Echo in der nationalistischen Presse und im Rundfunk in Aegypten und Syrien, Tag und Nacht bemüht, die Doktrin in den schwärzesten Farben auszumalen. Mit ihr würde, so hieß es, ein tödlicher neuer Imperialismus in Aktion treten, sie würde in großem Maßstab alle bekannten Methoden des alten Imperialismus anwenden: „Kanonenboot-Diplomatie“, Bestechungen und Subventionen, lokale Marionetten, Pakte und Verträge und die heimtückische Methode des „Teile und Herrsche“. Das Ziel würde das gleiche bleiben: den Arabern die Unabhängigkeit zu versagen und ihnen den fremden Willen der Vereinigten Staaten aufzuzwingen.

Während dieser Zeit waren die amerikanischen Diplomaten mangels bestimmter Anweisungen über die Auslegung der Doktrin außerstande, der feindlichen Propagandaflut überzeugend entgegenzutreten. Ihre Aufgabe wurde noch erschwert durch die amerikanischen Aktionen während der Krise in Jordanien, die zum Ausbruch kam, als die Richards-Mission noch im Mittleren Osten war. König *Hussein* von Jordanien entließ plötzlich seine frei gewählte, aber linksorientierte und mit Nasser sympathisierende Regierung, um seine eigene Stellung zu halten. Die amerikanische Reaktion erfolgte unaufgefordert, aber rasch: sofortige Flottendemonstration im östlichen Mittelmeer, das Versprechen finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe in großem Maßstab an den „tapferen kleinen König“ und die Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die souveräne Unabhängigkeit Jordaniens verteidigen helfen würden. Den meisten Arabern schienen diese Aktionen eine Bestätigung der sowjetischen Interpretation der Eisenhower-Doktrin zu sein.

Die syrische Krise des Jahres 1957

Die syrische Krise, die sich im Sommer und Herbst des Jahres 1957 zuspitzte, sah man in den Vereinigten Staaten weithin als einen sowjetischen Versuch, die Türkei, den NATO-Verbündeten, einzuschüchtern, und als einen Bluff, der abgewiesen werden müßte. Es mag sein, daß die in dieser Zeit erfolgten amerikanischen Aktionen tatsächlich dazu bestimmt

waren, die Russen zu warnen und der Türkei den Rücken zu stärken. Die Araber hatten jedoch eine völlig andere Auffassung, in der sie durch Radio Moskau und Kairos „Stimme der Araber" bestärkt wurden. Sie sahen es so, als planten die Vereinigten Staaten unter der Aegide der Eisenhower-Doktrin einen militärischen Coup gegen die pro-sowjetische syrische Regierung, die im Sommer ungehindert die Macht übernommen hatte. Ohne den syrischen und russischen Aktionen, die wahrscheinlich die wahre Ursache bildeten, besondere Beachtung zu schenken, gaben die Araber der Ausweisung des syrischen Botschafters aus Washington, die als Antwort auf die Ausweisung von drei Angehörigen des amerikanischen Botschaftspersonals aus Syrien erfolgt war, eine sehr ernste Deutung; sie stellten fest, daß ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums sehr schnell zu einem Besuch nach Ankara und Beirut reiste, jedoch Damaskus und Kairo absichtlich überging, und sie erinnerten sich daran, daß dieser gleiche Beamte zur Zeit des gegen *Mossadegh* gerichteten und pro-amerikanischen Staatsstreiches des Generals *Zahedi* im Jahre 1954 amerikanischer Botschafter im Iran gewesen war; sie lasen die amerikanische Erklärung über Waffenverladungen nach dem Libanon, dem Irak und Saudi-Arabien, die als Freunde der Vereinigten Staaten galten, obwohl weder Nuri *es-Said* noch König *Saud* es gewagt hatten, sich öffentlich zur Eisenhower-Doktrin zu bekennen; sie nahmen die amerikanischen Lufttransporte von Waffen nach Jordanien, mit dem Syrien in einem erbitterten Propagandakrieg stand, zur Kenntnis; sie sahen die amerikanische Sechste Flotte an der syrischen Küste patrouillieren; sie hörten von türkischen Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze und erfuhren, daß amerikanische Offiziere dabei anwesend waren; und sie vernahmen das unermüdliche „j'accuse" der anti-amerikanischen Propaganda. Als schließlich beim Beginn der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September der amerikanische Außenminister von der Gefährdung der Türkei durch Syrien sprach, schien die Beweiskette vollständig zu sein. Syrien, ein Vier-Millionen-Staat mit einer kleinen, unerprobten Armee, die gerade erst begann, von der Sowjetunion eine moderne Ausrüstung zu erhalten, als Bedrohung der Türkei, einer Nation von 23 Millionen mit der größten Heeresstärke innerhalb der NATO (eine halbe Million Mann), die von den Vereinigten Staaten seit einem Jahrzehnt ausgerüstet wurde und ihre Kampfkraft in Korea mit Auszeichnung bewiesen hatte — das schien ein durchsichtiger Vorwand zu sein. Selbstverständlich hatte während dieser ganzen Zeit die Sowjetunion ihre Absicht erklärt, die Integrität Syriens gegen eine „amerikanische Aggression", notfalls mit nuklearen Waffen, zu verteidigen. Wenn es nicht zu einem Coup kam, so war die allgemeine arabische Schlußfolgerung nicht, daß kein Coup geplant war, sondern vielmehr die, daß die Vereinigten Staaten gezwungen wurden, klein beizugeben. Das Prestige der Sowjetunion erhob sich zu neuen Höhen.

Die libanesische Krise 1958

Die jüngste und vielleicht letzte Episode im Zusammenhang mit der Eisenhower-Doktrin war die libanesische Krise im Frühjahr und Sommer 1958. Der Libanon ist ein kleiner Staat, der sich aus vielen und verschiedenen Religionsgemeinschaften zusammensetzt, die im Geiste einer notwendigen Toleranz zusammenleben — notwendig deshalb, weil die Erinnerung an die Christenmassaker als Warnung vor Geschehnissen, die sich nie wiederholen dürfen, immer noch lebendig ist. Beide, Moslems und Christen, stellen je ungefähr die Hälfte der Bevölkerung; die Grundlage der stabilen Existenz des Libanon lag im „Nationalen Vertrag" von 1943 begründet, in dem die Moslems sich bereit erklärten, keinen Druck in Richtung auf eine Vereinigung mit dem vorwiegend von Moslems bevölkerten Syrien auszuüben, und die Christen sich bereit erklärten, ihre politischen Bindungen an den Westen — besonders an Frankreich — zu lösen. Der Libanon sollte ein unabhängiger arabischer Staat sein, in dem jede Religionsgemeinschaft in der Regierung eine proportionale Vertretung besitzt. Unter dieser Regelung erlebte der Libanon einen großen Aufschwung. Im Jahre 1957 jedoch, nach der ägyptischen Niederlage in Sinai, als die sehr echte Begeisterung der meisten Moslems und vieler Christen im Libanon sich merklich abgekühlt hatte, entschloß sich die Regierung Camille *Chamoun* zur Annahme der Eisenhower-Doktrin. Furcht vor der Sowjetunion und das Zunehmen des sowjetischen Einflusses in Syrien waren zweifellos, zusammen mit dem von den Vereinigten Staaten gebotenen finanziellen Anreiz, wesentliche Faktoren bei diesem Entschluß. Die libanesischen Wahlen des Frühjahrs brachten der Regierung *Chamoun* eine überwältigende Bestätigung. Aber viele libanesische Führer, unter ihnen einige ehemalige Ministerpräsidenten, sahen sich vom Parlament und der traditionellen Ausübung gewisser Vorrechte und ihres Einflusses ausgeschlossen. Da ihnen keine verfassungsmäßigen Mittel zur Verfügung standen, um sich Gehör zu verschaffen, begaben sie und ihre Gefolgsmänner sich auf die Straße. Nachdem die Opposition in der Eisenhower-Doktrin einen Ansatzpunkt („Verletzung des Nationalen Vertrages") gefunden hatte und, da *Nassers* Stern seinen Glanz wiedererlangte, kühner geworden war, begann sie syrische und ägyptische Quellen zur Unterstützung heranzuziehen. Zur entscheidenden Auseinandersetzung kam es im vergangenen Mai anläßlich der angeblichen Absicht des Präsidenten *Chamoun*, die Verfassung zu ändern, um im Amte zu bleiben, und anläßlich der Ermordung eines Zeitungsherausgebers, der ein Nasser-Anhänger (und Christ) war. Die Regierung Chamoun, die sich der organisierten Gewalt

gegenübersah, sich aber nicht mehr auf eine Mehrheit im Libanon stützen und nicht einmal auf die Armee zählen konnte, nahm im Namen der Eisenhower-Doktrin amerikanische Hilfe in Anspruch. In gleicher Weise fand die Opposition in der Vereinigten Arabischen Republik eine Quelle für finanzielle Mittel, Waffen und Freiwillige. Die interne politische Auseinandersetzung nahm auf diese Weise internationale Dimensionen an und verwickelte die Vereinigten Staaten ungewollt in eine neue Kontroverse mit Nasser, der gleichfalls eine solche Entwicklung scheute. (Nach seinem Besuch in Moskau im Juni wollte er angeblich gerne mit dem Westen wieder normale Beziehungen aufnehmen.) Nach dem Appell der Regierung *Chamoun* an die Vereinten Nationen gegen die „massive Intervention" durch die Vereinigte Arabische Republik schienen Generalsekretär *Hammarskjöld* und die Gruppe der UN-Beobachter im Libanon eine Lösung der schwierigen Lage gefunden zu haben; aber gerade zu diesem Zeitpunkt ereignete sich die Revolution im Irak.

Das sofortige Ansuchen der Regierung *Chamoun* um amerikanische Streitkräfte brachte die Vereinigten Staaten in eine schwierige Lage: nicht zu antworten, hätte bedeutet, daß die Vereinigten Staaten sich nicht an eine wenn auch nicht formale, so doch moralische Verpflichtung gegenüber einem Verbündeten gehalten hätten. Dies hätte eine abkühlende Wirkung auf andere Verbündete der Vereinigten Staaten haben können. Außerdem glaubte man, daß sich der Aufstand im Irak, der irrtümlicherweise für einen Teil einer von *Nasser* gelenkten Verschwörung gehalten wurde, auf den Libanon und Jordanien ausdehnen könnte. Andererseits mußte eine Truppenlandung das Risiko eines sowjetischen Angriffes mit sich bringen; und im Hinblick auf die in der arabischen Welt und in vielen anderen Gebieten herrschende Stimmung mußte die Entsendung amerikanischer Truppen eine sehr wenig schmeichelhafte Interpretation finden. Die Vereinigten Staaten entschlossen sich, ihren Blankoscheck an die Regierung des Präsidenten *Chamoun* zu honorieren.

Der Entschluß zur Landung von Truppen führte zu einer neuen internationalen Krise, die von der Sowjetunion nach jeder Richtung hin auf Kosten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ausgeschlachtet wurde und aus der diese schließlich durch die Bereitschaft Aegyptens, eine Resolution zu unterstützen, der alle arabischen Staaten, einschließlich des Libanon und Jordaniens, zustimmen konnten, gerettet wurden. Nachdem auf diese Weise der Weg bereitet wurde, werden die amerikanischen Truppen jetzt aus dem Libanon zurückgezogen. Das ganze militärische Abenteuer führte zu keinen sichtbaren Ergebnissen außer zu der Abdankung der Regierung *Chamoun*, der wahrscheinlichen Zurückweisung der Eisenhower-Doktrin durch ihre Nachfolger und zu einer für die Vereinigten Staaten verdientermaßen peinlichen Lage. Die internen Meinungsverschiedenheiten im Libanon scheinen sich eher vergrößert als verringert zu haben und sich schärfer als ein Konflikt zwischen Moslems und Christen abzuzeichnen.

Für den Libanon und ebenso für die Vereinigten Staaten war die Eisenhower-Doktrin ein teures Experiment; und wenn man alles in Betracht zieht, so scheint in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Mittleren Osten eine neue Phase notwendig zu sein.

Der arabische Nationalismus

Eine zweite wesentliche Entwicklungsrichtung, die in der jüngsten Geschichte des Mittleren Ostens sichtbar wird und die sich in diesem Gebiet selbst herausgebildet hat, ist das Emporkommen des arabischen Nationalismus. Ohne Zweifel hat sich dieser jetzt als die entscheidende soziale und politische Kraft im Mittleren Osten erwiesen. Mit seinen Obertönen von Gewalt war er der wesentliche Faktor, der den britischen und französischen Rückzug erzwang, und er bildet gleichfalls die eigentliche Ursache des Fehlschlagens der amerikanischen Politik und der in jüngster Zeit von der Sowjetunion errungenen Erfolge.

Im Westen hatte der arabische Nationalismus einen schlechten Ruf. Nicht zu Unrecht beschwört er Vorstellungen von erregten Volksmassen, Gewalttätigkeiten, Mord, Haßgefühlen gegen den Westen, Demagogie und einem allgemeinen Mangel an Vernunft und Mäßigung herauf. Doch dies ist nicht die ganze Bedeutung des Nationalismus. Ebensowenig ist es in bezug auf die Araber seine wesentliche Bedeutung. Für diese sind die konstruktiven Aspekte des Nationalismus das einzig Wichtige. Auf der politischen Ebene beinhaltet Nationalismus das Ideal voller und souveräner nationaler Unabhängigkeit und nationaler Einheit — sowohl der inneren, in dem Sinne, daß jeder, Bauer und Pascha, Christ und Moslem, zu einem loyalen Bürger erzogen wird, als auch der äußeren Einheit, durch die Schaffung einer größeren arabischen Union oder Föderation. Der Nationalismus vertritt die Idee von Anstand und Ehrlichkeit in der Regierung und verlangt, daß die Regierung im Dienste aller stehe. Schließlich enthält er die Vorstellung von demokratischen Rechten und konstitutionellen Sicherheiten. Außenpolitisch hat sich der Nationalismus im Verlauf der Jahre des Kalten Krieges die Idee des Neutralismus zu eigen gemacht. Wirtschaftlich bedeutet Nationalismus möglichst rasche wirtschaftliche Entwicklung und besonders Industrialisierung als Mittel zu Stärke, zu höherem Lebensstandard und zu Prestige in einer Welt, in der „Unterentwicklung" ein Stigma bedeutet. Auf der sozialen Ebene fordert der Nationalismus die Erziehung der Massen, die ganze Nation umfassende Gesundheitsprogramme, soziale Sicherheit, Bodenreform

und die Abschaffung des „Feudalismus". In der Terminologie der Psychologie ausgedrückt, stellt der Nationalismus die schöpferische — und nachahmende — Antwort einer ganzen Gesellschaft dar, die sich auf der ganzen Linie einer anderen Gesellschaft gegenüber- und von ihr bedroht sieht: der westlichen Gesellschaft, die in jeder Hinsicht überlegen scheint, militärisch, technisch, wirtschaftlich und moralisch. Nationalisten sind diejenigen, die westliche Ideen und Werte in sich aufgenommen haben, was sie weitgehend dem langjährigen Einfluß westlich orientierter Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel der Amerikanischen Universität in Beirut, zu danken haben. So wie die Mittelklassen des Westens begannen sie sich mit westlichen Augen zu betrachten, und sie sehen, was der Angehörige des Westens sieht: Korruption, Uneinigkeit, Rückständigkeit, Armut, Unwissenheit, Krankheit — alles Merkmale der Minderwertigkeit. Und in der Haltung und Politik der Vereinigten Staaten und des Westens erlebten sie eine weitgehende Bestätigung für diese Unterlegenheit. Der einzige Weg, um unter diesen Umständen ihre Selbstachtung und ihr seelisches Gleichgewicht wiederzugewinnen, ist eine von Grund auf beginnende Reform der arabischen Gesellschaft in Richtung auf eine modernisierte, zivilisierte Achtbarkeit, wie sie im nationalistischen Idealbild verkörpert wird.

Ohne Zweifel ist der Mann, der das meiste in dieser Hinsicht getan hat, Präsident *Nasser* von Aegypten. Der Westen, der mit voreingenommenen Augen sieht, neigt dazu, ihn als säbelrasselnden Diktator, als lärmenden Provokateur, als Vertragsbrecher, als den Mann, der anderer Leute Kanalgesellschaften nationalisiert, zu sehen. Aber für die meisten Araber ist Nasser der Mann, der die Unabhängigkeit Aegyptens von Großbritannien errang, der tatsächlich angefangen hat, das Ziel der arabischen Einheit durch die Gründung der Vereinigten Arabischen Republik im vergangenen Winter zu verwirklichen, der sich für Anstand und Ehrlichkeit in der Regierung einsetzt, der das erste Bodenreformprogramm im Mittleren Osten zur Ausführung brachte und der die Bildungsmöglichkeiten in Aegypten um ein Fünffaches vergrößerte. Er ist der Führer, dessen Projekt des Assuan-Dammes ein Symbol für das Streben nach wirtschaftlicher Entwicklung wurde, der Mann, der dem Westen mit seinem tschechischen Waffengeschäft im Jahre 1955 erfolgreich trotzte, der Saladin, der im Jahre 1956 nach der absichtlich in beleidigender Form erfolgten Rücknahme des amerikanischen Angebots, das Staudammprojekt zu unterstützen, dröhnend zurückschlug, indem er die Suezkanalgesellschaft nationalisierte. Trotz des Fehlschlagens innerpolitischer Maßnahmen und trotz einer gewissen Unterdrückung sind alle Aegypter der Ansicht, daß „er uns ein Gefühl von Würde und Stolz gegeben hat". Für alle Araber bleibt *Nasser* der überragende Held des arabischen Nationalismus, das Symbol nationalistischer Errungenschaften.

Trotz des bemerkenswerten Fortschrittes der letzten Jahre werden die arabischen Nationalisten vielleicht nicht alle ihre Ziele erreichen; aber die Lehre aus der jüngsten Geschichte des Mittleren Ostens ist die, daß ausländische oder inländische Versuche, Privilegien und Interessen durch Widerstand gegen den sich erhebenden Nationalismus aufrechtzuerhalten, zum Scheitern verurteilt sind und daß dieses Scheitern letzten Endes um so kostspieliger ist, je hartnäckiger der Widerstand ist. In diesem Sinn ist der Niedergang der britischen und französischen Herrschaft im Mittleren Osten zu sehen, und hier liegt der Grund für das Scheitern von Königen und feudalen Oligarchien. Um Interessen zu wahren und Verluste in möglichst beschränkten Grenzen zu halten, ist es umgekehrt nötig, daß die neue Kraft des Nationalismus anerkannt wird, daß seine Führer bekannt gemacht und seine Ziele erkannt werden, um die gemeinsame Ebene des gegenseitigen Vorteils zwischen den eigenen Zielen und jenen des Nationalismus zu finden.

Leider haben die Vereinigten Staaten diese Lehre nicht angewandt. Anstatt zu erkennen, daß die nationalistischen Ziele der Unabhängigkeit, Einheit, Neutralität, der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Reform nicht unbedingt im Widerspruch zu der amerikanischen Sicherheit stehen und daß vielmehr die Unterstützung dieser Bestrebungen dazu dienen könnte, die Freundschaft und Hilfe der Araber zu gewinnen, schienen die Vereinigten Staaten bei jeder Gelegenheit diesen Zielen entgegenzuwirken und sich überdies in eine kleinliche Rache gegen den Mann eingelassen zu haben, dem die arabische Welt als ihrem Führer zujubelt.

Das Ergebnis — um so mehr eine Ironie des Schicksals, als gerade die Sprache, in der die Nationalisten ihre Aspirationen verkünden, in erster Linie aus dem amerikanischen Lebens- und Ideenbereich stammt — ist, daß die Vereinigten Staaten von den Arabern wegen ihrer Heuchelei verurteilt werden, während die Sowjetunion, die die Schlagworte der liberalen Demokratie im Munde führt, sich als der von hohen Grundsätzen erfüllte Vorkämpfer für alles, was die Araber sich wünschen, aufspielen konnte. Das führte in der arabischen öffentlichen Meinung zu einer starken Wendung nach Osten. Um diese Tendenzen in die entgegengesetzte Richtung zu lenken, müßte wahrscheinlich die amerikanische Politik im Mittleren Osten grundlegend revidiert werden. Dazu müßte ein Abrücken von der starren und sterilen Opposition gegen die Sowjetunion, die die Grundlage der bisherigen amerikanischen Politik gewesen ist — als ob die Russen das einzige Volk im Mittleren Osten wären, auf das es ankommt —, ebenso gehören wie die Formulierung einer Politik in der Sprache jener konstruktiven Ideen und Ziele, für die sowohl die Amerikaner als auch die Araber eintreten.

DOKUMENTATION

13. JAHR 20. NOV./5. DEZ. 1958 22./23. FOLGE

Dokumente zur Mittelost-Krise im Sommer 1958

Inhaltsübersicht

Aus der Fülle von internationalen Dokumenten, welche die krisenhaften Entwicklungen im Mittleren Osten während der Monate Juli und August 1958 hervorbrachten, hat das Europa-Archiv eine Anzahl von Texten ausgewählt, deren Kenntnis zur Beurteilung des Ablaufs der Ereignisse wesentlich erscheint. Sie sind auf den Seiten 11 235 bis 11 260 dieser Folge, in deutschem Wortlaut wiedergegeben. Um unseren Lesern einen Ueberblick über den zeitlichen und kausalen Zusammenhang dieser Dokumente zu geben, sind die wichtigsten Ereignisse während der Tage des Höhepunktes der Krise von Mitte Juli bis Mitte August auf den Seiten 11 224 bis 11 233 in einer synoptischen Chronologie zusammengestellt. Die wesentlichsten Ereignisse der Dritten Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der die Beilegung der aktuellen Krise erreicht werden konnte, sind in einem Bericht auf S. 11 234 zusammengefaßt.

Es folgt eine Uebersicht über die auf S. 11 235 bis 11 260 wiedergegebenen Dokumente.

Westliche Länder		Mittlerer Osten und Asien
	14. 7.	Revolution im Irak. König *Faisal*, Kronprinz *Abdul Illah* und Ministerpräsident Nuri *es-Said* werden getötet. Der Führer der Revolution, General Abdul Karim *Kassem*, ruft die Republik aus und bildet eine Regierung. (Wortlaut der Verlautbarung der Revolutionsregierung auf S. 11 235.) König *Hussein* von Jordanien erklärt sich gemäß der Verfassung der Arabischen Föderation (Irak-Jordanien) zum Staatsoberhaupt der Föderation. Der Präsident des Libanon, Camille *Chamoun*, ersucht Präsident *Eisenhower* um die Entsendung amerikanischer Truppen, um die von außen bedrohte Unabhängigkeit des Libanon zu erhalten.
Präsident *Eisenhower* gibt die Entsendung amerikanischer Streitkräfte in den Libanon bekannt. (Wortlaut der Erklärung des Präsidenten auf S. 11 235, Wortlaut der Botschaft an den Kongreß auf S. 11 236.)	**15. 7.**	Amerikanische Streitkräfte landen im Libanon.
Das amerikanische Außenministerium veröffentlicht einen Bericht über die festgestellten Fälle von Infiltration und Waffenschmuggel von Syrien nach dem Libanon. (Wortlaut: *The New York Times*, Int. Ed., 17. 7.) Unterstaatssekretär Robert *Murphy* wird zum Sonderbotschafter Präsident *Eisenhowers* ernannt und sofort nach dem Libanon entsandt, wo er in den folgenden Tagen Gespräche sowohl mit der Regierung als auch mit Politikern der Opposition und mit den Führern der Aufständischen führt. Die österreichische Regierung protestiert bei den Vereinigten Staaten gegen die Ueberfliegung österreichischen Hoheitsgebiets durch amerikanische Militärflugzeuge.	**16. 7.**	König *Hussein* von Jordanien ersucht die britische und die amerikanische Regierung um die Entsendung von Truppen, da seine Regierung sich einem von der Vereinigten Arabischen Republik unterstützten Umsturzversuch gegenübersehe. König *Hussein* ruft in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt der Arabischen Föderation das irakische Volk zur Beseitigung der Revolutionsregierung auf. Präsident *Nasser* (der sich auf der Heimreise vom Staatsbesuch in Jugoslawien befindet) protestiert in einer über Radio Kairo gesendeten Erklärung gegen die amerikanische Intervention im Libanon (Wortlaut auf S. 11 237). Die republikanische Regierung des Irak wird von der Vereinigten Arabischen Republik, Jugoslawien, der Sowjetunion, der Volksrepublik China und den übrigen Ostblockstaaten anerkannt. Die UN-Beobachtergruppe im Libanon veröffentlicht eine Erklärung, in der sie jede Zusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften im Libanon ablehnt. Premierminister *Nehru* verurteilt in einer Pressekonferenz in Neu-Delhi die Intervention im Libanon: wenn eine fremde Macht den Mittleren Osten betrete, werde eine andere das gleiche tun.
Premierminister *Macmillan* gibt vor dem Unterhaus die Entsendung britischer Streitkräfte nach Jordanien bekannt. (Wortlaut der Erklärung auf S. 11 237.) Der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd*, trifft zu Besprechungen mit der amerikanischen Regierung in Washington ein.	**17. 7.**	Britische Streitkräfte landen in Jordanien. Die jordanische Regierung richtet an den Sicherheitsrat der UN eine Klage wegen „Einmischung der Vereinigten Arabischen Republik in die inneren Angelegenheiten Jordaniens". Die französische Regierung entsendet den Kreuzer „De Grasse" vor die libanesische Küste. Die israelische Regierung protestiert bei Großbritannien gegen die Ueberfliegung israelischen Hoheitsgebiets durch britische Militärflugzeuge. Die Staatsoberhäupter der Türkei, des Iran und Pakistans begrüßen auf einer Konferenz in Ankara die amerikanische Intervention. (Wortlaut des Kommuniqués auf S. 11 237.)

Sowjet-Block und Jugoslawien		Vereinte Nationen
	14. 7.	
	15. 7.	Auf Ersuchen der Vereinigten Staaten tritt der Sicherheitsrat zusammen, um die am 11. Juni vertagte Erörterung der Klage des Libanon gegen die Vereinigte Arabische Republik wieder aufzunehmen. Botschafter Henry Cabot *Lodge* (USA) unterrichtet den Rat über die amerikanische Intervention im Libanon. Arkadij A. *Sobolew* (UdSSR) beantragt eine Resolution, durch welche die Vereinigten Staaten zum sofortigen Abzug ihrer Truppen aus dem Libanon aufgefordert werden (Wortlaut: *The New York Times,* Int. Ed., 16. 7.). (Sitzungsprotokolle: S/PV. 827 u. 828.)
Die Sowjetregierung veröffentlicht eine Erklärung, in der sie gegen die amerikanische Intervention im Libanon protestiert und erklärt, sie könne gegenüber Ereignissen, die in einem ihr benachbarten Raum eine ernste Gefahr heraufbeschwören, nicht teilnahmslos bleiben; sie behalte sich das Recht vor, „die nötigen Maßnahmen zu treffen". (Wortlaut: *Die Sowjetunion heute,* sowjetische Botschaft, Bonn, Beilage zu Nr. 21, 20. 7.) Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik gibt eine ähnliche Erklärung ab (Wortlaut: *Bulletin d'information de l'Ambassade de la République Populaire de Chine,* Bern, Nr. 85, 29. 7.).	**16. 7.**	Fortsetzung der Beratungen im Sicherheitsrat: *Lodge* (USA) beantragt eine Resolution folgenden Inhalts: Aufforderung zur Beendigung der indirekten Aggression gegen den Libanon, Fortsetzung der Tätigkeit der UN-Beobachtergruppe, Auftrag an den Generalsekretär, mit den Beteiligten über Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung im Libanon zu verhandeln, wobei der Einsatz einer internationalen Streitmacht erwogen werden soll (Wortlaut: *The New York Times,* Int. Ed., 16. 7.). Omar *Loutfi* (Vereinigte Arabische Republik) entgegnet, daß der Bürgerkrieg im Libanon eine innere Angelegenheit sei, die keine Einmischung von außen rechtfertige. (Sitzungsprotokolle: S/PV. 829 u. 830.) Die UN-Beobachtergruppe im Libanon unterbreitet dem Sicherheitsrat einen Zwischenbericht, in dem sie mitteilt, daß sie nun Zugang zu allen Abschnitten der syrisch-libanesischen Grenze habe.
Der Präsident der VAR, *Nasser,* führt in Moskau Besprechungen mit *Chruschtschow,* bei denen „die zur Erhaltung des Friedens notwendigen Maßnahmen" erörtert werden. (Wortlaut des Kommuniqués: *Neue Zürcher Zeitung,* 20. 7.)	**17. 7.**	Fortsetzung der Beratungen im Sicherheitsrat: Es wird beschlossen, die jordanische Klage zusammen mit der Libanonfrage zu erörtern. Sir Pierson *Dixon* (Großbritannien) unterrichtet den Rat über die britische Intervention in Jordanien. *Sobolew* (UdSSR) modifiziert seinen Resolutionsantrag vom 15. 7. dahingehend, daß nun auch der sofortige Abzug der britischen Truppen aus Jordanien gefordert wird. Gunnar *Jarring* (Schweden) beantragt eine Resolution, in der gefordert wird, angesichts der amerikanischen Intervention die Tätigkeit der UN-Beobachtergruppe im Libanon bis auf weiteres einzustellen (Wortlaut: *The New York Times,* Int. Ed., 18. 7.). (Sitzungsprotokolle: S/PV. 831 u. 832.) Die UN-Beobachtergruppe im Libanon unterbreitet dem Sicherheitsrat einen zweiten Zwischenbericht, in dem sie um Verstärkung ihres Personals und um Vergrößerung ihres Bestandes an Aufklärungsflugzeugen ersucht.

Westliche Länder		Mittlerer Osten und Asien
	18. 7.	Der amerikanische Botschafter in Kairo warnt in einer mündlichen Demarche die Vereinigte Arabische Republik vor einem Angriff ihrer Truppen oder unter ihrer Kontrolle stehender Kräfte auf die amerikanischen Streitkräfte im Libanon. (Wortlaut: *The New York Times,* Int. Ed., 19. 7.) Präsident *Nasser* warnt in einer Rede vor einer Massenversammlung in Damaskus den Westen vor einer Aggression gegen den Irak. Er kündigt die Befreiung Algeriens, des Libanon und Jordaniens an. (Auszüge aus der Rede: *The New York Times,* Int. Ed., 19. 7.) Der irakische Ministerpräsident, General *Kassem,* versichert in einer Erklärung, daß die neue Regierung die Abkommen mit den Erdölgesellschaften respektieren werde. Premierminister *Nehru* richtet ein Schreiben an Präsident *Eisenhower,* in dem er ihn um den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Libanon ersucht.
Beendigung der Washingtoner Besprechungen zwischen Selwyn *Lloyd* und der amerikanischen Regierung. Ein Kommuniqué über die Besprechungen, welche die gemeinsame Politik in der Mittelost-Krise zum Gegenstand hatten, wird nicht veröffentlicht. Präsident *Eisenhower* betont in einer Botschaft an die amerikanischen Truppen im Libanon die friedlichen Ziele der Intervention. (Wortlaut: *The New York Times,* Int. Ed., 20. 7.) Die amerikanische Regierung versichert der österreichischen Regierung, daß österreichisches Gebiet künftig nicht mehr von amerikanischen Transportflugzeugen überflogen werde.	19. 7.	In Damaskus wird ein Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Irakischen Republik unterzeichnet (Wortlaut auf S. 11 238).
	20. 7.	Scheich *Abdullah* von Kuweit führt in Damaskus Besprechungen mit Präsident *Nasser.*
Premierminister *Macmillan* teilt *Chruschtschow* in einem Zwischenbescheid mit, daß die britische Regierung in Beratung mit ihren Verbündeten ernsthaft erwägt, auf welche Weise ein Treffen der Regierungschefs am besten arrangiert werden könnte. (Wortlaut: *The Times,* 23. 7.)	21. 7.	Der israelische Ministerpräsident, David *Ben Gurion,* erklärt in einer Rede im Parlament, die Gefahr einer Einkreisung Israels durch die Kräfte *Nassers* sei größer geworden, daher müsse Israel sowohl seine Stärke als auch die Zahl seiner Freunde vermehren. (Wortlaut: *Relazioni Internazionali,* Nr. 31/1958, S. 913.) Premierminister *Nehru* stimmt in einem Schreiben an *Chruschtschow* einer „Gipfel"-Konferenz über den Mittleren Osten zu und erklärt sich zur Teilnahme bereit. (Inhaltsangabe: Fußnote auf S. 11 240/41.)
Die Regierungschefs der drei Westmächte antworten auf *Chruschtschows* Vorschlag einer „Gipfel"-Konferenz. Sie erklären sich zu einem Treffen bereit, jedoch schlagen *Eisenhower* und *Macmillan* vor, daß es im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stattfinde. (Wortlaut bzw. Inhaltsangaben auf S. 11 240—11 242.) Der türkische Außenminister, Fatin *Zorlu,* übergibt dem sowjetischen Botschafter eine Erklärung als Antwort auf die Botschaft *Chruschtschows* vom 18. 7. Darin heißt es, die Türkei plane keinen einzigen Schritt, der den Frieden im Mittleren Osten gefährden könnte.	22. 7.	

Sowjet-Block und Jugoslawien		Vereinte Nationen
In einer neuen Erklärung protestiert die Sowjetregierung gegen die britische Intervention in Jordanien. Sie beschuldigt Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die Positionen des Kolonialismus im Mittleren Osten wiederherstellen zu wollen. (Wortlaut: *Neue Zeit*, Moskau, Beilage zu Nr. 30/1958.) Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik richtet eine Protestnote an Großbritannien, in der sie vor den „außerordentlich ernsten Konsequenzen" der britischen Intervention in Jordanien warnt. (Wortlaut: *Bulletin d'information de l'Ambassade* . . ., a. a. O.) Die jugoslawische Regierung protestiert in einer Erklärung gegen die amerikanisch-britische Intervention, die sie als „weitere Zuspitzung einer bereits explosiven Lage" bezeichnet. (Wortlaut: *Internationale Politik*, Belgrad, Nr. 200 bis 201/1958.) Die Sowjetregierung kündigt den Beginn von Truppenmanövern in Kaukasien und Turkestan an. Ministerpräsident *Chruschtschow* fordert den türkischen Ministerpräsidenten in einer Botschaft auf, sich aller Aktionen zu enthalten, die gegen den Frieden im Mittleren Osten gerichtet sind.	**18. 7.**	Der Sicherheitsrat stimmt über die vorliegenden Resolutionsentwürfe folgendermaßen ab: sowjetischer Entwurf: 1 Stimme dafür, 8 dagegen, 2 Enthaltungen; amerikanischer Entwurf: 9 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung, jedoch abgelehnt durch das Veto der UdSSR; schwedischer Entwurf: 2 Stimmen dafür, 9 dagegen. Nach der Abstimmung deponiert *Lodge* (USA) einen Resolutionsentwurf, in dem die Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung gefordert wird, „um geeignete Empfehlungen hinsichtlich der Klage des Libanon zu erteilen". Der japanische Delegierte, Koto *Matsudaira*, legt einen Resolutionsentwurf vor, in dem der Generalsekretär ersucht wird, mit den beteiligten Seiten über Maßnahmen zu verhandeln, die zusätzlich zur Sicherheitsrats-Resolution vom 11. Juni (UN-Beobachtergruppe) ergriffen werden könnten, um die Ziele jener Resolution zu erreichen und den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Libanon zu ermöglichen (Wortlaut: *United Nations Review*, August 1958, S. 57). *Sobolew* (UdSSR) deponiert einen Resolutionsentwurf, in dem ebenfalls die Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung gefordert wird, deren Thema jedoch „die Frage der Intervention der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Libanon und in Jordanien" sein soll. (Sitzungsprotokolle: S/PV. 833 u. 834.)
Ministerpräsident *Chruschtschow* richtet Schreiben an *Eisenhower, Macmillan, de Gaulle* und *Nehru*, in denen er die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs über die Mittelost-Krise vorschlägt. (Wortlaut bzw. Inhaltsangaben auf S. 11 238—11 240. Der sowjetische UN-Delegierte Sobolew ersucht Generalsekretär *Hammarskjöld*, an der vorgeschlagenen „Gipfel"-Konferenz teilzunehmen (vgl. Fußnote auf S. 11 238/39). Präsident *Tito* richtet Schreiben an die Regierungschefs Indiens, Burmas, Indonesiens, Aethiopiens, Griechenlands und Schwedens, in denen er seine Auffassungen zur Lage im Mittleren Osten darlegt. Der Meinungsaustausch wird in den folgenden Tagen fortgesetzt.	**19. 7.**	
	20. 7.	
Die Regierung der DDR fordert die Bundesregierung in einer Note auf, jegliche Unterstützung der amerikanisch-britischen Aktion im Mittleren Osten durch die Bereitstellung von Truppen, Flugplätzen und militärischen Anlagen zu unterlassen und den Luftraum der Bundesrepublik für britische und amerikanische Luftstreitkräfte, die im Mittleren Osten eingesetzt werden, zu sperren. (Wortlaut: *Neues Deutschland*, 22. 7.)	**21. 7.**	Fortsetzung der Beratungen im Sicherheitsrat: Generalsekretär *Hammarskjöld* erläutert die Maßnahmen, die er auf Grund des japanischen Resolutionsentwurfs treffen würde, falls dieser vom Rat gebilligt würde. Er betont, daß er in der vorgeschlagenen Resolution keinen Auftrag zur Bildung einer internationalen Streitmacht sehe; vielmehr denke er an eine Erweiterung der Kompetenzen der UN-Beobachtergruppe im Libanon und an die Vergrößerung des Personals und der Ausrüstung dieser Gruppe. (Sitzungprotokoll: S/PV. 835.)
	22. 7.	Fortsetzung der Beratungen im Sicherheitsrat: Nachdem sowjetische Abänderungsvorschläge zum japanischen Resolutionsentwurf gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt wurden, ergibt die Abstimmung über den japanischen Entwurf: 10 Stimmen dafür, 1 dagegen, abgelehnt durch das Veto der Sowjetunion. Nach der Abstimmung erklärt Generalsekretär *Hammarskjöld*, daß er alle ihm gegebenen Möglichkeiten wahrnehmen werde, um eine weitere Verschlechterung der Lage zu verhindern und einen Ausweg zu suchen. (Wortlaut der Erklärung auf S. 11 243.) Der Rat vertagt sich sine die. (Sitzungsprotokolle: S/PV. 836 u. 837.) Generalsekretär *Hammarskjöld* erklärt sich in einem Schreiben an den sowjetischen Delegierten *Sobolew* bereit, an einem Treffen der Regierungschefs über den Mittleren Osten teilzunehmen (vgl. Fußnote auf S. 11 240/41).

Westliche Länder		Mittlerer Osten und Asien
Die deutsche Bundesregierung spricht in einer Erklärung zur Lage im Mittleren Osten die Ueberzeugung aus, daß die Aktionen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens von der Besorgnis diktiert waren, gefährlichen Entwicklungen wirkungsvoll zu begegnen. Sie spricht sich nachdrücklich für eine Lösung der Krise durch die Vereinten Nationen aus. (Wortlaut: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 133/1958.)	**23. 7.**	
	24. 7.	Die republikanische Regierung des Irak wird von Indien anerkannt.
Präsident *Eisenhower* beantwortet das Schreiben *Chruschtschows* vom 23. 7. Er empfiehlt, sich für das Treffen der Regierungschefs im Sicherheitsrat an die Verfahrensregeln des Sicherheitsrats zu halten, die auch festlegten, welche Nichtmitglieder zu der Sitzung eingeladen werden könnten. (Wortlaut auf S. 11 240.)	**25. 7.**	Die republikanische Regierung des Irak wird von Saudi-Arabien anerkannt.
Premierminister *Macmillan* beantwortet das Schreiben *Chruschtschows* vom 23. 7. in ähnlichem Sinne wie am Vortage Präsident *Eisenhower* (Inhaltsangabe: Fußnote auf S. 11 244/45). Ministerpräsident *de Gaulle* hingegen spricht sich für den ursprünglichen Vorschlag einer „Gipfel"-Konferenz aus (Inhaltsangabe: Fußnote auf S. 11 244/45). Der amerikanische Außenminister, *Dulles,* führt in Bonn Besprechungen mit der Bundesregierung über die Lage im Mittleren Osten. (Wortlaut des Kommuniqués: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 135/1958.)	**26. 7.**	Der irakische Ministerpräsident, General *Kassem,* erklärt in einem Interview mit einem *Reuter*-Korrespondenten, ein Beschluß zum Austritt aus dem Bagdad-Pakt sei nicht gefaßt worden. Der Irak sei bereit, mit den Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes freundschaftlich zusammenzuarbeiten.
	27. 7.	Im Irak wird eine provisorische Verfassung in Kraft gesetzt. (Wortlaut: *Oriente moderno,* Nr. 8—9/1958, S. 724.)
In London beginnt eine Konferenz der Regierungschefs der Mitglieder des Bagdad-Paktes (außer Irak), an der auch eine amerikanische Delegation unter Leitung von Außenminister *Dulles* teilnimmt. Die Konferenz veröffentlicht am ersten Sitzungstage eine Erklärung, in der die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft aussprechen, mit den Mitgliedstaaten des Paktes für ihre Sicherheit und Verteidigung zusammenzuarbeiten. (Wortlaut der Erklärung auf S. 11 248.)	**28. 7.**	Die Botschaft der Vereinigten Arabischen Republik in Bonn veröffentlicht eine Erklärung, in der u. a. kritisiert wird, daß das Gebiet einiger NATO-Staaten „unter dem Deckmantel der NATO-Solidarität gegen die nationale Befreiungsbewegung in Asien und Afrika benutzt" werde. (Wortlaut: *Deutsche Außenpolitik,* Ost-Berlin, Nr. 9/1958, S. 916.) Der israelische Ministerpräsident, *Ben Gurion,* richtet eine Botschaft an Ministerpräsident *de Gaulle,* in der er ihm den israelischen Standpunkt zur Mittelost-Krise darlegt.
Beendigung der Konferenz des Bagdad-Paktes in London (Wortlaut des Kommuniqués auf S. 11 249). Der französische Außenminister, *Couve de Murville,* führt in Bonn mit Bundeskanzler *Adenauer* und Außenminister *von Brentano* Besprechungen über die Lage im Mittleren Osten. (Wortlaut des Kommuniqués: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 137/1958.)	**29. 7.**	
In Washington werden zweitägige Besprechungen zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten, *Fanfani,* und Präsident *Eisenhower* sowie Außenminister *Dulles* beendet, bei denen u. a. das Problem des Mittleren Ostens behandelt wurde. Im Kommuniqué wird die Bedeutung Italiens im Mittelmeer und im Mittleren Osten anerkannt; darum müßten seine Ansichten Berücksichtigung finden. (Wortlaut des Kommuniqués: *The New York Times,* Int. Ed., 31. 7.)	**30. 7.**	Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* konferiert in Amman mit der jordanischen Regierung. Als erste NATO-Staaten erkennen Griechenland und die Bundesrepublik Deutschland die republikanische Regierung des Irak an. Am gleichen Tage wird die Anerkennung von den mohammedanischen Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes (Türkei, Iran, Pakistan) ausgesprochen.

Sowjet-Block und Jugoslawien		Vereinte Nationen
Ministerpräsident *Chruschtschow* richtet Schreiben an *Eisenhower, Macmillan, de Gaulle* und *Nehru,* in denen er sich bereit erklärt, an einer Sondersitzung des Sicherheitsrates unter Teilnahme der Regierungschefs teilzunehmen; zu dieser Sitzung sollten Indien und die arabischen Staaten hinzugezogen werden. (Wortlaut bzw. Inhaltsangaben auf S. 11 243.)	**23. 7.**	
Die Sowjetregierung beschuldigt die Türkei in einem Memorandum, den Vereinigten Staaten Stützpunkte für die „Aggression gegen den Libanon" zur Verfügung gestellt zu haben und einen Truppenaufmarsch gegen Syrien und den Irak vorzunehmen. Sie warnt die Türkei vor „den möglichen Folgen der Auslösung eines bewaffneten Konflikts". (Wortlaut: *Relazioni Internazionali,* Nr. 31/1958, S. 914.)	**24. 7.**	
	25. 7.	
Die Sowjetregierung richtet eine Note an die deutsche Bundesregierung, in der sie diese auffordert, zu verhindern, daß das Gebiet der Bundesrepublik als Aufmarschraum für die amerikanischen Operationen im Mittleren Osten benutzt wird. (Wortlaut: *Neues Deutschland,* 27. 7.)	**26. 7.**	
	27. 7.	
Ministerpräsident *Chruschtschow* schreibt erneut an *Eisenhower, Macmillan* und *de Gaulle.* Er wirft *Eisenhower* und *Macmillan* vor, ihn getäuscht zu haben, indem sie statt einer Sonderkonferenz der Regierungschefs im Sicherheitsrat nun eine normale Sitzung des Rates vorschlugen; eine solche sei nur geeignet, die Lösung der Krise zu verschleppen. An *de Gaulle* schreibt Chruschtschow, er gehe mit ihm einig, daß eine „Gipfel"-Konferenz der fünf ursprünglich vorgeschlagenen Mächte der beste Weg sei. (Wortlaut bzw. Inhaltsangabe auf S. 11 245—11 248).	**28. 7.**	
	29. 7.	
Die Sowjetregierung nimmt durch eine *TASS*-Erklärung zur Londoner Konferenz des Bagdad-Paktes Stellung. Darin werden die Mitgliedstaaten des Paktes beschuldigt, den Plan zu einem Angriff auf den Irak ausgearbeitet zu haben; hierzu sei ein Truppenaufmarsch bereits im Gange. Die Regierungen der mohammedanischen Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes werden gewarnt, daß ihnen das Schicksal des früheren Regimes im Irak bevorstehen könnte. (Wortlaut: *Die Sowjetunion heute,* sowjetische Botschaft, Bonn, Beilage zu Nr. 23, 10. 8.)	**30. 7.**	Die UN-Beobachtergruppe im Libanon legt dem Sicherheitsrat ihren zweiten Bericht vor, in dem sie mitteilt, daß eine Infiltration von Waffen und Personen vor dem 15. Juli nur in geringem Umfang festgestellt worden sei. Allerdings sei die Beobachtung dadurch erschwert, daß Patrouillen bei Nacht infolge der damit verbundenen Gefahr für die Beobachter kaum möglich seien und daß die Grenze gegenüber Syrien weithin offen sei. (Wortlaut: UN Doc. S/4069.)

Westliche Länder		Mittlerer Osten und Asien
Premierminister *Macmillan* beantwortet das Schreiben *Chruschtschows* vom 28. 7. Er besteht darauf, daß ein Treffen der Regierungschefs im Sicherheitsrat unter Beteiligung aller Ratsmitglieder stattfinden müsse, und schlägt als Termin den 12. August vor. Ministerpräsident *de Gaulle* hingegen schlägt in seiner Antwort vor, eine „Gipfel"-Konferenz der fünf Mächte zum 18. August einzuberufen. (Inhaltsangaben: Fußnote auf S. 11 249.)	**31. 7.**	Das libanesische Parlament wählt General Fuad *Schehab* zum neuen Staatspräsidenten, der sein Amt am 24. September antreten wird. Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* konferiert in Tel Aviv mit der israelischen Regierung und kehrt danach nach Beirut zurück. Die republikanische Regierung des Irak wird von Italien, Belgien, Oesterreich und Japan anerkannt.
Präsident *Eisenhower* beantwortet das Schreiben *Chruschtschows* vom 28. 7. in ähnlichem Sinne wie am Vortage Premierminister *Macmillan* (Wortlaut auf S. 11 249). Der italienische Ministerpräsident, *Fanfani*, führt in London Besprechungen mit Premierminister *Macmillan* und Außenminister *Lloyd*, bei denen u. a. die Probleme des Mittleren Ostens erörtert werden. (Wortlaut des Kommuniqués: *Relazioni Internazionali*, Nr. 32—33/1958, S. 949.)	**1. 8.**	Die israelische Regierung protestiert bei Großbritannien gegen die fortdauernde Ueberfliegung des israelischen Luftraums; sie habe die Ueberfliegung nur vorübergehend gestattet, bis die Masse der von der jordanischen Regierung erbetenen Streitkräfte dort eingetroffen sei. Die republikanische Regierung des Irak wird von Großbritannien anerkannt. Am gleichen Tage sprechen auch die übrigen Mitgliedstaaten der NATO (mit Ausnahme Frankreichs, der USA und Portugals) die Anerkennung aus, ferner die Schweiz, Finnland und der Libanon.
Der italienische Ministerpräsident, *Fanfani*, führt in Bonn mit Bundeskanzler *Adenauer* und Außenminister *von Brentano* Besprechungen über die weltpolitische Lage. (Wortlaut des Kommuniqués: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 140/1958.)	**2. 8.**	König *Hussein* von Jordanien erklärt durch ein Dekret die Arabische Föderation für aufgelöst. Die republikanische Regierung des Irak wird von den Vereinigten Staaten, Portugal und Schweden anerkannt.
	3. 8.	Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* führt in Bagdad Besprechungen mit der irakischen Regierung. Er erklärt bei seiner Rückkehr nach Beirut, er sei von der Entschlossenheit der neuen Regierung beeindruckt, eine unabhängige Politik zu führen und sich in keinen Machtblock einbeziehen zu lassen.
	4. 8.	Der designierte Präsident des Libanon, Fuad *Schehab*, ruft das Volk auf, die nationale Einheit wiederherzustellen; nur so ließen sich die nationalen Ziele erreichen, deren erstes der Abzug der fremden Truppen sei.
Präsident *Eisenhower* stimmt in einer Erklärung dem Vorschlag *Chruschtschows* zu, die Vollversammlung einzuberufen. (Wortlaut der Erklärung auf S. 11 254.) Der israelische Außenminister, Frau Golda *Meir*, führt in Paris Besprechungen mit Ministerpräsident *de Gaulle* und Außenminister *Couve de Murville*, bei denen der beiderseitige Wunsch nach Frieden im Mittleren Osten festgestellt wird. (Wortlaut des Kommuniqués: *La Documentation Française*, Textes du jour, Nr. 0.691, 21. 8.)	**5. 8.**	Der libanesische Ministerpräsident, Sami *Solh*, bietet den Rücktritt der Regierung an. Präsident *Chamoun* ersucht die Regierung, bis zum Ablauf seiner Amtszeit ebenfalls im Amt zu bleiben. Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* verläßt den Libanon. Vor seiner Abreise erklärt er, die amerikanischen Truppen würden den Libanon verlassen, sobald die libanesische Regierung ihre Anwesenheit nicht mehr für nötig erachte.
	6. 8.	In Kairo wird eine Besprechung zwischen Präsident *Nasser* und dem amerikanischen Sonderbotschafter *Murphy* zunächst von Nasser kurzfristig abgesagt, sie findet dann am Abend jedoch statt. Murphy bezeichnet die Besprechung als „sehr gründlich und zufriedenstellend". In Taif (Saudi-Arabien) findet eine Besprechung zwischen dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Republik, Marschall Abdel Hakim *Amer*, und König *Saud* sowie Ministerpräsident Emir *Faisal* statt. Wie die Regierung der VAR bekanntgibt, dient die Besprechung der „Reinigung der Atmosphäre zwischen beiden Ländern".
Premierminister *Macmillan* beantwortet das Schreiben *Chruschtschows* vom 5. 8. und stimmt der Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung zu. (Inhaltsangabe: Fußnote auf S. 11 254.) Die italienische Regierung weist in einer Note an die Sowjetregierung deren Protest vom 1. August zurück, den sie als eine willkürliche Auslegung der Ereignisse bezeichnet. Sie weist darauf hin, daß keines der angeblich von den USA und Großbritannien angegriffenen Länder bisher	**7. 8.**	

Sowjet-Block und Jugoslawien		Vereinte Nationen
	31. 7.	
Die Sowjetregierung richtet eine Note an die italienische Regierung, in der sie diese auffordert, die Benutzung italienischer Häfen und Flugplätze durch für den Mittleren Osten bestimmte amerikanische Streitkräfte zu unterbinden. (Wortlaut: *Relazioni Internazionali*, Nr. 36/1958, S. 1023.) In einer Note an die israelische Regierung erklärt die Sowjetregierung, Israel mache sich durch die Duldung der Ueberfliegung seines Gebiets zum aktiven Partner der britisch-amerikanischen „Aggression".	**1. 8.**	Die ständigen UN-Delegierten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten ersuchen den Präsidenten des Sicherheitsrates, für den 12. August eine Sondersitzung des Rates einzuberufen, an denen die Regierungschefs teilnehmen können.
	2. 8.	
In Peking wird nach mehrtägigen Besprechungen zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, *Chruschtschow*, und Präsident *Mao Tse-tung* ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem wieder die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der Großmächte gefordert wird. (Wortlaut: Europa-Archiv 18/1958, S. 11 080.)	**3. 8.**	
	4. 8.	
Ministerpräsident *Chruschtschow* richtet Schreiben an *Eisenhower*, *Macmillan* und *de Gaulle*, in denen er ein Treffen der Regierungschefs im Sicherheitsrat nunmehr ablehnt und dafür die Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung über den Mittleren Osten fordert. Er begründet seine Ablehnung des Sicherheitsrates u. a. damit, daß die Volksrepublik China dort nicht zugelassen werde. (Wortlaut bzw. Inhaltsangaben auf S. 11 250—11 254.)	**5. 8.**	Der ständige UN-Delegierte der Sowjetunion ersucht den Präsidenten des Sicherheitsrates, den Rat zwecks Erörterung des sowjetischen Vorschlags vom 18. 7 zur Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung einzuberufen. Ein entsprechendes Ersuchen stellt am gleichen Tage der Delegierte der Vereinigten Staaten für seinen Vorschlag vom 18. 7.
	6. 8.	
	7. 8.	Der Sicherheitsrat tritt zusammen, um über die sowjetischen und amerikanischen Anträge auf Einberufung der Vollversammlung zu entscheiden. Es wird ein Kompromiß zwischen beiden Texten ausgearbeitet: in dem amerikanischen Entwurf wird der Hinweis auf die Klagen des Libanon und Jordaniens durch eine neutrale Formulierung ersetzt, und der Hinweis auf die „Uniting for Peace"-Resolution der Vollversammlung vom 3. 11. 1950 — auf Grund deren die Einberufung der Sondertagung tatsächlich er-

Westliche Länder		Mittlerer Osten und Asien
eine entsprechende Klage bei den UN eingereicht habe. (Wortlaut: *Relazioni Internazionali,* Nr. 36/1958, S. 1023.)		
	7. 8.	
Der italienische Ministerpräsident, *Fanfani,* führt in Paris Besprechungen mit Ministerpräsident *de Gaulle* und Außenminister *Couve de Murville,* bei denen insbesondere die Lage im Mittleren Osten erörtert wird. (Wortlaut des Kommuniqués: *La Documentation Française,* Textes du jour, Nr. 0.688, 12. 8.)	**8. 8.**	Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* trifft in Addis Abeba mit Kaiser *Haile Selassie* zusammen und unterrichtet ihn über die Lage im Mittleren Osten und die amerikanische Politik in diesem Gebiet.
Der israelische Außenminister, Frau Golda *Meir,* führt in Rom mit Ministerpräsident *Fanfani* Besprechungen über die Lage im Mittleren Osten. (Wortlaut des Kommuniqués: *Relazioni Internazionali,* Nr. 34/1958, S. 973.) Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* führt in Athen mit Ministerpräsident *Karamanlis* und Außenminister *Averoff* Besprechungen über den Mittleren Osten, einschließlich des Cypern-Problems.	**9. 8.**	
Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* führt in London Besprechungen mit Außenminister *Lloyd,* bei denen die Ergebnisse der Mission Murphys erörtert werden.	**10. 8.**	
Der israelische Außenminister, Frau Golda *Meir,* führt in London Besprechungen mit Außenminister *Lloyd;* sie schlägt eine kollektive Garantie für die Sicherheit aller Länder des Mittleren Ostens vor. Der amerikanische Sonderbotschafter *Murphy* konferiert in Paris mit Außenminister *Couve de Murville* über die mittelöstlichen Probleme.	**11. 8.**	
Sonderbotschafter *Murphy* kehrt nach Beendigung seiner Mission in die Vereinigten Staaten zurück.	**12. 8.**	Die israelische Regierung weist in einer Note an die Sowjetregierung deren Protest vom 1. 8. zurück, indem sie darauf hinweist, daß sie die Ueberfliegung israelischen Gebiets nur vorübergehend gestattet habe, weil die britischen Truppen von der Regierung Jordaniens erbeten worden seien. Gleichzeitig erklärt die israelische Regierung in der Note, die Sowjetunion und die anderen Mitgliedstaaten der UN könnten Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten am besten fördern, wenn sie die arabischen Staaten zum Friedensschluß mit Israel aufforderten. (Wortlaut: *Relazioni Internazionali,* Nr. 34/1958, S. 986.)
	13. 8.	Unter der Begründung, daß in der Lage des Libanon eine Besserung eingetreten sei, wird ein Bataillon amerikanischer Truppen aus dem Libanon abgezogen.
	14. 8.	Premierminister *Nehru* fordert in einer außenpolitischen Rede vor dem indischen Parlament die Anerkennung des arabischen Nationalismus, die Herauslösung des Mittleren Ostens aus den Verstrickungen des Kalten Krieges und die Lösung des israelisch-arabischen Konflikts. (Auszug aus der Rede auf S. 11 259.)
Die deutsche Bundesregierung weist in einer Note an die Sowjetregierung deren Protest vom 26. 7. zurück. Sie stellt fest, daß sich die Verbündeten der Bundesrepublik keiner Aggression im Mittleren Osten schuldig gemacht haben. (Wortlaut: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 150/1958.)	**15. 8.**	

Sowjet-Block und Jugoslawien		Vereinte Nationen
	7. 8.	folgt — wird fallengelassen (weil die Sowjetunion diese Resolution nicht als rechtmäßig anerkennt). Dafür verzichtet der sowjetische Delegierte auf seinen Antrag. Der abgeänderte amerikanische Antrag wird einstimmig angenommen. (Wortlaut des sowjetischen Resolutionsentwurfs: *Revue des Nations Unies*, Nr. 8/1958, S. 19; des ursprünglichen amerikanischen Resolutionsentwurfs: ebenda, S. 21; der angenommenen Resolution: ebenda, S. 24. Sitzungsprotokoll: S/PV. 838.)
Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik veröffentlicht eine Erklärung zur Einberufung der Vollversammlung der UN, in der sie die sowjetische Forderung nach sofortigem Abzug der britischen und amerikanischen Truppen aus dem Mittleren Osten unterstützt. (Wortlaut: *Bulletin d'information de l'Ambassade de la République Populaire de Chine, Bern,* Nr. 86, 18. 8.)	8. 8.	Die Vollversammlung der Vereinten Nationen tritt zu ihrer 3. Sondertagung zusammen. (Ueber den Verlauf dieser Tagung vgl. den zusammenfassenden Bericht auf S. 11 234.)
Ministerpräsident *Chruschtschow* richtet ein Schreiben an den griechischen Ministerpräsidenten, Konstantin *Karamanlis,* in dem er ihn unter Hinweis auf die Interessen Griechenlands in der Cypern-Frage ersucht, in den UN die sowjetischen Forderungen zu unterstützen. Ein ähnliches Ersuchen um Unterstützung des sowjetischen Standpunkts richtet Chruschtschow an den schwedischen Ministerpräsidenten, Tage *Erlander.*	9. 8.	
Ministerpräsident *Chruschtschow* schreibt nochmals an Premierminister *Macmillan* und legt die Gründe für seinen Entschluß dar, der Vollversammlung den Vorzug zu geben. (Inhaltsangabe: Fußnote auf S. 11 254.)	10. 8.	
	11. 8.	
	12. 8.	
	13. 8.	Beginn der Arbeitssitzungen der Vollversammlung. (Schluß der Sondertagung am 21. 8., vgl. den Bericht auf der folgenden Seite.)
	14. 8.	Die UN-Beobachtergruppe im Libanon legt dem Sicherheitsrat ihren dritten Bericht (für die Zeit 15. 7.—11. 8.) vor, in dem sie feststellt, daß sich nach der Wahl des neuen Staatspräsidenten die Lage beruhigt habe. Wo vorher Waffenschmuggel in begrenztem Umfange stattgefunden habe, sei er nun merklich zurückgegangen. (Wortlaut: UN Doc. S/4085.)
	15. 8.	

Der Verlauf der Dritten Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen

Durch Beschluß des Sicherheitsrats vom 7. August einberufen, trat die Vollversammlung innerhalb der vorgeschriebenen 24stündigen Frist am 8. August 1958 zu ihrer Dritten Sondertagung zusammen, um Wege zu einer Lösung der Krise im Mittleren Osten zu suchen. Die Tagung wurde jedoch nach einer kurzen Eröffnungssitzung vertagt, um den Außenministern der Mitgliedstaaten Gelegenheit zur Teilnahme zu geben. Die eigentliche Arbeit der Vollversammlung begann am 13. August.

Nach einer kurzen Kontroverse zwischen Arkadij A. *Sobolew* (UdSSR) und Henry Cabot *Lodge* (USA) über die Aufgaben der Sondertagung richtete Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* in der Eröffnungssitzung eine Ansprache an die Delegierten, in der er einige Grundsätze für Maßnahmen der Vereinten Nationen im Mittleren Osten zur Diskussion stellte: Unter Hinweis auf die Leistungen der UNEF, der Waffenstillstandskommission für Palästina und der Beobachtergruppe im Libanon empfahl er, Abmachungen anzustreben, welche die ständige Präsenz der Vereinten Nationen in dieser Region gewährleisten. An die arabischen Staaten appellierte er, sich zu ihren in der Arabischen Liga übernommenen Verpflichtungen der gegenseitigen Achtung ihrer Integrität und Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu bekennen. Ferner empfahl er den Ländern des Mittleren Ostens, mit Unterstützung der Vereinten Nationen ein Programm der wirtschaftlichen Entwicklung in Angriff zu nehmen.

Die Sitzung am 13. August wurde mit einer Rede Präsident *Eisenhowers* eröffnet, der folgende Maßnahmen der Vereinten Nationen im Mittleren Osten vorschlug:

1. Maßnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit und Integrität des Libanon;
2. entsprechende Maßnahmen für Jordanien;
3. Maßnahmen zur Kontrolle der über die nationalen Grenzen hinaus ausgestrahlten Rundfunkpropaganda;
4. Aufstellung einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen;
5. Aufstellung eines wirtschaftlichen Entwicklungsplanes für den Mittleren Osten und Errichtung einer entsprechenden Organisation der arabischen Staaten;
6. Maßnahmen zur Kontrolle der Rüstungen im Mittleren Osten.

(Wortlaut der Rede Eisenhowers auf S. 11 255—11 259.)

Nach dem amerikanischen Präsidenten sprach der sowjetische Außenminister, Andrej *Gromyko*. Er stellte in den Mittelpunkt seiner Rede die Forderung nach dem sofortigen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen, den er als die Vorbedingung für alle anderen Maßnahmen der Vereinten Nationen bezeichnete. Gromyko forderte die Großmächte auf, entsprechend schon früher vorgebrachten sowjetischen Vorschlägen eine Erklärung über den Verzicht auf jede Einmischung in Angelegenheiten des Mittleren Ostens abzugeben. Er stellte einen Resolutionsantrag, in dem der sofortige Abzug der britischen und amerikanischen Truppen, die Verstärkung der UN-Beobachtergruppe im Libanon und die Entsendung einer UN-Beobachtergruppe nach Jordanien „zum Zwecke der Ueberwachung des Truppenabzugs und der Ueberwachung der Situation an den Grenzen dieser Länder" gefordert wurden. (Wortlaut: *Revue des Nations Unies*, Nr. 8/1958, S. 75.)

Die Debatte der Vollversammlung dauerte bis zum 21. August; an ihr nahmen die Sprecher von 55 Staaten teil. Dabei wurden alle Aspekte der Lage im Mittleren Osten — sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen — vom jeweiligen Standpunkt der beteiligten Länder erörtert. Im Mittelpunkt der Debatte standen immer wieder die von *Hammarskjöld*, *Eisenhower* und *Gromyko* aufgeworfenen Fragen: Abzug der fremden Truppen; Respektierung der Souveränität der Staaten des Mittleren Ostens (sowohl von außen als auch gegenseitig); Präsenz der Vereinten Nationen im Mittleren Osten; wirtschaftliche Entwicklung.

Die entscheidenden Verhandlungen wurden jedoch außerhalb des Sitzungssaales geführt. Zunächst versuchten die Westmächte, dem sowjetischen Resolutionsentwurf einen eigenen Entwurf gegenüberzustellen, der so formuliert sein würde, daß er den arabischen Staaten annehmbar erscheine. Dieser Entwurf wurde am 19. August vom norwegischen Delegierten, Hans *Engen*, im Namen der Länder Dänemark, Kanada, Kolumbien, Liberia, Norwegen, Panama und Paraguay eingebracht. Vorausgegangen waren ihm offizielle Verlautbarungen der britischen und der amerikanischen Regierung, daß sie ihre Streitkräfte entweder auf Ersuchen der Regierung des Libanon bzw. Jordaniens oder auf Grund eines Beschlusses der Vollversammlung über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit dieser Länder zurückziehen würden. Von dieser Zusage ausgehend, forderte der westliche Resolutionsantrag:

eine Verpflichtung aller Staaten, sich direkter oder indirekter Aggression gegen die Integrität anderer Staaten zu enthalten;

Verhandlungen des Generalsekretärs mit den beteiligten Staaten, um dieser Verpflichtung in bezug auf den Libanon und Jordanien Geltung zu verschaffen;

die Fortsetzung der Untersuchungen über die Aufstellung einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen;

Verhandlungen des Generalsekretärs mit den arabischen Staaten im Hinblick auf die Errichtung einer Entwicklungsbehörde für den Mittleren Osten. (Wortlaut: *Revue des Nations Unies*, Nr. 8/1958, S. 87.)

An diesem Resolutionsentwurf wurde jedoch nicht nur von sowjetischer, sondern auch von arabischer Seite kritisiert, daß er der Frage des Truppenabzugs nicht genügend Beachtung schenke. Inzwischen hatten sich, gedrängt von der afrikanisch-asiatischen Gruppe, die arabischen Staaten selbst zu Verhandlungen zusammengefunden, um auf der Grundlage des Vertrags über die Arabische Liga eine Kompromißformel zu finden. Das Ergebnis war ein am 21. August vom Außenminister des Sudan, Ahmed *Mahgoub*, im Namen aller arabischen Staaten (einschließlich des Libanon und Jordaniens) eingebrachter dritter Resolutionsentwurf, der eine Bekräftigung der in der Arabischen Liga eingegangenen Verpflichtung zu gegenseitiger Achtung der territorialen Integrität und Souveränität enthielt und den Generalsekretär ersuchte, in Verhandlungen mit den beteiligten Staaten die Anwendung dieser Prinzipien in bezug auf den Libanon und Jordanien sicherzustellen und dadurch den baldigen Abzug der ausländischen Truppen zu erleichtern. Dieser Antrag wurde, nachdem die Sowjetunion und Norwegen auf ihre Anträge verzichtet hatten, am 21. August einstimmig angenommen. (Wortlaut der Resolution auf S. 11 260.)

Damit wurde, wie im Jahre 1956 bei der Suez-Krise, die Hauptlast der praktischen Verhandlungen dem Generalsekretär auferlegt. *Hammarskjöld* begab sich bereits Ende August auf eine Reise in den Mittleren Osten, und seine Verhandlungen haten insoweit Erfolg, als sie zum Abzug der britischen und amerikanischen Truppen im Laufe des Oktober führten. Die akute Krise war damit beseitigt. Von einer tatsächlichen Lösung seiner Probleme ist der Mittlere Osten jedoch noch immer weit entfernt; es ist lediglich der prekäre status quo wiederhergestellt, der vor der Krise des Sommers 1958 herrschte.

W. B.

Verlautbarung der irakischen Revolutionsregierung über den Bagdader Rundfunk am 14. Juli 1958

Mit der Hilfe Gottes des Allmächtigen und mit der Unterstützung des Volkes und der Armee haben wir das Land von der Herrschaft einer korrupten Gruppe befreit, die vom Imperialismus eingesetzt war, um das Volk irrezuführen.

Die Armee ist auf Eurer Seite. Sie hat schon Euren Wunsch erfüllt und Euch von den Tyrannen befreit, die mit den Rechten des Volkes spielten. Es ist Eure Pflicht, sie zu unterstützen. Der Sieg kann nur erreicht werden durch die Armee und durch die Abwehr imperialistischer Konspirationen.

Wir rufen das Volk auf, den Behörden alle Verräter und korrupten Personen anzuzeigen, damit wir uns ihrer entledigen können. Wir fordern Euch auf, Euch zu vereinen in dem Bemühen, diese Verbrecher zu vernichten und das Land von ihren Untaten zu reinigen.

Wir rufen Euch auf, Ruhe zu bewahren und im Interesse des Landes Disziplin, Einheit und Zusammenarbeit zu wahren.

Seid dessen sicher, daß wir weiter für Euch arbeiten werden. Die Macht wird einer Regierung übertragen werden, die vom Volke ausgeht.

Es wird eine Irakische Republik entstehen; diese wird die Einheit des Irak bewahren, brüderliche Beziehungen zu den anderen arabischen Ländern unterhalten, alle Verpflichtungen und Verträge erfüllen, die den Interessen des Landes entsprechen, und die Prinzipien der Bandung-Konferenz und der Charta der Vereinten Nationen achten.

Diese neue nationale Regierung wird von nun an die Irakische Republik heißen.

Ein Souveränitätsrat wird die Befugnisse des Staatsoberhauptes ausüben, bis eine allgemeine Volksabstimmung stattfinden wird.

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 36 697 vom 15. Juli 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Erklärung Präsident Eisenhowers vom 15. Juli 1958 über die Entsendung amerikanischer Truppen nach dem Libanon

Gestern morgen erhielt ich vom libanesischen Präsidenten, Chamoun, ein dringendes Ersuchen, daß amerikanische Streitkräfte im Libanon stationiert werden, um zur Aufrechterhaltung der Sicherheit beizutragen und das Interesse der Vereinigten Staaten an der Integrität und Unabhängigkeit des Libanon unter Beweis zu stellen. Das Ersuchen Präsident Chamouns erfolgte mit Zustimmung aller Mitglieder des libanesischen Kabinetts.

Präsident Chamoun brachte zum Ausdruck, daß er eine sofortige Reaktion der Vereinigten Staaten als unbedingt notwendig erachte, wenn die Unabhängigkeit des Libanon, die bereits von außen bedroht wird, angesichts der ernsten Entwicklungen erhalten werden soll, die gestern in Bagdad eingetreten sind und in deren Verlauf die rechtmäßige Regierung mit Gewalt gestürzt wurde und denen viele ihrer Mitglieder zum Opfer gefallen sind.

In Beantwortung dieses Ersuchens der libanesischen Regierung haben die Vereinigten Staaten ein Kontingent amerikanischer Truppen nach dem Libanon entsandt, um das Leben amerikanischer Staatsbürger zu schützen und durch ihre Gegenwart dort die libanesische Regierung bei der Verteidigung der libanesischen Souveränität und Integrität zu ermutigen. Die Entsendung dieser Streitkräfte ist nicht als kriegerischer Akt zu betrachten. Sie soll die Besorgnis der Vereinigten Staaten um die Unabhängigkeit und Integrität des Libanon demonstrieren, die wir als von entscheidender Bedeutung für das nationale Interesse und den Weltfrieden ansehen. Unser Interesse wird auch durch wirtschaftliche Hilfe zum Ausdruck gebracht werden. Wir werden in Uebereinstimmung mit diesen rechtmäßigen Interessen handeln.

Die Vereinigten Staaten werden heute morgen den Sicherheitsrat auf einer dringenden Sondersitzung über ihren Schritt unterrichten. Wie die Charta der Vereinten Nationen anerkennt, gibt es ein natürliches Recht auf kollektive Selbstverteidigung. Im Einklang mit dem Geist der Charta berichten die Vereinigten Staaten dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die von ihnen getroffenen Maßnahmen und stellen klar, daß diese Maßnahmen eingestellt werden, sobald der Sicherheitsrat selbst die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit notwendigen Maßnahmen ergriffen hat.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß die Vereinten Nationen Maßnahmen ergreifen können und sollten, die für die Erhaltung der Unabhängigkeit und der Integrität des Libanon ausreichend sind. Es ist jedoch offensichtlich, daß angesichts der tragischen und erschütternden Ereignisse, die sich gegenwärtig ganz in der Nähe abspielen, mehr erforderlich sein wird als nur eine Gruppe von Beobachtern der Vereinten Nationen, wie sie jetzt im Libanon weilt. Daher werden die Vereinigten Staaten in den Vereinten Nationen Maßnahmen unterstützen, die ausreichend erscheinen, um der neuen Situation gerecht zu werden, und die es ermöglichen, daß die amerikanischen Truppen umgehend wieder zurückgezogen werden.

Der Libanon ist ein kleiner friedliebender Staat, mit dem die Vereinigten Staaten seit je freundschaftlichste Beziehungen unterhalten haben. Im Libanon leben etwa 2500 Amerikaner, und in Uebereinstimmung mit unseren historischen Beziehungen und den Grundsätzen der Vereinten Nationen können wir nicht untätig beiseite stehen, wenn der Libanon selbst um einen Beweis für unser Interesse nachsucht und wenn der Libanon selbst nicht in der Lage sein mag, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und sich gegen eine indirekte Aggression zu verteidigen.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Bad Godesberg), 25. Juli 1958.

Botschaft Präsident Eisenhowers an den Kongreß vom 15. Juli 1958 zur Entsendung amerikanischer Truppen nach dem Libanon

An den Kongreß der Vereinigten Staaten:

Am 14. Juli 1958 erhielt ich von dem Präsidenten der Republik Libanon ein dringendes Ersuchen, daß amerikanische Streitkräfte im Libanon stationiert werden sollten. Präsident Chamoun erklärte, daß die Regierung des Libanon ohne einen sofortigen Beweis für die amerikanische Unterstützung nicht in der Lage wäre, sich weiter zu halten. Dieses Ersuchen Präsident Chamouns erfolgte mit Zustimmung aller Mitglieder des libanesischen Kabinetts. Ich habe geantwortet, daß wir dies tun würden, und ein Kontingent amerikanischer Marinelandungstruppen ist jetzt im Libanon eingetroffen. Dieser ersten Entsendung von Truppen werden weitere folgen, sofern dies notwendig sein sollte. Die amerikanischen Truppen werden, so schnell wie dies die Umstände zulassen, wieder abgezogen werden.

Gleichzeitig beantragte ich, daß eine dringliche Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 15. Juli 1958 abgehalten werden sollte. Auf dieser Sitzung berichtete der ständige Vertreter der Vereinigten Staaten dem Rat über die Maßnahmen, die die amerikanische Regierung ergriffen hat. Er brachte gleichzeitig die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Vereinten Nationen in Kürze weitere wirksame Maßnahmen ergreifen würden, um der Lage im Libanon in stärkerem Maße gerecht zu werden. Wir werden auch weiterhin die Vereinten Nationen bei der Erreichung dieses Zieles unterstützen.

Die amerikanischen Streitkräfte werden nach dem Libanon entsandt, um das Leben der Amerikaner zu schützen und durch ihre Anwesenheit die Regierung des Libanon bei der Erhaltung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit des Libanon zu unterstützen, die für die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten und für den Weltfrieden als entscheidend wichtig erachtet werden.

Vor etwa zwei Monaten brach im Libanon ein gewaltsamer Aufstand aus, vor allem entlang der Grenze mit Syrien, das zusammen mit Aegypten die Vereinigte Arabische Republik bildet. Dieser Aufstand wurde von den offiziellen Sendern in Kairo und in Damaskus sowie dem sowjetischen Rundfunk, der nach dem Libanon in arabischer Sprache sendet, ermutigt und nachhaltig unterstützt. Die Erhebung wurde ferner durch beträchtliche Mengen von Waffen, Munition und Geld sowie durch Verstärkungen gefördert, die aus Syrien zum Kampf gegen die rechtmäßigen Behörden eingeschleust wurden. Der Zweck dieser Tätigkeit bestand darin, die rechtmäßig konstituierte Regierung des Libanon zu stürzen und durch Gewalt eine Regierung einzusetzen, die die Unabhängigkeit des Libanon der Politik der Vereinigten Arabischen Republik unterordnen würde.

Der Libanon brachte diese Situation vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. In Anbetracht der internationalen Auswirkungen der Vorgänge im Libanon beschloß der Sicherheitsrat am 11. Juni 1958, Beobachter nach dem Libanon zu entsenden, um sicherzustellen, daß die weitere Unterstützung des Aufstandes aus dem Auslande aufhören würde. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unternahm daraufhin eine Reise nach diesem Gebiet, um die Arbeit der Beobachter wirksamer zu gestalten.

Wir glaubten, daß die Bemühungen des Generalsekretärs und der UN-Beobachter um die Reduzierung weiterer Hilfe in Form von Menschen und militärischer Ausrüstung aus Gebieten jenseits der Grenzen des Libanon nützlich sein würden. Es bestand Grund zur Hoffnung, daß sich die Situation einer friedlichen Lösung nähern würde, die auch künftig eine Integrität des Libanon verbürgt, und daß die Gefahr einer indirekten Aggression von außen unter Kontrolle gebracht würde.

Die Situation änderte sich jedoch am 14. Juli radikal, als es in dem nahebei gelegenen Irak zu einem gewaltsamen Aufstand in Bagdad kam. Teile der Bevölkerung des Irak, die stark mit der Vereinigten Arabischen Republik sympathisierten, scheinen die Männer, die die rechtmäßige Regierung dieses Landes bildeten, ermordet oder vertrieben zu haben. Wieweit sie dabei Erfolg gehabt haben, wissen wir nicht im einzelnen, doch wir haben zuverlässige Informationen, daß führende Persönlichkeiten des Irak ermordet worden sind.

Wir teilen mit der Regierung des Libanon die Ansicht, daß diese Ereignisse im Irak die Brutalität der aggressiven Zielsetzung zeigen, gegen die sich der kleine Libanon allein ohne weitere Beweise einer Unterstützung durch andere befreundete Nationen nicht wehren kann.

Nach einer sehr eingehenden Prüfung bin ich zu dem Schluß gekommen, daß in Anbetracht der Entwicklungen im Irak die bisher vom UN-Sicherheitsrat ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichend sind, um die Unabhängigkeit und Integrität des Libanon zu erhalten. Ich habe weiter die Frage unserer Verantwortung für den Schutz und die Sicherheit der rund 2500 im Libanon lebenden amerikanischen Bürger geprüft. Solange bis die Vereinten Nationen ausreichende Maßnahmen ergreifen, werden die Vereinigten Staaten gemäß dem von der UN-Charta anerkannten angestammten Recht handeln, nämlich dem Recht aller Nationen, zusammenzuarbeiten und um Hilfe nachzusuchen, sofern dies zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit notwendig ist. Ich wiederhole, wir wollen unsere Truppen sofort zurückziehen, wenn die Vereinten Nationen weitere wirksame Schritte unternommen haben, um die Unabhängigkeit des Libanon zu sichern.

Es ist klar, daß die Ereignisse, wie sie sich im Libanon abspielten, eine indirekte Aggression von außen darstellen und daß eine solche Aggression die Unabhängigkeit und die Integrität des Libanon gefährdet.

Wir wissen, daß die jetzt ergriffene Maßnahme ernste Folgen haben kann. Ich bin jedoch zu dem wohlüberlegten und klaren Schluß gekommen, daß diese Maßnahme trotz der dadurch bedingten Risiken notwendig ist, um die Prinzipien der Gerechtigkeit und das Völkerrecht zu unterstützen, von denen der Friede und eine stabile internationale Ordnung abhängen.

Unsere Regierung hat auf einen Appell um Hilfe gehandelt, der von einem kleinen friedlichen Land ausging, das seit langem durch Bande der engsten Freundschaft mit den Vereinigten Staaten verbunden ist. Die Bereitschaft, einem Freund in der Not zu helfen, ist ein be-

wundernswertes Kennzeichen des amerikanischen Volkes, und ich habe jetzt in dieser Botschaft den Kongreß über die Gründe unterrichtet, warum ich glaube, daß die Vereinigten Staaten nicht ehrenvoll handelten, wenn sie in dieser Stunde der schweren Gefahr für den Libanon tatenlos beiseite stehen würden. Indem wir auf Ersuchen einer befreundeten Regierung dieser helfen, sich ihre Unabhängigkeit zu bewahren sowie Recht und Ordnung zu erhalten, durch die auch das Leben von Amerikanern geschützt wird, tragen wir dazu bei, die Prinzipien zu kräftigen und zu bestärken, von denen die Sicherheit der Vereinigten Staaten abhängt.

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt), 16. Juli 1958.

Erklärung Präsident Nassers vom 16. Juli 1958 zu den Ereignissen im Libanon und im Irak

Die Besetzung des Libanon durch die amerikanischen Streitkräfte bedroht den Frieden im Mittleren Osten und ist gleichermaßen eine ernste Verletzung der Charta der Vereinten Nationen wie eine offene Drohung gegen die arabischen Länder, die sich weigern, sich dem Imperialismus zu beugen, und die auf ihrem Willen beharren, eine unabhängige Politik zu treiben.

Es ist klar, daß die amerikanische Regierung die innere Revolution im Libanon — die übrigens schon seit sieben Wochen im Gange ist — zum Vorwand genommen hat, um ihr Ziel zu erreichen: dieses Land zu besetzen und die unabhängigen Länder der Region zu bedrohen.

Der erste Vorwand der Vereinigten Staaten war, die Vereinigte Arabische Republik der Einmischung in die Angelegenheiten des Libanon zu beschuldigen. Aber der erste Bericht der von den Vereinten Nationen entsandten Beobachter-Gruppe hat, indem er diese Behauptungen dementierte, die wahren Absichten der Vereinigten Staaten enthüllt, die auf die Beherrschung der unabhängigen arabischen Länder gerichtet sind.

Die Hinweise der Vereinigten Staaten auf die Charta der Vereinten Nationen sind reiner Hohn in einem Augenblick, da Washington die Beschlüsse dieser Organisation verletzt und sie an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen hindert.

Was die Situation im Irak anbelangt, so erklärt die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik, daß jeder Angriff gegen die Irakische Republik als eine Angriffshandlung gegen die Vereinigte Arabische Republik betrachtet wird. In diesem Falle wird unser Land dem Irak zu Hilfe eilen und seinerseits alle Verpflichtungen erfüllen, die sich aus dem Arabischen Verteidigungspakt ergeben.

Quelle: *Le Monde*, Nr. 4194 vom 18. Juli 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué der Konferenz der Staatsoberhäupter der Türkei, des Iran und Pakistans in Ankara und Istanbul vom 14. bis zum 17. Juli 1958

Auf Initiative des Präsidenten der Türkischen Republik sind der Schah des Iran und der Präsident der Pakistanischen Republik nach Ankara und Istanbul zu einer Konferenz gekommen, die vom 14. bis zum 17. Juli gedauert hat.

Die Staatsoberhäupter haben miteinander die gegenwärtige Situation im Mittleren Osten erörtert und dabei den Ereignissen im Libanon und im Irak besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Sie betrachten mit größter Besorgnis die jüngsten Manifestationen provozierter Subversion in einem verbündeten Lande, die zur grausamen Ermordung von führenden Persönlichkeiten geführt hat, deren Beitrag zu den gemeinsamen Beratungen der verbündeten Länder sie immer in dankbarer Erinnerung behalten werden.

Die Staatsoberhäupter geben ihrer tiefen Trauer über den Verlust geachteter und loyaler Freunde Ausdruck und übermitteln bei dieser Gelegenheit deren Familien und ihrem ganzen Lande ihr aufrichtiges Beileid.

Die Staatsoberhäupter bedauern zutiefst diesen angestifteten Rückfall in die Barbarei und sind entschlossen, mit allen möglichen Mitteln jede Hilfe zu Maßnahmen zu leisten, die ergriffen werden, um diesem internationalen Gangstertum im Mittleren Osten ein Ende zu setzen.

In dieser Hinsicht begrüßen die Staatsoberhäupter die von den Vereinigten Staaten ergriffene Initiative zur Unterstützung der Integrität und Unabhängigkeit der freien und friedliebenden Länder und insbesondere die der legalen Regierung des Libanon geleistete Hilfe.

Die Staatsoberhäupter erwarten vertrauensvoll die Ausdehnung dieser Initiative auf andere, in ähnlicher Weise bedrohte Länder.

Die Staatsoberhäupter sind der Meinung, daß die jüngsten Ereignisse im Mittleren Osten mehr denn je bewiesen haben, wie notwendig die kollektive Sicherheit und eine wirksam funktionierende Organisation sind, und sie kommen überein, untereinander die Zusammenarbeit in dieser Hinsicht zu verstärken.

Sie sind sicher, daß sie bei dieser Aufgabe auf die volle Unterstützung der Länder rechnen können, die ebenfalls daran interessiert sind, daß Friede, Sicherheit und Stabilität im Mittleren Osten einkehren.

Quelle: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 687, 9. August 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Erklärung Premierminister Macmillans vor dem Unterhaus am 17. Juli 1958 über die Entsendung britischer Truppen nach Jordanien

Wenige Minuten nach Abschluß der gestrigen Debatte erhielt ich ein Telegramm des Vertreters Ihrer Majestät in Jordanien. Es enthielt die erste Nachricht darüber, daß König Hussein und der Ministerpräsident von Jordanien um die sofortige Entsendung britischer Truppen nach Jordanien ersucht hätten.

Dieses Hilfeersuchen erfolgte, da sich Jordanien, wie der König und der Ministerpräsident erklärten, der un-

mittelbaren Gefahr gegenübersehe, daß die Vereinigte Arabische Republik versucht, im Innern des Landes Unruhe zu stiften und die jetzige Regierung nach dem Muster der jüngsten Ereignisse im Irak zu stürzen. Jordaniens territoriale Integrität sei, wie sie weiter erklärten, durch syrische Truppenbewegungen in Richtung auf die jordanische Nordgrenze und durch Waffenschmuggel über die Grenze bedroht. Informationen zufolge würde der von der Vereinigten Arabischen Republik organisierte Anschlag am Donnerstag versucht werden.

Ich habe das Kabinett in den späten Abendstunden des Mittwoch einberufen, um das Hilfeersuchen zu erörtern. Aus unseren eigenen Quellen haben wir Nachrichten erhalten, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß die Befürchtungen der jordanischen Regierung durchaus begründet waren und daß ein solcher Anschlag tatsächlich für heute geplant war. Daraufhin beschloß die britische Regierung, dem Ersuchen Jordaniens stattzugeben, und britische Streitkräfte sind nun auf dem Luftwege von Cypern nach Jordanien unterwegs.

Durch diesen militärischen Beistand soll die Lage in Jordanien stabilisiert und der jordanischen Regierung geholfen werden, einer Aggression sowie einer Bedrohung der Integrität und Unabhängigkeit des Landes Widerstand zu leisten. Unsere Truppen stehen unter dem Oberbefehl des dortigen britischen Kommandeurs, der sich mit dem jordanischen König und der Regierung des Landes ins Benehmen setzen wird.

Die jordanische Regierung hat ein ähnliches Ersuchen an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet, die es unter Berücksichtigung ihrer anderen Verpflichtungen in diesem Raum gegenwärtig ernsthaft in Erwägung zieht. Die Regierung Ihrer Majestät hat ihren Beschluß nach eingehender Beratung mit der Regierung der Vereinigten Staaten gefaßt, die unsere Aktion voll unterstützt und billigt.

Die Vereinten Nationen werden von dem Beschluß der Regierung Ihrer Majestät in Kenntnis gesetzt, und wir weisen sie darauf hin, daß unsere Aktion ihren Abschluß finden wird, wenn der Sicherheitsrat Vorkehrungen treffen kann, um die rechtmäßige Regierung Jordaniens gegen eine Bedrohung von außen zu schützen und so den internationalen Frieden und die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir haben ferner die anderen Commonwealth-Länder und den NATO-Rat von unserer Aktion in Kenntnis gesetzt und ihnen die Gründe mitgeteilt, die zu dem Beschluß der Regierung geführt haben.

Quelle: *The Times,* Nr. 54 206 vom 18. Juli 1958. Deutscher Text: *Englische Rundschau,* Nr. 16 vom 1. August 1958.

Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Irakischen Republik vom 19. Juli 1958

Abkommen zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Irakischen Republik vom zweiten Tage des Monats Muharram im Jahre 1378 seit der Hidschra, entsprechend dem 19. Tage des Juli 1958:

Die Delegationen der Vereinigten Arabischen Republik und der Irakischen Republik haben folgendes vereinbart:

1. die Abkommen und Verträge zu bestätigen, an welche die beiden Länder gebunden sind, zuerst und vor allem die Charta der Arabischen Liga und den Arabischen Pakt über kollektive Sicherheit unter den arabischen Staaten;

2. die Erklärungen zu bekräftigen, welche die Regierungen der beiden Länder über ihre enge Verbundenheit angesichts der internationalen Lage abgegeben haben, sowie die Tatsache, daß sie zusammenarbeiten, um in der Abwehr jeden Angriffs auf beide oder auf eines von ihnen wie ein Block zusammenzustehen, und daß sie alle notwendigen Schritte unternehmen werden, die dafür erforderlich sind;

3. in der internationalen Politik voll zusammenzuarbeiten, um die Rechte der beiden Länder zu sichern und gemeinsam in wirksamer Weise die Charta der Vereinten Nationen zu unterstützen und den Frieden im Mittleren Osten und in der Welt zu stärken;

4. sofortige und wirksame Schritte zu unternehmen, um die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu fördern und zu erweitern;

5. beständige Kontakte und Beratungen zwischen den beiden Ländern in allen sie interessierenden Angelegenheiten zu pflegen.

Für die Vereinigte Arabische Republik:
Gamal Abdel Nasser

Für die Irakische Republik:
Oberst *Abdel Salam Aref*

Quelle: *The New York Times,* International Edition, Nr. 36 702 vom 20. Juli 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.

Schreiben von Ministerpräsident Chruschtschow an Präsident Eisenhower vom 19. Juli 1958*

Herr Präsident,

Die Entwicklung der letzten Zeit zeugt davon, daß wir einen der verantwortungsvollsten Augenblicke der Geschichte durchleben, daß die Welt an den Rand einer Katastrophe gerückt ist. Erregung erfaßt die Menschen aller Kontinente, die Volksmassen kommen in Bewegung, denn sie verstehen, daß das Feuer eines Krieges, wo immer er ausbrechen mag, die ganze Welt erfassen kann.

Als Bundesgenossen in vergangenen Schlachten wissen wir, wenn auch in verschiedenem Maße, um das Blut und die Asche des vorigen Weltkriegs. Wir verstehen, zu welchen Schrecken eine neue Kriegsexplosion die Mensch-

*) Gleichzeitig richtete *Chruschtschow* Schreiben an die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Indiens, die er ebenfalls zur Teilnahme an einer „Gipfel"-Konferenz über den Mittleren Osten einlud. Die Schreiben an Macmillan und de Gaulle enthielten ebenso wie dasjenige an Eisenhower die Warnung, daß die Sowjetunion gegenüber den Vorgängen im Mittleren Osten „nicht gleichgültig bleiben" könne.
In seinem Schreiben an *Macmillan* richtete Chruschtschow seine Vorwürfe stärker gegen die britische Intervention in Jordanien; er erinnerte daran, daß die britischen Soldaten

heit verdammen kann, und wir haben moralisch nicht das Recht, in dem Pulverkeller, zu dem das Wettrüsten die Welt von heute gemacht hat, mit dem Feuer zu spielen.

Unter diesen Umständen kann die bewaffnete Intervention, die die USA im Libanon und dann Großbritannien in Jordanien unternommen haben, wie auch die Interventionsgefahr, von der der Irak und alle Staaten der arabischen Welt bedroht sind, äußerst schlimme und unvorhergesehene Folgen haben und eine Kettenreaktion auslösen, der sich nicht mehr Einhalt gebieten läßt.

Wir wenden uns an Sie nicht von der Position der Einschüchterung aus, sondern von der Position der Vernunft. Ist schon von Einschüchterung die Rede, so befassen sich mit dieser heute geflissentlich verantwortungslose hohe Militärs der USA wie etwa der Befehlshaber der amerikanischen 6. Flotte. Übereifrig in seinem Unverstand, hält er derart provokatorische Reden, daß man ihn, wäre er Staatsbürger eines Landes, das die Kriegspropaganda verboten hat, laut Gesetz verurteilen oder nach ärztlichem Gutachten in ein Irrenhaus sperren würde, da eine solche Erklärung nur von einem Verbrecher oder einem Verrückten stammen kann. Nach den Lorbeeren des Befehlshabers der Flotte gelüstet es auch den Verteidigungsminister.

Wir wissen, daß die USA Atom- und Wasserstoffbomben haben, wir wissen, daß sie Luftstreitkräfte und eine Kriegsmarine haben. Aber Sie wissen gut, daß auch die Sowjetunion Atom- und Wasserstoffbomben, Luftstreitkräfte und eine Kriegsmarine und überdies ballistische Raketen aller Art hat, darunter interkontinentale. Wir sind jedoch der Ansicht, daß es in dieser verantwortungsvollen Stunde vernünftiger wäre, die erhitzte Atmosphäre nicht auf den Siedepunkt zu bringen — sie ist ohnehin schon genug mit feuergefährlichen Stoffen gesättigt. Die führenden Staatsmänner müssen nach einer Lösung suchen, nicht indem sie die kriegerischen Leidenschaften schüren, sondern auf Vernunft und Ruhe gestützt, um einen Krieg auszuschalten und den Weltfrieden zu sichern.

Wonach streben die USA und Großbritannien mit der Landung ihrer Truppen im Libanon und in Jordanien?

Die militärische Intervention im Libanon begründen Sie mit dem Ersuchen Präsident Chamouns, ihn gegen eine Aggression zu unterstützen. Aber im Libanon ist ein innerer Kampf im Gange, und auf die dortigen Vorgänge ließ sich bis zur Landung amerikanischer Truppen auf keine Weise die Formel der direkten oder indirekten Aggression anderer Staaten anwenden, was Beobachter der UN und deren Generalsekretär bestätigt haben. Dort war ein innerer Kampf im Gange, und Sie haben das auch selbst bestätigt.

Das Prinzip der Nichteinmischung anderer Staaten in einen inneren Kampf, der in diesem oder jenem Staat vor sich geht, ist eine allgemein anerkannte Völkerrechtsnorm. Muß ich Ihnen etwa erst sagen, daß sich seinerzeit auch das amerikanische Volk und seine Regierung aufs kategorischste gegen eine fremde Einmischung in den Bürgerkrieg in den USA, in den Kampf zwischen Süd und Nord, wandten? Ich rede schon gar nicht davon, daß im Fall des Libanon der Hilferuf des Präsidenten des Libanon an die USA vom Parlament dieses Landes nicht unterstützt worden ist und daß der Vorsitzende des Parlaments gegen die amerikanische bewaffnete Intervention entschieden Protest erhoben hat. Folglich entbehrt die von Chamoun ausgehende „Einladung“ jeglicher verfassungsmäßigen Gültigkeit.

Ebenso war die Lage in Jordanien, wo britische Truppen nicht zum Schutz der Interessen des Volkes und des Landes ausgesetzt wurden, sondern um dem König den Thron zu retten. Die Machthaber im Libanon und in Jordanien, die die Unterstützung der Völker ihrer Länder verloren haben und ihrer Armee nicht trauen, welche sich weigert, das antinationale Regime zu unterstützen, haben beschlossen, im Schatten englischer und amerikanischer Geschütze Zuflucht zu suchen und sich auf die Kräfte von Interventen zu stützen. Aber die Geschichte kennt noch keinen Fall, in dem es Thronen und Regierungen gelungen wäre, sich auf Bajonetten zu halten, besonders auf ausländischen. Das zwanzigste Jahrhundert läßt in dieser Hinsicht keine Illusionen bestehen.

Die militärische Invasion der USA und Großbritanniens im Libanon und in Jordanien wurde auf Ersuchen verantwortungsloser Machthaber unternommen, die von ihren Völkern nicht unterstützt werden und gegen den Willen der Völker handeln. Und ein solches Ersuchen genügte, im Libanon und in Jordanien amerikanische und britische Truppen zu landen, und zwar unter Umgehung der Organisation der Vereinten Nationen, die erst nachträglich von dieser aggressiven Aktion in Kenntnis gesetzt wurde.

Es heißt außerdem, die amerikanischen und britischen Truppen seien in den Libanon und in Jordanien eingefallen, um Leben und Gut amerikanischer und britischer Bürger zu schützen. Aber das ist ein uralter Kniff der Kolonialherren. Er wird niemand täuschen können, um so weniger, als jedermann bekannt ist, daß keinem Ausländer, darunter auch keinem Amerikaner oder Engländer, im Libanon oder in Jordanien ein Leid geschah oder Gefahr drohte.

Sie, Herr Präsident der USA, setzen sich oft in der Öffentlichkeit für die UN ein, doch versetzen die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens dieser internationalen Organisation durch ihr Vorgehen im Libanon und in Jordanien einen schweren Schlag. In einer für das Leben der Völker so verantwortungsvollen Stunde sind die UN im Grunde durch die Bajonette der amerikanischen und britischen Truppen zurückgedrängt worden.

Jordanien erst vor wenigen Jahren unter dem Druck des Volkes hätten verlassen müssen. Außerdem erinnerte er Macmillan an den ungünstigen Ausgang des Suez-Konflikts.

Die Erfahrungen aus dem Suez-Konflikt und darüber hinaus auch die Erfahrungen Frankreichs in Algerien führte Chruschtschow auch in seinem Schreiben an *de Gaulle* an, um nachzuweisen, daß der Kolonialismus keine Chance mehr habe. Chruschtschow gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß Frankreich sich angesichts solcher Erfahrungen mit der amerikanisch-britischen Aktion „solidarisiert“ habe.

Das gänzlich unpolemisch gehaltene Schreiben an *Nehru* enthielt einen Hinweis auf die Unmöglichkeit, Konflikte zu lokalisieren, und erinnerte daran, daß Indien selbst sich vom Kolonialismus befreit habe. Indien solle an der vorgeschlagenen Konferenz teilnehmen und „sein gewichtiges Wort“ sprechen, um die Sache, für die es gekämpft habe, zu verteidigen.

Kopien der vier Schreiben übermittelte der sowjetische UN-Delegierte *Sobolew* dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, mit der Bitte, sie als UN-Dokumente in Umlauf zu setzen. Gleichzeitig ersuchte er Hammarskjöld, an der vorgeschlagenen Konferenz der Regierungschefs teilzunehmen. (Wortlaut aller Schreiben in: *Neue Zeit* (Moskau), Beilage zu Nr. 30, Juli 1958.)

Die Aggressoren spielen jetzt mit dem Feuer. Ein Brand ist immer leichter zu entzünden als zu löschen. Ist er aber schon entzündet, so ist es besser, das Feuer gleich zu Beginn zu löschen und nicht erst dann, wenn es sich ausbreitet und die Nachbarhäuser erfaßt. Die richtigste Lösung unter den heutigen Umständen wäre nur eins: die Truppen der Okkupanten aus dem Nahen und Mittleren Osten unverzüglich zurückzunehmen und den Völkern dieses Raumes die Möglichkeit zu bieten, selbst über ihr Geschick zu entscheiden.

In dieser schicksalsschweren Stunde der Geschichte, in der keinen Augenblick gezögert werden darf, kann die Sowjetunion, die ständig für den Weltfrieden, gegen den Krieg und für die friedliche Koexistenz auftritt, gegenüber den Vorgängen im Nahen und Mittleren Osten, in der unmittelbaren Nähe ihrer Grenze, nicht gleichgültig bleiben. Die Sowjetunion kann nicht abseits stehen, wenn die Frage Krieg oder Frieden entschieden wird.

Deswegen schlägt die Regierung der Sowjetunion vor, unverzüglich eine Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens unter Teilnahme des Generalsekretärs der UN einzuberufen, um Sofortmaßnahmen zur Einstellung des entbrannten militärischen Konflikts zu ergreifen. Wir schlagen vor, an einem beliebigen Tag und zu beliebiger Stunde zusammenzutreten, und je eher, desto besser. Sie verstehen sehr gut, daß die Geschichte uns wenig Zeit läßt, einen Krieg und die Vernichtung vieler Millionen Menschenleben wie auch gewaltiger materieller und kultureller Werte abzuwenden.

Die Regierung der Sowjetunion hat in ihren Erklärungen ihren Standpunkt zur Lösung der spruchreif gewordenen Nah- und Mittelostprobleme auf friedlichem Wege schon mit genügender Klarheit dargelegt. Die Sowjetunion erachtet, daß es möglich und notwendig ist, eine Lösung dieser Probleme zu finden, die den Lebensinteressen der Völker des Nahen und Mittleren Ostens entspricht und die Wahrung ihrer souveränen Rechte unter Berücksichtigung der mit den Ländern dieses Raumes verknüpften Interessen aller Staaten gewährleistet.

Die Regierungen der Westmächte sagen, sie seien an der Nutzung der Erdölvorkommen und der sonstigen Rohstoffschätze dieses Gebiets der Erde interessiert. Aber die Völker der Länder dieses Raumes verweigern den Westmächten diese Möglichkeit ja gar nicht. Sie fordern nur eins: daß diese Aufgabe auf der kommerziellen Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils gelöst werde, die die allervernünftigste Basis ist.

Die Sowjetregierung erachtet, daß die Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens auch das Problem der Einstellung von Waffenlieferungen an die Nah- und Mittelostländer behandeln könnte, wie das die UdSSR schon früher vorgeschlagen hat.

Wir halten es für notwendig, daß die Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens konkrete Empfehlungen zur Einstellung des militärischen Konflikts im Nahen und Mittleren Osten ausarbeitet und diese Empfehlungen dem Sicherheitsrat vorlegt, worauf diese Körperschaft der UN sie unter Teilnahme von Vertretern der arabischen Länder zu behandeln hätte.

Die Frage von Zeit und Ort der Konferenz kann kein Hindernis sein. Die Sowjetregierung ist mit jedem Ort einverstanden, darunter auch Washington, wenn den Westmächten Genf oder eine andere Hauptstadt eines neutralen Landes nicht passen sollte. Das wichtigste ist, nicht zu zögern, keine kostbare Zeit zu vergeuden, denn die Kanonen gehen schon los. Wir schlagen vor, am 22. Juli in Genf zusammenzukommen.

Die Einberufung einer Konferenz der Oberhäupter der Großmächte zur Beilegung des im Nahen und Mittleren Osten entbrannten militärischen Konflikts wäre das Vernünftigste, was die Regierungen unserer Länder in diesem Augenblick unternehmen könnten. Sie wäre ein unschätzbarer Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker. Sie wäre ein unwiderlegbares Zeugnis dafür, daß die Idee einer friedlichen, nicht aber einer militärischen Lösung der Fragen in der ganzen Welt triumphieren kann und muß. Die Einstellung der Aggression im Nahen und Mittleren Osten würden die Völker aller Länder, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem Glaubensbekenntnis und ihren politischen Ansichten, heiß begrüßen.

Zum Abschluß möchte ich besonders betonen, daß von Ihrer Regierung, von Ihnen persönlich, Herr Präsident, jetzt die Entscheidung abhängt, wie der im Nah- und Mittelostraum entbrannte Konflikt gelöst werden wird — durch Krieg oder auf friedliche Weise.

Die Sowjetregierung erwartet, daß die Regierung der USA und Sie, Herr Präsident, diesen Appell der Sowjetregierung richtig verstehen, daß Sie ihn positiv und mit der Bereitschaft aufnehmen, das Steuer der Ereignisse entschlossen von der Bahn des Krieges auf die Bahn des Friedens herumzuwerfen.

Gleichzeitig habe ich mich in der dargelegten Frage an den Premierminister Großbritanniens, Herrn Macmillan, an den Vorsitzenden des Ministerrates Frankreichs, Herrn de Gaulle, und an den Premierminister Indiens, Herrn Nehru, gewandt.

Hochachtungsvoll

N. Chruschtschow

Quelle: *Neue Zeit* (Moskau), Beilage zu Nr. 30, Juli 1958.

Schreiben von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Chruschtschow vom 22. Juli 1958*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ich habe Ihr Schreiben vom 19. Juli erhalten. Ich darf Ihnen versichern, daß die Schaffung und Erhaltung eines gerechten Friedens die amerikanische Politik in entscheidender Weise beeinflußt. Ich kann dem nicht zustimmen, daß die Vereinigten Staaten im Libanon in einer Weise

*) Der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, wies in seinem Antwortschreiben vom 22. Juli Chruschtschows Darstellung des britischen Vorgehens in Jordanien als unzutreffend zurück. Er erklärte sich bereit, persönlich mit Chruschtschow zu einer Konferenz über den Mittleren Osten zusammenzutreffen, verlangte aber wie Eisenhower, daß dies im Rahmen einer Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen stattfinden solle. (Wortlaut: *The Times*, 23. Juli

gehandelt hätten, die den Frieden stört. Vielmehr sollte dies dem Zweck dienen, dazu beizutragen, den von außen geschürten Gewalttätigkeiten ein Ende zu setzen, die die wirkliche Unabhängigkeit und Integrität dieses kleinen Landes vernichten sollten. Eine solche Entwicklung würde, wenn man ihr nicht entgegentritt, ernste Auswirkungen auf alle freien Nationen in aller Welt haben.

Die Art, in der Sie es vorzogen, sich auszudrücken, trägt kaum dazu bei, die Atmosphäre einer ruhigen Besonnenheit zu fördern, die, wie Sie richtig sagen, an die Stelle der gegenwärtigen überhitzten Atmosphäre treten sollte.

Ich bin mir keiner tatsächlichen Grundlage für Ihre in so starkem Maße zum Ausdruck gebrachte Furcht vor der Gefahr eines allgemeinen Krieges bewußt.

Im Libanon hat sich folgendes abgespielt:

Am Montag, dem 14. Juli, wurde die rechtmäßige Regierung des Irak gewaltsam gestürzt. Am gleichen Tage wurde eine ähnliche Verschwörung gegen das Königreich Jordanien aufgedeckt und gerade noch vereitelt. Die Regierung des Libanon, die bereits seit einigen Monaten einer indirekten Aggression von außen ausgesetzt war, ersuchte die Vereinigten Staaten um sofortige Hilfe. Angesichts der Entwicklungen im benachbarten Irak und in Jordanien war sie der Ansicht, daß nur eine sofortige Hilfe die Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität des Libanon ermöglichen würde. Die Vereinigten Staaten entsprachen diesem Ersuchen. Wir wußten, daß diese Bitte auf solide Tatsachen gegründet war, die bewiesen, daß der Libanon ernsthaft bedroht war.

Ganz bestimmt ist das keine „Aggression", wenn man einem kleinen Land auf diese Weise hilft, sich seine Unabhängigkeit zu erhalten.

Sie sprechen von einem „bewaffneten Konflikt im Nahen oder Mittleren Osten". Im Irak fand ein blutiger Staatsstreich statt, weiter die Verschwörung, die Mitglieder der Regierung von Jordanien zu ermorden, sowie der von außen geschürte Bürgerkrieg im Libanon. Sonst ist mir nichts von einem „bewaffneten Konflikt" bekannt. Wenn diejenigen, die aggressive Absichten haben, nicht ganz töricht sind, dann werden sie keinen Krieg anfangen, weil der Libanon — mit einer Bevölkerung von etwa anderthalb Millionen — Hilfe zur Aufrechterhaltung seiner Integrität und Unabhängigkeit erhält. Eine echte Kriegsgefahr wäre gegeben, wenn ein kleines Land nach dem anderen durch die expansionistischen und aggressiven Kräfte, die von der Sowjetunion unterstützt werden, verschlungen würde.

Wir wünschen nicht, erneut die schrittweise Zerstörung der Unabhängigkeit kleiner Nationen zu erleben, wie sie in den dreißiger Jahren vor sich ging und zum Zweiten Weltkrieg führte. Wenn man zu der Aggression — sei sie direkt oder indirekt — schweigt, so führt dies nicht zum Frieden.

Das bedeutet nicht, daß die Vereinigten Staaten darauf aus sind, den status quo in der arabischen Welt zu verewigen. Die Vereinigten Staaten erkennen die Sehnsucht der arabischen Völker nach größerer nationaler Einheit an und bringen ihr Sympathie entgegen. So haben die Vereinigten Staaten beispielsweise sofort die Vereinigte Arabische Republik, die Ägypten und Syrien vereinte, anerkannt, sobald es klar wurde, daß die Veränderung von den betroffenen Völkern akzeptiert wurde, und nachdem die neue Regierung sich angeschickt hatte, den üblichen internationalen Gepflogenheiten zu entsprechen.

Es ist jedoch eine Sache, den internationalen status quo durch ordnungsgemäße und friedliche Mittel zu ändern, und eine andere Sache, ihn durch indirekte Aggression zu verändern. Ein solches Vorgehen kann nicht mit einer friedlichen Welt oder mit den Idealen der Vereinten Nationen in Einklang gebracht werden, die die gleichen Rechte für große und kleine Nationen sowie die Würde und den Wert des Menschen anerkennen.

Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten in bezug auf den Libanon standen völlig im Einklang mit den anerkannten Prinzipien des Völkerrechtes und der Charta der Vereinten Nationen. Die Regierung des Libanon ist in freien, friedlichen und allgemeinen Wahlen vor etwas mehr als einem Jahr gewählt worden. Das Ersuchen an die Vereinigten Staaten wurde von dem Präsidenten des Libanon mit der vollen Billigung des Kabinetts gestellt. Als die Sowjetunion in der vergangenen Woche im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution einbrachte, durch die unser Schritt im Libanon verurteilt werden sollte, erhielt diese Resolution nur eine Stimme, nämlich die Stimme der Sowjetunion selbst. Ich habe gleichfalls festgestellt, daß im Sicherheitsrat Anstrengungen unternommen worden sind, um dem Libanon von seiten der Vereinten Nationen erhöhten Schutz hinsichtlich der Erhaltung seiner Integrität und Unabhängigkeit zukommen zu lassen und dadurch einen sofortigen Abzug der amerikanischen Truppen zu ermöglichen. Es gab zwei solche Vorschläge, von denen jeder durch ein Veto der Sowjetunion zu Fall gebracht wurde.

Wie kann die Sowjetunion ihre Behauptung, daß die amerikanischen Truppen im Libanon den Weltfrieden

---

1958; deutsch: *Englische Rundschau* (Köln), Beilage zu Nr. 16/1958.)

Der französische Ministerpräsident, Charles *de Gaulle*, stellte in seiner Antwort vom 22. Juli fest, der Ton und Inhalt von Chruschtschows Schreiben fördere nicht gerade die Verständigung, die für eine Lösung der Probleme des Mittleren Ostens notwendig sei. Insbesondere wies de Gaulle die Erwähnung des Algerien-Problems zurück, da diese Frage allein Frankreich angehe. Zu einer „Gipfel"-Konferenz erklärte sich de Gaulle nur für den Fall bereit, daß die Verhandlungen in den Vereinten Nationen nicht zu einem Ergebnis führen. (Wortlaut: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 681, 26. Juli 1958.)

Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, erklärte in seinem Antwortschreiben vom 21. Juli, Indien halte eine Intervention fremder Mächte in einem anderen Lande für unerwünscht und habe die Vereinigten Staaten und Großbritannien ersucht, ihre Truppen aus dem Libanon und Jordanien wieder abzuziehen. Nehru erklärte die Bereitschaft Indiens, an einer Lösung des Problems, sei es in den Vereinten Nationen, sei es durch eine „Gipfel"-Konferenz, mitzuwirken. (Wortlaut: *Nachrichten aus Indien* [indische Botschaft, Bonn], Nr. 57/58 vom 25. Juli 1958.)

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, hob in seiner Antwort vom 21. Juli an den sowjetischen Delegierten *Sobolew* die „hauptsächliche Verantwortung der Vereinten Nationen" hervor, die bei einer eventuellen „Gipfel"-Konferenz berücksichtigt werden müsse. Er sei bereit, an einer solchen Konferenz teilzunehmen; die Entscheidung, ob sie einberufen werden soll, sei jedoch Sache der angesprochenen Regierungschefs. (Wortlaut: United Nations [Genf], Press Release Nr. SEC/66 vom 22. Juli 1958; deutsch: *Amerika-Dienst* [United States Information Service, Frankfurt] vom 22. Juli 1958.)

gefährden, mit dem Veto gegen diese beiden Vorschläge in Einklang bringen?

Darf ich daraus folgern, Herr Ministerpräsident, daß die Sowjetunion, indem sie anderen kriegerische Absichten unterstellt und selbst mit ihrer Stärke auf dem Gebiet der Atomwaffen und der ballistischen Raketen prahlt, die Aufmerksamkeit von der ständigen Aushöhlung der Unabhängigkeit kleiner Nationen abzulenken sucht? Sollen wir als zivilisierte Völker die zunehmende Anwendung der Gewalt, des Mordes und des Terrors als Mittel der internationalen Politik akzeptieren? Wenn ja, dann stellt dies eine wirkliche Gefahr für den Frieden dar. Die Vereinigten Staaten werden standhaft dieser Gefahr widerstehen und danach trachten, die bestehenden völkerrechtlichen Gepflogenheiten sowie die internationale Ordnung zu stärken.

Durch den ständigen Mißbrauch ihres Vetorechtes im Sicherheitsrat — das heutige Veto war das 85. — stärkt die Sowjetunion keineswegs das ordnungsgemäße Verfahren, das die Völker für die Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit geschaffen haben, sondern schwächt es vielmehr.

Ihr gegenwärtiger Vorschlag scheint weiter darauf abgestimmt zu sein, die Autorität und das Prestige der Vereinten Nationen zu schmälern. Was Sie vorschlagen, läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, daß fünf Länder ohne Billigung durch die Vereinten Nationen und ohne daß dies im Einklang mit der UN-Charta steht, das beschließen, was Sie als „Empfehlungen" für den Nahen und den Mittleren Osten bezeichnen, die dann dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterbreitet würden. In Wirklichkeit wären solche sogenannten „Empfehlungen" aber Entscheidungen, und dieses Verfahren würde die Vereinten Nationen in der Praxis zu einem reinen Werkzeug einiger weniger Großmächte machen.

Ferner darf man, Herr Ministerpräsident, kaum erwarten, Zeit zu sparen, wenn man Verfahren aus dem Boden zu stampfen sucht, um einer Situation gerecht zu werden, die als sehr dringlich bezeichnet wird. Dies schafft eine ganze Reihe neuer Probleme, die von den verschiedenen Nationen, die sich darüber beraten würden, erörtert werden müßten, sowie von anderen Nationen, die das Gefühl haben könnten, daß sie in ungerechtfertigter Weise ausgeschlossen wurden und die an dem Nahen und Mittleren Osten stark interessiert sind.

Wenn die Sowjetunion tatsächlich ernsthaft der Überzeugung ist, daß eine drohende Gefahr für den Weltfrieden besteht, dann ist sie durch die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat zu bringen. Durch Artikel 24 der Charta der Vereinten Nationen hat die Sowjetunion zusammen mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen dem Sicherheitsrat die „hauptsächliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" übertragen, und alle Mitglieder sind übereingekommen, daß er in solchen Angelegenheiten „in ihrem Auftrag handelt". Man kam weiter überein, daß der Rat die Verantwortung dafür trägt, „das Vorhandensein irgendeiner Bedrohung des Friedens festzustellen" und zu „entscheiden, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen ..., um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen". Diese feierliche Verpflichtung sollte doch unbedingt eingehalten werden.

Der Sicherheitsrat befaßt sich bereits mit bestimmten Phasen des Problems, das Sie mit Ihrer Note aufwerfen. Wenn Sie oder wir der Ansicht sind, daß andere Aspekte dieses Problems oder andere Probleme im Interesse des Friedens dringend erörtert werden sollten, dann steht es jedem von uns frei, den Rahmen der Erörterungen im Sicherheitsrat zu erweitern. Außerdem können nach der Charta Mitglieder von Regierungen, einschließlich der Regierungschefs und der Außenminister, ein Mitgliedsland im Sicherheitsrat vertreten. Wenn eine solche Konferenz allgemein gewünscht wird, so würden sich die Vereinigten Staaten einem solchen ordnungsgemäßen Verfahren anschließen.

Selbstverständlich schließe ich die Erörterung von internationalen oder von regionalen Problemen, die nicht als eine angebliche unmittelbare Bedrohung des Friedens angeführt werden, außerhalb der Vereinten Nationen nicht aus; ich kann jedoch nur die monatelange ständige Weigerung Ihrer Regierung bedauern, einer ausreichenden Vorbereitung einer Gipfelkonferenz zuzustimmen, auf der wir unsere wohlerwogenen Ansichten über die großen Probleme austauschen könnten, denen sich die Welt gegenwärtig gegenübersieht. Die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten stehen zur Zeit mit Ihrem Außenminister in Moskau in Verhandlungen, um eine Liste von Fragen zusammenzustellen, die auf einer Konferenz zu eingehenden und nutzbringenden Besprechungen führen könnten. Diese Verhandlungen wurden von Ihrer Regierung am 16. Juni abgebrochen.

Abschließend erlaube ich mir, in ernstesten Worten meine Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß die sowjetische Regierung mit uns für einen echten Frieden zusammenarbeiten wird. Die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden ist zu kostbar, um für anderweitige Zwecke benutzt zu werden. Ich hoffe, daß Mittel und Wege gefunden werden können, um in Übereinstimmung mit den durch die Charta der Vereinten Nationen festgelegten Richtlinien für den Frieden arbeiten zu können. Die ganze Welt, so glaube ich, weiß, daß ein Friede in Gerechtigkeit das große Ziel der amerikanischen Nation ist. Wir haben in der Vergangenheit große Opfer für dieses Ziel gebracht. Wir haben uns in loyaler Weise an die feierliche Verpflichtung gehalten — die wir durch die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 abgegeben haben —, auf jede territoriale Vergrößerung zu verzichten. Ebenso werden wir jedem Versuch entgegentreten, die Friedensliebe zur Tarnung einer Aggression zu benutzen, und ebenso werden wir in gleicher Weise niemals einen Schritt unterlassen — welche Opfer er auch kosten mag —, der der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt in echter Weise dienlich ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dwight D. Eisenhower.

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt), 23. Juli 1958.

Erklärung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, nach der Abstimmung im Sicherheitsrat am 22. Juli 1958

Dem Sicherheitsrat ist es heute nicht gelungen, in der ernsten Notlage, der wir uns gegenübersehen, zusätzliche Maßnahmen zu beschließen. Die Verantwortung der Vereinten Nationen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Zielen und Grundsätzen der Charta gerecht zu werden, bleibt jedoch bestehen.

Dem Rat liegen jetzt zwei Vorschläge für die Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung vor. Ich kann seine Entscheidung über diese Vorschläge nicht voraussehen. Aber die Zeit drängt, und es sind, was auch immer das Ergebnis weiterer Erörterungen im Rat sein möge, praktische Schritte notwendig, die sofort unternommen werden müssen. Angesichts dieser Situation möchte ich die folgende Erklärung abgeben:

In einer Erklärung vor diesem Rat am 31. Oktober 1956 sagte ich, daß die Zurückhaltung und Unparteilichkeit, die dem Generalsekretär durch die Natur seiner unmittelbaren Aufgabe auferlegt sind, nicht in Opportunismus ausarten dürfen.

Bei einer späteren Gelegenheit, am 26. September 1957, sagte ich in einer Erklärung vor der Vollversammlung, daß ich es für die Pflicht des Generalsekretärs halte, von seinem Amt und vor allem von den Fazilitäten der Organisation nach besten Kräften und soweit es die Umstände in jeder Lage gestatten, Gebrauch zu machen. Ich fügte hinzu, daß es meiner Ansicht nach dem Geiste der Charta entspricht, wenn der Generalsekretär auch ohne Anweisung durch die Vollversammlung oder den Sicherheitsrat tätig wird, sofern er dies für notwendig erachtet, um eine Lücke auszufüllen, die sich in den durch die Charta und durch die herkömmliche Diplomatie für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit dargebotenen Systemen zeigt.

Ich bin der Meinung, daß das, was ich in diesem Zusammenhang am 31. Oktober 1956 und am 26. September 1957 gesagt habe, auf die gegenwärtigen Umstände vollständig zutrifft. Ich bin darum sicher, daß ich im Einklang mit den Wünschen der Mitglieder des Rates handeln werde, wenn ich alle dem Generalsekretär gegebenen Möglichkeiten innerhalb der durch die Charta gesetzten Grenzen und zugunsten einer Verstärkung der Bemühungen der Vereinten Nationen ausnutze, um zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung der Lage im Mittleren Osten beizutragen und um zu helfen, daß ein Ausweg aus der gefährlichen Situation gefunden wird, in der wir uns jetzt befinden.

Das bedeutet zunächst — da die Fortsetzung der Tätigkeit der UN-Beobachtergruppe im Libanon allen Mitgliedern des Rates annehmbar erscheint — den weiteren Ausbau dieser Beobachtergruppe, um ihr die volle Bedeutung zu geben, die sie entsprechend ihrem grundlegenden Charakter, wie er durch die Resolution des Sicherheitsrates vom 11. Juni und durch die Ziele und Grundsätze der Charta festgelegt ist, haben kann.

Sie werden mir verzeihen, daß ich im Augenblick nicht in der Lage bin, eingehend darzulegen, was es darüber hinaus noch bedeuten kann. Aber ich bin sicher, daß alles, was ich zu tun für möglich halte, wobei ich die Bestimmungen der Charta beachten und ausschließlich im Sinne der Ziele der Charta handeln werde und mich von den an diesem Tisch ausgesprochenen Ansichten — soweit sie sich direkt auf die Tätigkeit des Generalsekretärs beziehen — leiten lassen werde, von Ihnen als im wohlverstandenen Interesse der Organisation und somit im Interesse des Friedens geschehend anerkannt werden wird. Der Sicherheitsrat wird natürlich von allen unternommenen Schritten in Kenntnis gesetzt werden. Sollten Sie die Art und Weise, in der ich diese Absichten in praktische Schritte umsetze, mißbilligen, so würde ich selbstverständlich die Konsequenzen Ihrer Entscheidung akzeptieren.

Quelle: United Nations, European Office (Genf), Press Release Nr. SEC/67 vom 23. Juli 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Schreiben von Ministerpräsident Chruschtschow an Präsident Eisenhower vom 23. Juli 1958*

Herr Präsident,

Ich habe Ihre Antwort auf mein Schreiben vom 19. Juli erhalten. Ich erhielt auch die Antworten der Herren Nehru, Macmillan und de Gaulle auf meine an sie gerichteten Schreiben vom 19. Juli.

Wir wollen uns heute nicht in eine Polemik über die Ursachen einlassen, die die Spannungen hervorgerufen und eine Gefahr für den Frieden im Raum des Nahen und Mittleren Ostens geschaffen haben. Der Standpunkt der sowjetischen Regierung zu all diesen Fragen war in meinem Schreiben vom 19. Juli dargelegt. Ich will nur auf das entschiedenste die in Ihrem Schreiben enthaltene Behauptung ablehnen, die Sowjetunion hielte expansionistische und aggressive Kräfte in der Welt aufrecht. Heute, und besonders nach der bewaffneten Intervention der USA im Libanon und Großbritanniens in Jordanien,

*) Das Schreiben, das *Chruschtschow* am gleichen Tage an *Macmillan* richtete, ist dem an den amerikanischen Präsidenten weitgehend inhaltsgleich, streckenweise sogar gleichlautend. (Wortlaut: *The Times* vom 24. August 1958.)

In seinem Schreiben an *de Gaulle* erklärte Chruschtschow, er entnehme aus de Gaulles Schreiben vom 22. Juli, daß dieser zur Teilnahme an einem Treffen der Regierungschefs bereit sei. Er informierte de Gaulle, daß die Sowjetunion mit dem Vorschlag Macmillans einverstanden sei, dieses Treffen im Sicherheitsrat abzuhalten. Im übrigen ist auch dieses Schreiben weitgehend gleichlautend. (Wortlaut: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 684 vom 2. August 1958.)

In seinem Schreiben an *Nehru* dankte Chruschtschow für Nehrus Bereitschaft, an der Lösung der Krise mitzuwirken, und stellte eine weitgehende Uebereinstimmung der beiderseitigen Ansichten fest. Er lud Nehru ein, an einem Treffen der Regierungschefs im Sicherheitsrat, wie es von Macmillan vorgeschlagen worden sei, teilzunehmen. (Wortlaut: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 688 vom 12. August 1958.)

können bei niemandem mehr Zweifel bestehen, falls solche bestanden haben, wer in Wirklichkeit eine expansionistische und aggressive Politik durchführt, die den Frieden und die Sicherheit der Völker gefährdet.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß gegenwärtig die Gefahr für den allgemeinen Frieden so ernst ist, daß es erforderlich ist — ohne Zeit mit einer Polemik zu vergeuden, die das Zustandekommen einer Vereinbarung lediglich hinausschieben könnte —, alle nur möglichen und eiligsten Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbruch eines Weltkonfliktes zu verhindern. Wir dürfen die Gefährlichkeit eines solchen Konfliktes nicht unterschätzen, da es Kräfte gibt, die sich dafür einsetzen, die Zone der Aggression auszuweiten und in erster Linie Pläne eines militärischen Ueberfalls auf den Irak auszuhecken.

Eben zu dem Zweck, um das Entstehen eines Weltkonfliktes zu verhindern, haben wir die unverzügliche Einberufung einer Beratung der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens, unter Teilnahme des UN-Generalsekretärs, Herrn Hammarskjöld, vorgeschlagen.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß der Vorschlag der Sowjetregierung auf Zusammenkunft der Regierungschefs Ihrerseits positiv aufgenommen wurde. Für eine solche Zusammenkunft haben sich der Premierminister Großbritanniens, Herr Macmillan, der Vorsitzende des Ministerrats Frankreichs, Herr de Gaulle, und der Premierminister Indiens, Herr Nehru, ausgesprochen, wofür wir ihnen unsere Erkenntlichkeit zum Ausdruck bringen.

Die vom Premierminister Großbritanniens, Herrn Macmillan, zum Ausdruck gebrachten Erwägungen hinsichtlich der Einberufung einer Beratung der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates sind für uns annehmbar. Die Sowjetregierung hat in ihrem Schreiben vom 19. Juli bereits darauf verwiesen, daß der Sicherheitsrat nicht umgangen werden soll.

Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, rasche Beschlüsse im Interesse der Wahrung des Friedens anzunehmen, sind wir der Ansicht, daß die Form der Zusammenkunft der Regierungschefs im gegebenen Fall keine entscheidende Bedeutung haben kann. Wichtig ist, daß diese Zusammenkunft so schnell wie möglich stattfindet, damit um so eher die richtige Lösung gefunden werden kann, die zur Wahrung und Festigung des Friedens beitragen, in den Raum des Nahen und Mittleren Ostens Beruhigung bringen und eine Entspannung in den Beziehungen zwischen den Staaten fördern würde.

Wir sind auch mit der Methode einverstanden, die Herr Macmillan für diese Sondersitzung des Sicherheitsrates vorschlägt. Wir sind damit einverstanden, daß auf dieser Sondersitzung des Sicherheitsrates keine wie immer gearteten Resolutionen eingebracht werden sollen, wenn sie nicht einer vorhergegangenen Vereinbarung entspringen, und daß das Ziel nicht in der Festlegung von Meinungsverschiedenheiten durch Abstimmung, sondern in der Erreichung einer Vereinbarung besteht.

Die Sowjetregierung geht dabei davon aus, daß die Regierungschefs nicht nur auf offizieller Grundlage die Möglichkeit für gemeinsame Konsultationen haben werden, um schnellstens konstruktive Lösungen im Interesse der Wahrung und Festigung des Friedens zu erzielen.

Da es sich im gegebenen Fall nicht um eine Erörterung üblicher Art im Sicherheitsrat, sondern um Fragen handelt, die vom Standpunkt der Wahrung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit besondere Bedeutung haben, sind wir der Ansicht, daß es im gegebenen Falle nützlich wäre, zur Teilnahme an der Arbeit des Sicherheitsrates Indien hinzuzuziehen, eines der größten asiatischen Länder, das als Staat, der für die Festigung des Friedens eintritt, bereits allgemeine Anerkennung gefunden hat. Seine Teilnahme wäre wirklich nützlich, zum Unterschied von der Teilnahme eines der sogenannten ständigen Mitglieder, das faktisch niemanden vertritt.

Wir halten es für notwendig, daß an der Arbeit des Sicherheitsrates als Vertreter Indiens Premierminister J. Nehru eingeladen wird, der sich bereit erklärt hat, an der Beratung der Regierungschefs teilzunehmen.

In Ihrem Schreiben, Herr Präsident, heißt es, daß die USA, falls eine Sondersitzung des Sicherheitsrates unter Teilnahme der Regierungschefs für alle wünschenswert wäre, sich dieser geregelten Prozedur anschließen würden.

Was die Sowjetregierung betrifft, so wird sie — da der Premierminister Großbritanniens, Herr Macmillan, der Vorsitzende des Ministerrats der Französischen Republik, Herr de Gaulle, der Premierminister Indiens, Herr Nehru, und Sie, Herr Präsident, wie dies aus Ihrem Schreiben ersichtlich ist, einverstanden sind, an der Tätigkeit der Sondersitzung des Sicherheitsrates teilzunehmen — in dieser Sitzung durch den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR vertreten sein.

Es versteht sich von selbst, daß zur Erörterung der Fragen im Sicherheitsrat unter Teilnahme der Regierungschefs der obengenannten fünf Mächte auch die Regierungen der interessierten arabischen Staaten hinzugezogen werden müssen.

Die Sowjetregierung möchte nach Tunlichkeit schnellstens die Meinung der Regierung der USA hinsichtlich des Datums der Einberufung des Sicherheitsrates unter Teilnahme der Regierungschefs in Erfahrung bringen. Unsererseits schlagen wir vor, diese Arbeit im Sicherheitsrat am 28. Juli in New York zu beginnen.

Mit aufrichtiger Hochachtung
N. Chruschtschow

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 22 vom 1. August 1958.

Schreiben von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Chruschtschow vom 25. Juli 1958*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ich habe Ihr Schreiben vom 23. Juli aufmerksam gelesen. Ich finde darin offensichtliche Mißverständnisse hinsichtlich der in meinem Schreiben vom 22. Juli zum Ausdruck gebrachten Ansichten, so daß ich Sie ersuchen möchte, es nochmals sorgfältiger zu lesen.

*) *Macmillan* schlug in seinem kurzen Antwortschreiben an Chruschtschow vom 26. Juli vor, daß die ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats am Sitz der Vereinten Nationen zusammenkommen sollten, um über das Datum einer Sitzung des Sicherheitsrates unter Beteiligung der Regierungschefs zu beraten; dabei könne auch erörtert werden, welche

Ich schrieb damals, daß, sollte Ihre Regierung trotz der in den letzten Sitzungen des Sicherheitsrates festgestellten Fakten immer noch zu behaupten wünschen, daß die Situation im Libanon eine unmittelbare Gefahr für den Frieden im Mittleren Osten darstellt, das für eine angemessene Erörterung zuständige Forum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sei. Ich freue mich, daß Sie nunmehr die Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen anerkennen und Ihren ursprünglichen Vorschlag zurückgezogen haben, der das Prestige und die Autorität der Vereinten Nationen ernsthaft unterminiert hätte.

Ich wies in meinem Schreiben darauf hin, daß die Charta der Vereinten Nationen die Mitglieder einer Regierung — und dazu gehören natürlich die Regierungschefs und die Außenminister — ermächtigt, einen Mitgliedstaat im Sicherheitsrat zu repräsentieren, und daß die Vereinigten Staaten — sollte ein solches Treffen allgemein gewünscht werden — sich diesem ordnungsgemäßen Verfahren ebenfalls anschließen würden. Es ist natürlich noch nicht sicher, daß ein solches Treffen tatsächlich „allgemein gewünscht" wird, wenngleich sich herausstellen mag, daß dies der Fall ist.

Sie machen nunmehr spezifische Vorschläge hinsichtlich der Zusammensetzung des Sicherheitsrates und der Bedingungen, unter denen Länder, die nicht dem Rat angehören, an den Erörterungen des Rates teilnehmen können. Mein Schreiben an Sie vom 22. Juli unterstreicht nachdrücklich, daß einer der Vorteile eines Verfahrens im Sicherheitsrat darin besteht, daß es dort für solche Fälle Verfahrensregeln gibt und es daher nicht notwendig ist, sich auf Improvisationen zu verlassen. Ich wies darauf hin, daß sich, wenn man Verfahrensregeln dieser Art zu improvisieren sucht, gleich eine ganze Reihe neuer Probleme ergibt, vor allem hinsichtlich der Beteiligung oder Nicht-Beteiligung verschiedener Länder. Die Vereinigten Staaten werden sich in dieser Hinsicht an die Charta halten, die die Bedingungen festlegt, unter denen Nichtmitglieder des Rates an den Erörterungen im Rat teilnehmen können.

Was die Tagesordnung anbetrifft, so stimmen wir zu, daß diese sich auf eine Erörterung der Probleme des Mittleren Ostens einschließlich der Ursachen dieser Probleme beschränken sollte. Ich würde es jedoch an Offenheit ermangeln lassen, wenn ich nicht klarstellen würde, daß es, um den Frieden und die Sicherheit im Mittleren Osten auf eine festere Grundlage zu stellen, weit mehr als nur einer Erörterung über den Libanon und Jordanien bedarf. Die dortigen Situationen sind lediglich isolierte Phänomena weit umfassenderer Probleme. Meines Erachtens ist die Instabilität des Friedens und der Sicherheit in hohem Maße auf die Gefahr zurückzuführen, der kleine Nationen ausgesetzt sind. Es würde das Ziel der Vereinigten Staaten sein, diese von Ihnen angeschnittenen spezifischen Zwischenfälle innerhalb dieses umfassenderen Rahmens zu behandeln. Es anders zu machen, würde bedeuten, vor den Lehren der Geschichte die Augen zu verschließen.

Sie, Herr Ministerpräsident, werden sich daran erinnern, daß der Zweite Weltkrieg durch eine Reihe von Akten direkter und indirekter Aggression gegen kleine Nationen ausgelöst worden ist. Im März 1939 betonte der damalige Führer der sowjetischen KP, wenn es den nicht-aggressiven Ländern, unter denen er auch Großbritannien und Frankreich nannte, nicht gelänge, der direkten oder indirekten Aggression gegen kleine Länder Einhalt zu gebieten, so werde dies bedeuten, „dem Krieg die Zügel zu lassen und dann ganz zwangsläufig den Krieg zu einem Weltkrieg zu machen". Diese Voraussage erwies sich unglücklicherweise als wahr.

Sie werden sich ferner an die „Frieden durch Taten"-Resolution der Vollversammlung aus dem Jahre 1950 erinnern, die „das Schüren eines Bürgerkrieges im Interesse einer ausländischen Macht" als eines „der schwersten aller Verbrechen" brandmarkt.

Es ist meine ernsthafte Hoffnung, daß durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in bezug auf den Mittleren Osten Maßnahmen ergriffen werden können, die durch eine größere Festigung des Friedens in diesem Raum dazu beitragen, daß der Friede auch anderswo gefördert wird.

Abschließend schlage ich vor, daß die ständigen Vertreter der Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in New York im Rahmen der vom Generalsekretär getroffenen Vorkehrungen ihre Ansichten austauschen sollten, um festzustellen, ob ein Treffen in der von mir vorgeschlagenen Art und unter den von mir vorgeschlagenen Bedingungen allgemein akzeptabel ist. Wenn dies der Fall ist, dann sollten sie sich ebenfalls auf ein Datum einigen, das allgemein zufriedenstellend wäre. Das Datum des 28. Juli wäre zu früh für uns. Ich ermächtige heute unseren eigenen ständigen Vertreter, in diesem Sinne zu handeln.

Hochachtungsvoll
Dwight D. Eisenhower

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt), 25. Juli 1958.

Schreiben von Ministerpräsident Chruschtschow an Präsident Eisenhower vom 28. Juli 1958**

Herr Präsident,

Ich habe Ihre Botschaft vom 25. Juli erhalten, die eine Antwort auf meine Botschaft vom 23. Juli zur Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs darstellt.

---

anderen Staaten evtl. einzuladen wären. (Wortlaut: *The Times* vom 28. Juli 1958.)

De Gaulle stellte hingegen in seiner Antwort an Chruschtschow vom 26. Juli richtig, daß er sich keinesfalls für ein Treffen im Sicherheitsrat ausgesprochen habe. An einem solchen Treffen, wie es jetzt vorgeschlagen werde, müßten die Regierungschefs der elf Mitglieder des Sicherheitsrates, ferner Indien, die arabischen Staaten und andere mittelöstliche Länder, wie die Türkei, Iran und Israel, teilnehmen; es habe darum nichts mehr mit der ursprünglich vorgeschlagenen „Gipfel"-Konferenz gemein. De Gaulle empfahl, zu diesem Vorschlag zurückzukehren und eine „Gipfel"-Konferenz in Genf oder einer anderen europäischen Stadt abzuhalten. Die französische Regierung werde sofort mit der Vorbereitung einer solchen Konferenz beginnen und dabei auch die Regierungen anderer interessierter europäischer Staaten konsultieren, deren Standpunkt sie auf der „Gipfel"-Konferenz mit zu berücksichtigen gedenke. (Wortlaut: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 684 vom 2. August 1958.)

**) Dem britischen Premierminister *Macmillan* warf Chruschtschow in seinem Schreiben vom gleichen Tage vor, er habe

Leider muß ist feststellen, daß die USA-Regierung in dieser Antwort von dem am 22. Juli bezogenen Standpunkt hinsichtlich der dringenden Einberufung einer Sondersitzung des Sicherheitsrates mit Beteiligung der Regierungschefs abgeht, auf der die Lage im Nah- und Mittelostraum zu erörtern wäre.

Nun ist es klar: die USA-Regierung hat es auf eine Verschleppung der Konferenz der Regierungschefs abgesehen und will nicht, daß diese Konferenz dringende Maßnahmen zur friedlichen Lösung des ausgebrochenen militärischen Konflikts im Nah- und Mittelostraum ergreife.

Man kann nicht unbemerkt lassen, daß Ihr Einverständnis zur Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates, das Sie in Ihrer Botschaft vom 22. Juli übermittelt hatten, in allen Ländern positiv aufgenommen worden ist. Das Einvernehmen der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens über ein Treffen der Regierungschefs hat gewisse Beruhigung gebracht, und die Völker erwarteten mit allem Grund, daß diese Konferenz in nächster Zeit stattfinden und die Erhaltung und Festigung des Friedens im Nahen und Mittleren Osten sichern werde.

Die Sowjetregierung erklärte sich mit diesem Vorschlag Herrn Macmillans einverstanden, da der Premierminister Großbritanniens — als er vorschlug, die Konferenz der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates durchzuführen — direkt darauf hingewiesen hatte, daß im Laufe dieser Konferenz keinerlei Resolutionen eingebracht werden sollten, vorausgesetzt, daß sie sich aus einer vorhergehenden Vereinbarung ergeben und daß das Ziel unserer gemeinsamen Arbeit die Herbeiführung eines ersprießlichen Uebereinkommens und nicht die Fixierung von Meinungsverschiedenheiten durch Abstimmung sei.

Ihre nunmehrige Antwort ist ein Schritt zurück von der erzielten Einigung und muß natürlich bei den Völkern ernste Besorgnis hervorrufen. Die Regierung der USA schlägt vor, daß die für den Frieden gefährliche Lage im Nahen und Mittleren Osten nicht von den Regierungschefs der fünf Mächte erörtert, sondern erneut an eine gewöhnliche Tagung des Sicherheitsrats der UN verwiesen werde. Diesen Vorschlag unterstützt nun auch der Premierminister Großbritanniens, Herr Macmillan. Aber wozu kann das führen? Sie wissen doch sehr wohl, daß der Sicherheitsrat sich schon seit geraumer Zeit mit der Lage im Libanon und in Jordanien befaßt und bis jetzt nichts entschieden hat.

Heute ist die Einstellung der bewaffneten Aggression im Nahen und Mittleren Osten eine so akute Frage, weil der Sicherheitsrat, wie seine letzten Sitzungen gezeigt haben, nicht imstande ist, in seinen gewöhnlichen Sitzungen einen dringenden, wirksamen Beschluß in dieser Frage zu fassen.

In diesem Raum erfolgt eine ständige Konzentration bewaffneter Kräfte, und er verwandelt sich mehr und mehr in ein Pulverfaß, das durch den geringsten Funken explodieren und eine Weltkatastrophe hervorrufen kann. Unter diesen Umständen ist es notwendig, daß gerade die Regierungschefs der fünf Mächte — der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens — mit Beteiligung des Generalsekretärs der UN eiligst zusammenkommen. Mit hohen Vollmachten ausgestattet, könnten sie sich über die sofortige Einstellung des militärischen Konflikts im Nah- und Mittelostraum und über Maßnahmen zur Erhaltung und Festigung des Weltfriedens einigen.

Es ist ganz offensichtlich: wenn wir mit aller Aufrichtigkeit Wege zur Minderung der Spannungen finden wollen, müssen wir einsehen, daß im gegebenen Falle vor allem diese fünf Mächte die nötigen Maßnahmen zur Erhaltung und Festigung des Friedens vereinbaren müssen. Kann es bei irgend jemandem darüber Zweifel geben, daß — wenn es diesen Mächten gelingen würde, zu einer Einigung über die sofortige Einstellung des bewaffneten Konflikts im Nahen und Mittleren Osten zu gelangen — jeder andere an der Festigung des Friedens wirklich interessierte Staat einen solchen Beschluß begrüßen und unterstützen würde?

Der Vorschlag Herrn Macmillans vom 22. Juli, eine Konferenz der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates durchzuführen, sah gerade einen solchen Charakter des Treffens der Regierungschefs vor. Aber wie ich bereits festgestellt habe, gehen Sie, Herr Präsident, und der Premierminister Großbritanniens gegenwärtig von diesem Vorschlag ab. Man muß doch sehen, daß auf diese Weise Kurs darauf genommen wird, die erzielte Vereinbarung über ein dringendes Treffen der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens zu begraben.

Das können wir nicht annehmen.

Die Sowjetregierung steht fest auf dem Boden des Kampfes für die Erhaltung und Stärkung des Friedens, auf dem Boden der friedlichen Koexistenz der Staaten, unabhängig von ihrem sozialökonomischen System. Die Sowjetregierung tritt konsequent für die friedliche Lösung der Konflikte durch Verhandlungen ein. Deshalb bestehen wir auch auf der unverzüglichen Einstellung der Aggression, auf dem schnellen Abzug der Interventionstruppen aus dem Libanon und Jordanien.

Nach unserer tiefen Ueberzeugung würde gerade ein Treffen der Regierungschefs der fünf Mächte, falls aufrichtiges Streben aller Seiten hierzu vorhanden ist, dazu

---

seine eigenen Vorschläge vom 22. Juli desavouiert, indem er eine Sondersitzung des Sicherheitsrates nun ablehne und einer ordentlichen Sitzung unter Beteiligung der Regierungschefs den Vorzug gebe. Chruschtschow führte diesen angeblichen Meinungswandel auf den Einfluß zurück, den „das Bündnis Großbritanniens mit gewissen Mächten" auf die britische Haltung ausübe. Der übrige Wortlaut des Schreibens ist in Ton und Inhalt der gleiche wie an Eisenhower, streckenweise sogar gleichlautend. Auch Großbritannien wird vorgeworfen, weitere Truppenkonzentrationen im Mittleren Osten vorzunehmen. (Wortlaut: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 689 vom 14. August 1958.)

In seinem wesentlich freundlicher und unpolemisch gehaltenen Schreiben an *de Gaulle* gab Chruschtschow zunächst eine Schilderung der Lage im Mittleren Osten aus sowjetischer Sicht, aus der er den Schluß zog, daß eine Konferenz der Regierungschefs nun nicht mehr aufgeschoben werden dürfe. Dann schilderte er das Mißverständnis über den Charakter der vorgeschlagenen Tagung des Sicherheitsrates, für das er die Vereinigten Staaten und Großbritannien verantwortlich machte. Schließlich stellte er fest, daß er und de Gaulle der gleichen Meinung seien, daß der ursprüngliche Vorschlag einer Fünfer-Konferenz außerhalb des Sicherheitsrates der beste sei. Er sei einverstanden, daß eine solche Konferenz an einem Ort in Europa stattfinde; sie könne auch in Moskau stattfinden. de Gaulle möge ihm mitteilen, wann Frankreich zu dieser Konferenz bereit sei. (Wortlaut: *La Documentation Française*, Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 685 vom 5. August 1958.)

beitragen, Wege und Möglichkeiten zur Beilegung des militärischen Konflikts zu finden und in den Nah- und Mittelostraum Beruhigung zu bringen.

In diesem Zusammenhang äußert die Sowjetregierung ihre Genugtuung über die vom Regierungschef Frankreichs, Herrn de Gaulle, in seiner Botschaft vom 26. Juli zum Ausdruck gebrachte Meinung. Er unterstützt den Vorschlag, unverzüglich eine Konferenz der Regierungschefs der fünf Mächte mit Beteiligung des Generalsekretärs der UN einzuberufen, der, wie wir es verstehen, mit dem Vorschlag der Sowjetregierung zu dieser Frage nicht auseinandergeht. Wir sind der Meinung, wie wir auch früher erklärt haben, daß dies der richtigste Weg wäre, um eine schnelle Entscheidung der unaufschiebbaren Aufgabe zu gewährleisten: der Einstellung des militärischen Konflikts im Nahen und Mittleren Osten.

Zur weiteren Verschleppung der Konferenz der Regierungschefs wird in Ihrer Botschaft vorgebracht, die von der USA-Regierung gegebene Formulierung für ein Treffen der Regierungschefs sei nicht verstanden worden. In diesem Falle muß man fragen: War diese Formulierung nicht etwa eigens in einer solchen Form vorgeschlagen worden, daß sie Anlaß zu verschiedener Auslegung geben und zu einem Zeitverlust im Briefwechsel zur Konkretisierung ihres Sinns führen konnte? Da Sie in Ihrer Botschaft vom 22. Juli Ihr Einverständnis zur Teilnahme an einer Sondersitzung des Sicherheitsrates mit Beteiligung der Regierungschefs erklärt hatten, konnten wir dies unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders auffassen denn als Ihre Zustimmung zur baldigen Einberufung einer solchen Sitzung.

Nun empfehlen Sie, einer baldigen Einberufung dieser Sitzung ausweichend, sich erneut mit der Lektüre Ihres Briefes vom 22. Juli zu befassen. Kann man diese Ihre Worte etwa anders auffassen denn als Beweis dafür, daß die USA-Regierung offenkundig nicht wünscht, schnellstens Maßnahmen zur Einstellung der bewaffneten Intervention im Libanon und in Jordanien zu treffen?

Ich verhehle nicht, Herr Präsident, daß der Kurs der Regierungen der USA und Großbritanniens, im Grunde genommen auf eine Konferenz der Regierungschefs zu verzichten, bei den Völkern Besorgnis erregen muß, die voller Ungeduld darauf warten, daß dem bewaffneten Konflikt im Nahen und Mittleren Osten ein Ende gesetzt und Maßnahmen zur Erhaltung und Festigung des Weltfriedens getroffen werden.

In allen Ländern stellen Vertreter der Oeffentlichkeit beunruhigt die Frage, ob die für die gegenwärtige gespannte Lage im Nahen und Mittleren Osten verantwortlichen Regierungen der Staaten die Wachsamkeit der Völker einschläfern und insgeheim neue Aggressionsakte vorbereiten wollen. Die USA-Regierung muß es ja besser als sonst jemand wissen, daß weiterhin amerikanische Truppen im Libanon an Land gehen, wo mit Unterstützung und Deckung amerikanischer Bajonette der Sonderbeauftragte des Staatsdepartements, Murphy, eine verdächtige Tätigkeit entfaltet hat und sich skrupellos in die inneren Angelegenheiten des Libanon einmischt.

Im östlichen Teil des Mittelmeeres werden amerikanische Seestreitkräfte konzentriert, aus Europa werden amerikanische Verstärkungen nach dem Nahen und Mittleren Osten und insbesondere nach der Türkei in den Raum Adana geworfen. In diesem Zusammenhang sind die in letzter Zeit in der Türkei selbst entfalteten umfangreichen Vorbereitungen zu einer bewaffneten Einmischung in die Angelegenheiten der Länder des arabischen Ostens besonders auffallend. König Hussein von Jordanien, der die Unterstützung seines Volkes eingebüßt hat und sich auf die Hilfe der Interventen stützt, wagt es, mit Säbeln zu rasseln, und droht mit einem Feldzug gen Bagdad. Er gebärdet sich als gehorsames Werkzeug in den Händen bestimmter Westmächte, die ein Komplott gegen die Völker des arabischen Ostens schmieden. Es tritt eine offenkundige Tendenz zur Erweiterung des Aggressionsraums zutage. Die Gefahr eines militärischen Ueberfalls zieht über der Irakischen Republik herauf.

Somit führt die Verschleppung der Verhandlungen über ein Treffen der Regierungschefs der fünf Mächte, die von einer immer größeren Konzentration bewaffneter Kräfte im Nahen und Mittleren Osten begleitet ist, zur weiteren Verschärfung der Lage, zur Ausweitung des Konflikts. Sie kann die Menschheit in eine Katastrophe stürzen.

Heute sind wie nie zuvor schnelle und energische Handlungen nötig, die den unverzüglichen Abzug der ausländischen Truppen aus dem Libanon und aus Jordanien gewährleisten und eine Ausdehnung des militärischen Konflikts im Nahen und Mittleren Osten unmöglich machen würden. Die Zeit drängt.

Es muß jedoch bemerkt werden, daß die Regierung der USA — anstatt zur schnellsten Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs beizutragen, damit dem bewaffneten Konflikt im Mittel- und Nahostraum ein Ende gesetzt wird — ihren Staatssekretär zur Konferenz der Bagdadpaktmitglieder nach London entsendet. Es werden eilige Versuche unternommen, diesen Pakt irgendwie zusammenzuflicken, zeugt doch der Austritt des einzigen arabischen Landes, des Irak, aus dem Pakt ein übriges Mal von dem Scheitern der „Politik der Stärke", der Politik der Zusammenzimmerung aggressiver Blocks, die die Westmächte betreiben.

Zugleich ist die USA-Regierung bestrebt, die von der ganzen Menschheit erwartete Lösung des gegenwärtigen Hauptproblems — die Einstellung der bewaffneten Intervention der USA und Großbritanniens im Nahen und Mittleren Osten — in jeder Weise zu verhindern; sie ist bestrebt, Verhandlungen über ein Treffen der Regierungschefs in das Labyrinth endloser Diskussionen über Form und Modus eines solchen Treffens zu führen.

Die Tagung der Vertreter der Regierungen Großbritanniens, der USA, der Türkei, Pakistans und des Iran in London nimmt sich in einer Zeit, da an Stelle des Abzugs der ausländischen Truppen aus dem Libanon und aus Jordanien Vorbereitungen zur bewaffneten Einmischung in die Angelegenheiten der Irakischen Republik in vollem Gange sind, wie ein Komplott gegen die arabischen Länder aus.

Geschieht das alles nicht, um neue Aggressionsakte zu verabreden und die Welt durch eine Politik der vollzogenen Tatsachen vor eine immer größere Ausweitung des militärischen Konflikts zu stellen?

Kann man die ernsten Folgen einer solchen Politik in erster Linie für ihre Urheber etwa unberücksichtigt lassen, wo die Völker doch in unserer Zeit wachsam genug sind und sich mit Aggressionsakten nicht abfinden können?

Die Regierung der USA tut alles, um ein Treffen der Regierungschefs der fünf Mächte zu vereiteln, das der bewaffneten Intervention im Libanon und in Jordanien ein

Ende setzen und dringende Maßnahmen zur Erhaltung und Festigung des Weltfriedens ergreifen soll.

Folglich gehen Sie nicht den Weg, den ausgebrochenen militärischen Konflikt im Nahen und Mittleren Osten im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens beizulegen, sondern haben es darauf abgesehen, den militärischen Konflikt auszuweiten, und versetzen die Menschheit in die Gefahr einer Weltkatastrophe. Auf diese Weise übernehmen in erster Linie Sie eine schwere Verantwortung vor der Menschheit und der Geschichte für die Folgen einer solchen Politik der USA-Regierung. Eine schwere Verantwortung trifft auch den Premierminister Großbritanniens, Herrn Macmillan, der zwar zu lavieren versucht, im Grunde genommen aber die gleiche Politik betreibt, die darauf abzielt, jedwede Maßnahmen zur Ueberwindung des militärischen Konflikts in Jordanien und im Libanon zu vereiteln.

Die Sowjetregierung ist angesichts der entstandenen äußerst gespannten Lage im Nah- und Mittelostraum nach wie vor der Meinung, daß die unverzügliche Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens mit Beteiligung des Generalsekretärs der UN notwendig ist.

Was den Tagungsort einer solchen Konferenz betrifft, so richten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Erklärung des Regierungschefs Frankreichs, Herrn de Gaulle, in seiner Botschaft vom 26. Juli, daß er es vorziehen würde, wenn dieses Treffen in Europa stattfände. Die Sowjetregierung hatte sich früher schon dafür ausgesprochen, daß dieses Treffen in Europa durchgeführt werde, und unterstützt den Vorschlag des Herrn de Gaulle.

Die Abhaltung der Konferenz der Regierungschefs in einer der Städte Europas sollte um so mehr erwogen werden, als unter den Diplomaten der USA und in der amerikanischen Presse Stimmen laut werden, daß die amerikanischen Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit der Regierungschefs Schwierigkeiten haben würden, falls die Konferenz nach den USA einberufen werde. Wir möchten die Regierung der USA in dieser Frage nicht in eine schwierige Lage bringen. Daher ist die Sowjetregierung, obwohl sie nach wie vor nichts gegen die Einberufung der Konferenz nach New York einzuwenden hat, zu einem Treffen in Genf, Wien, Paris oder jedem anderen für alle Partner annehmbaren Tagungsort bereit.

Wir würden auch eine Vereinbarung über ein Treffen der Regierungschefs in Moskau begrüßen, wobei die Sowjetregierung den Delegationen volle Sicherheit und die nötigen Bedingungen für ersprießliche Arbeit garantiert. Wir sind überzeugt, daß das Sowjetvolk die Sendboten begrüßen wird, die erscheinen würden, um dringende Maßnahmen zur Einstellung des Konflikts im Nahen und Mittleren Osten und zur Festigung des Weltfriedens zu ergreifen, und auf diese Weise würde das Sowjetvolk seine unbeugsame Treue zur Sache des Friedens vor Augen führen.

In Ihrer Botschaft wird die Frage der Beteiligung des Ministerpräsidenten Indiens an der Konferenz der Regierungschefs übergangen. In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, erneut zu unterstreichen, daß die Teilnahme Indiens an der erwähnten Konferenz von großer Bedeutung für die Herbeiführung konstruktiver Beschlüsse zur Regelung der Lage im Nahen und Mittleren Osten wäre.

Was den Zeitpunkt einer Konferenz der Regierungschefs mit Beteiligung des Generalsekretärs der UN betrifft, so nannten wir den 28. Juli. Da Sie erklärten, daß dieses Datum für die USA-Regierung zu früh sei, sind wir zu einem anderen naheliegenden Datum bereit, und wir möchten eine klare Antwort auf die Frage erhalten, wann die USA bereit sein werden, an einer Konferenz der Regierungschefs der fünf Mächte teilzunehmen.

Ich möchte von Ihnen, Herr Präsident, möglichst bald Antwort auf diese meine Botschaft erhalten.

Hochachtungsvoll
N. Chruschtschow

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 23 vom 10. August 1958.

Ergebnisse der Konferenz der Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes in London am 28. und 29. Juli 1958*

Gemeinsame Erklärung vom 28. Juli

1. Die Mitglieder des Bagdad-Paktes, die an der Ministertagung in London teilnehmen, haben ihre Position im Lichte der jüngsten Ereignisse überprüft und sind zu dem Schluß gekommen, daß das Bedürfnis für das Bestehen des Paktes größer denn je ist. Diese Mitglieder geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, ihre kollektive Sicherheit zu wahren und direkten oder indirekten Aggressionen Widerstand zuleisten.

2. Im Rahmen des Paktes sind Abmachungen über die kollektive Sicherheit getroffen worden, eine gemeinsame militärische Planung wurde vorangetrieben, und wirtschaftliche Projekte wurden für das Paktgebiet in Angriff genommen. Es werden Verbindungen zu anderen Nationen der freien Welt aufgenommen, die sich zum Zwecke kollektiver Sicherheit zusammengeschlossen haben.

3. Die Frage, ob wesentliche Aenderungen am Pakt und seiner Organisation vorgenommen werden sollten oder ob der Pakt in seiner gegenwärtigen Form fortge-

*) Vor der Ministertagung hielt der Unterausschuß für Wirtschaftsfragen vom 21. bis zum 24. Juli eine Sitzung in London ab. Aus seinem Kommuniqué ergibt sich folgender Stand der Entwicklung der Verkehrsverbindungen im Paktgebiet:

Für den gegenwärtig betriebenen Ausbau der Funkverbindungen zwischen London und den mittelöstlichen Mitgliedstaaten des Paktes hat Großbritannien 400 000 Pfund Sterling bereitgestellt.

Die Vereinigten Staaten betreiben mit 18,3 Millionen Dollar den Aufbau eines UKW-Netzes zwischen den Mitgliedstaaten.

Eine Verbindungsstraße zwischen der Türkei und dem Iran befindet sich in Bau.

Für eine geplante Straßenverbindung zwischen der Hauptstadt von Pakistan, Karatschi, und dem Iran hat Großbritannien bisher 200 000 Pfund Sterling zur Verfügung gestellt.

Eine Eisenbahnlinie zwischen Mus in der Türkei und Täbris in Iran befindet sich in Bau. Dafür steuerten Großbritannien 100 000 Pfund Sterling und die Vereinigten Staaten zwei Millionen Dollar bei.

führt werden sollte, wird gegenwärtig von den beteiligten Regierungen geprüft. Die auf der Tagung in London vertretenen Nationen bekräftigten jedoch ihre Entschlossenheit, ihre gemeinsame Verteidigung im Paktgebiet weiter zu verstärken.

4. Artikel 1 des am 24. Februar 1955 in Bagdad unterzeichneten Paktes über gegenseitige Zusammenarbeit sieht vor, daß die Vertragspartner für ihre Sicherheit und Verteidigung zusammenarbeiten werden und daß diejenigen Maßnahmen, die zu ergreifen sie übereinkommen, um diese Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen, Gegenstand von Sonderabkommen sein können. In entsprechender Weise erklären sich die Vereinigten Staaten im Interesse des Weltfriedens und in Befolgung der bestehenden Ermächtigungen des Kongresses bereit, mit den Nationen, die diese Erklärung abgeben, für ihre Sicherheit und Verteidigung zusammenzuarbeiten; sie werden sofort Vereinbarungen eingehen, die diese Zusammenarbeit in die Tat umsetzen werden.

Manutscher Eghbal
Ministerpräsident des Iran

Malik Firoz Khan Noon
Premierminister von Pakistan

Adnan Menderes
Ministerpräsident der Türkei

Harold Macmillan
Premierminister des Vereinigten Königreichs

John Foster Dulles
Staatssekretär der Vereinigten Staaten

Quelle: *The New York Times,* International Edition, Nr. 36 711 vom 29. Juli 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.

Schlußkommuniqué vom 29. Juli 1958

Der Rat des Bagdad-Paktes ist, wie vorgesehen, am 28. und 29. Juli in London zusammengetreten. Die anwesenden Delegationen aus den Mitgliedstaaten standen unter der Leitung von:

1. Dr. Manutscher Eghbal, Ministerpräsident des Iran;
2. Malik Firoz Khan Noon, Premierminister von Pakistan;
3. Herrn Adnan Menderes, Ministerpräsident der Türkei;
4. Herrn Harold Macmillan, Premierminister des Vereinigten Königreichs.

Die Delegation der Vereinigten Staaten stand unter der Leitung des Staatssekretärs, Herrn John Foster Dulles.

Herr Harold Macmillan, Premierminister des Vereinigten Königreichs, führte den Vorsitz.

Eine bedeutungsvolle Erklärung wurde am 28. Juli unterzeichnet.

Die auf der Tagung vertretenen Mitgliedsregierungen begrüßten die in Absatz 4 der Erklärung niedergelegte neue Initiative der Vereinigten Staaten, durch welche die Vereinigten Staaten sich bereit erklärten, mit den anderen Nationen, die diese Erklärung abgaben, für ihre Sicherheit und Verteidigung zusammenzuarbeiten.

Die Minister hatten einen Meinungsaustausch über die Weltlage unter besonderer Berücksichtigung des Mittleren Ostens. Sie gaben ihrer Beunruhigung über die jüngsten Beispiele indirekter Aggression Ausdruck. Diese stellt eine wachsende und gefährliche Bedrohung der Unabhängigkeit souveräner Staaten dar und sollte mit allen möglichen legitimen Mitteln, einschließlich Maßnahmen der Vereinten Nationen, bekämpft werden.

In diesem Zusammenhang begrüßten die Minister die schnellen Aktionen, die das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten vor kurzem im Einklang mit den Grundsätzen des Völkerrechts und in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen unternommen haben, um den Hilfeersuchen der rechtmäßigen Regierungen des Libanon und Jordaniens zu entsprechen.

Die Minister kamen überein, den zwischen ihren Regierungen bestehenden engen Kontakt aufrechtzuerhalten, um die Ziele ihrer der gegenseitigen Zusammenarbeit dienenden Gemeinschaft zu erreichen und ihre Fähigkeit zum Widerstand gegen direkte oder indirekte Aggression zu stärken.

Quelle: *The New York Times,* International Edition, Nr. 36 712 vom 30. Juli 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.

Schreiben von Präsident Eisenhower an Ministerpräsident Chruschtschow vom 1. August 1958*

Seit mehreren Jahrhunderten ist eine persönliche Korrespondenz zwischen Regierungs- und Staatschefs ein überaus wertvoller Verbindungsweg gewesen, wenn die normalen diplomatischen Kanäle ungeeignet erschienen, die volle Last zu tragen. Es ist jedoch — und zwar nicht nur als eine Angelegenheit der diplomatischen Form, sondern als ein Erfordernis der Wirksamkeit — stets anerkannt worden, daß das wesentliche Element einer solchen Korrespondenz, handle es sich nun um eine vertrauliche oder eine offene, ein Ton ernsthafter Zielsetzung

*) *Macmillan* erklärte in seiner Antwort an Chruschtschow vom 31. Juli zunächst, daß er nicht die Absicht habe, auf Chruschtschows Beschuldigungen hinsichtlich der Mittelostpolitik der Westmächte einzugehen. Er verwahrte sich gegen die Behauptung, er sei von seinem ursprünglichen Vorschlag abgegangen. Wie Eisenhower bestand er darauf, daß an einem Treffen der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates alle Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates teilnehmen müßten, er deutete jedoch an, daß gleichzeitig informelle Treffen mit kleinerem Teilnehmerkreis stattfinden könnten. Auch er schlug vor, eine solche Tagung des Sicherheitsrates auf den 12. August einzuberufen, wobei ihm jeder Ort recht sei, auf den alle Teilnehmer sich einigen könnten. (Wortlaut: *The Times* vom 1. August 1958.) *De Gaulle* schlug hingegen in seiner Antwort vom 31. Juli vor, eine „Gipfel"-Konferenz unter Teilnahme der drei Westmächte, der Sowjetunion und Indiens für den 18. August nach Genf einzuberufen. Diese Konferenz solle sich jedoch nicht nur mit dem Libanon und Jordanien, sondern mit allen Aspekten des Mittelost-Problems befassen. Gegen die zusätzliche Einberufung einer normalen Sitzung des Sicherheitsrates habe er keine Einwände, doch dürfe diese nicht mit einer Konferenz der Regierungschefs verwechselt werden. Schließlich schlug de Gaulle vor, die weiteren Vorbereitungen zur „Gipfel"-Konferenz auf diplomatischem Wege zu treffen. (Wortlaut: *La Documentation Française,* Articles et Documents, Textes du jour, Nr. 685 vom 5. August 1958.)

und der Verzicht auf jegliche Schmähungen ist. Wenn ich auf Ihren Brief vom 28. Juli hier antworte, so geschieht es im Geiste dieser Tradition.

Ich halte es für völlig unrichtig, daß Sie implizite wie explizite den Eindruck zu vermitteln suchen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Politik der Verzögerung verfolgt, die sich auf kleinliche Spitzfindigkeiten in Verfahrensfragen stützt. Tatsache ist jedoch, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns nicht verfahrensmäßiger, sondern grundsätzlicher Art sind.

Die beiden grundlegenden Punkte, auf die die USA in der Vergangenheit zu wiederholten Malen hingewiesen haben und die ich auch jetzt wiederhole, sind ganz einfach:

a) stimmen wir alle, die Mitglieder der Vereinten Nationen, darin überein, daß der Weltsicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit hat; und

b) sollten die kleinen Nationen ebenso wie die wenigen sogenannten „Großmächte“ Anteil an den Entscheidungen haben, die sie unvermeidlicherweise betreffen.

Was meinen ersten Punkt anbetrifft — die Vereinten Nationen: sie wurden aus den Nöten des Zweiten Weltkrieges heraus geboren, um eine Welt der Ordnung und der Gerechtigkeit zu schaffen. In ihnen ruhten und ruhen immer noch die Hoffnungen der Menschheit. In diesem entscheidenden Augenblick, wo Sie behaupten, daß der Friede gefährdet sei, wollen Sie die Vereinten Nationen einfach beiseite schieben — wir wollen uns ihrer Verfahrensmöglichkeiten bedienen.

Dies führt zu meinem zweiten Punkt — den kleineren Mächten dieser Welt. Sollen sie ignoriert werden oder sollen die kleinen Nationen dabei vertreten sein, wenn Entscheidungen gefällt werden, die sie zwangsläufig mit betreffen? Gewiß hat uns die Geschichte ausreichende Beweise dafür geliefert, daß die Fähigkeit eines Landes, zum Fortschritt der Menschheit beizutragen, nicht nach der Zahl der Divisionen gemessen werden darf, die es ins Feld führen kann. Ihnen sind ebenso wie mir die zahlreichen, gerade in den letzten Jahren von den sogenannten kleineren Mächten gemachten, sehr spezifischen Vorschläge bekannt, die für alle von uns von großem Wert waren.

Die Annahme in Ihrem Schreiben, daß die Entscheidungen der fünf Großmächte freudig von allen übrigen interessierten Mächten akzeptiert werden, scheint auf Ihrer Seite eine Haltung anzudeuten, die in Zukunft für die kleineren Mächte dieser Welt gefährliche Konsequenzen haben könnte.

Ihren Standpunkt, der darauf hinausläuft, daß die Wünsche, die Würde, ja die Sicherheit der kleineren Nationen mißachtet werden sollten, haben die Vereinigten Staaten immer wieder abgelehnt, und sie lehnen ihn auch heute ab. Im wesentlichen schlagen Sie vor, daß wir uns Ihnen in einer Politik anschließen, die an das System der politischen Herrschaft erinnert, die Sie in Osteuropa aufgerichtet haben. Die Vereinigten Staaten können diesen Standpunkt nicht akzeptieren.

Bei dem Problem des Nahen Ostens geht es nicht um eine Aggressionsdrohung seitens der Vereinigten Staaten, sondern vielmehr um eine von anderen ausgehende Drohung einer weiteren indirekten Aggression gegen unabhängige Staaten. Dieses Problem fällt ganz eindeutig in den Verantwortungsbereich des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Ich weise daher den ständigen Vertreter der USA im Sicherheitsrat an, gemäß Artikel 28, Absatz 2 um eine Sondersitzung des Sicherheitsrates am oder um den 12. August nachzusuchen, die direkte Erörterungen zwischen den Regierungschefs und den Außenministern ermöglichen würde. Ich hoffe, daß Sie in ähnlicher Weise Ihren ständigen Vertreter anweisen werden. Eine solche Sitzung würde es dem Sicherheitsrat möglich machen, seiner Verantwortung in der durch die Charta vorgesehenen Weise nachzukommen.

Was den Tagungsort anbetrifft, so sind die USA einverstanden, daß die Sitzung an einem anderen Orte als in New York abgehalten wird. Wir können jedoch nicht einem Treffen in Moskau zustimmen. Die Erinnerung an die wohlorganisierten Massendemonstrationen und an die schweren Beschädigungen des Botschaftsgebäudes der Vereinigten Staaten in Moskau ist noch zu frisch im Gedächtnis des amerikanischen Volkes.

Sollte ein solches Treffen zustande kommen, dann gedenke ich, daran teilzunehmen, und hoffe, daß Sie dies ebenfalls tun.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Bad Godesberg), 8. August 1958.

Schreiben von Ministerpräsident Chruschtschow an Präsident Eisenhower vom 5. August 1958*

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ich erhielt Ihre Botschaft vom 1. August. Mit den in ihr dargelegten Sätzen über die Bedeutung des persönlichen Schriftverkehrs zwischen Regierungschefs bin ich vollkommen einverstanden. Der persönliche Schriftverkehr soll bei unseren Gegebenheiten dem Hauptziel dienen, das sich die Völker stellen — die Gewährleistung des Friedens und der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten, ganz gleich, welchen sozialen Systems.

Einverstanden bin ich mit Ihnen auch darüber, daß

*) In seinem Schreiben vom gleichen Tage an *Macmillan* setzte *Chruschtschow* zunächst die Polemik über die Frage fort, ob Macmillan von seinem ursprünglichen Vorschlag abgewichen sei oder nicht. Dann stellte er fest, daß der Sicherheitsrat nicht zu Beschlüssen über den Mittleren Osten gekommen sei, und warf den Vereinigten Staaten und Großbritannien vor, sie wollten die Frage des Mittleren Ostens in sterilen Diskussionen versanden lassen. In ähnlicher Weise wie in seinem Schreiben an Eisenhower übte Chruschtschow Kritik an der Zusammensetzung des Sicherheitsrates und an der Nichtzulassung der Volksrepublik China. (Zwei Tage vorher hatte Chruschtschow in Peking mit *Mao Tse-tung* verhandelt, vgl. Europa-Archiv 18/1958, S. 11 080.) Der Rest des Schreibens ist, einschließlich des Vorschlags der Einberufung der Vollversammlung, eine gekürzte Fassung des Schreibens an Eisenhower. (Wortlaut: *The Times* vom 6. August 1958.)

In seinem Schreiben an *de Gaulle* stellte Chruschtschow eingangs fest, daß er und de Gaulle sich über die Einberufung einer Fünfer-Konferenz einig seien, diese aber von Eisenhower und Macmillan abgelehnt werde. Der Sicherheitsrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung habe sich jedoch unfähig gezeigt, die Krise zu lösen. Von dieser Stelle an entspricht das Schreiben inhaltlich dem Schreiben an Macmillan. (Wortlaut: *Le Monde* vom 7. August 1958.)

zwischen uns jetzt ein ungewöhnlicher Schriftverkehr erfolgt ist. Verstehen Sie mich richtig — dieser ungewöhnliche Schriftverkehr ist auf die ungewöhnlichen Schritte zurückzuführen, die von den USA und Großbritannien im Nahen und Mittleren Osten getan wurden. Die USA und Großbritannien haben den Frieden in diesem Raum verletzt; sie sind mit ihren Truppen in den Libanon und in Jordanien eingedrungen.

In Ihrer Botschaft erklären Sie es für notwendig, die Hilfe der Organisation der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates bei der im Nahen und Mittleren Osten entstandenen Lage in Anspruch zu nehmen. Sie sagen richtig, daß die UN im Leid des Zweiten Weltkrieges geboren worden ist. Es ist bekannt, daß die Menschheit ihre Erwartungen auf die Wahrung des Friedens an die Tätigkeit der UN und ihres Sicherheitsrates geknüpft hat, der berufen ist, die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens zu tragen.

Eben von der Anerkennung dieser Rolle in der UN ausgehend, hat die Sowjetregierung ja in den ersten Tagen der Aggression der USA und Englands gegen die arabischen Länder im Sicherheitsrat den Vorschlag zum Abzug der Truppen der Interventen aus dem Libanon und aus Jordanien und zur Einberufung einer außerordentlichen Tagung der Vollversammlung der UN zu dieser Frage gemacht. Doch die USA, England und einige andere Länder, die dem Sicherheitsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung angehören, haben den Rat gehindert, einen Beschluß zu fassen, der auf die Normalisierung der Lage im Nahen und Mittleren Osten gerichtet ist. Spricht man freimütig, so muß man anerkennen, daß gerade die Politik, die von den USA durchgeführt wird und die von Großbritannien und bedauerlicherweise von mehreren anderen Staaten unterstützt wird, diese internationale Organisation unterminiert und dem Sicherheitsrat die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Funktionen nimmt. Beispiele braucht man nicht von weither zu holen. Haben die USA etwa nicht ihren Truppen den Befehl zur Invasion in den Libanon unter Umgehung des Sicherheitsrates erteilt? Werden Sie denn bestreiten, daß die Regierung der USA mit der Landung ihrer Truppen den Sicherheitsrat vor eine vollzogene Tatsache gestellt hat? Kann man sagen, daß derartige Akte die Organisation der Vereinten Nationen und den Sicherheitsrat stärken?

Betrachtet man die jetzige Zusammensetzung des Sicherheitsrates, so kommt man ungewollt zu der Schlußfolgerung, daß diese Körperschaft unter dem Druck der USA im Grunde genommen zu einer Art Ausschuß geworden ist, der hauptsächlich aus den zur NATO, zum Bagdadpakt und zur SEATO gehörenden Ländern besteht und in dem der Platz des rechtmäßigen Vertreters der Volksrepublik China durch einen Vertreter des politischen Leichnams Tschiang Kai-schek eingenommen wird.

Die Politik, Volkschina zu ignorieren, ist eine Vernunftwidrigkeit. Diese Großmacht besteht, erstarkt und entwickelt sich, unabhängig davon, ob einige Regierungen sie anerkennen oder nicht. Ränge der gesunde Menschenverstand den Sieg und nähme die Volksrepublik China ihren legitimen Platz in der UN ein, so würde dies von allen Völkern gebührend geschätzt werden. Denn die Völker begreifen, daß der Sicherheitsrat und die Organisation der Vereinten Nationen ohne die Volksrepublik China keine vollwertigen wirksamen Körperschaften zur Wahrung des Friedens und zur Gewährleistung der Sicherheit, wie dies die Charta dieser Organisation fordert, sein können.

Es ist somit eine Lage entstanden, in welcher der Sicherheitsrat im Grunde genommen paralysiert und außerstande ist, irgendeinen vom Willen der USA unabhängigen Beschluß zu fassen, der tatsächlich zur Gewährleistung des Friedens in der ganzen Welt beitragen würde.

Ich möchte mich jetzt nicht in eine Polemik mit Ihnen einlassen. Nichtsdestoweniger kann ich aber nicht an einigen Behauptungen in Ihrer Botschaft vorbeigehen, in welchen eine Entstellung der Außenpolitik der Sowjetunion und ihrer Ziele zu verzeichnen ist.

Sie erklären beispielsweise, die Sowjetunion hätte ihre politische Herrschaft den Ländern Osteuropas aufgezwungen. Für uns ist diese Erklärung nicht verwunderlich, obwohl sie jeglicher Grundlage entbehrt. Wir haben all dies schon wiederholt von dem Staatssekretär der USA, Dulles, gehört. Durch häufige Wiederholung werden derartige Behauptungen jedoch in keiner Weise überzeugender. Die Völker Osteuropas haben ihre jetzige Lebensweise frei erwählt und werden niemandem gestatten, sie zu ändern.

Sie haben wiederholt erklärt, daß Sie die kleinen Völker unterstützen. Konsequenterweise müßten Sie dann aber wirklich das Recht der Völker anerkennen, selbständige Beschlüsse zu fassen und das staatliche System, das ihren Interessen entspricht, zu errichten. Doch in der Praxis tun Sie dies nicht. Kaum erfolgt irgendeine Änderung, die zu einem Verstoß gegen die Ordnung der Dinge führt, wie sie der Regierung der USA genehm ist, so wird diese Änderung von Ihnen als etwas hingestellt, das sich nicht nach dem Willen der Völker, sondern nach fremdem Willen vollzogen habe.

Kann man aber die Augen davor verschließen, daß wir in einer Epoche der großen revolutionären Umgestaltungen, in einer Epoche der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung auf neuen Grundlagen leben? Die Welle, die in der Sowjetunion emporschlug, nimmt jetzt ein immer mächtigeres Ausmaß an. Sie hat China, die osteuropäischen Länder, Nordkorea, Nordvietnam ergriffen.

Zugleich haben die Völker vieler Länder Asiens und Afrikas, die von den imperialistischen Mächten grausam geknechtet wurden, ihre nationale Unabhängigkeit im Kampf gegen die einheimischen und die fremdländischen Unterdrücker errungen. Die Völker einer Anzahl anderer Länder dieser Kontinente führen einen nationalen Befreiungskampf, und es steht außer Zweifel, daß sie siegen werden; keinerlei ausländische Kolonialistenbajonette vermögen das zu verhindern, denn das Ende des Kolonialismus ist gekommen. Das ist der unausweichliche Gang der Geschichte, das ist der Wille der Völker.

Kein Staat, der tatsächlich Sorge für die Unabhängigkeit und Sicherheit der kleinen Länder zu tragen beabsichtigt, kann sich das Recht anmaßen, sich in die Angelegenheiten dieser Länder einzumischen und zu diesem Zweck diverse „Doktrinen“ zu verkünden. Doch in diesem Fall — auf welcher Grundlage hat die Regierung der USA die Doktrin, die Ihren Namen trägt, proklamiert und mischt sie sich in die Angelegenheiten der Nah- und Mittelostländer ein?

Als beispielsweise das libanesische Volk, empört über die Politik seines Präsidenten, der ein Diener der USA wurde und nicht Diener seines Volkes war, dessen Ent-

fernung forderte, da war dies für diesen Präsidenten, der das Vertrauen des Volkes verloren hatte, hinreichend, um sich unter Bruch der Verfassung seines Landes an Sie zu wenden, damit die Regierung der USA die VI. amerikanische Flotte in Bewegung setzt, ihre Landungstruppen in den Libanon beordert und dort beginnt, entsprechend der genannten Doktrin, „Ordnung" zu schaffen.

Die englische Regierung, an deren Spitze Herr Macmillan steht, hat den Hinweis auf das Ersuchen des Königs von Jordanien, der keinerlei Unterstützung in seinem Volke genießt, in Anspruch genommen, um sich mit ihren Streitkräften in die inneren Angelegenheiten Jordaniens einzumischen.

Gewisse Leute in den Vereinigten Staaten von Amerika brüsten sich bis zum heutigen Tag damit, daß sich die Regierung der USA in die Angelegenheiten Guatemalas eingemischt und die gesetzmäßig gewählte Regierung und den Präsidenten von dort verjagt hat. Entspricht auch dieses Ihrem Begriff der Sorge für die kleinen Länder und der Achtung ihrer Unabhängigkeit und Würde?

Ist dem so, dann, Herr Präsident, bestehen bei uns verschiedene Begriffe von den Rechten der kleinen Völker. In der allgemein geltenden politischen Sprache bedeuten derartige Akte der Regierung der USA, daß die Rechte der kleinen Völker mit Füßen getreten werden und daß ihnen ein Diktat aufgezwungen wird, gegen das die Völker aller Länder, auf deren Unabhängigkeit die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien einen Anschlag unternehmen, einen hartnäckigen Kampf führen.

Denkt man auch an andere Tatsachen dieser Art, sogar ohne dabei in die ferne Vergangenheit zu blicken, so an die vor gar nicht langer Zeit erfolgte Landung amerikanischer Truppen auf Kuba, so müßte man viel darüber sprechen, und diese Botschaft würde zweifellos an Umfang zunehmen.

Ich kann nicht umhin, Ihre Bewertung der Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten zu berühren. Sie behaupten, daß das Mittelostproblem keine Frage der Aggression seitens der USA, sondern eher die einer indirekten Aggression sei.

Sie, Herr Präsident, der von einer indirekten Aggression spricht, erblicken offenbar ebenso wie wir und die überwältigende Mehrheit anderer Länder in dem Einmarsch ausländischer Truppen in fremdes Territorium einen Akt direkter Aggression. Dagegen ist nichts einzuwenden. Deshalb wird in der ganzen Welt der Einmarsch amerikanischer Truppen im Libanon und englischer Truppen in Jordanien mit Recht als direkte Aggression betrachtet. Was die Andeutungen betrifft, die Sie in Ihrer Botschaft hinsichtlich irgendeiner indirekten Aggression machen, so kann der Hinweis auf diese angebliche Gefahr nur als Versuch zur Bemäntelung der direkten Aggression der USA betrachtet werden.

Übrigens sind die Behauptungen von einer den Libanon bedrohenden indirekten Aggression von den zwei bekannten Berichten der Beobachter der UN widerlegt, die vom Sicherheitsrat in den Libanon speziell entsandt wurden.

Unter diesen Umständen, Herr Präsident, ist es uns unverständlich, mit welchem Recht die Regierung der USA die Rolle des Schiedsmannes und Richters beansprucht und behauptet, daß im Libanon irgendeine indirekte Aggression erfolgt sei? Offenbar deshalb, weil Sie die Rechte der Völker des Nahen und Mittleren Ostens, für ihre Geschicke und für den Aufbau ihrer Staaten auf der ihren Interessen entsprechenden Grundlage Sorge zu tragen, nicht anerkennen. Sie, Herr Präsident, geraten dabei in einen direkten Gegensatz zu Ihren Versicherungen von der Achtung der Bestrebungen, der Würde und der Sicherheit der kleinen Länder.

Die ganze Welt weiß, daß die inneren Ereignisse im Libanon, im Irak, in Jordanien Ausdruck des Zorns der Völker dieser Länder sind, die sich gegen das ihnen von den imperialistischen Kolonialisten aufoktroyierte System empört haben.

Im Irak erhob sich das Volk, dem die Unterjochung und die Exzesse der Lakaien ausländischer Staaten unerträglich geworden war. Jetzt haben die USA und die anderen Westmächte die republikanische Regierung des Irak anerkannt. Folglich haben Sie, Herr Präsident, und Ihre Verbündeten anerkannt, daß das irakische Volk das Recht zur Änderung des bestehenden Systems hatte.

Ihre Behauptungen von irgendeiner indirekten Aggression haben mithin keinerlei Grundlagen; sie lenken von der tatsächlichen Aggression im Nahen und Mittleren Osten ab, die von den USA und England durchgeführt wird.

Wir bedauern, Herr Präsident, daß Sie mit der Abhaltung der Gipfelkonferenz in Moskau nicht einverstanden sind und dabei auf die zornerfüllte Demonstration der Moskauer bei der Botschaft der USA gegen die amerikanische bewaffnete Intervention im Libanon hinweisen. Diese Demonstration war eine ganz natürliche Bekundung der Sympathie des Sowjetvolkes mit dem Opfer der Aggression. Ihr Hinweis darauf ist um so weniger überzeugend, weil die Regierung der USA selber bis jetzt Maßnahmen ablehnt, damit der sowjetischen Vertretung bei der UN normale Arbeitsbedingungen gewährleistet werden, und weil die USA-Regierung den systematischen provokatorischen Handlungen bestimmter Elemente in New York gegen die Vertretung der UdSSR kein Ende gesetzt hat, was sich natürlich auf die Gefühle der zur Demonstration versammelten Sowjetmenschen auswirken mußte.

Nicht unser Volk, Herr Präsident, hat mit derartigen Demonstrationen den Anfang gemacht. Es wäre gut, wenn diese Erscheinungen in den USA unterbunden würden. Unser Volk würde dies nach Gebühr bewerten.

Ich möchte vermerken, daß unser Volk die Ereignisse richtig einschätzt und die Handlungen gedungener Rowdys gegen die sowjetische Vertretung in New York gut von den wahren Gefühlen des amerikanischen Volkes unterscheidet. Für das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika hegen wir die freundschaftlichsten Gefühle, und wir sind bemüht, zwischen unseren Ländern umfassende kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen zu entwickeln. Wir möchten, daß unsere Völker sich einander besser kennenlernen und gemeinsame Anstrengungen für die Wahrung und Festigung des Friedens, für die Behebung der Entfremdung zwischen den Ländern machen und sich bemühen, daß alle Staaten in wirklich guter Nachbarschaft miteinander leben.

Die Einstellung der Sowjetmenschen zum amerikanischen Volk ist gut bekannt. Man könnte da an die Tage erinnern, wo verantwortungslose Elemente vor dem Gebäude der Sowjetvertretung in New York Exzesse verübten. Diese Elemente waren mit Geldern aus gewissen

Fonds für die Wühlarbeit gegen solche Staaten gedungen, die den aggressiven Blocks, in denen die USA die leitende Rolle spielen, nicht angehören. In diesen Tagen wurden amerikanische Gelehrte, Fachleute, Sportler, Touristen sowie Herr Stevenson, diese bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens der USA, in der Sowjetunion mit der bei den Sowjetmenschen üblichen Freundlichkeit und Gastfreundschaft aufgenommen.

Jetzt möchte ich mich wieder der Hauptsache zuwenden — dem, was im gegebenen Fall der einzige Gegenstand unseres jetzigen Schriftverkehrs sein sollte: wie schnellstens wirksame Maßnahmen zur Überwindung der militärischen Intervention der USA und Englands im Nahen und Mittleren Osten zu treffen sind.

Sie sind der Auffassung, daß es notwendig ist, mit der Erörterung dieser Frage den Sicherheitsrat der UN zu beauftragen. Die Lage, in welche der Sicherheitsrat gegenwärtig versetzt ist, wo er praktisch der Außenpolitik der USA unterstellt ist und die Mehrheit der Vertreter verschiedener Länder im Sicherheitsrat nicht irgend etwas, das mit dem Standpunkt der USA divergieren würde, zu unternehmen vermag — dies gestattet uns bedauerlicherweise nicht, wie ich bereits bemerkt habe, Ihren Vorschlag als richtig anzuerkennen. Die Politik der USA gegenüber dem Sicherheitsrat untergräbt seine Möglichkeit, wirksame Maßnahmen zum Schutze des Friedens und zur Unterbindung der Aggression zu ergreifen. Die Politik der USA vernichtet die Wirksamkeit des Sicherheitsrates als Friedensinstrument.

Die UN und ihr Sicherheitsrat sind notwendige internationale Körperschaften, und sie müssen die dem Frieden geltenden Erwartungen der Völker zum Ausdruck bringen. Die Regierung der USA benutzt jedoch den Sicherheitsrat für ihre eigennützigen Interessen mittels der Vertreter der Länder, die zu den Militärblocks gehören, in denen die USA die dominierende Stellung einnehmen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind im Grunde genommen bemüht, den Sicherheitsrat zu einem Hilfsorgan des Staatsdepartements der USA herabzuwürdigen.

Wie kann man denn die Augen vor der realen Lage verschließen und nicht in Rechnung stellen, daß der Sicherheitsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung außerstande ist, über die Lage im Nahen und Mittleren Osten zu objektiven Schlußfolgerungen zu gelangen.

Nein, Herr Präsident, die Interessen der Wahrung des Weltfriedens und der Festigung der Sicherheit verlangen von uns ein gesundes Herangehen, das die Möglichkeit bietet, einen positiven Beschluß zu fassen, und das den Frieden gewährleistet.

Seit den ersten Tagen der amerikanisch-englischen Intervention im Nahen und Mittleren Osten ist die Sowjetunion für sofortige Maßnahmen eingetreten, dahingehend, daß die Aggression unterbunden wird, daß die ausländischen Truppen aus dem Libanon und aus Jordanien abgezogen werden, daß eine Ausweitung der Intervention nicht zugelassen und die durch die Akte der USA und Englands entstandene gefährliche Spannung beseitigt wird. Zu diesem Zweck schlugen wir die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der fünf Mächte — der UdSSR, der USA, Englands, Frankreichs und Indiens mit Teilnahme des Generalsekretärs der UN, Herrn Hammarskjöld, vor. Wir bedauern, daß Sie und Herr Macmillan es nicht für möglich erachteten, diesen unseren Vorschlag anzunehmen, so daß die Frage der Einberufung einer Gipfelkonferenz der fünf Mächte unter Teilnahme des Generalsekretärs der UN keine positive Lösung erhielt.

Obgleich die Regierungen der USA und Großbritanniens die Einberufung der Fünfmächtekonferenz unmöglich gemacht haben und dafür die direkte Verantwortung tragen, kann jetzt mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß die Forderungen der Völker nach sofortiger Einberufung einer solchen Konferenz zwecks Einstellung der bewaffneten Intervention im Libanon und in Jordanien und daß die Entschlossenheit der friedliebenden Staaten, der Aggression in Nah- und Mittelost ein Ende zu setzen, die Initiatoren der bewaffneten Intervention gezwungen haben, auf der jetzigen Etappe von der Ausweitung der Aggression auf andere Länder, vor allem auf die Irakische Republik und die Vereinigte Arabische Republik, Abstand zu nehmen.

Nicht zufällig waren deshalb die Westmächte, darunter die USA und England, genötigt, die Irakische Republik anzuerkennen, deren Entstehung die Aggressoren anfangs als Bedrohung des Friedens im Nahen und Mittleren Osten hinstellten. Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Gefahr der Ausdehnung und Verschärfung des Konflikts in diesem Raum vorbei ist und daß die Sicherheit der Irakischen Republik und der anderen arabischen Staaten gewährleistet ist. Bis jetzt sind die Truppen der Interventen aus dem Libanon und Jordanien noch nicht abgezogen. Noch mehr: In diesem Raum treffen immer neue ausländische Truppenkontingente ein, und in den Ländern des Bagdadpaktes werden neue militärische Maßnahmen getroffen.

Die Frage der vollständigen Einstellung der bewaffneten Intervention im Nahen und Mittleren Osten und die Schaffung solcher Bedingungen in diesem Raum, die dort die Völker von der ausländischen Einmischung freimachen würden, erfordert nach wie vor eine unverzügliche Lösung. Die ausländischen Truppen müssen ohne Verzug aus dem Libanon und aus Jordanien abgezogen werden, denn ihre Anwesenheit dort ist eine ständige Gefahr für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker, ist eine himmelschreiende Verletzung der UN-Charta, mit der sich kein einziger Mitgliedstaat der Organisation der Vereinten Nationen abfinden kann.

In Anbetracht dessen hält es die Sowjetregierung für notwendig, die Bemühungen zur Erhaltung und Festigung des Friedens in Nah- und Mittelost fortzusetzen. Da die Regierungen der USA und Großbritanniens die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der fünf Mächte abgelehnt haben und der Sicherheitsrat, wie wir bereits feststellten, sich außerstande erwiesen hat, die Lösung der Lage im Nahen und Mittleren Osten im Interesse des Friedens zu verbürgen, hat die Regierung der Sowjetunion zwecks unmittelbarer Herbeiführung der notwendigen Maßnahmen zur Unterbindung der Aggression ihren Vertreter in der UN angewiesen, die Einberufung einer außerordentlichen Tagung der UN-Vollversammlung zu verlangen. Auf ihr soll der Abzug der Truppen der USA aus dem Libanon und der Truppen Großbritanniens aus Jordanien erörtert werden.

Die Sowjetregierung hofft, daß die Erörterung dieses Problems auf der Vollversammlung, wo sowohl die großen als auch die kleinen Staaten vertreten sind, es ermöglichen wird, Wege zur Bannung der durch die Akte

der USA und Englands im Nahen und Mittleren Osten heraufbeschworenen Kriegsgefahr zu finden, und Beruhigung in diesen Raum tragen wird.

Herr Präsident, ich denke, Sie stimmen mit mir darin überein, daß im Zusammenhang mit den Ereignissen im Nahen und Mittleren Osten, durch welche die Welt vor der Gefahr eines allgemeinen Krieges mit seinen zahllosen Leiden für die Völker steht, besonders scharf die Frage aufgeworfen ist, daß die Bedingungen für die friedliche Koexistenz der Staaten geschaffen werden und der „kalte Krieg", der die ganze internationale Lage vergiftet, eingestellt wird. Die Sowjetunion und alle friedliebenden Länder erstreben, daß die Zeit anbricht, wo keine Großmacht eine Aggression, auch nicht gegen ein kleines Land, durchführen könnte. Die Aggression eines kleinen Landes gegen eine Großmacht ist überhaupt unmöglich. Ein kleines Land hat nicht die Divisionen, von denen Sie, Herr Präsident, in Ihrer Botschaft sprechen. Es heißt für uns die realen Gegebenheiten und Möglichkeiten in Rechnung stellen. Ein Weltkrieg kann nicht von einem kleinen Land, sondern nur von einer Großmacht entfesselt werden, die viele Divisionen und viele Atom- und Wasserstoffwaffen, die viele Raketen, Bomber und andere Vernichtungsmittel hat. Eben deshalb müssen die Großmächte übereinkommen, keine Schritte zu tun, die die Welt an den Rand von Kriegskatastrophen bringen.

Die Sowjetregierung vertritt die Auffassung, daß es gilt, die Kontakte und Verbindungen zwischen den Staatsmännern aller Länder in jeder Weise zu entwickeln. Persönliche Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner vermögen die bestehenden Spannungen zu mildern, zur Schaffung von Vertrauen und Verständigung zwischen den Staaten beizutragen und das Eis des „kalten Krieges" rascher zum Schmelzen zu bringen. Wir messen solchen Kontakten besonders große Bedeutung bei und haben, wie Sie wissen, schon im Dezember vergangenen Jahres die Einberufung einer Gipfelkonferenz vorgeschlagen. Wir sind überzeugt, daß eine Konferenz auf hoher Ebene in der Zusammensetzung, die wir früher vorgeschlagen haben, bei entsprechenden Bemühungen aller ihrer Teilnehmer helfen wird, Wege und Mittel zur Einstellung des „kalten Krieges" zu finden und den Ausbruch eines „heißen" Krieges unmöglich zu machen.

Lassen Sie uns alles Notwendige tun, damit eine solche Zusammenkunft, derer alle Völker harren, nicht endlos aufgeschoben wird. Wir erwarten Ihr Einverständnis mit unserem Vorschlag zu einer Konferenz auf hoher Ebene und sind bereit, zu einer beliebigen Zeit an einer Konferenz teilzunehmen. Die rascheste Einberufung des Gipfeltreffens liegt im Interesse aller — der großen wie der kleinen Staaten.

Zum Schluß möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Regierung der USA den Vorschlag zur Einberufung einer außerordentlichen Tagung der UN-Vollversammlung unterstützen wird. Das könnte ein guter Schritt zur Milderung der Spannungen sein und würde der beschleunigten Zusammenkunft auf höchster Ebene den Boden bereiten.

Mit Hochachtung
N. Chruschtschow

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 23 vom 10. August 1958.

Erklärung Präsident Eisenhowers vom 5. August 1958 zur Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen*

Ich begrüße Herrn Chruschtschows Einverständnis, die Probleme, die wir in unserem letzten Briefwechsel erörtert haben, wieder vor die Vereinten Nationen zu bringen. Ich bedaure, daß er den Sicherheitsrat unter Anwesenheit der Regierungschefs nicht als das geeignete Forum für die Erörterung seiner angeblichen Besorgnisse über die Friedensbedrohung akzeptiert hat. Aber die Vollversammlung ist ebenfalls annehmbar, zumal die Vereinigten Staaten schon früher, am 18. Juli im Sicherheitsrat, ein solches Verfahren vorgeschlagen haben.

Ich weise daher den ständigen Vertreter der Vereinigten Staaten beim Sicherheitsrat an, den früher vorgelegten Resolutionsentwurf der Vereinigten Staaten, der vorsah, daß diese Angelegenheit vor die Vollversammlung gebracht werde, wieder einzubringen. Dieser Resolutionsentwurf war zurückgehalten worden, um eine Erörterung der Vorschläge von Herrn Chruschtschow vom 19., 23. und 25. Juli zu ermöglichen.

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 36 719 vom 6. August 1958. Uebersetzung des Europa-Archivs.

*) Präsident *Eisenhower* gab diese Erklärung als Antwort auf das Schreiben *Chruschtschows* vom gleichen Tage (vgl. vorhergehenden Text), das er nicht mehr persönlich beantwortete.

Auch *de Gaulle* sah von einer direkten Antwort auf Chruschtschows Schreiben ab. Informationsminister Jacques *Soustelle* erklärte am 6. August nach einer Kabinettssitzung, die Regierung erwarte von einer Sondertagung der Vollversammlung keine realistische Lösung. Der französische Vertreter im Sicherheitsrat, Guillaume *Georges-Picot*, gab am 7. August zwar seine Zustimmung zur Einberufung der Sondertagung, betonte aber, daß die französische Regierung nach wie vor eine „Gipfel"-Konferenz über den Mittleren Osten für wünschenswert halte.

Macmillan war der einzige Regierungschef, der Chruschtschow nochmals mit einem persönlichen Schreiben antwortete. Er schrieb am 7. August, er bedaure, daß die Sowjetregierung ihre Zustimmung zu einer Tagung des Sicherheitsrates unter Beteiligung der Regierungschefs zurückgezogen habe. Obwohl die britische Regierung der Ansicht sei, daß auf einer solchen Tagung des Sicherheitsrates größere Fortschritte hätten erzielt werden können, habe sie gegen die Einberufung einer Sondertagung der Vollversammlung nichts einzuwenden. (Wortlaut: *Süddeutsche Zeitung* vom 9./10. August.)

Chruschtschow antwortete Macmillan am 10. August. Er rekapitulierte nochmals den Verlauf des gesamten Meinungsaustauschs seit dem 19. Juli, um zu beweisen, daß die Sowjetunion ihre Haltung nicht geändert habe; hingegen habe Macmillan sich durch Eisenhower von seinem ursprünglichen Vorschlag abbringen lassen. Eine Sitzung des Sicherheitsrates, wie sie nunmehr von Großbritannien und den Vereinigten Staaten vorgeschlagen worden sei, halte die Sowjetregierung jedoch für Zeitverschwendung, darum ziehe sie die Sondertagung der Vollversammlung vor, zumal die Vollversammlung das repräsentativste Organ der Vereinten Nationen sei. (Wortlaut: *The Times* vom 12. August 1958.)

Rede Präsident Eisenhowers vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. August 1958

Es ist nahezu fünf Jahre her, seit ich die Ehre hatte, vor dieser Versammlung zu sprechen. Ich sprach damals über die Atomkraft und forderte, daß wir Wege finden sollten, damit die wunderbare Erfinderkraft des Menschen nicht zu seiner Vernichtung eingesetzt, sondern seinem Leben geweiht wird. Seit damals sind große Fortschritte bei der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke gemacht worden. Tragischerweise ist jedoch wenig getan worden, um die Verwendung der atomaren und nuklearen Energien für Waffenzwecke zu unterbinden. Dies ist eine Gefahr.

Diese Gefahr wiederum läßt eine neue Gefahr entstehen — die Gefahr nämlich, daß Nationen unter aggressiver Führung die Angst des Menschen vor dem Kriege auszunutzen versuchen, indem sie Nationen, insbesondere kleine Nationen, einfach vor die Wahl zwischen untätiger Unterwerfung und einem Krieg stellen.

Diese Taktik trat während der jüngsten Nahost-Krise erneut zutage. Man könnte sie als „ballistische Erpressung" bezeichnen.

In den meisten Gemeinwesen ist es unstatthaft, in einer überfüllten Versammlung „Feuer" zu rufen. Sollte es nicht auch als eine ernsthafte Ungehörigkeit im internationalen Leben angesehen werden, wenn man eine allgemeine Kriegsfurcht hervorruft in dem Bemühen, örtliche politische Ziele zu erreichen?

Ein solcher Druck wird gegen die Vereinigten Staaten niemals mit Erfolg angewandt werden, aber er schafft Gefahren, die jeden einzelnen von uns betreffen können, und das ist der Grund, warum ich um das Privileg ersucht habe, wieder einmal zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Den unmittelbaren Anlaß bilden zwei kleine Staaten — der Libanon und Jordanien. Die Sache selbst geht die ganze Welt an.

Die rechtmäßig und in freien Wahlen gewählte Regierung des Libanon — die sich durch einen von außen geschürten Bürgerkrieg gefährdet fühlte — sandte an die Vereinigten Staaten einen verzweifelten Ruf nach sofortiger Hilfe. Wir kamen diesem Ruf nach.

Auf Grund dieser unserer Reaktion ist der Versuch gemacht worden, eine allgemeine Kriegshysterie hervorzurufen. Man hat den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Unterstützung kleiner Nationen in ihrem Wunsch, zu überleben, den Frieden gefährden würde.

Dies heißt wirklich, die Tatsachen auf den Kopf stellen. Wenn die Unterstützung einer kleinen Nation bei der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit zu einem internationalen Verbrechen gemacht wird, dann sind in der Tat die Möglichkeiten der Eroberung unbegrenzt. Wir würden damit die Bestimmungen unserer Charta null und nichtig machen, die das angestammte Recht der kollektiven Selbstverteidigung anerkennt. Wir würden dann Kräfte entfesseln, die große Katastrophen auslösen könnten.

Die Vereinten Nationen haben selbstverständlich die primäre Verantwortung nicht nur für die Erhaltung des Friedens, sondern auch der „Sicherheit" in der Welt. Dies ist ein wichtiges Faktum. Aber wir dürfen ein zweites Faktum nicht außer acht lassen, daß nämlich bei den seit 1945 in der Welt herrschenden Verhältnissen die Vereinten Nationen bei ihrem Versuch, diese Funktion zu erfüllen, einige Male gehemmt worden sind.

Achtung vor der Freiheit und den Rechten aller Nationen ist seit jeher ein Leitprinzip der Vereinigten Staaten gewesen. Diese Achtung wurde durch unser unerschütterliches Festhalten an den Prinzipien der Charta, vor allem den gegen eine direkte oder indirekte Aggression gerichteten Prinzipien, immer wieder unter Beweis gestellt. Einige Male haben wir dies in Form kollektiver Maßnahmen getan, die von den Vereinten Nationen gefördert wurden. In anderen Fällen haben wir es gemäß dem — wie es die Charta nennt — angestammten Recht zur kollektiven Selbstverteidigung getan.

Ich erinnere an die Augenblicke einer deutlichen Gefahr, denen wir uns seit Ende des Zweiten Weltkriegs gegenübergesehen haben — bei den Krisen in Persien, in Griechenland und der Türkei, bei der Berliner Blockade, in Korea und der Straße von Formosa.

Die Haltung der Vereinigten Staaten bei allen diesen Geschehnissen wurde durch ein gemeinsames Prinzip bestimmt — das Prinzip, daß der Aggression, einer direkten wie auch einer indirekten, Einhalt geboten werden muß, bevor sie ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sie uns alle — den Angreifer wie auch den Verteidiger — vernichtet.

Dieses Prinzip fand erneut Anwendung, als dem dringenden Ersuchen der Regierungen des Libanon und Jordaniens stattgegeben wurde.

Ich wäre nicht aufrichtig, wenn ich Ihnen nicht sagen würde, daß sich die Vereinigten Staaten gemäß dem Geiste der Charta das Recht vorbehalten, dem legitimen Ersuchen eines jeden Landes, und besonders kleiner Nationen, stattzugeben. Ich glaube kaum, daß auch nur eine einzige freie Regierung in der ganzen Welt sich bewußt des Rechts begeben würde, um Hilfe nachzusuchen, wenn ihre Souveränität in Gefahr ist. Aber ich muß erneut unterstreichen, daß die Vereinigten Staaten stets bestrebt sind, im Geiste der Charta zu handeln.

Daher haben die Vereinigten Staaten, als Präsident Truman im Jahre 1947 dem dringenden Hilfeersuchen Griechenlands nachkam, vereinbart, daß unsere Unterstützung eingestellt werden würde, sobald die Vereinten Nationen glaubten, daß ihre Aktion die unsrige ersetzen könnte. In gleicher Weise traten wir, als die Vereinigten Staaten dem dringenden Hilfeersuchen des Libanon nachkamen, sofort vor den Sicherheitsrat und suchten die Unterstützung der Vereinten Nationen für den Libanon, um den Abzug der amerikanischen Truppen zu ermöglichen.

Die Maßnahmen der Vereinten Nationen wären getroffen worden und die amerikanischen Truppen wären bereits abgerückt, wenn nicht die zwei Resolutionen — eine von den Vereinigten Staaten und die andere von der japanischen Regierung eingebracht — auf Grund einer ablehnenden Stimme — eines Vetos — zu Fall gebracht worden wären.

Jedoch darf nichts, was ich gesagt habe, als ein Hinweis verstanden werden, daß ich den status quo als unantastbar betrachte. Der Wandel ist in der Tat das Gesetz des Lebens und des Fortschritts. Wenn der Wandel nun den Willen des Volkes widerspiegelt, dann kann und muß er durch friedliche Mittel herbeigeführt werden.

In diesem Sinne respektieren die Vereinigten Staaten das Recht einer jeden arabischen Nation im Nahen Osten, in Freiheit ohne Beherrschung durch irgendeine Stelle — sei diese nun weit entfernt oder ganz in der Nähe — zu leben.

Und in dem gleichen Sinne glauben wir, daß die Charta der Vereinten Nationen uns allen bestimmte feierliche Verpflichtungen auferlegt. Wenn wir nicht gegenseitig die Souveränität des anderen respektieren und uns großer Vorsicht bei der Handhabung der Mittel befleißigen, durch die neue Formen des internationalen Lebens geschaffen werden, dann würde die friedliche Vision der Charta — wie sie uns vorschwebt — zu einem reinen Hohn werden.

Ich möchte mich nunmehr im einzelnen dem Problem des Libanon zuwenden. Als die militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten im Libanon anlief, berichtete ich dem amerikanischen Volke, daß wir umgehend dem Ersuchen des Libanon entsprochen haben, weil die Lage so war, daß nur ein sofortiges Handeln Zweck hatte.

Ich wiederhole vor Ihnen das feierliche Versprechen, das ich damals gab: Unsere Unterstützung des Libanon hat nur einziges Ziel — und das ist das Ziel der Charta und solcher historisch bedeutsamer Resolutionen der Vereinten Nationen, wie es die Resolution über die „Grundvoraussetzungen für den Frieden" des Jahres 1949 und die „Friede durch Taten"-Resolution des Jahres 1950 waren. Diese Resolutionen brandmarken die Aufhetzung zum Bürgerkrieg im Interesse einer ausländischen Macht als eine Form der Aggression und als ein internationales Verbrechen.

Wir wollen dieses Verbrechen verhindern — oder zumindest doch verhüten, daß es verhängnisvolle Folgen hat. Dieses ist aber auch wirklich das einzige Ziel, das wir verfolgen.

Die amerikanischen Truppen werden gänzlich abgezogen werden, wenn immer dies von der rechtmäßig zustande gekommenen Regierung des Libanon gefordert wird oder wenn immer der Libanon auf Grund von Maßnahmen der Vereinten Nationen oder auf andere Weise nicht mehr länger der ursprünglichen Gefahr ausgesetzt ist.

Es ist meine aufrichtige Hoffnung, daß diese Versammlung, in der es kein Veto gibt, erwägen wird, wie sie die ständige Unabhängigkeit und Integrität des Libanon sicherstellen kann, damit das politische Schicksal des libanesischen Volkes auch weiterhin in seinen eigenen Händen liegt. Die Delegation der Vereinigten Staaten wird Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, unterstützen.

Ein weiteres dringendes Problem bildet Jordanien. Wenn wir in Jordanien nicht unverzüglich handeln, könnte dies eine weitere gefährliche Krise zur Folge haben, denn die Methode der indirekten Aggression, wie sie in Jordanien erkennbar ist, könnte zu Konflikten führen, die den Frieden gefährden.

Wir müssen begreifen, daß der Friede in diesem Gebiet leicht zerbrechlich ist, und wir müssen ferner einsehen, daß das Ende des Friedens in Jordanien Konsequenzen weitreichender Art haben könnte. Die Vereinten Nationen haben hier eine besondere Verantwortung, da sie die Initiatoren der Palästina-Waffenstillstandsabkommen sind, auf denen der Frieden in diesem Gebiet ruht, und da sie auch die Betreuung der Palästinaflüchtlinge übernommen haben.

Ich hoffe, daß diese Versammlung in der Lage sein wird, dem Interesse der Vereinten Nationen an der Erhaltung des Friedens in Jordanien Ausdruck zu verleihen.

Es gibt noch einen weiteren Punkt, den diese Versammlung in Betracht ziehen sollte, wenn sie die Stabilität im Nahen Osten stärken will. Es ist die Frage der Hetzpropaganda. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat bei drei Gelegenheiten — im Jahre 1947, im Jahre 1949 und im Jahre 1950 — Resolutionen verabschiedet, die darauf abzielten, der Ausstrahlung unverantwortlicher Rundfunksendungen aus einem Land in die Heime von Bürgern anderer Staaten und damit dem „Schüren von Bürgerkriegen und der Aushöhlung des Willens der Bevölkerung anderer Staaten" Einhalt zu gebieten. Wir alle wissen, daß diese Resolutionen in jüngster Zeit im Nahen Osten in vieler Hinsicht verletzt worden sind.

Wenn wir, die Vereinigten Staaten, falsch gehandelt haben, so sind wir bereit, uns korrigieren zu lassen.

Ich bin der Ansicht, daß diese Vollversammlung die von ihr verkündete Politik erneut bekräftigen sowie Mittel erörtern sollte, um die über nationale Grenzen hinaus ausgestrahlten Rundfunksendungen im Unruhegebiet des Nahen Ostens abzuhören und die Klagen solcher Länder zu prüfen, die ihre nationale Sicherheit durch die Propaganda von außen als gefährdet betrachten.

Die Länder dieses Gebietes sollten ferner erlöst werden von dem Druck durch Waffengewalt und der Infiltration, die über ihre Grenzen hinweg erfolgen. Wenn eine solche Einmischung droht, sollte es ihnen möglich sein, von den Vereinten Nationen prompte und wirksame Unterstützung zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit zu erhalten. Dies bedingt, daß ein ausreichender Apparat verfügbar ist, damit die Gegenwart der Vereinten Nationen in dem Unruhegebiet manifestiert wird.

Ich bin daher der Ansicht, daß diese Vollversammlung Maßnahmen hinsichtlich der Aufstellung einer ständigen UN-Bereitschaftstruppe für den Frieden ergreifen sollte. Die Notwendigkeit für das Bestehen einer solchen Truppe ist eindeutig durch die jüngsten Ereignisse, einschließlich der unmittelbaren Gefahr für die Integrität zweier unserer Mitglieder, demonstriert worden.

Soviel ich weiß, soll dieser Punkt ganz allgemein auf der 13. Vollversammlung erörtert werden und hat unser hochverehrter Herr Generalsekretär die Initiative in dieser Angelegenheit ergriffen. Die jüngsten Ereignisse zeigen eindeutig, daß dies eine Angelegenheit ist, die sofortige und positive Maßnahmen erfordert.

Ich habe der Vollversammlung vier Aktionsbereiche zur Erörterung vorgeschlagen — den Libanon, Jordanien, das Problem der subversiven Propaganda und die Bereitschaftstruppe der Vereinten Nationen. Diese Maßnahmen sollen im Grunde alle nur das eine bewirken: das Recht eines Staates und seines Volkes zur Bestimmung seines eigenen Schicksals zu schützen im Einklang mit der Pflicht, die Rechte der anderen zu respektieren.

Dieses gilt eindeutig auch für die große Bewegung des arabischen Nationalismus.

Gestatten Sie mir, daß ich den Standpunkt meines Landes zu dieser Frage unmißverständlich darlege. Die Völker der arabischen Länder im Nahen Osten besitzen selbstverständlich das Recht, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen und zum Ausdruck zu bringen. Solange dieser Ausdruck in Formen erfolgt, die mit dem Frieden und

der Sicherheit der Welt verträglich sind, sollten sich andere Staaten hier nicht einmischen.

Hier, wie auf anderen Gebieten, haben wir jedoch die Möglichkeit, gemeinsam an eine große internationale Aufgabe heranzugehen. Es ist die Aufgabe der Unterstützung der Völker dieses Gebietes — im Rahmen von Programmen nach ihren Wünschen —, um einen weiteren Fortschritt in Richtung auf die Ziele des menschlichen Wohlergehens zu erreichen, die sie sich gesetzt haben. Nur auf der Grundlage sich weiter entwickelnder Wirtschaft können sich wirklich unabhängige Regierungen selbst erhalten.

Dies ist eine echte Aufgabe für das arabische Volk und für uns alle. Um den arabischen Ländern bei der Erfüllung ihrer Hoffnungen und Erwartungen zu helfen, schlage ich folgendes vor:

Erstens, daß der Generalsekretär sofort mit den arabischen Nationen des Nahen Ostens in Beratungen eintreten soll, um festzustellen, ob ein Uebereinkommen über die Errichtung einer arabischen Entwicklungsbehörde auf regionaler Basis erreicht werden kann.

Zweitens, daß im Rahmen dieser Konsultationen die Zusammensetzung und die möglichen Funktionen einer regionalen arabischen Entwicklungsbehörde erwogen werden, deren Aufgabe es sein würde, den Fortschritt auf Gebieten wie der Industrie, der Landwirtschaft, der Wasserversorgung sowie im Gesundheits- und Erziehungswesen zu beschleunigen.

Drittens, daß andere Nationen und Privatorganisationen, die zu einer Unterstützung dieser Behörde bereit sein könnten, ebenfalls zu gegebener Zeit konsultiert werden.

Sollten die arabischen Staaten auch der Meinung sein, daß eine solche vernünftig organisierte regionale Behörde von Nutzen ist, und sollten sie bereit sein, diese mit ihren eigenen Hilfsquellen zu unterstützen, so würden die Vereinigten Staaten ebenfalls bereit sein, dieser Behörde ihre Unterstützung zu gewähren.

Diese Behörde würde geschaffen werden, um den arabischen Ländern Anleihen und die technische Unterstützung zu gewähren, die für die Aufstellung von Entwicklungsprojekten notwendig sind.

Die Behörde sollte von den arabischen Staaten selbst verwaltet werden. Dieser Plan für eine regionale arabische Entwicklungsbehörde kann, wie ich glaube, auf einer Grundlage verwirklicht werden, die für das internationale Kapital, sowohl von öffentlicher wie auch privater Seite, Anreiz bietet.

Ich glaube ferner, daß dieses äußerst wünschenswerte Ziel am besten und schnellsten durch zwei parallele Maßnahmen des Generalsekretärs zu erreichen ist. Einmal sollte er in den Beratungen mit den arabischen Staaten des Nahen Ostens den Bereich abgrenzen, in dem Uebereinkunft besteht. Dann sollte die Weltbank, die auf diesem Gebiet über große Erfahrungen verfügt, gebeten werden, ihre Einrichtungen für die Planung der organisatorischen und operativen Verfahren verfügbar zu machen, die notwendig sind, um diese Behörde Schritt für Schritt aufzubauen.

Ich hoffe, es ist klar, daß ich keineswegs vorschlage, meinem eigenen Lande bei den Arbeiten für die Errichtung einer solchen Behörde eine führende Stellung einzuräumen. Wenn diese Behörde Erfolg haben soll, dann muß die Aufgabe der Führung den arabischen Staaten selbst zufallen.

Ich möchte hoffen, daß weit oben auf der Tagesordnung dieser Behörde Maßnahmen stehen, durch die eine der großen Aufgaben im Nahen Osten gelöst werden kann — die Aufgabe nämlich, die durch die gemeinsame Knappheit an Wasser gestellt ist. Was die Erschließung von Wasservorkommen anbetrifft, so ist auf diesem Gebiet bereits ein großes Maß an wissenschaftlicher und technischer Arbeit geleistet worden. Zum Beispiel ermöglichen es uns heute die Radioisotope, den Lauf großer Ströme unter der Erde festzustellen. Und hinsichtlich der Entsalzung von Wasser eröffnen sich jetzt neue Horizonte. Das alte Problem — Wasser — steht unmittelbar vor einer Lösung. Energie, Entschlossenheit und die Wissenschaft werden es jetzt dieser Lösung zuführen.

Eine weitere große Aufgabe, vor der dieses Gebiet steht, sind die Krankheiten. Die Völker und die Regierungen des Nahen Ostens haben bereits beträchtliche Anstrengungen unternommen, um Krankheiten und Invalidität zu überwinden. Aber vieles bleibt noch zu tun. Die Vereinigten Staaten sind bereit, zusammen mit anderen Regierungen und der Weltgesundheitsorganisation einen umfassenden, gemeinsamen Angriff gegen die verhütbaren Krankheiten im Nahen Osten durchzuführen.

Aber die Wüste wieder zum Blühen zu bringen und verhütbare Krankheiten auszurotten, ist nur ein erster Schritt. So wie ich die Zukunft sehe, erwarte ich das Entstehen moderner arabischer Staaten, die zu diesem Jahrhundert Beiträge leisten werden, die weit über jene unvergeßlichen der Vergangenheit hinausgehen. Wie allgemein bekannt ist, schuldet die westliche Arithmetik und Algebra den arabischen Mathematikern viel, und ein Großteil der Grundlagen der medizinischen Wissenschaft und der Astronomie der Welt wurde von arabischen Wissenschaftlern gelegt. Vor allem müssen wir daran denken, daß drei der großen Weltreligionen im Nahen Osten geboren wurden.

Aber eine echte arabische Wiedergeburt kann nur in einer gesunden menschlichen Umgebung erfolgen. Der materielle Fortschritt an sich darf nicht zu einem alles überschattenden Ziel werden, aber er ist eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung höherer menschlicher, kultureller und geistiger Ziele.

Aber ich möchte wiederholen: Wenn diese Vision einer modernen arabischen Gemeinschaft Wirklichkeit werden soll, dann müssen diese Ziele arabische Ziele sein.

Mit der Unterstützung der Vereinten Nationen haben die Länder des Nahen Ostens nunmehr eine einzigartige Gelegenheit, ihre Sicherheit und ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in Freiheit zu fördern. Wenn ein Friedensplan, wie ich ihn hier vorschlage, durchgeführt werden kann, dann werden wir in wenigen Jahren vielleicht schon auf die Krisen im Libanon und in Jordanien als auf den Beginn einer neuen Aera der arabischen Geschichte zurückblicken können.

Aber eine wichtige Ueberlegung müssen wir heute und in der Zukunft stets im Gedächtnis behalten:

Wenn die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten des Nahen Ostens von außen her ein Ende findet und wenn eine angemessene Friedenstruppe der Vereinten Nationen besteht, die von um ihre Sicherheit fürchtenden Staaten gerufen werden kann, dann hoffe und glaube ich, daß angesichts dieser guten

Aussichten — und in der Tat als eine Vorbedingung für ihre Verwirklichung — die Staaten dieses Gebietes, geistig wie emotionell, es nicht länger mehr für notwendig halten werden, ihre nationale Sicherheit im Aufbau eines ständig größer werdenden Militärpotentials zu suchen. Dieses wird nicht nur zur wirtschaftlichen Ohnmacht, sondern zum Kriege führen.

Vielleicht würden die an den Feindseligkeiten im Jahre 1958 beteiligten Länder gerne als ersten Schritt eine Studie der Vereinten Nationen über den Zustrom schwerer Waffen nach diesen Ländern wünschen. Mein Land würde gerne die Errichtung eines geeigneten Gremiums der Vereinten Nationen zur Prüfung dieses Problems unterstützen. Diese Körperschaft könnte es mit diesen Ländern einzeln erörtern und feststellen, welche Rüstungskontrollabmachungen ausgearbeitet werden könnten, in deren Rahmen die Sicherheit all dieser Nationen wirksamer aufrechterhalten werden könnte als im Rahmen eines kostspieligen, gefährlichen Wettrüstens. Ich erkenne an, daß jede dieser Abmachungen die eigenen Ansichten dieser Länder widerspiegeln muß.

Ich habe versucht, Ihnen den Rahmen eines Planes für den Frieden im Nahen Osten darzulegen. Er würde die Errichtung einer politischen Ordnung vorsehen, die den Rechten des Volkes eines jeden Landes Rechnung trüge; die die Gefahren eines regionalen Wettrüstens verhindern und die es den Völkern des Nahen Ostens ermöglichen würde, ihre Energie mit ganzem Herzen den Aufgaben der Entwicklung und des menschlichen Fortschrittes im weitesten Sinne zu widmen.

Es ist wichtig, daß die sechs Elemente dieses Programms als ein Ganzes betrachtet werden. Es sind dies:

1. die Sorge der Vereinten Nationen um den Libanon;
2. die Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens in Jordanien;
3. eine Einstellung der Hetze zum Bürgerkrieg von außen;
4. eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen;
5. ein regionaler wirtschaftlicher Entwicklungsplan, um die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung in diesen arabischen Ländern zu fördern und zu beschleunigen;
6. Maßnahmen zur Verhinderung eines neuen Wettrüstens in diesem Gebiet.

Damit dieser Plan zuverlässig arbeitet, sollten seine verschiedenen Elemente gemeinsam als integrale Bestandteile eines einzigen einheitlichen Unterfangens erörtert und behandelt werden.

Ich hoffe daher, daß diese Vollversammlung versuchen wird, gleichzeitig Maßnahmen in Gang zu setzen, die eine Atmosphäre der Sicherheit im Nahen Osten entsprechend den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen schaffen und zur selben Zeit den Rahmen für gemeinsame Anstrengungen geben, um den Lebensstandard der arabischen Völker zu heben.

Aber die Völker des Nahen Ostens stehen in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und Entwicklung nicht allein. Wir leben in einer Zeit, da die gesamte Welt sich der Möglichkeiten für eine Modernisierung ihrer Gemeinschaften bewußt geworden ist.

Die amerikanische Regierung hat die von ihr für die wirtschaftliche Entwicklung des Auslandes bereitgestellten Mittel ständig vergrößert, um diesen globalen Hoffnungen zu entsprechen. Wir haben uns als Partner solchen Gruppen wie der Organisation der Amerikanischen Staaten und dem Colombo-Plan angeschlossen, und wir bemühen uns um die Ausarbeitung von Methoden, um diese regionalen Verbände zu stärken. So stehen wir zum Beispiel im Falle der Organisation der Amerikanischen Staaten mit unseren Schwesterrepubliken in dieser Hemisphäre in Beratungen, um deren Rolle bei der Wirtschaftsentwicklung zu verstärken. Und die Regierung der Vereinigten Staaten ist bei der Unterstützung der Entwicklungsbemühungen nicht allein geblieben. Das britische Commonwealth, die Staaten Westeuropas und Japan — sie alle haben bedeutende Beiträge geleistet.

In vielen Teilen der Welt jedoch sprechen sowohl die geographischen Gegebenheiten als auch eine kluge Wirtschaftsplanung mehr für nationale als für regionale Entwicklungsprogramme. Die Vereinigten Staaten werden natürlich auch solchen nationalen Programmen weiterhin ihre feste Unterstützung zuteil werden lassen. Nur dort, wo der Wunsch für eine regionale Behandlung klar zum Ausdruck kommt und wo die Vorteile dieser regionalen Projekte gegenüber nationalen eindeutig sind, werden die Vereinigten Staaten zu regionalen Methoden übergehen.

Die Vereinigten Staaten sind auf den Umfang und die Vielzahl ihrer Entwicklungsvorhaben in aller Welt stolz. Diejenigen, die unsere Geschichte kennen, werden wissen, daß es sich hier um keine plötzliche neue Politik unserer Regierung handelt. Die Vereinigten Staaten haben stets seit ihrer Gründung ihren Wohlstand gerne mit anderen geteilt. Sie haben dies getan, ohne an Eroberung oder wirtschaftliche Beherrschung zu denken. Nach dem Sieg in zwei Weltkriegen und der Aufwendung riesiger Geldmittel gibt es keine Weltkarte, weder eine geographische noch eine wirtschaftliche, auf der man feststellen könnte, daß auf Grund der Stärke der amerikanischen Waffen oder der Größe der finanziellen Mittel der USA irgendein anderes Land oder ein politisches oder wirtschaftliches System absorbiert worden ist. So wie wir unsere Freiheit lieben, so glauben wir an die Freiheit für die anderen.

Die Dinge, über die ich heute zu Ihnen gesprochen habe, sind sehr real und warten darauf, daß wir sie anpacken.

Im Nahen Osten und in dieser Vollversammlung müssen die Kräfte des guten Willens, der Zurückhaltung und der Klugheit mit der Zeit und mit Geduld einen Rahmen für eine politische Ordnung und für den Frieden in diesem Gebiet schaffen.

Wir wissen aber auch, daß alle diese Möglichkeiten überschattet und alle unsere Hoffnungen verdunkelt werden durch die Tatsache des Wettrüstens auf dem Gebiet der Atomwaffen — ein Wettlauf, der unsere besten Talente und ungeheure Hilfsquellen verzehrt und der die Nerven all unserer Völker belastet.

Wenn ich auf diese Versammlung blicke, in der so viele von Ihnen als Vertreter neuer Nationen sitzen, dann ist es vor allem ein Gedanke, der mich beeindruckt. Die Welt, die auf unserem Planeten neu entsteht, wird eine Welt vieler reifer Nationen sein in dem Maße, wie eine nach der anderen dieser neuen Nationen durch den schwierigen Umwandlungsprozeß zur modernen Lebensform hindurchgeht und die Methoden des Wachsens kennenlernt. Aus diesen Wehen werden neue Formen des Wohlstandes und der Produktivität hervorgehen.

Diese Welt individueller Staaten wird nicht unter der Kontrolle einer einzigen Macht oder Mächtegruppe stehen, und diese Welt wird auch nicht einer einzigen Ideologie anhängen.

Bitte glauben Sie mir, wenn ich sage, daß der Traum der Weltherrschaft einer einzigen Macht oder einer Konformität der Welt unmöglich ist. Die Natur der heutigen Waffen, die Natur der modernen Kommunikationsmöglichkeiten und der immer größer werdende Kreis neuer Nationen machen es deutlich, daß wir letztlich eine Weltgemeinschaft allen offen stehender Gesellschaften sein müssen. Und die Konzeption der allen offen stehenden Gesellschaften ist letztlich der Schlüssel zu einem System der Rüstungskontrolle, dem wir alle vertrauen können.

Wir müssen dann mit neuer Tatkraft, mit neuer Initiative den Weg zu einem Frieden suchen, der auf einer wirksamen Rüstungskontrolle, auf wirtschaftlichem Fortschritt und der Freiheit aller Völker basiert, von Regierungen ihrer eigenen Wahl regiert zu werden. Nur dann können wir die Fähigkeiten voll nutzen, die Gott uns gegeben hat, um das Leben der einzelnen Menschen reicher zu gestalten, denen unsere letztliche Sorge, unsere Verantwortung und unsere Kraft gilt. Diese gewaltige Aufgabe bringt so viel Arbeit und so viel Lohn mit sich, daß sie die Energie und die Ambitionen aller führenden Männer in aller Welt zufriedenstellen kann.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Bad Godesberg), 15. August 1958.

Erklärung Premierminister Nehrus vor dem indischen Parlament am 14. August 1958 zur Lage im Mittleren Osten (Auszug)

Am 8. August erklärte der UN-Generalsekretär, daß die Vereinten Nationen sich bemühen würden, bei der Lösung der Mittelost-Frage auch weiterhin zu helfen. In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, daß Indien gegen Militärbündnisse ist und eine Politik der Unabhängigkeit von den großen Mächteblöcken treibt. Wir wünschen zwar, daß diese Politik von allen Ländern befolgt würde, aber es besteht doch ein Unterschied darin, ob man einem Lande die Neutralität aufzwingt oder nicht, denn alles Erzwungene ist von Uebel, selbst wenn es um eine gute Sache geht. Deshalb ist jeder Zwang in diesen Gebieten der Ablehnung der Bevölkerung sicher.

Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern, es kann aber nicht verwundern, daß wir Sympathien für die arabischen Länder und den arabischen Nationalismus hegen. Auf Grund unserer immer wieder dargelegten Politik und auf Grund unserer Haltung in bezug auf die Lage im Mittleren Osten können wir unter den gegenwärtigen Umständen der Stationierung fremder Truppen in diesen Ländern nicht zustimmen. Wir sind davon überzeugt, daß keine wirkliche Lösung ohne vorherigen Abzug der ausländischen Truppen möglich ist. Aus diesem Grunde haben wir immer wieder — und wir tun es auch jetzt — den Abzug dieser Truppen im schnellstmöglichen Zeitraum gefordert. Wir haben auch keine Zweifel daran gelassen, daß unserer Auffassung nach die Vereinten Nationen keinerlei Polizei oder bewaffnete Streitkräfte nach dem Libanon oder Jordanien schicken sollten, wie dies hin und wieder vorgeschlagen wird. Sollte hingegen die Beobachtergruppe der UN verstärkt werden, so sind wir bereit, einen derartigen Vorschlag positiv aufzunehmen. Allerdings hängt der Erfolg einer solchen Aktion davon ab, daß sie von den arabischen Ländern gutgeheißen wird.

Wir können feststellen, daß eine gewisse Entspannung eingetreten ist. Es ist immer besser, wenn man miteinander spricht, anstatt nicht miteinander zu sprechen oder sogar Kriegsvorbereitungen zu treffen. Trotz dieser Entspannung ist die Lage nach wie vor gefährlich. Sie wird gefährlich und explosiv bleiben, ehe nicht der Abzug der ausländischen Truppen erfolgt ist.

Zwar kann man versuchen, die Lage im Mittleren Osten isoliert zu betrachten, aber man wird sie nicht verstehen können, wenn man nicht auch den geschichtlichen Werdegang kennt, der zu dieser Lage geführt hat.

Nachdem die jahrhundertealte türkische Beherrschung dieses Gebietes nach dem Ersten Weltkriege zu Ende gegangen war, setzten die Westmächte neue Regierungen im Mittleren Osten ein, ohne sich viel um die Wünsche der Bevölkerung zu kümmern. Neue Staaten wurden geschaffen und Verbindungen angeknüpft mit Herrschern, die von ihnen selbst eingesetzt worden waren und die zum Teil aus Großgrundbesitzern bestanden. Mit den Völkern selbst bestand kaum Kontakt.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen versuchte der arabische Nationalismus, sich von der Fremdherrschaft zu befreien, und machte einige Fortschritte in dieser Richtung. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden große Umwandlungen im Mittleren Osten statt. Der arabische Nationalismus wurde groß und mächtig. Aegypten stellte sich an die Spitze dieser Bewegung und spielte unter der Führung Präsident Nassers eine sehr wichtige Rolle. Nasser wurde zum eigentlichen Symbol des arabischen Nationalismus. Diese Tatsache wurde von vielen Mächten ungern gesehen und abgelehnt, und es wurden Versuche unternommen, die arabischen Länder und den arabischen Nationalismus aufzuspalten.

Der Bagdadpakt, der die arabischen Länder vor Angriffen der Sowjetunion schützen und Sicherheit und Frieden bringen sollte, hat alles andere als Sicherheit gebracht.

Regierungen entzweiten sich und führten einen kalten Krieg miteinander. Die Bevölkerung fast aller arabischen Länder wurde vom arabischen Nationalismus ergriffen und zusammengehalten. Auf diese Weise entstand eine Kluft in den Bagdadpakt-Ländern zwischen Regierung und Volk. Wie groß diese Kluft war, ergab sich aus dem Staatsstreich in Bagdad, von dem alle Welt überrascht wurde. Nicht in erster Linie deshalb, weil dieser Staatsstreich überhaupt stattfand, sondern weil er so plötzlich kam und vollen Erfolg hatte. Er beweist, wie sehr sich die öffentliche Meinung im Irak von der Regierung entfernt hatte.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen haben wir immer wieder unsere Ansicht mit großer Zurückhaltung geäußert und uns bemüht, alles zu vermeiden, was die Spannung hätte vergrößern können. Wir haben nicht die Absicht, in irgendeine Art des kalten Krieges hineingezogen zu werden. Sollte man unsere Dienste anfordern,

so werden wir Hilfe leisten, wenn wir der Meinung sind, daß dies der Verbesserung der Lage dient.

Allerdings sind wir davon überzeugt, daß jede wirkliche Lösung auf der Anerkennung des arabischen Nationalismus begründet ist. Das heißt, jede Regelung muß vom guten Willen und der Zusammenarbeit der arabischen Länder getragen sein.

Das arabische Oel ist für westeuropäische Länder lebenswichtig. Es sollte aber nicht schwer sein, auf diesem Gebiet zu freundschaftlichen Abmachungen zu gelangen, welche die Oelbelieferung sicherstellen.

Der Friede wird im Mittleren Osten einziehen, wenn diese Länder aus den Verstrickungen des kalten Krieges entlassen sind und wenn die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz an die Stelle des kalten Krieges treten.

Jedes einzelne dieser arabischen Länder hat gewaltige Entwicklungsaufgaben zu bewältigen. Ist einmal die Kriegsdrohung von ihnen genommen, so werden sie sich diesen Problemen widmen und die Kräfte des Friedens steigern können.

Es gibt noch einen anderen Aspekt dieses Problems, den wir nicht übersehen können, und das ist die ständige Gefahr, die die Beziehungen zwischen den arabischen Ländern und Israel mit sich bringen. Seit seiner Gründung bedeutete Israel eine ständige Irritierung für die arabischen Länder. Die israelische Invasion Aegyptens ist noch frisch in unserem Gedächtnis. Darüber hinaus gibt es das große Problem der Palästinaflüchtlinge. Die arabischen Länder betrachteten Israel als einen Vorposten, durch den ihre Freiheit jederzeit bedroht werden könne. Israel andererseits fürchtet die es umgebenden arabischen Länder.

Wirklicher Friede in diesen Gebieten kann nicht eintreten, ehe dieses Problem nicht zufriedenstellend gelöst ist. Selbstverständlich kann jede wirkliche Lösung nur mit Hilfe der Bereitschaft der betreffenden Länder und durch Beseitigung der Angst erfolgen. Krieg, sollte er in diesem Gebiet ausbrechen, kann niemals eine Lösung bringen, sondern sich zu einem Weltkrieg ausdehnen. Ich möchte keine Zweifel daran lassen, daß ich keineswegs vorschlage, daß ein Versuch der Lösung dieser Frage im Augenblick vorgenommen werden solle oder könne. Ich bin davon überzeugt, daß die Lösung dieses Problems noch einige Zeit warten muß. Erst wenn andere Probleme im Mittleren Osten einer Lösung näher gekommen sind und die Leidenschaften von heute abgekühlt sein werden, kann dieses schwierige Problem in Angriff genommen werden. Es kommt mir nicht zu, einen Zeitpunkt und die Art und Weise der Lösung dieses Problems vorzuschlagen. Das ist Sache der betreffenden Länder selbst.

Quelle: *Nachrichten aus Indien* (indische Botschaft, Bonn), Nr. 63/58 vom 18. August 1958.

Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 21. August 1958

Die Vollversammlung,

Nach Prüfung des Punktes „Fragen, die vom Sicherheitsrat auf seiner 838. Sitzung am 7. August 1958 erörtert wurden";

Unter Berücksichtigung des Zieles der Charta, daß Staaten „sich tolerant verhalten und miteinander in Frieden als gute Nachbarn zusammenleben" sollen;

Unter der Feststellung, daß die arabischen Staaten im Pakt der Liga der Arabischen Staaten übereingekommen sind, „die engen Beziehungen und zahlreichen Bande, die die arabischen Staaten miteinander verknüpfen, zu stärken und diese Bindungen auf der Basis der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität dieser Staaten zu unterstützen und zu stabilisieren und ihre Bemühungen auf das gemeinsame Wohl aller arabischen Länder sowie auf die Sicherheit ihrer Zukunft und die Verwirklichung ihrer Wünsche und Hoffnungen auszurichten"; und

Im Wunsch nach einer Verringerung der internationalen Spannungen,

A

1. Begrüßt die erneuten, von den arabischen Staaten gegebenen Zusicherungen, sich an die Bestimmungen des Artikels 8 des Paktes der Liga der Arabischen Staaten zu halten, daß „jeder Mitgliedstaat das in den anderen Mitgliedstaaten errichtete Regierungssystem respektieren und es als das ausschließliche Anliegen dieser Staaten betrachten soll" und daß „jeder sich verpflichten soll, sich jeder Handlung zu enthalten, die auf eine Aenderung der errichteten Regierungssysteme abzielen würde";

2. Fordert alle Mitgliedstaaten auf, genau in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung vor der territorialen Integrität und Souveränität jedes anderen Staates, des Nichtangriffs, der strikten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Anderen und des gleichen und gegenseitigen Vorteils zu handeln sowie sicherzustellen, daß ihr Verhalten in Wort und Tat mit diesen Prinzipien im Einklang steht;

B

Ersucht den Generalsekretär der Vereinten Nationen, durch Beratung mit den interessierten Regierungen und in Uebereinstimmung mit der Charta sowie unter Berücksichtigung des Absatzes A dieser Resolution im weiteren solche praktischen Vorkehrungen zu treffen, die in angemessener Weise dazu beitragen würden, die Ziele und Grundsätze der Charta in bezug auf den Libanon und Jordanien unter den gegenwärtigen Umständen aufrechtzuerhalten und dadurch den baldigen Abzug der ausländischen Truppen aus diesen beiden Ländern zu erleichtern;

C

Fordert den Generalsekretär auf, seine gegenwärtig durchgeführten Studien fortzusetzen und in diesem Zusammenhang nach seinem Ermessen mit den arabischen Ländern des Nahen Ostens Beratungen im Hinblick auf die mögliche Unterstützung einer arabischen Entwicklungsbehörde zu führen, die geeignet wäre, das wirtschaftliche Wachstum dieser Länder zu fördern;

D

1. Ersucht die Mitgliedstaaten, bei der Durchführung dieser Resolution voll und ganz zusammenzuarbeiten;

2. Ersucht den Generalsekretär, demgemäß und nach seinem Ermessen zu berichten, wobei der erste Bericht nicht später als am 30. September 1958 vorgelegt werden soll.

Quelle: *Amerika-Dienst* (United States Information Service, Frankfurt), 21. August 1958.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Oktober 1958

Die Ereignisse in Europa

Deutschland

17. In ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 6. September (vgl. Zeittafel in EA 19—20/1958, Sowjetunion) weist die Bundesrepublik die Vorwürfe der Sowjetunion als unbegründet zurück. Die Bundesregierung habe im Interesse der internationalen Entspannung immer freundschaftliche Beziehungen zu den arabischen Ländern, gegründet auf die Gleichheit der Rechte und auf gegenseitige Achtung, unterhalten.

20. Der belgische Ministerpräsident, Gaston *Eyskens*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* über Hilfsmaßnahmen für den Kohlenbergbau Belgiens.

24. Der Bundesrat protestiert auf seiner Plenarsitzung in Berlin gegen die dauernde Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit in der Sowjetzone und erhebt Einspruch gegen die „kaltherzige und heimtückische“ Knebelung der Freizügigkeit. In Uebereinstimmung mit der Entschließung des Bundestages bekennt sich der Bundesrat zu dem Vorschlag eines Viermächtegremiums, das gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage vorbereiten soll, und hebt seinen unerschütterlichen Willen zur Einheit hervor. Zum Bundesratspräsidenten für das kommende Jahr wird der Bürgermeister der Hansestadt Bremen, Wilhelm *Kaisen*, gewählt.

Der Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer*.

Bundespressechef Felix *von Eckardt* bestätigt auf einer Pressekonferenz in Bonn, daß Ministerpräsident Charles *de Gaulle* am 14. September in persönlichen Schreiben an Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan sowie in einem an die Regierungen der NATO-Staaten gerichteten Aide-mémoire die Bildung eines Drei-Mächte-Direktoriums als Führungsgremium der NATO vorgeschlagen habe. Die Vorschläge de Gaulles werden am 31. Oktober in einem Gespräch zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und dem französischen Botschafter erörtert.

28. Auf einer Wahlkundgebung in Berlin richtet der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, neue Angriffe gegen den Viermächtestatus Berlins. Er vergleicht West-Berlin mit Quemoy: Beide Inseln würden nicht nur als Provokationszentren mißbraucht, sondern bildeten gleichermaßen einen unrechtmäßig von ihrem Hinterland abgetrennten Bestandteil des Landes. Berlin gehöre zum Territorium der DDR.

Frankreich

23. Ministerpräsident Charles *de Gaulle* fordert in einer Pressekonferenz in Paris die algerischen Aufständischen auf, die Waffen niederzulegen, wenn es ihnen mit Verhandlungen ernst sei (vgl. Algerien). Ihre Unterhändler würden wie die Vertreter einer kriegführenden Partei behandelt werden und freies Geleit nach Frankreich erhalten. Ferner kündigt de Gaulle an, daß Frankreich in Kürze Atommacht werde. Wenn die anderen Weltmächte mit diesen Waffen ausgerüstet blieben, könne Frankreich nicht bei seiner „chronischen und gigantischen Unterlegenheit“ bleiben.

24. Ministerpräsident Charles *de Gaulle* erklärt auf einer Pressekonferenz, daß er sich nicht in den Wahlkampf einmischen werde. Diese Unparteilichkeit verpflichte ihn auch, darauf zu sehen, daß sein Name im Titel keiner Partei und von keinem Kandidaten verwendet werde.

Griechenland

29. In einem Kommuniqué der Regierung wird die starre Haltung Großbritanniens und der Türkei für das Nichtzustandekommen einer Cypern-Konferenz verantwortlich gemacht. (Vgl. Zeittafel in EA 21/1958, Nordatlantikpakt-Organisation.) Nun habe die griechische Regierung keine andere Wahl mehr, als die Cypern-Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen.

Großbritannien

17. Das Außenministerium gibt bekannt, daß die britischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland auch 1959 in einer Stärke von 55 000 Mann beibehalten werde. Eine Reduzierung auf 45 000 Mann, an die bereits für 1959 wegen der Devisenschwierigkeiten gedacht worden war, sei jetzt erst für 1960/61 vorgesehen.

20.—23. Der deutsche Bundespräsident, Theodor *Heuss*, weilt zu einem Staatsbesuch in London. Auf einem Staatsbankett im Buckingham-Palast bezeichnet Königin *Elizabeth* den Bundespräsidenten in ihrer Begrüßungsansprache als einen Vertreter der großen liberalen Tradition der Vergangenheit. Die Achtung, die er in Deutschland und im Ausland genieße, sei seit den ersten Tagen der Bundesrepublik ein Unterpfand ihrer Stabilität. In seiner Rede betont Präsident Heuss die engen Bande, mit denen beide Staaten durch ihre Mitgliedschaft in der NATO und in der WEU verknüpft seien.

27. In London wird die Nigeria-Verfassungskonferenz beendet. Kolonialminister Alan T. *Lennox-Boyd* kündigt an, daß Nigeria am 1. Oktober 1960 die Unabhängigkeit erhalten werde.

Der Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak*, führt mit Premierminister Harold *Macmillan* und Außenminister Selwyn *Lloyd* in London Besprechungen über die Cypern-Frage.

31. In einem in London veröffentlichten Weißbuch der britischen Regierung über die Cypern-Frage erklärt diese ihre Bereitschaft, an einer Konferenz zur Lösung dieser Frage teilzunehmen. Das Weißbuch enthält ferner Vorschläge des Generalsekretärs der NATO, Paul-Henri *Spaak*, für eine Regelung der Cypern-Frage.

Italien

19. Im Anschluß an die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Papst *Pius XII.* führt der amerikanische

Außenminister, John Foster *Dulles,* mit Ministerpräsident Amintore *Fanfani* in Rom Besprechungen über internationale und Mittelmeerfragen.

Jugoslawien

17. Die Regierung überreicht dem Gesandten der DDR eine Note, in der gegen die im Sofioter Kommuniqué vom 12. Oktober (vgl. Zeittafel in EA 21/1958, Bulgarien) enthaltene Kritik an der jugoslawischen Regierung protestiert wird.

20. Der indonesische Ministerpräsident, Hadji *Djuanda,* führt auf Brioni Besprechungen mit Marschall *Tito.* In einem nach Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué wird ausgeführt, daß die beiden Länder übereingekommen seien, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit noch mehr zu fördern.

Norwegen

27. Außenminister Halvard *Lange* erklärt in der außenpolitischen Debatte des Storting, der Rapacki-Plan einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sei in seiner gegenwärtigen Form nicht annehmbar. Eine unumgängliche Voraussetzung sei ein wirksames Kontrollsystem gegen Ueberraschungsangriffe. Ferner müßten in einen solchen Plan auch die konventionellen Waffen einbezogen werden.

27.—31. Besuch des polnischen Außenministers, Adam *Rapacki.* Auf einem Empfang der norwegischen Regierung erklärt Rapacki, Polen sei bereit, eine engere Verbindung von nuklearer und konventioneller Abrüstung zu erörtern. In einem zum Abschluß der Besprechungen veröffentlichten Kommuniqué heißt es, daß ungeachtet der Verschiedenheit der politischen Systeme zwischen Norwegen und Polen große Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestünden.

Oesterreich

16. Verteidigungsminister Ferdinand *Graf* erörtert in einer Rede vor Vertretern der Industrie die internationale Sonderstellung Oesterreichs zwischen den Machtblöcken der NATO und des Warschauer Paktes. Das außenpolitische Verhältnis Oesterreichs zu seinen Nachbarn werde um so besser sein, je stärker seine Landesverteidigung sei. Ihr Zweck bestehe darin, jeder Macht eine Verletzung der österreichischen Neutralität als zu riskant erscheinen zu lassen.

Schweiz

31. In Genf beginnt die Konferenz der drei Atommächte über die Einstellung von Kernwaffenversuchen.

Sowjetunion

19.—24. Der Verteidigungsminister der Vereinigten Arabischen Republik, Marschall Abdel Hakim *Amer,* hält sich zu einem Besuch in Moskau auf. In einer Rede erklärt Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow,* daß die Sowjetunion sich an keinem westlichen Unterstützungsprogramm für die unterentwickelten Länder beteiligen werde. Sie werde nicht den Imperialisten helfen, die arabischen Staaten weiter auszubeuten, sondern ihnen eigene Hilfe angedeihen lassen. Am 23. Oktober gibt Chruschtschow anläßlich eines Empfanges im Kreml bekannt, daß die Sowjetunion der Vereinigten Arabischen Republik einen Kredit von 400 Millionen Rubel für den Bau des Assuan-Staudammes bewilligt habe.

30. In einer durch *TASS* verbreiteten Erklärung lehnt die Regierung den Vorschlag der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ab, die Kernwaffenversuche für ein Jahr einzustellen. Den Vereinigten Staaten und Großbritannien wird vorgeworfen, die Einstellung vorgeschlagen zu haben, nachdem sie selbst „die bis heute größte Versuchsserie mit Atomwaffen" durchgeführt hätten. Diese Handlungen der Westmächte gewährten der Sowjetunion das Recht, ihre Kernwaffenversuche fortzusetzen, bis die Zahl der sowjetischen Experimente diejenige der von den Westmächten seit dem 31. März 1958 durchgeführten Versuche erreicht habe.

31. In Noten an die Vereinigten Staaten und Großbritannien gibt die sowjetische Regierung ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die in Genf beginnenden Besprechungen zu einer Einstellung der Kernwaffenversuche durch alle Staaten für alle Zeiten führen werden. Nach wie vor sei die sowjetische Regierung der Auffassung, daß die Abhaltung dieser Konferenz auf Außenminister-Ebene die günstigsten Möglichkeiten zur Herbeiführung einer solchen Vereinbarung bieten würde. Sie schlage deshalb vor, daß die Außenminister zu einem späteren Zeitpunkt an der Genfer Konferenz teilnehmen sollten.

Tschechoslowakei

18. Der Verteidigungsminister der Vereinigten Arabischen Republik, Marschall Abdel Hakim *Amer,* beendet einen zehntägigen Besuch in der Tschechoslowakei, wo er Besprechungen mit den Ministern für Außenhandel und Schwerindustrie führte. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué heißt es, die Unterredungen hätten sich auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen bezogen.

Vatikan

28. Zum neuen Papst wird der Patriarch von Venedig, Kardinal Angelo Giuseppe *Roncalli,* gewählt. Er nimmt den Namen *Johannes XXIII.* an.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

19. In einem Presseinterview in Kairo fordert der Chef der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* ein gemeinsames Vorgehen der westlichen Alliierten zur Beendigung der Kämpfe in Algerien. Er wiederholt die Bereitschaft seiner Regierung zu Verhandlungen mit Frankreich. Am 24. Oktober weist Ferhat Abbas in einer Presseerklärung die Verhandlungsvorschläge von Ministerpräsident Charles *de Gaulle* (vgl. Frankreich) zurück, da dieser nicht Verhandlungen, sondern bedingungslose Uebergabe wolle.

22. Der Informationsminister der algerischen Exilregierung, M'Hamed *Yazid,* erklärt in New York die Be-

reitschaft der FLN zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Die Frage der Unabhängigkeit sei keine Vorbedingung. Ueber den zukünftigen Status Algeriens führt er aus, das Ziel der FLN sei eine nordafrikanische Föderation unter Einschluß von Marokko, Tunesien und Algerien.

Kamerun

18. Ministerpräsident Ahmadou *Ahidjo* erklärt vor der gesetzgebenden Versammlung, daß er mit dem französischen Minister für überseeische Gebiete, Bernard *Cornut-Gentille,* ein Uebereinkommen über die völlige innere Autonomie des Territoriums abgeschlossen habe.

Tunesien

16. In einer Rede anläßlich der Eröffnung der neuen Parlamentssession wirft Staatspräsident Habib *Bourguiba* der Vereinigten Arabischen Republik vor, ein Werkzeug der Sowjetunion zu sein und durch Vermittlung der Sowjets zu versuchen, ihren Einfluß auf die gesamte arabische Welt zu vergrößern. Tunesien aber wolle keinen Kommunismus und bleibe auf der Seite der westlichen Welt.

Vereinigte Arabische Republik

27. Der indonesische Ministerpräsident, Hadji *Djuanda,* hält sich zu Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser* in Kairo auf. Auf einer Pressekonferenz erklärt er, er habe sich mit Präsident Nasser über Probleme des Mittleren und Fernen Ostens sowie über beide Länder interessierende Fragen unterhalten.

AMERIKA

Paraguay

30. Der argentinische Staatspräsident, Arturo *Frondizi,* ruft in einer Rede vor dem paraguayischen Parlament anläßlich seines Staatsbesuches in Asuncion die lateinamerikanischen Länder auf, sich zu einem unabhängigen regionalen Block zusammenzuschließen und mit gemeinsamer Kraft ihre wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen.

Vereinigte Staaten

20. In Beantwortung der sowjetischen Note vom 1. Oktober (vgl. Zeittafel in EA 21/1958, Sowjetunion) erklärt die Regierung, die Genfer Besprechungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche sollten auf Botschafterebene beginnen. Bei einem erfolgreichen Verlauf der Besprechungen sei Außenminister John Foster *Dulles* bereit, an den späteren Sitzungen der Konferenz teilzunehmen.

27. In einem Gespräch mit dem jugoslawischen Botschafter, Marko *Nikezic,* verspricht Präsident *Eisenhower* Jugoslawien auch für die Zukunft wirtschaftliche und technische Hilfe. Er erklärt, die Vereinigten Staaten wollten Jugoslawien bei der Bewahrung seiner Unabhängigkeit „frei von jeder ausländischen Beherrschung“ unterstützen.

29. Der Vorsitzende der Atomenergiekommission, John A. *McCone,* erklärt auf einer Pressekonferenz, daß die Vereinigten Staaten gezwungen sein könnten, ihre Haltung bezüglich eines einjährigen Versuchsstops für Kernwaffen zu überprüfen, wenn die Sowjetunion ihre Experimente fortsetze.

31. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in einer Presseverlautbarung, das Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Außenminister John Foster *Dulles* und Generalissimus *Tschiang Kai-schek* vom 23. Oktober (vgl. China) dürfe nicht als Verzicht auf das Recht der Selbstverteidigung ausgelegt werden. Die Republik China habe lediglich darauf verzichtet, einen Krieg zur Wiederherstellung ihrer Macht auf dem Festland zu beginnen; dies schließe jedoch nicht aus, daß sie im Falle eines umfassenden Aufstandes auf dem Festland mit militärischer Gewalt eingreifen könne.

ASIEN

Burma

28. Ministerpräsident *U Nu* erläutert vor dem Parlament seinen Rücktritt zugunsten des Oberbefehlshabers der Armee, General *Ne Win* (vgl. Zeittafel in EA 21/1958). U Nu begründet seinen Rücktritt damit, daß unter den herrschenden Umständen die Gefahr bestehe, die für das kommende Frühjahr geplanten Wahlen könnten nicht frei durchgeführt werden. Es sei nun Aufgabe einer Militärregierung, die Aufständischen niederzuwerfen und die Ordnung wiederherzustellen. Am 29. Oktober wird die Bildung einer neuen Regierung mit General Ne Win als Ministerpräsident bekanntgegeben. Außenminister wird Sein *Maung*.

China (Formosa)

21.—23. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles,* führt in Taipeh Besprechungen mit Generalissimus *Tschiang Kai-schek* über die Lage in der Straße von Formosa. In einem Kommuniqué wird ausgeführt, die Gesprächspartner seien sich einig, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Verteidigung von Quemoy und Matsu eng mit derjenigen von Formosa und den Pescadoren verbunden sei. Doch hoffe man, daß die Kommunisten es nicht auf einen allgemeinen Krieg ankommen lassen. Das Kommuniqué schließt mit dem Hinweis, daß die Abkommen zwischen beiden Staaten rein defensiver Natur seien und daß die Befreiung des chinesischen Festlandes nicht mit Gewalt erfolgen solle.

Volksrepublik China

20. Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, daß die Küstenbatterien die Beschießung von Quemoy wieder aufgenommen haben. In einer durch Radio Peking verbreiteten Erklärung begründet Verteidigungsminister *Peng Teh-huai* diese Maßnahme damit, daß „die Behörden von Taiwan in der Nacht auf den 20. Oktober und am Morgen des 20. Oktober amerikanische Kriegsschiffe zur Eskortierung in die Gewässer von Quemoy eindringen ließen“.

Jordanien

21. Ministerpräsident Samir *Rifai* erklärt vor dem Parlament, die jordanische Regierung sei bereit, mit der Vereinigten Arabischen Republik wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die Wieder-

aufnahme hänge davon ab, ob alle arabischen Staaten die Richtlinien der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 21. August gebilligten Resolution (vgl. den Wortlaut auf S. 11 260) befolgten.

Korea

25. Die letzten chinesischen Truppen verlassen Nordkorea.

Libanon

17. Die Kammer spricht der neugebildeten Regierung Raschid *Karame* mit den Stimmen aller 50 anwesenden Abgeordneten das Vertrauen aus.
23. Ministerpräsident Raschid *Karame* erklärt in einer Pressekonferenz, seine Regierung wünsche mit der Vereinigten Arabischen Republik wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen.
25. Die letzten amerikanischen Truppen verlassen das Land.

Pakistan

19. General Mohammed *Ayub Khan*, der Oberbefehlshaber der pakistanischen Truppen und Administrator unter dem Standrecht (vgl. Zeittafel in EA 21/1958) erklärt vor Journalisten in Karatschi, die pakistanische Armee werde sehr bald wieder ihre normalen Funktionen wahrnehmen. Als vordringliche Probleme, die noch gelöst werden müßten, nennt er eine Bodenreform, eine Reform des Rechts- und Erziehungswesens sowie die Eingliederung der Flüchtlinge. Am 24. Oktober gibt Präsident Iskander *Mirza* die Bildung eines neuen Kabinetts bekannt. General Ayub Khan wird zum Ministerpräsidenten und Minister für Kaschmir-Angelegenheiten ernannt. Er behält das Amt des Administrators unter dem Standrecht. Außenminister wird Mansur *Quadir*. Am 28. Oktober gibt Präsident Mirza seinen Rücktritt bekannt. In einer Proklamation erklärt General Ayub Khan die Abschaffung des Präsidentenamtes.
23. General Mohammed *Ayub Khan* erklärt auf einer Pressekonferenz in Dacca, daß es vom militärischen Standpunkt und aus Sicherheitsgründen notwendig sei, die Befreiung von Jammu und Kaschmir weiter zu betreiben.

Saudi-Arabien

26. Ministerpräsident Emir *Faisal* erklärt in Mekka, Saudi-Arabien habe den Wunsch, seine Neutralität zu wahren. Es nehme gegenüber den anderen arabischen Ländern eine brüderliche Haltung ein, um unter ihnen vermitteln zu können.

Thailand

20. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Marschall Sarit *Thanarat*, setzt durch einen Staatsstreich die Regierung ab und verhängt das Kriegsrecht. In einer Rundfunkansprache erklärt der Marschall, er habe der ernsten kommunistischen Bedrohung von innen und von außen begegnen und die Monarchie bewahren wollen. Am 21. Oktober hebt der Marschall die Verfassung auf und verbietet die politischen Parteien. Ein Komitee wird eingesetzt, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Unter Leitung von Pote *Sarasin* wird eine Interimsregierung gebildet.

AUSTRALIEN

Australischer Bund

19.—24. Der Australische Bund und die Niederlande beschließen auf einer Konferenz über den zukünftigen Status von Neuguinea in Melbourne gemeinsame Maßnahmen zur Entwicklung der Insel unter Heranziehung der Eingeborenen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

17. Der Treuhandschaftsrat empfiehlt einstimmig die Aufhebung der Treuhandschaft über Togo, wenn dieses Territorium 1960 die Unabhängigkeit erhalten wird.
30. Die Vollversammlung verurteilt in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution die Apartheid-Politik der Regierung der Südafrikanischen Union.

Arabische Liga

18. Der Rat der Arabischen Liga beschließt, der algerischen Exilregierung eine finanzielle Hilfe in Höhe von 34,4 Millionen Dollar zur Fortführung des Kampfes in Algerien zu gewähren.
29. Das Sekretariat teilt mit, daß das Scheichtum Kuweit nunmehr als Mitglied der Arabischen Liga angesehen werde.

Bagdadpakt

23. Der Rat der Stellvertreter der Außenminister tagt in Ankara. (Der Irak nimmt an der Tagung nicht teil.) In einem Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß die Sessionen des ständigen Sekretariats, des Rates der Stellvertreter der Außenminister und des Militärausschusses in Zukunft in Ankara statt in Bagdad stattfinden werden. Der künftigen Haltung der irakischen Regierung gegenüber der Paktorganisation solle damit nicht vorgegriffen werden.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

23.—28. Tagung des Ministerausschusses für die Freihandelszone in Paris. Der Ministerausschuß beschäftigt sich mit einer Denkschrift der sechs Mitgliedstaaten der EWG über die Freihandelszone, in der ein Abkommen befürwortet wird, das auf multilateraler Grundlage die Assoziierung der übrigen OEEC-Länder mit dem Gemeinsamen Markt der Sechs ermöglicht. In einer Pressekonferenz am 30. Oktober erklärt der Vorsitzende des Ausschusses, Reginald *Maudling*, daß die Konferenz auf dem Gebiete der Agrarpolitik gute Fortschritte gemacht habe, doch sei in den Fragen der Ursprungskennzeichnung und der Handelspolitik kein Uebereinkommen erzielt worden. Eine Ratifizierung der Verträge zur Freihandelszone durch die nationalen Parlamente bis zum 31. Dezember erscheine deshalb kaum möglich, doch hoffe er, daß es gelingt, bis zu diesem Datum zu einem prinzipiellen Uebereinkommen zu gelangen. Andernfalls bestehe die Gefahr einer sehr schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Teilung Europas.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. November 1958

Die Ereignisse in Europa

Belgien

6. Ministerpräsident Gaston *Eyskens* gibt eine Umbildung der Regierung bekannt. Stellvertretender Ministerpräsident wird Albert *Lilar*, Finanzminister Jean *van Houtte*, Verteidigungsminister Arthur *Gilson*. Pierre *Wigny* bleibt Außenminister.

Dänemark

2. Der Führer der Kommunistischen Partei seit 1932, Aksel *Larsen*, tritt von seinen Funktionen zurück. In einer Erklärung des Kongresses der Kommunistischen Partei wird Larsen der Bildung revisionistischer Gruppen beschuldigt.

Deutschland

5. Vor 6000 Belegschaftsmitgliedern der AEG weist der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt*, die Behauptungen des 1. Sekretärs der SED, Walter *Ulbricht*, vom 28. Oktober (vgl. Zeittafel auf Seite 11 261 dieser Folge), daß Berlin zum Territorium der DDR gehöre, zurück. Er erklärt, Berlin und die Sowjetzone gehörten zu Deutschland, die Hauptstadt Deutschlands aber sei und bleibe Berlin, und zwar das ganze Berlin. Eine Aenderung des Status von Berlin verletze die gültigen Viermächtevereinbarungen.

7.—8. Der kanadische Premierminister, John *Diefenbaker*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer*. Im Mittelpunkt der Besprechungen stehen Fragen der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft und die möglichen Folgen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas. Auf einer Pressekonferenz lehnt Diefenbaker den französischen Plan eines politischen Führungsgremiums innerhalb der NATO ab. Er betont, daß er eine Reorganisation der derzeitigen NATO-Struktur nicht für notwendig halte, doch sollten sich die Verbündeten jederzeit untereinander konsultieren. Ferner schlägt Diefenbaker vor, den revidierten Rapacki-Plan (vgl. Polen) auf der Dezemberkonferenz der NATO zu prüfen. In einem zum Abschluß der Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué sichert der kanadische Ministerpräsident der Bundesregierung sein volles Verständnis für die aus der deutschen Spaltung erwachsenen besonderen Probleme zu.

8. Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* kehrt von einer fünfwöchigen Reise durch sieben asiatische Länder zurück. Bei seiner Ankunft erklärt er, daß die Bundesrepublik ihr Bestes tun werde, um im Rahmen der Möglichkeiten den Völkern Asiens zu helfen.

10. Der griechische Ministerpräsident, Konstantin *Karamanlis*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer*. Zum Abschluß der Besprechungen spricht der Bundeskanzler seine Genugtuung darüber aus, daß die Gespräche völlige Uebereinstimmung in den Grundlinien der Politik erbracht hätten. In einem gemeinsamen Kommuniqué der beiden Regierungschefs wird die Notwendigkeit betont, die Bemühungen beider Länder zur Festigung der internationalen Sicherheit und zur Organisation der europäischen Gemeinschaft zu koordinieren. Es wird der gemeinsamen Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit die Voraussetzung für eine dauernde Entspannung und einen wahren Frieden in Europa und der Welt bilde. Die Frage der Unabhängigkeit der Bevölkerung Cyperns sei in ihrem politischen und moralischen Aspekt aufgeworfen worden. Der Bundeskanzler gibt dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck, daß den an dieser Frage interessierten Mächten eine zufriedenstellende Lösung gelingen möge. Im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder wird die Bundesrepublik Griechenland eine Anleihe von 200 Millionen DM gewähren.

12. In einer offiziellen Stellungnahme zu der Rede von Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* (vgl. Sowjetunion) erklärt die Bundesregierung, daß eine einseitige sowjetische Aufkündigung des Berliner Viermächtestatus ein Bruch des Völkerrechts sei und das deutsch-sowjetische Verhältnis in Mitleidenschaft ziehen würde. Darüber hinaus würden die bereits bestehenden weltpolitischen Spannungen in gefährlicher Weise verschärft.

Die Regierung der DDR fordert in einem „Weißbuch über die aggressive Politik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik", das zusammen mit einem Memorandum etwa 60 Staaten übermittelt wurde, diese Staaten auf, ihre diplomatischen Beziehungen zu Deutschland nicht auf die Bundesrepublik zu beschränken, sondern die DDR als „eine Basis für ein friedliebendes und demokratisches Gesamtdeutschland" anzuerkennen.

Der Ministerpräsident der DDR, Otto *Grotewohl*, erklärt auf einer Pressekonferenz in Berlin, daß die Anwesenheit fremder Truppen für jedes Volk unerwünscht sei. Die Sowjetunion überprüfe daher die Frage des Rückzugs ihrer Streitkräfte aus Deutschland, natürlich unter der Voraussetzung, daß die übrigen Mächte, die Streitkräfte in Deutschland unterhielten, ein Gleiches täten. Berlin sei nicht das Hauptproblem der deutschen Frage. Das vordringlichste Problem sei, zu einem Uebereinkommen innerhalb Deutschlands zu kommen, das eine Erhaltung des Friedens garantiere.

14. Der Bundesrat wählt den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Gebhard *Müller*, zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Joseph *Wintrich*.

15. Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt vor Journalisten in Bad Godesberg, durch die Rede von Ministerpräsident *Chruschtschow* (vgl. Sowjetunion) sei eine äußerst gefährliche Lage nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für die ganze Welt entstanden.

Adenauer warnt davor, am Viermächtestatus Berlins etwas zu ändern. Sollte es zu einer Abschnürung Berlins kommen, könne man mit Gegenmaßnahmen antworten, und es könnten sich dann Konsequenzen für den Interzonenhandel ergeben.

Frankreich

5.—6. Der kanadische Premierminister, John *Diefenbaker,* führt in Paris Besprechungen mit Ministerpräsident Charles *de Gaulle.* In einem nach Abschluß der Besprechungen veröffentlichten Kommuniqué wird die tiefe Verbundenheit und Freundschaft betont, die beide Staaten miteinander verbinde.

14. Im Anschluß an die Sitzung des Ministerrats erklärt Informationsminister Jacques *Soustelle,* daß es Frankreich nicht möglich sei, die Freihandelszone im britischen Sinne zu verwirklichen. Das bedeute aber nicht, daß es nicht eine Lösung gebe, die die Gemeinschaft der Sechs wie die übrigen europäischen Länder in ihren wirtschaftlichen Beziehungen befriedigen könne.

Großbritannien

1.—4. Besuch des kanadischen Premierministers, John *Diefenbaker.* In einer Rede anläßlich einer britisch-kanadischen Zusammenkunft bezeichnet Diefenbaker wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Ausdehnung des Handels als ein Mittel, den drohenden kommunistischen Vormarsch auf dem Weltmarkt einzudämmen. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Länder des britischen Commonwealth.

6. Der französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville,* führt in London Besprechungen mit Außenminister Selwyn *Lloyd,* bei denen u. a. die Probleme der Freihandelszone erörtert werden.

11. Premierminister Harold *Macmillan* erklärt in einer Rede vor dem Unterhaus, Großbritannien sei nicht bereit, den sowjetischen Plan einer sofortigen Einstellung der Kernwaffenversuche ohne ein gleichzeitiges Abkommen über ein Kontrollsystem anzunehmen.

12. In einer Erklärung über die britische Cypern-Politik vor dem Unterhaus weist Premierminister Harold *Macmillan* auf die Bereitschaft der Regierung hin, eine Cypern-Konferenz am Runden Tisch zu ermöglichen. Er spricht die Hoffnung aus, daß Griechenland nach den bevorstehenden Diskussionen in den Vereinten Nationen den Weg zu einer im Rahmen der NATO durchgeführten Konferenz finden möge.

Polen

4. Auf einer Pressekonferenz in Warschau erklärt Außenminister Adam *Rapacki,* die polnische Regierung sei bereit, ihren Plan einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa derart zu modifizieren, daß in einer ersten Etappe die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei, der DDR und der Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen auf ihrem Territorium sowie auf die Ausrüstung ihrer Armeen mit Kernwaffen verzichten, während gleichzeitig entsprechende Kontrollmaßnahmen eingeführt würden. In der zweiten Etappe solle mit der völligen Befreiung dieser Zone von Atomwaffen eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte einhergehen.

Schweiz

10. In Genf beginnt die Expertenkonferenz zur Verhinderung von Ueberraschungsangriffen. In der Eröffnungssitzung erklärt der sowjetische Delegationschef, der stellvertretende Außenminister Wassilij *Kusnezow,* die Konferenz solle konkrete Maßnahmen vorbereiten, die sofort verwirklicht werden könnten. Um die Gefahr eines Ueberfalls auszuschalten, müßten alle Kernwaffen verboten und zerstört, die Stützpunkte im Ausland aufgegeben und auch die konventionellen Waffen und Streitkräfte reduziert werden. Der amerikanische Delegationschef, William *Foster,* betont dagegen den Expertencharakter der Konferenz.

Sowjetunion

1. In einer Antwortnote an die Regierung der Vereinigten Staaten auf deren Note vom 10. Oktober (vgl. Zeittafel in EA 21/1958, Vereinigte Staaten) erklärt die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur Teilnahme an den für den 10. November in Genf geplanten Expertengesprächen über die Sicherung vor Ueberraschungsangriffen. In der Note werden Polen, Rumänien, Albanien und die Tschechoslowakei als weitere Konferenzteilnehmer des Ostblocks nominiert.

2. In einer Note an die italienische Regierung warnt die Sowjetregierung Italien vor der Errichtung von Abschußrampen für amerikanische Raketen.

7. Anläßlich der Feiern zum 41. Jahrestag der Oktoberrevolution beschuldigt Verteidigungsminister Marschall Rodion J. *Malinowski* die Westmächte der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder und der Fortführung des Wettrüstens. Der erste stellvertretende Ministerpräsident Anastas I. *Mikojan* erklärt unter Hinweis auf die Krisen im Mittleren und Fernen Osten, die kommunistischen Staaten hätten durch ihre Praxis bewiesen, daß der Krieg heute keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit mehr sei.

8. In einer durch *TASS* verbreiteten Erklärung wird der Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Süd-Korea gefordert.

10. Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt auf einer Kundgebung in Moskau, es sei nur korrekt, wenn die Sowjetunion ihren Teil der Kontrolle Berlins an die Regierung der DDR übertrage. Er fordert die Westmächte auf, diesem Schritt zu folgen. Die Westmächte hätten wiederholt das Potsdamer Abkommen verletzt, so daß von ihm nur die Viermächtekontrolle Berlins übriggeblieben sei. Es sei nun an der Zeit, aus dieser Lage die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Westmächte sollten selbst ihre Beziehungen mit der DDR regeln und mit ihr in Verbindung treten, wenn irgendwelche Berlin betreffende Fragen sie interessierten.

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Kommentator Walter *Lippmann* erklärt Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow,* daß ein neuer deutsch-sowjetischer Pakt nach der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur möglich, sondern wahrscheinlicher sei als zur Zeit Hitlers. Er stimme freien Verhandlungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu und werde ein von ihnen ausgehandeltes Uebereinkommen ohne weiteres annehmen, sofern es den Frieden garantiere.

In Beantwortung der Note der Vereinigten Staaten vom 8. November (vgl. Vereinigte Staaten) wird erklärt, daß die Sowjetregierung der Auffassung sei, es sei die Aufgabe der Genfer Experten-Konferenz, praktische Empfehlungen für Maßnahmen zur Verhütung eines Ueberraschungsangriffes auszuarbeiten, die von Abrüstungsmaßnahmen begleitet sein sollten.

11. Die polnische Partei- und Regierungsdelegation, die sich unter Führung des 1. Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw *Gomulka*, seit dem 24. Oktober in der Sowjetunion zu einem Freundschaftsbesuch aufhielt, tritt ihre Rückreise an. In einer gemeinsamen Erklärung wird ausgeführt, daß Polen und die Sowjetunion die Vorschläge der DDR zur Einleitung von vorbereitenden Verhandlungen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützten. Die beiden Delegationen geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einen wirksamen Beitrag zur Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges und zur Verstärkung der Sicherheit Europas leisten könnte.

15. In einer Rede vor Absolventen der sowjetischen Militärakademie erklärt Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow*, die Sowjetregierung bereite ein Dokument über den Status von Berlin vor. Unter Hinweis auf die amerikanische Erklärung, die Westmächte würden Berlin notfalls mit Waffengewalt verteidigen (vgl. Vereinigte Staaten), erklärt Chruschtschow, die sowjetische Regierung habe, als sie von Berlin sprach, nicht erklärt, daß sie gegen den Westen kämpfen wolle.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

1. Anläßlich des vierten Jahrestages der algerischen Erhebung erklärt der Chef der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*, in einer Rede in Kairo, seine Regierung sei nach wie vor bereit, mit Frankreich über eine friedliche Regelung der algerischen Frage zu verhandeln. Friedensverhandlungen bedeuteten jedoch nicht Kapitulation. In einem Interview mit der belgischen Nachrichtenagentur *Belga* am 11. November in Kairo erklärt Ferhat Abbas, er würde jede Initiative der Vereinten Nationen, die zu einer Annäherung zwischen Frankreich und seiner Regierung führe, sowie Verhandlungen unter den Auspizien der Vereinten Nationen begrüßen.

AMERIKA

Argentinien

11. Präsident Arturo *Frondizi* verhängt den Belagerungszustand, um dem seit Ende Oktober andauernden Streik der Erdölarbeiter ein Ende zu machen. Die Regierung gibt am 13. November bekannt, daß es gelungen sei, ein unter Beteiligung des Vizepräsidenten Alejandro *Gomez* vorbereitetes Komplott zu verhindern.

Kuba

3. Bei den Präsidentenwahlen wird der ehemalige Ministerpräsident Andres Rivero *Aguero* zum Nachfolger von Präsident Fulgencio *Batista* gewählt.

Venezuela

13. Konteradmiral Wolfgang *Larrazabal* legt sein Amt als Präsident der Regierungsjunta nieder. Zu seinem Nachfolger wird am 14. November Edgar *Sanabria* ernannt.

Vereinigte Staaten

4. Bei den Kongreß- und Gouverneurswahlen erzielen die Demokraten bei hoher Wahlbeteiligung große Stimmengewinne. Im neuen Senat haben die Demokraten 62 Sitze, die Republikaner 34. Im Repräsentantenhaus erringen die Demokraten 282 und die Republikaner 152 Sitze. Von den Gouverneuren gehören nach der Wahl 34 der Demokratischen und 14 der Republikanischen Partei an.

7. Außenminister John Foster *Dulles* erklärt auf einer Pressekonferenz, daß der demokratische Wahlsieg nichts an der außenpolitischen Haltung der Vereinigten Staaten ändere. Die Regierung müsse maßgeblich sprechen, aber sie werde in wichtigen Fällen die Kongreßführer konsultieren. Auch der Führer der demokratischen Senatsmehrheit, Lyndon *Johnson*, betont, daß die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik nicht mit zwei Stimmen sprechen dürften. Er fordert jedoch eine Ueberprüfung der amerikanischen Politik.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* nimmt in einer offiziellen Erklärung zu der Fortführung der sowjetischen Kernwaffenversuche Stellung: diese stünden im Gegensatz zu der Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen (vgl. Vereinte Nationen). Das Vorgehen der Sowjetunion entbinde somit die Vereinigten Staaten von jeder Verpflichtung, die sie mit ihrem Angebot zur Einstellung der Kernwaffenversuche (vgl. EA 18/1958, S. 11 071) eingegangen seien. Obwohl die amerikanische Versuchsserie am 31. Oktober noch nicht abgeschlossen gewesen sei, würden die Vereinigten Staaten jedoch vorläufig ihre Versuche nicht wieder aufnehmen.

8. In Beantwortung der sowjetischen Note vom 1. November (vgl. Sowjetunion) weisen die Vereinigten Staaten darauf hin, daß die Expertengespräche zur Verhinderung von Ueberraschungsangriffen nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie sich auf die Erörterung technischer Maßnahmen beschränkten.

11. In einer Erklärung des Außenministeriums wird die Behauptung *Chruschtschows* (vgl. Sowjetunion), daß die Westmächte den Viermächtestatus Berlins verletzt hätten, zurückgewiesen. Das Recht der Westmächte auf freien Zutritt zu Berlin beruhe auf ihrem Recht zur Besetzung und sei durch zahlreiche Viermächteabkommen bestätigt worden. Keine der vier Mächte könne sich daher durch einseitige Maßnahmen dieser Verantwortung entziehen. In diesem Zusammenhang wird auf eine Presseerklärung von Außenminister John Foster *Dulles* vom 7. November hingewiesen, in der dieser erklärt hatte, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, Berlin, wenn nötig, auch mit militärischer Gewalt zu halten.

ASIEN

Volksrepublik China

1\. Außenminister *Tschen Yi* erklärt in einem Interview in Peking, daß die Befreiung von Formosa, Matsu, Quemoy und den Pescadoren für China eine Lebensnotwendigkeit sei. Die Vereinigten Staaten sollten sich aus der Straße von Formosa zurückziehen; davon sei auch der Erfolg der Warschauer Botschaftergespräche weitgehend abhängig.

Jordanien

2\. Die letzten britischen Truppen verlassen Jordanien.

10\. König *Hussein* bricht seinen Flug zu einem Erholungsurlaub in Europa nach einem Luftzwischenfall über Syrien ab. In einer Rundfunkansprache erklärt der König, er sei, als er einer Aufforderung von Behörden der Vereinigten Arabischen Republik zur Landung in Damaskus nicht nachgekommen sei, von zwei Jägern angegriffen worden.

Libanon

7\. In einer Note an die Vereinigte Arabische Republik wird die Hoffnung ausgesprochen, daß alle Hindernisse, die einem normalen Handels- und Transitverkehr zwischen beiden Ländern im Wege stehen, beseitigt werden. In einer zweiten Note fordert die libanesische Regierung die Aufhebung des Einfuhrverbots für libanesische Zeitungen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

4\. Die Vollversammlung billigt mit 49 gegen 9 Stimmen (Sowjetblock) bei 22 Enthaltungen eine von den Vereinigten Staaten und 16 weiteren Ländern eingebrachte Resolution zur Einstellung der Kernwaffenversuche. Darin werden die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion aufgefordert, keine Anstrengungen zu scheuen, um in Genf zu einem Uebereinkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in Verbindung mit einem wirksamen internationalen Kontrollsystem zu kommen. Die drei Atommächte werden aufgefordert, während der Genfer Verhandlungen ihre Versuche einzustellen. Einen von Indien vorgebrachten Resolutionsentwurf, in dem eine sofortige Einstellung aller Kernwaffenversuche gefordert wird, lehnt die Vollversammlung mit 41 gegen 27 Stimmen bei 13 Enthaltungen ab. Sie billigt mit 55 gegen 9 Stimmen (Sowjetblock) bei 12 Enthaltungen eine von Oesterreich, Japan und Schweden eingebrachte Resolution, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, die Genfer Konferenz möge zu einem erfolgreichen Abschluß führen. Den gleichen Wunsch spricht die Vollversammlung in einer mit 75 gegen 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommenen Resolution für die am 10. November beginnenden Genfer Expertengespräche über die Verhinderung von Ueberraschungsangriffen aus. Ferner beschließt die Vollversammlung auf Vorschlag von Indien und Jugoslawien, die Abrüstungskommission für das Jahr 1959 auf alle 81 Mitgliedstaaten zu erweitern (75 gegen 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen).

UNESCO

5\. In Paris wird die 10. Generalkonferenz eröffnet. Am 6. November werden Kuweit, die Antillen-Föderation und Somaliland als assoziierte Mitglieder aufgenommen. Die von der Sowjetunion beantragte Aufnahme der Volksrepublik China wird abgelehnt. In einer Rede vor der Generalkonferenz beschuldigt der sowjetische Delegierte Nikolai G. Kusnetzow die Organisation der Parteinahme im Kalten Krieg; er droht an, daß die Sowjetunion der UNESCO ihre finanzielle Unterstützung entziehen werde.

Colombo-Plan

10\.—13. In Seattle (USA) tagt die Jahresversammlung der 18 Staaten des Colombo-Planes. Der amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower,* umreißt in seiner Eröffnungsansprache ein Fünfpunkteprogramm zur wirtschaftlichen Förderung der unterentwickelten Gebiete: 1. Ausdehnung des internationalen Handels; 2. technische Entwicklung; 3. private Investitionen; 4. normale, durch Banken vermittelte Anleihen; 5. Finanzierung von größeren Projekten zu flexiblen Rückzahlungsbedingungen. In einem Abschluß-Kommuniqué wird die fortschreitende industrielle Entwicklung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten erwähnt.

Europäische Gemeinschaften

5\. Tagung des Ministerrates der EWG und Euratom in Brüssel. Die Minister befassen sich mit den von den Kommissionen beider Gemeinschaften vorgelegten Haushaltsvorschlägen. Der Haushalt für 1958 wird global angenommen. Für 1959 wird eine Expertenkommission der sechs Regierungen bestellt, die als „Arbeitsgruppe des Ministerrats“ in Zusammenarbeit mit den Vertretern der verschiedenen Abteilungen der beiden Gemeinschaften die einzelnen Haushaltsposten prüfen soll. Der Ministerrat einigt sich ferner auf einen Fünfjahreshaushalt in Höhe von 60 Millionen Dollar für ein wissenschaftliches Forschungsprogramm der Euratom.

8\. In Brüssel wird zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und den Vereinigten Staaten ein Abkommen zur Förderung der Kernforschung auf dem Kontinent abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten werden der Euratom 6 bis 8 Reaktoren und einen für 20 Jahre ausreichenden Uranvorrat zur Verfügung stellen sowie ein Darlehen in Höhe von 135 Millionen Dollar gewähren.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

3\. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Lauris *Norstad,* weist in einem Interview mit der Londoner *Times* die Forderung nach einer strukturellen Reorganisation der NATO (vgl. Zeittafel auf S. 11261 dieser Folge, Deutschland) zurück. Es sei die Aufgabe der NATO, ein Schutzschild in Europa zu sein und ihre Mitgliedstaaten gegen alle äußeren Angriffe zu verteidigen. Dieser Aufgabe würde die NATO in ihrer jetzigen Form durchaus gerecht.

Bücher und Broschüren

Burmeister, Werner, u. a.: Democratic Institutions in the World Today. London: Stevens and Sons 1958. X, 157 S. (The Library of World Affairs, Nr. 38). £ —/17/6.

Die sechs Abhandlungen dieses Buches gehen auf Vorträge in der Erwachsenenbildung zurück, wodurch ihre Absicht und ihre Methode bestimmt werden. Es handelt sich also nicht um wissenschaftliche Untersuchungen im strengen Sinne, dafür geben sie aber auf knappem Raum einen faßlichen Ueberblick der demokratischen Entwicklung in der letzten Zeit. Die Beiträge begnügen sich nicht mit einer Geschichte der Institutionen, sondern gehen auf die eigentlich politischen Aspekte des Themas ein. Für Westeuropa werden vergleichend Frankreich, Italien und die deutsche Bundesrepublik dargestellt, die anderen Vorlesungen behandeln die USA, den islamischen Mittleren Osten sowie Afrika. Das Buch schließt mit zwei Arbeiten über Asien, von denen die eine allgemein Süd- und Südostasien im Auge hat, während die andere einen Vergleich zwischen Indien und dem volksdemokratischen China unternimmt. *E. Kitzmüller*

von Habsburg, Otto: Entscheidung für Europa. 2. Aufl. Innsbruck-Wien-München: Tyrolia-Verlag 1958. 161 S.

Vorträge und Studien haben das Material für dieses Buch gegeben, das dennoch eine zusammenhängende Konzeption aufweist. Die politische Situation des heutigen Europa wird mit Grundvorstellungen vom staatlichen Leben konfrontiert, die vorgeblich entweder evident oder aus einer Analyse der europäischen Geschichte gewonnen sind. Die Weite des Gegenstands und der geraffte Stil reduzieren die Argumentation zumeist auf die These, wobei auch der begründende Gedankengang bloß als These erscheint. Der Autor macht es somit dem Leser schwer, seine schlaglichtigen Perspektiven nachzuzeichnen.

Der zweifelhafte analytische Wert tritt hinter dem Bekenntnis- und Aufrufcharakter des Buches zurück. Die ideologische Position Habsburgs wird demonstriert am Material der europäischen Gegenwart. Da die Analyse durch die oberflächliche Simplifizierung unzuverlässig ist, wird auch die ideologische Position nicht immer aus dem Bereich des Schlagworts herausgehoben. Stil und Absicht decken sich noch am ehesten, wo Otto von Habsburg Appelle an den Leser richtet. Hier ist andererseits die Unmißverständlichkeit der Sprache zuweilen beängstigend, so wie Habsburg zunächst in einem Atem Kardinal Mindszenti und den Jagdflieger Mölders als Zeugen für die heroische Tradition Europas anführt und dann einen neuen Geist der Kreuzzüge fordert.

Die Problematik des Donauraums rückt immer wieder in den Brennpunkt und wird an dem historischen Beispiel der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgerichtet. Der Autor wiederholt seine schon von anderen Anlässen her bekannte Forderung nach einer regionalen Föderation im Donauraum und führt einige Ueberlegungen vor, die die Nützlichkeit und Möglichkeit einer solchen Schöpfung beweisen sollen. *E. Kitzmüller*

von der Heydte, Freiherr Friedrich August: Völkerrecht. Ein Lehrbuch. I. Band. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1958. 369 S. Ln. DM 19.80.

Der vorliegende Band „Die Verfassung der Staatengemeinschaft" behandelt die rechtlichen Voraussetzungen des internationalen Verkehrs, insbesondere jene Normen, die die moderne Staatengemeinschaft konstituieren. Dabei werden auch die rechtlichen Kategorien für die neuen Formen des internationalen Verkehrs aufgezeigt, zu denen die wirtschaftliche Verflechtung der modernen Industriegesellschaft geführt hat. So behandelt der Verfasser in diesem Band das Wesen, die Geschichte und die Quellen des Völkerrechts, ferner die Stellung des Staats im Völkerrecht, die Staatenverbindung, den Staatenblock, den Apostolischen Stuhl, Beginn und Ende der Völkerrechtlichkeit des Staates, die Bedeutung des Raumes im Völkerrecht, den Einzelmenschen wie auch das Volk und die Staatennachfolge im Völkerrecht und abschließend die sich aus einer Verletzung des Völkerrechts ergebenden Rechtsansprüche.

In einem angekündigten zweiten Band „Streit und Streiterledigung im Völkerrecht" will sich der Verfasser mit den verschiedenen Formen der Streiterledigung — Vermittlung, Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Gerichtsbarkeit — und den dafür geschaffenen völkerrechtlichen Organen, mit dem gesamten Kriegsverhütungsrecht und dem Kriegs- und Neutralitätsrecht befassen, wobei die mit dem Problem der atomaren Rüstung zusammenhängenden rechtlichen Fragen besonders berücksichtigt werden sollen.

Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge, Band 6. Herausgegeben von Gerhard Leibholz. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1957. 404 S. Ln. DM 52.—.

Der vorliegende Band enthält erstmals eine Rubrik „Probleme der Verfassungsgerichtsbarkeit". In einer Reihe von Beiträgen werden hier „Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes der Italienischen Republik" (Caetano Sciascia), „Verfassungsrechtsprechung in Kanada" (Edward McWhinney), „Die Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte in der Bundesrepublik Deutschland" (Otto Bachof und Dietrich Jesch) und „Der Status des Bundesverfassungsgerichts" (Materialsammlung mit einer Einleitung von Gerhard Leibholz) behandelt. Unter der Rubrik „Deutsches Recht" werden die Berichte über die Verfassungen der deutschen Länder fortgesetzt.

Zum Thema „Ausländisches Recht" bietet der Band eine Uebersicht der Verfassungsentwicklung in Finnland seit dem Jahre 1939 bis zum Sommer 1956 von Professor Jan Magnus Jansson (Helsinki), der sich an die im Jahre 1932 (Band 20 des Jahrbuchs des öffentlichen Rechts) erschienene Abhandlung anschließt. Während die Ereignisse der unruhigen dreißiger Jahre, des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit die innen- und außenpolitische Lage Finnlands entscheidend beeinflußt haben, sind dagegen verfassungsrechtlich keine großen Veränderungen eingetreten.

Die in einem Beitrag von Professor Felix Ermacora (Innsbruck) geschilderte Rechtsentwicklung der Jahre 1951 bis 1956 in Oesterreich ist vor allem von vier Ereignissen gekennzeichnet: dem österreichischen Staatsvertrag vom 15. Mai 1955, dem Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Oesterreichs, dem Beitritt Oesterreichs zu den Vereinten Nationen und dem Beitritt Oesterreichs zum Europarat. Dieser hervorragende Beitrag wird durch eine Reihe einschlägiger politischer Dokumente und Rechtsvorschriften ergänzt.

Zu erwähnen bleibt noch die zum Schluß des Bandes in deutscher Sprache wiedergegebene „Ordnung für die Wahlen zum Sejm der Volksrepublik Polen".

Otto, Ernst: Die deutsche Industrie im Gemeinsamen Markt. Baden-Baden—Bonn—Frankfurt a. M.: Verlag August Lutzeyer 1957. 176 S., 20 Schaubilder und 49 Tabellen. (Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Heft 3). Flexibler Plastikeinband DM 19.80.

Mit einer grundlegenden Einführung von Dr. Heinrich Eichner über Fragen zur Integration der sechs europäischen Staaten beginnt mit dem Heft 3 der Schriftenreihe zum „Handbuch für Europäische Wirtschaft" die Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen über die Ausgangsposition von zunächst elf wichtigen Industriezweigen. Diese erste eingehende Darstellung beschränkt sich nicht nur auf Ermittlungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, sie schließt vielmehr, soweit das kurz nach dem Inkrafttreten des EWG-Vertrages möglich war, die schon erreichbaren Ergebnisse aus den anderen Ländern der Gemeinschaft ein.

Wo es zur Verdeutlichung der infolge der Teilung Deutschlands sich ergebenden strukturellen Veränderung bestimmter Wirtschaftszweige nötig erschien, ist mit einem kurzen Ueberblick auf die Vorkriegssituation der betreffen-

den Industriezweige der Hintergrund sorgfältig herausgearbeitet worden.

Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die strukturellen Zusammenhänge und kartellarischen Verflechtungen einer Reihe von internationalen Großunternehmen zu analysieren. Dadurch wird deutlich, daß starke Auswirkungen weit über die Partnerländer hinaus von der Integration der „Sechs" hervorgerufen werden.

Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes. Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Band III. Luxemburg 1957. 272 S. (Auslieferung für Deutschland: Carl Heymanns Verlag, Berlin—Charlottenburg). DM 10.—.

Schoenbrun, David: Was ist los mit Frankreich? Bern—Stuttgart—Wien: Alfred Scherz Verlag 1958. 320 S.

Zum besseren Verständnis Frankreichs, seiner Sorgen und Hoffnungen, der in ihm sich abspielenden erregenden Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen und retardierenden Kräften wäre es in der Tat erwünscht, wenn zwischen die beiden außerhalb des Landes verbreitetsten Gesamtdarstellungen seiner Probleme, H. Lüthys unübertroffene Strukturanalyse und A. Werths unmittelbare Zeitgeschichte aus mendesistischer Sicht, ein Werk träte, das Strukturanalyse und detailliert-zuverlässige Zeitgeschichtsschreibung zu verbinden wüßte. Das hat D. Schoenbrun in diesem, in den USA sehr verbreiteten Buch versucht, aber gelungen ist es ihm nur teilweise. Das liegt vor allem an seinem aufgelockerten Reportagestil und den allzu oft gar zu prononciert die Darstellung bestimmenden Wertungen. Die intendierte Strukturanalyse verliert dadurch nicht selten an Tiefgang, die Zeitgeschichtsschreibung an Genauigkeit. Indessen ist das Buch insbesondere dem breiteren Leserpublikum sehr zu empfehlen, denn es führt leicht lesbar in alle wesentlichen Probleme unseres Nachbarvolkes ein, macht seine Reaktionsweisen verständlich und setzt die Akzente an den richtigen Stellen. In vier Kapiteln gibt das Buch „Eine Krankengeschichte" bis 1945, „Eine klinische Untersuchung" der Parteienstruktur seither, „Eine Kontrolle der Funktionen", nämlich des gestörten Zusammenspiels zwischen Volksmentalität und Staatsinstitutionen, „Eine Untersuchung des Verhältnisses zur Umwelt", insbesondere zum Erwachen der bisher kolonialen Völker in der Union Française. Von besonderem Wert ist der auf allen Gebieten geführte Nachweis, wie sehr Fehlentscheidungen und Fehlkonstruktion in den Jahren 1945 und 1946 für das Schicksal der IV. Republik bestimmend waren. *Walter Lipgens*

La situación constitucional de Alemania. Granada 1956. 176 S. (Anejos del Boletin de la Universidad de Granada: Archivo de Derecho Público, 1956—IX).

Volksrepublik Bulgarien. Sofia: Komitee für Freundschaft und Kulturelle Beziehungen mit dem Ausland 1955. 164 S.

Water for industrial Use. New York: United Nations, Department of Economic and Social Affairs 1958. VIII, 44 S. (Sales No. 58. II. B. 1). $ 0,50.

Weber, Werner: Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem. 2. erw. Auflage. Stuttgart: Friedrich Vorwerk Verlag 1958. 169 S. DM 9,80.

Weise, Herbert: Der deutsche Weinbau im europäischen Markt. Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1958. V, 70 S. (Kieler Studien, Heft 46). DM 10,—.

Wimmer, Lothar: Zwischen Ballhausplatz und Downing Street. Wien und München: Verlag Georg Fromme & Co. 416 S. m. 8 Kunstdruck-Bildtafeln. Ln. DM/sfrs. 19.80, $ 4.80.

Die einleitende Feststellung Wimmers, Memoiren zu schreiben sei ein gewagtes Unternehmen in unserer Zeit, wird auf den folgenden 380 Seiten völlig erhärtet. Eine eigenwillige Mischung von persönlichem Erlebnisbericht und Randglossen zur jüngsten Geschichte, die leider kaum die Hoffnung rechtfertigt, mit der man das Buch zur Hand nimmt: daß es dokumentarischen Wert habe. Der Autor hat als österreichischer Gesandter in Athen und Belgrad die entscheidenden Jahre vor dem „Anschluß" miterlebt und war nach dem Krieg zuletzt österreichischer Botschafter in London. Es ist erstaunlich, wie diese Memoiren an den wichtigsten Grundzügen des politischen Geschehens, an dem der Autor, wenn auch als Randfigur, teilgenommen hat, vorbeigehen. Im übrigen mangelt es nicht an gelungenen Beobachtungen und heiteren Allgemeinheiten aus der Kulisse des diplomatischen Theaters. *E. Kitzmüller*

Zeitschriften

Der Föderalist. Zeitschrift für europäischen Föderalismus. Vereinigt mit der Zeitung Europäisches Volk. Herausgegeben von der „Vereinigung zur Förderung der Europäischen Föderation e. V." Verlag: Frankfurt a. M., Langestraße 20. 1. Jg. 1957. Einzelheft DM 1,—.

Diese „Zeitschrift für europäischen Föderalismus", die dem von A. Spinelli und der Union Europäischer Föderalisten propagierten Kongreß des Europäischen Volkes nahesteht, bringt Informationen und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der europäischen Politik. Neben theoretischen Beiträgen zu Fragen des Föderalismus stehen die Aktionen für die Schaffung einer europäischen verfassunggebenden Versammlung im Vordergrund, besonders die Versuche der Spinelli-Gruppe. Es kann nicht ausbleiben, daß die strukturellen Schwächen und internen Zwistigkeiten im Lager der europäischen Föderalisten sich auch in dieser Zeitschrift ausdrücken. Neben ihrer Funktion als Propagandainstrument einer bestimmten politischen Gruppe könnte ihr auch die Bedeutung eines Diskussionsorgans zukommen, das die so wünschenswerte Abklärung der ideologischen Positionen innerhalb der Europäischen Bewegung herbeiführen hilft.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

November 1958

8. Jahrgang — Nr. 11

Die Tätigkeit des Europarats im Oktober 1958

23. SITZUNG DES MINISTERAUSSCHUSSES

Der Ministerausschuß wird am Montag, dem 15. Dezember, in Paris zu seiner 23. Sitzung unter dem Vorsitz von Herrn Selwyn *Lloyd*, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Großbritanniens, zusammentreten. Am gleichen Tage wird auch eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses unter dem Vorsitz von Herrn Fernand *Dehousse stattfinden.*

I. TAGUNGEN DES RATES

Im Oktober fanden folgende Tagungen statt:

Unterausschuß für Menschenrechte: Straßburg, 3. bis 11. Oktober.

Haushalts-Ausschuß: Straßburg, 6.—10. Oktober.

Beratende Versammlung: Straßburg, 10.—17. Oktober (siehe Sonderausgabe der Mitteilungen des Europarats, November 1958).

Achter Europäischer Studienlehrgang: Straßburg, 10.—17. Oktober.

2. *Europäische Kommunalkonferenz:* Straßburg, 29. bis 31. Oktober (siehe Beilage zu dieser Nummer).

Ratifizierungen

Am 22. Oktober hinterlegte der Ständige Vertreter der Niederlande beim Generalsekretär des Europarats die Ratifizierungsurkunde zum Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zur Heilbehandlung.

Am 17. Oktober hinterlegte der Ständige Vertreter der italienischen Regierung beim Generalsekretär des Europarats die Ratifizierungsurkunde zur Europäischen Konvention über die Klassifizierung von Patentanmeldungen.

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland erklärte im Namen seiner Regierung, daß das Europäische Abkommen über den grenzüberschreitenden Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats vom 13. Dezember 1957 auch auf das Land Berlin Anwendung finden soll. Diese Erklärung erfolgte gemäß Artikel 1, § 4 dieses Abkommens.

Künftige Arbeit der Ausschüsse

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß wird seine nächste Sitzung am 13. Dezember in Paris abhalten. Unter anderem wird er den ihm von der Beratenden Versammlung während der Oktobersitzung auf Anraten des Berichterstatters, Abg. Kurt *Kiesinger* (Deutscher, CDU) zurückgesandten Bericht über die Koordinierung der Außenpolitik (Dok. 875) überprüfen. Der Ausschuß wird der Versammlung im Januar wohl keinen vollständigen Bericht über die Allgemeine Politik (Berichterstatter: Abg. Pierre *de Félice*, Franz., Rad.Soz.) unterbreiten, sondern einen Teilbericht über gewisse spezifische Aspekte.

Weitere im Dezember zur Debatte stehende Fragen:

Beziehungen zwischen dem Europarat und der Organisation der Amerikanischen Staaten (Berichterstatter: Abg. M. W. J. *Schuijt*, Holl. Kath. Volksp.);

Antwort auf den Bericht des Europäischen Parlaments. (Berichterstatter: Abg. Peter *Strasser*, Österr., SPÖ);

Die Europäische Wirtschaftsvereinigung (Freihandelszone) (Berichterstatter: Abg. Marinus *van der Goes van Naters*, (Holl., Arb.Part.).

Über diesen letzten Punkt hörten die Mitglieder des Politischen Ausschusses und die Mitglieder des Wirtschafts- und Landwirtschaftsausschusses im Laufe einer Sitzung des Verbindungsausschusses der OEEC am 3. November eine Erklärung über die letzte Sitzung des Maudling-Ausschusses.

Schließlich wird der Ausschuß einen Berichterstatter für die Frage der isländischen Fischerei ernennen. Über diese Frage legten Abg. Lujo *Toncic* (Öst., ÖVP) und Genossen einen Beschlußentwurf vor mit dem Vorschlag der Einberufung einer Gruppe isländischer und britischer Parlamentarier sowie anderer Mitgliedstaaten, damit gemeinsam ein Weg zu einer gütlichen Beilegung gefunden werde, der für alle beteiligten Regierungen gleich annehmbar sei. (Dok. 882).

Wirtschaftsausschuß

Auf der Tagesordnung der im Dezember stattfindenden Tagung des Wirtschaftsausschusses stehen die Fragen der Freihandelszone (Berichterstatter: Abg. John *Hay* (Engl., Kons.) und die Berichte der Euratom-Kommission sowie der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Hohen Behörde der EGKS. Die Berichterstatter für diese drei Berichte sind Abg. Gérard *de Geer* (Schwede, Lib.), Abg. Paul *Leverkuehn* (Deutscher, CDU) und Abg. Karl *Czernetz* (Öst., SPÖ).

Zum Arbeitspensum der Unterausschüsse gehört die Frage der Entwicklung Afrikas (Berichterstatter: Abg. Philippe *Le Hodey*, Belg., Christ.-Soz.). Die Versammlung hatte den Ausschuß beauftragt, eingehende Vorschläge über einen Investitionsplan, einen Garantie-Fonds und über die Ausdehnung der technischen Hilfe seitens der europäischen Länder auszuarbeiten.

Ein weiteres Thema wird von dem Berichterstatter Abg. Per *Federspiel* (Däne, gemäß. Lib.) über die Auswirkungen der Freihandelszone auf den europäischen Handel der Nichtmitgliedländer bearbeitet. Schließlich wird der Abgeordnete Adolf *Molter* (Belg., Soz.) einen Bericht über den Kanaltunnel vorbereiten.

Rechtsausschuß

Sieben Unterausschüsse des Rechtsausschusses werden vom 21. bis zum 24. November in Paris tagen, um eine Reihe von Texten für die Vollkommission fertigzustellen. Diese Texte werden dann der Versammlung auf der Sitzungsperiode im Januar vorgelegt werden. Einige neue Fragen, welche dem Ausschuß von der Versammlung überwiesen worden sind, werden ebenfalls bearbeitet werden.

Der Ausschuß hat die Absicht, der Beratenden Versammlung im Januar folgende Berichte vorzulegen:

Vereinfachung der Formalitäten beim Grenzübertritt (Berichterstatter: Abg. Hermod *Lannung*, Däne, Soz. Lib., und Auguste *Pinton*);

Rechtshilfe in Strafsachen (Berichterstatter: Abg. P. G M. *van Meeuwen*, Holl., Kath. Volksp.).

Über dieses Thema hat ein Sachverständigenausschuß einen Konventionsentwurf ausgearbeitet, welcher der Versammlung zur Stellungnahme vorgelegt werden wird.

Der Ausschuß befaßt sich fernerhin mit den folgenden Problemen:

Nationale Minderheiten (Berichterstatter noch nicht bestellt);

Strafrechtsreform (Berichterstatter: Abg. Charles *Hale*, Engl., Lab.);

Das europäische Obergericht (Berichterstatter: Abg. Eduard *Wahl*, Deutscher, CDU);

Neue Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten (Berichterstatter: Abg. *Lannung*);

Staatsangehörigkeit von Kindern Staatenloser (Berichterstatter Abg. *Wahl*);

Begleichung von Schulden in ausländischer Währung (Berichterstatter: Abg. *Wahl*);

Das Recht über internationale Verkäufe (Berichterstatter noch nicht bestellt).

Schließlich wurde der Ausschuß beauftragt, die Entwicklung folgender Fragen zu beobachten:

die Verseuchung des Meeres durch Atommüll;

das internationale Recht im Luftraum außerhalb der Erdatmosphäre;

die Wahl der Mitglieder zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Zu diesem Punkte wird der Ausschuß seine Stellungnahme vorbereiten, sobald die Liste der Kandidaten vom Ministerausschuß vorgelegt worden ist.

Sozialausschuß

Dieser Ausschuß wird am 8. und 9. Dezember in Straßburg zusammentreten, während der dreiseitigen Konferenz über die Sozialcharta. Fünf Mitglieder des Ausschusses gehören der Delegation der Beratenden Versammlung bei dieser Konferenz an. Ein Bericht über die Ergebnisse wird der Versammlung auf der Januarsitzung vorgelegt werden.

Ein weiterer Bericht dieses Ausschusses, der ebenfalls im Januar vorgelegt werden wird, bezieht sich auf die Antwort auf den 8. Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (Berichterstatter: Abg. Lodovico *Montini*, Ital., Christl. Dem.).

Am 17. Oktober 1958 hat die Beratende Versammlung mit der Weisung Nr. 135 den Sozialausschuß beauftragt, sobald wie möglich die Probleme zu untersuchen, welche durch die Gewinnung von Elektrizität aus Kernenergie und durch den Gebrauch von Radioisotopen insbesondere hinsichtlich des Schutzes und der Sicherheit der Arbeiter entstehen (Berichterstatter: Abg. Ludwig *Weiß*, Öst., ÖVP).

Kulturausschuß

Die Beratende Versammlung hat während ihrer Oktobertagung diesem Ausschuß einen Entschließungsentwurf überwiesen, der sich mit der Schaffung von nationalen Komitees für den Kultur-Fonds des Europarats befaßt. Diese Entschließung wird im Januar der Versammlung wieder vorgelegt werden, nachdem eine Aussprache im Gemischten Kulturausschuß, der am 21. November in Paris tagt, stattgefunden haben wird.

Über das Thema „Die Krise in der wissenschaftlichen Forschung in Europa" wird der Berichterstatter Abg. Pierre *Grégoire* (Lux., Christ.-Soz.) dem Ausschuß eine Zusammenfassung der während der Aussprache in der Versammlung am 16. Oktober gemachten Vorschläge vorlegen. Über die Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung wird der Ausschuß einen Bericht des Abg. Karl *Lugmayer* (Öst., ÖVP) prüfen.

Der Abg. Giuseppe *Vedovato* (Ital., Christl. Dem.) wird den Entwurf eines Berichtes über die Frage des kulturellen Austausches zwischen Ost und West vorbereiten.

Der Ausschuß wird zwei Empfehlungsentwürfe (Dok. 880 und 881) prüfen, die sich mit der Erleichterung für Reisen Jugendlicher innerhalb Europas befassen. Diese Entwürfe stammen von dem Abgeordneten Karl *Czernetz* (Öst., SPÖ) und Genossen. Die eine Empfehlung wird die Schaffung eines europäischen Jugendpasses empfehlen, die andere die Schaffung eines Jugendausweises, der den Besuch von Kultur- und Sportstätten erleichtern soll (Berichterstatter: Abg. Marianne *Pollak*, Öst., SPÖ).

Kommunalausschuß

Auf seiner nächsten Sitzung wird dieser Ausschuß sich mit den Ergebnissen der Europäischen Kommunal-Konferenz befassen und der Versammlung im Januar einen Bericht hierüber vorlegen. (Berichterstatter: Natale *Santero*, Ital., Christl. Dem.). Weitere Punkte des Arbeitsprogrammes dieses Ausschusses sind die Auswirkungen der Tätigkeit der EGKS auf kommunalem Gebiet, die Schaffung des Gemeinsamen Marktes und Euratom, der Europäische Kommunalkredit und das Europäische Programm für interkommunalen Austausch. Im Dezember wird der Verwaltungsausschuß eine weitere Sitzung abhalten, um das Arbeitsprogramm des Vollausschusses auszuarbeiten (Berichterstatter: Abg. Karl *Czernetz*, Öst., SPÖ).

Landwirtschaftsausschuß

Der erste Bericht, den die Kommission der EWG der Beratenden Versammlung vorgelegt hat, wurde dem Wirtschaftsausschuß zur Prüfung und Berichterstattung und dem Landwirtschaftsausschuß zur Stellungnahme zugeleitet.

Der Berichterstatter dieses Ausschusses ist der Abgeordnete René *Charpentier* (Franzose, MRP).

Über die Empfehlung 121 betreffend die Umsiedlung überschüssiger Landarbeiter und die Empfehlung 122 betreffend den Gebrauch von Kunstdünger hat der Ausschuß von den Stellungnahmen des Ministerausschusses in dessen Zusatzbericht sowie des Europäischen Wirtschaftsrates Kenntnis genommen und wird seine weiteren Maßnahmen auf Grund dieser Unterlagen treffen. Die Berichterstatter sind Abg. Roger *de Kinder* (Belg., Soz.) und Sir Anthony *Esmonde* (Ire, Fine Gael). Auf einer seiner nächsten Sitzungen wird der Ausschuß einen Bericht des Abgeordneten de Kinder über die Fischereiindustrie in Europa und einen Bericht des Abgeordneten Albert *Römer* (Öst., ÖVP) über Milch und Milchprodukte prüfen.

Ausschuß für nicht vertretene Nationen

Auf seiner nächsten Sitzung wird dieser Ausschuß die Vorbereitung seiner Berichte über die politische Lage in den im Europarat nicht vertretenen europäischen Ländern fortsetzen. Insbesondere wird die Lage in der Tschechoslowakei untersucht werden. Der Berichterstatter ist der Abg. Peter *Strasser* (Öst., SPÖ).

Außerdem wird der Ausschuß eine neue Liste von politischen Gefangenen vorbereiten und eine Entschließung über die Befreiung dieser Gefangenen, welche sich jenseits des Eisernen Vorhanges befinden.

Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge

Am 26. und 27. November dieses Jahres wird dieser Ausschuß seine nächste Sitzung in Berlin abhalten. Eine erneute Prüfung des 3. Tätigkeitsberichts des Sonderbeauftragten und die Vorbereitung einer Antwort auf diesen Bericht stehen auf dem Arbeitsprogramm des Ausschusses. Außerdem wird der Ausschuß die Vorschläge prüfen, die der Beratenden Versammlung im Zusammenhang mit den Manifestationen im Rahmen des Weltflüchtlingsjahres vorgelegt werden sollen.

Der Ausschuß wird sich auch mit dem Problem der 1200 ungarischen Flüchtlinge zu befassen haben, die in Lagern in Österreich sind und die Absicht haben, sich endgültig in dem einen oder anderen Mitgliedsland des Europarates niederzulassen.

II. VERSCHIEDENES

Errichtung des Gerichtshofes der drei Gemeinschaften

Während seiner Sitzung vom 7. Oktober in Brüssel errichtete der Ministerausschuß der Euratom und des Gemeinsamen Marktes den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Zum Präsidenten wurde der ehemalige Präsident des Gerichtshofes der EGKS, Herr *Donner* (Niederlande), ernannt.

Europäisches Wohnungsinstitut

Ein Europäisches Institut für „Rechts- und Wirtschaftsfragen des Heims" wurde in Straßburg auf Grund des im Mai dieses Jahres von der 3. Internationalen Konferenz über das Wohnungswesen gefaßten Beschlusses ins Leben gerufen.

Die vorläufige Anschrift dieses unter den Auspizien des Europarats gegründeten Instituts ist: 1, rue du Temple-Neuf, Straßburg. Seine Aufgabe ist es, die Gesetze über das Wohnungswesen zu vereinheitlichen sowie die Harmonisierung der wirtschaftlichen Fragen im Rahmen des Gemeinsamen Marktes und der kommenden europäischen Institutionen zu betreiben.

Dritter Runder Tisch der Weisen Europas

Vom 5. bis zum 7. Dezember werden unter dem Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Fernand *Dehousse*, die „Weisen Europas" zu ihrem dritten Gespräch am Runden Tisch zusammentreten. Die beiden vorhergehenden Gespräche haben im Oktober und November 1957 in Paris stattgefunden.

Neuer Politischer Direktor beim Europarat

Als Nachfolger von Herrn Ruggero *Farace* hat der Generalsekretär des Europarats Herrn Pierre *Maillard* zum Politischen Direktor im Generalsekretariat berufen. Herr Maillard war Abteilungsleiter in der Politischen Abteilung des französischen Außenministeriums. Herr Maillard ist Licencié en Droit, Licencié ès Lettres und geht aus der Ecole Normale Supérieure hervor. Er ist im Jahre 1942 in die diplomatische Laufbahn eingetreten und hat im Ministerium sowie in Bern, London und Wien Dienst getan.

Europäische Studientage

Vom 10. bis zum 18. Oktober fanden in Straßburg zum achten Male die Europäischen Studientage des Europarats statt. Der Leiter war Herr Wilhelm *Cornides* vom Europa-Archiv in Frankfurt. Das Thema der Untersuchungen war in erster Linie den Gewerkschaftsproblemen gewidmet. Eine Reihe von Abgeordneten und Beamten des Generalsekretariats hielten Vorträge.

Menschenrechte

Vom 16. bis zum 19. Oktober fand in Brüssel ein internationales Gespräch über die Menschenrechte statt. Bei dieser Gelegenheit hielt Herr *Modinos*, Direktor der Menschenrechte beim Europarat, einen Vortrag.

VORLÄUFIGER TERMINKALENDER

17. November u. ff.:	Stellvertreter der Minister (Straßburg)
20. u. 21. November:	Präsidium der Kultursachverständigen (Paris)
20.—22. November:	Dreiergruppe der Europäischen Menschenrechtskommission (Straßburg)
21. November:	Gemischter Kulturausschuß (Paris)
	Unterausschuß des Kulturausschusses (Paris)
21.—24. November:	Unterausschuß des Rechtsausschusses (Paris)
24.—26. November:	Arbeitsgruppe für die Probleme eines europäischen Dienstrechts (Paris)
26. November:	Unterausschuß für das zivile und politische Recht eines Inhaftierten (Paris)
26.—28. November:	Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge (Berlin und Gießen)
27. November:	Unterausschuß für zwischenstaatliche Hilfe nach der Strafverbüßung (Paris)
28. November:	Unterausschuß für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Verkehrsdelikte (Paris)
29. November:	Präsidium und Ständiger Ausschuß (Paris)
1. Dezember:	Beratender Ausschuß der Leitenden Beamten (Straßburg)
1.— 6. Dezember:	Haushaltsausschuß (Straßburg)
1.—13. Dezember:	Dreiseitige Konferenz für eine Europäische Sozialcharta (Straßburg)
8. u. 9. Dezember:	Sozialausschuß (Straßburg)
11.—14. Dezember:	Präsidium des Kulturausschusses (Mailand)
12. Dezember:	Wirtschaftsausschuß (Paris)
13. Dezember:	Politischer Ausschuß (Paris)
15. Dezember:	Gemischter Ausschuß (Paris)
15. Dezember:	Ministerausschuß (Paris)
15.—17. Dezember:	Europäisches Parlament (Straßburg)
15.—20. Dezember:	Sachverständigenausschuß für die Haftung der Hoteliers (Straßburg)
16.—18. Dezember:	Sachverständigenausschuß für öffentliches Gesundheitswesen (Straßburg)
17.—19. Dezember:	Gemeinsame Sitzung des Lenkungsausschusses und des Verwaltungsrats des Wiederansiedlungs-Fonds (Paris)
17.—20. Dezember:	Versammlung der WEU (Paris)
8.—14. Januar:	Sachverständigenausschuß für mehrfache Staatsangehörigkeit (Straßburg)
13. u. 14. Januar:	Eröffnungssitzung des Verwaltungsrats des Kultur-Fonds (Straßburg)
15. Januar:	Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses (Luxemburg)
16. u. 17. Januar:	Gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Beratenden Versammlung und des Europäischen Parlaments (Straßburg)
19.—21. Januar:	Beratende Versammlung des Europarats (Straßburg)